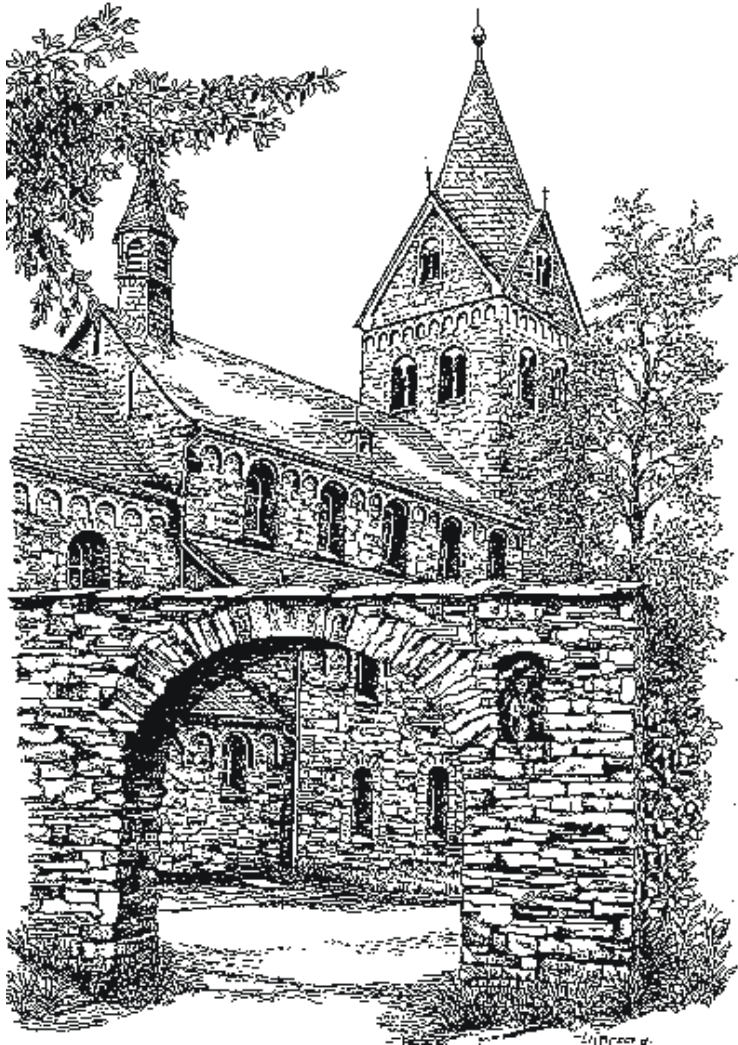


GEMEINDE MORSBACH

Oberbergischer Kreis



Haushaltssatzung und Haushaltsplan

2 0 1 1

INHALT

Teil A **Haushaltssatzung
Vorbericht
Anlagen**

Teil B **Ergebnisplan
Finanzplan
Teilergebnispläne
Maßnahmenpläne**

Teil C **Wirtschaftsplan 2011 Abwasserbeseitigung Gemeinde Morsbach
Jahresabschluss 31.12.2009 Abwasserbeseitigung Gemeinde Morsbach
Wirtschaftsplan 2011 Wasserwerk Gemeinde Morsbach
Jahresabschluss 31.12.2009 Wasserwerk Gemeinde Morsbach
Liquidationseröffnungsbilanz MEG Entwicklungsgesellschaft mbH i. L. der Gemeinde Morsbach
Zwischenabschluss 31.12.2009 MEG Entwicklungsgesellschaft mbH i. L. der Gemeinde Morsbach**



Teil A

**Haushaltssatzung
Vorbericht
und Anlagen**

1	Vorbericht	5
1.1	Allgemeine Erläuterungen zum Neuen Kommunalen Finanzmanagement	5
1.1.1	Gesetzliche Grundlagen.....	5
1.1.2	Bestandteile des NKF	5
1.2	Organigramm der Gemeindeverwaltung Morsbach.....	7
1.3	Leitbild der Gemeinde Morsbach	9
1.4	Überblick über den Stand und die Entwicklung der Haushaltswirtschaft.....	11
1.4.1	Rückblick auf das Haushaltsjahr 2009	11
1.4.2	Überblick über das Haushaltsjahr 2010.....	19
1.4.3	Gesamtergebnisplan	21
1.4.4	Finanzausgleich.....	49
1.4.5	Kennzahlenspiegel zur jährlichen Haushaltswirtschaft.....	62
1.4.6	Haushaltsausgleich	67
1.4.7	Die mittelfristige Finanzplanung	82
1.4.8	Haushaltskonsolidierung.....	82
1.4.8.1	Maßnahmekatalog 2010.....	82
1.4.8.2	Vorgesehene Maßnahmen des Haushaltsplanes 2011	90
1.4.9	Chancen und Risiken	91
2	Verwendung der zweckgebundenen Feuerwehr-, Schul-, Sportstättenpauschale	93
3	Budgetierung.....	99
4	Schulbudgets 2011	102
5	Übersicht über den voraussichtlichen Stand der Verbindlichkeiten.....	104
6	Übersicht über die aus Verpflichtungsermächtigungen voraussichtlich fällig werdenden Auszahlungen.....	105
7	Zuwendungen an die Fraktionen	106
8	Übersicht über Mitgliedsbeiträge an Verbände und Vereine	108
9	Übersicht über Zuschüsse an Verbände und Vereine	110
10	Stellenplan	111
10.1	Teil A: Beamte	111
10.2	Teil B: Tariflich Beschäftigte	112
11	Stellenübersicht	113
11.1	Aufteilung nach der Haushaltsgliederung.....	113
11.1.1	Teil A: Beamte.....	113
11.1.2	Teil B: Tariflich Beschäftigte	114

11.2	Teil B: Dienstkräfte in der Probe- und Ausbildungszeit	115
11.2.1	Nachwuchskräfte und informatorisch beschäftigte Dienstkräfte	115
12	Stellenübersicht der Eigenbetriebe	116
12.1	Tariflich Beschäftigte des Gemeindewasserwerkes Morsbach für das Wirtschaftsjahr 2010	116
12.2	Tariflich Beschäftigte des Eigenbetriebes Abwasserbeseitigung Morsbach für das Wirtschaftsjahr 2010.....	116
13	Strukturdaten und sonstige hauswirtschaftlich relevante Daten der Gemeinde Morsbach	117
14	Übersicht über Bebauungspläne der Gemeinde Morsbach (Stand: 09.10.2008).....	124
15	Abkürzungsverzeichnis	127

Haushaltssatzung der Gemeinde Morsbach für das Haushaltsjahr 2011

Aufgrund der §§ 78 ff. der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NRW S. 666) zuletzt geändert durch Artikel 4 des Transparenzgesetzes vom 17. Dezember 2009 (GV. NRW. S.950) hat der Rat der Gemeinde Morsbach mit Beschluss vom 15.12.2010 folgende Haushaltssatzung erlassen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2011, der die für die Erfüllung der Aufgaben der Gemeinde voraussichtlich anfallenden Erträge und entstehenden Aufwendungen sowie eingehenden Einzahlungen und zu leistenden Auszahlungen und notwendigen Verpflichtungsermächtigungen enthält, wird

im Ergebnisplan mit

Gesamtbetrag der Erträge auf	18.611.741 EUR
Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	20.027.171 EUR

im Finanzplan mit

Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	17.571.303 EUR
Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	17.404.653 EUR

Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	3.944.272 EUR
Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	4.042.433 EUR

festgesetzt.

§ 2

Der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme für Investitionen erforderlich ist, wird auf festgesetzt.	1.487.955 EUR
--	----------------------

§ 3

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen, der zur Leistung von Investitionsauszahlungen in künftigen Jahren erforderlich ist, wird auf **453.000 EUR** festgesetzt.

§ 4

Die Verringerung der allgemeinen Rücklage zum Ausgleich des Ergebnisplans wird auf **1.415.430 EUR** festgesetzt.

§ 5

Der Höchstbetrag der Kredite, die zur Liquiditätssicherung in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf **4.000.000 EUR** festgesetzt.

§ 6

Die Steuersätze für die Gemeindesteuern werden für das Haushaltsjahr wie folgt festgesetzt:

1. Grundsteuer	a) für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A)	400 v.H.
	b) für die sonstigen Grundstücke (Grundsteuer B)	410 v.H.
2. Gewerbesteuer		450 v.H.

§ 7

Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen von mehr als 15.000 EUR sind im Sinne von § 83 Absatz 2 GO NW als erheblich anzusehen.

1 Vorbericht

1.1 Allgemeine Erläuterungen zum Neuen Kommunalen Finanzmanagement

1.1.1 Gesetzliche Grundlagen

Das „Gesetz über ein **Neues Kommunales Finanzmanagement** für Gemeinden im Land Nordrhein-Westfalen (Kommunales Finanzmanagementgesetz NRW - **NKFG** NRW)“ wurde vom Landtag am 16.11.2004 beschlossen und ist am 01.01.2005 in Kraft getreten. Nach dem Gesetz müssen die Gemeinden ihre Geschäftsvorfälle spätestens zum 01.01.2009 nach dem System der doppelten Buchführung (Doppik) erfassen. Bei der Gemeinde Morsbach ist die doppelte Buchführung zum frühestmöglichen Zeitpunkt - also zum 01.01.2005 - eingeführt worden.

Nach der Vorschrift des § 7 GemHVO NRW soll der Vorbericht zum Haushaltsplan einen Überblick über die Eckpunkte des Haushaltsplans geben. Die Entwicklung und die aktuelle Lage der Gemeinde sind anhand der im Haushaltsplan enthaltenen Informationen und der Ergebnis- und Finanzdaten darzustellen. Außerdem sind im Vorbericht die wesentlichen Zielsetzungen der Planung für das Haushaltsjahr und die folgenden drei Jahre sowie die Rahmenbedingungen der Planung zu erläutern.

1.1.2 Bestandteile des NKFG

1.1.2.1 Die Bilanz

Zu Beginn des Haushaltsjahres, in dem die Gemeinde die Doppik einführt, ist eine Eröffnungsbilanz aufzustellen. Nach diesem Zeitpunkt wird eine Bilanz nur noch im Rahmen des Jahresabschlusses erstellt. Die Bilanz stellt zum Bilanzstichtag das kommunale Vermögen und dessen Finanzierung dar und weist ausstehende Forderungen und Verbindlichkeiten aus.

1.1.2.2 Ergebnisrechnung

Die Ergebnisrechnung entspricht der kaufmännischen Gewinn- und Verlustrechnung. Sie erfasst periodengerecht Aufwendungen und Erträge und bildet damit Ressourcenaufkommen und -verbrauch ab.

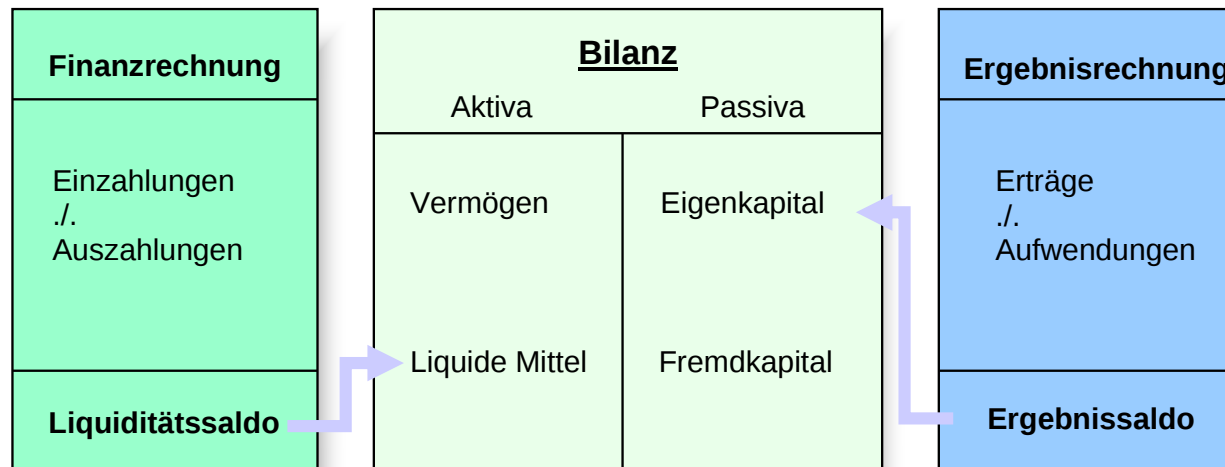
Die Gesamtergebnisrechnung ist maßgebend für die Beurteilung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und des Haushaltsausgleichs. Der Saldo wirkt sich auf das in der Bilanz ausgewiesene Eigenkapital aus.

1.1.2.3 Finanzrechnung

Die Finanzrechnung beinhaltet alle Ein- und Auszahlungen der Kommune und macht Angaben zur Liquiditätsentwicklung.

Die Gesamtf finanzrechnung gibt Auskunft über die geplanten Investitionen, die Finanzierungstätigkeit und zeigt die strukturelle Zusammensetzung der Zahlungsvorgänge der Gemeinde. Der Saldo verändert die Bilanzposten der „liquiden Mittel“. Letztendlich dokumentiert die Gesamtf finanzrechnung die voraussichtliche Entwicklung der gemeindlichen Bankkonten vom Jahresanfangsbestand bis zum Jahresendbestand.

Das Zusammenwirken dieser drei Komponenten macht das folgende Schaubild deutlich.



Ergänzend zur Darstellung dieser Elemente auf kommunaler Gesamtebene fordert das NKF zur Erhöhung der Transparenz für die Ergebnis- und Finanzrechnung auch die Darstellung für Teilbereiche. Ausgehend von der NKF-Produktstruktur sind als Mindestanforderung die Produktbereiche abzubilden. Es ist auch eine Darstellung auf Produktgruppenebene möglich.

Der Haushaltsplan der Gemeinde Morsbach weist insgesamt 16 Produktbereiche und 62 Produktgruppen aus.

Während die Teilergebnisrechnungen analog der Gesamtergebnisrechnung aufzustellen sind, sind in der Teilfinanzrechnung lediglich die Ein- und Auszahlungen für investive Maßnahmen und die nicht unmittelbar ergebniswirksamen Ein- und Auszahlungen verpflichtend aufzuführen.

Aus Wirtschaftlichkeitsgründen hat sich die Gemeinde Morsbach auf diese Form der Darstellung beschränkt.

Zur Vermeidung unbedruckter Seiten bzw. Zeilen in den Teilergebnisplänen wird auf die Darstellung von sogenannten Null-Zeilen (d.h. Zeilen in denen keine Werte bzw. nur Null-Werte stehen) verzichtet. Es kann daher vorkommen, dass in den Summenzeilen der Teilergebnispläne auf Zeilennummern verwiesen wird, die im Teilergebnisplan nicht dargestellt sind. Die Bedeutung der Zeilennummer kann jedoch im Gesamtergebnis- bzw. Gesamtfinanzplan nachgeschlagen werden.

1.2 Organigramm der Gemeindeverwaltung Morsbach

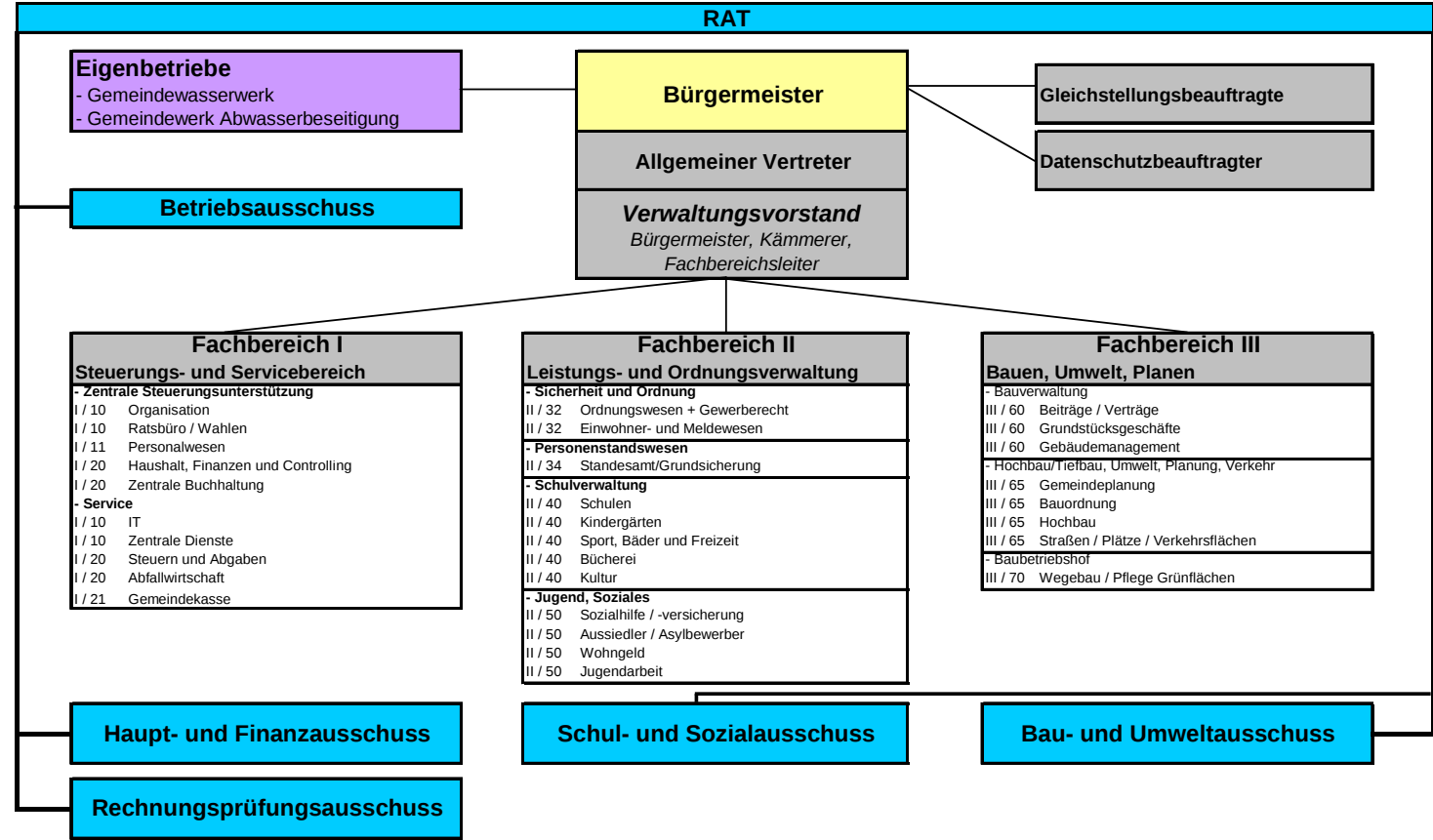
Zur Umsetzung der vorgenannten Strukturelemente war es nicht nur erforderlich, das neue Rechnungswesen einzuführen, sondern es musste auch eine darauf abgestimmte Verwaltungsstruktur geschaffen werden.

Mit einer entsprechenden Umstellung der Verwaltungsstruktur wurde diese Voraussetzung geschaffen. Die Anzahl und die Zuständigkeiten der Ratsausschüsse wurden dieser Struktur angepasst.

Der aktuelle Verwaltungsaufbau der Gemeindeverwaltung Morsbach wird durch das folgende Organigramm dargestellt.



Gemeinde Morsbach



1.3 Leitbild der Gemeinde Morsbach

Die politische Steuerung in den Gemeinden hat sich mit der Einführung und Anwendung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements grundlegend geändert. Während die gemeindliche Steuerung vor NKF durch die Bereitstellung der erforderlichen Geldmittel geprägt war, soll jetzt über Ziele und Leistungskennzahlen gesteuert werden. Dies erfordert die Entwicklung eines zukunftsorientierten Bildes der Gemeinde mit wenigen qualitativ hochwertigen Leitorientierungen als Kernaussagen, aus denen die Grundlagen für die Ausrichtung des gemeindlichen Handelns auf die Zukunft festgelegt werden. Die Gemeinde muss sich daher ein zukunftsorientiertes Profil geben. Aus solchen Visionen und Leitlinien (Leitbildern) lassen sich strategische und operative Ziele bestimmen, die eine Leitorientierung für die gemeindliche Haushaltswirksamkeit entfalten können und sollen.

Aus diesem Grund wurde der vom Verwaltungsvorstand erarbeitete Entwurf eines Leitbildes für die Gemeinde Morsbach vom Gemeinderat in seiner Sitzung am 08. Mai 2007 verabschiedet. Mit diesem Beschluss wurde die Grundlage geschaffen, dass alle zukünftigen Ziel- und Strategieplanungen in einem gemeinsamen Zielkorridor erfolgen.

Unter dem Motto „**Morsbach 2015**“ wird die langfristige Ausrichtung der Gemeinde Morsbach beschrieben. Dabei wurde der folgende **Handlungsrahmen** vereinbart:

- „Wir legen großen Wert auf den Zusammenhalt in unserer Gemeinde. Die demographische Entwicklung findet in allen Bereichen Berücksichtigung.“
- „Unsere Umwelt werden wir durch gemeinsame Anstrengungen schützen und erhalten.“
- „Unsere Verwaltung arbeitet effizient und kundenorientiert.“
- „Wir betreiben eine solide Haushaltspolitik und streben einen langfristig ausgeglichenen Haushalt an.“
- „Bei Investitionen achten wir darauf, dass sie durch Abschreibungen ‚verdient‘ wurden.“
- „Bei all unseren Entscheidungen spielt das ‚wirtschaftliche Handeln‘ eine wichtige Rolle.“

Zur Strukturierung wurden die Ziele und Strategien in vier Leitbildkategorien eingeordnet:

- „**Jugend und Bildung**“
- „**Arbeit und Wohnen**“
- „**Infrastruktur**“ sowie
- „**Zukünftige Energieversorgung**“

Leitsätze:

Jugend und Bildung <i>„Kinder und Jugendliche sind die Zukunft unserer Gemeinde“</i>	Arbeit und Wohnen <i>„Unsere Bürger und Unternehmen sind gern in Morsbach“</i>	Infrastruktur <i>„Unsere Infrastruktur ist für den Zusammenhalt in unserer Gemeinde von besonderer Bedeutung“</i>	Energieversorgung <i>„Die Energieversorgung unserer Gemeinde ist sicher und bezahlbar“</i>
1. Kinder und Jugendliche unserer Gemeinde haben hervorragende Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten. 2. Kinder und Jugendliche nutzen in unserer Gemeinde attraktive Freizeitmöglichkeiten. 3. Es gibt eine bedarfsgerechte Betreuung für Kinder im Vorschulalter. 4. Wir sind als familienfreundliche Kommune bekannt.	1. Unsere Bürger genießen eine gute Wohnortqualität zu einem attraktiven Preis. 2. Die Mehrzahl unserer Bürger hat einen Arbeitsplatz in Wohnortnähe. 3. Wir haben ein auf den Bedarf ausgerichtete Sport- und Freizeitangebot. 4. Wir sind eine kompetenter Partner für Unternehmen.	1. Unser Wege- und Straßennetz ist in einem guten Zustand erhalten und dem erschließungsbedingten Bedarf angepasst. 2. Die Anbindung des Zentralortes an das überörtliche Straßennetz hat sich deutlich verbessert. 3. Für alle Ortschaften ist eine Grundversorgung sichergestellt. 4. Wir haben eine ausgewogene Einzelhandels- und Dienstleistungsstruktur mit einem bedarfsgerechten Leistungsangebot für unsere Bürger.	1. Wir haben eine zukunftsorientierte und wirtschaftliche Energieversorgung. 2. Unsere Bürger und Unternehmen haben eine geringere Energiekostenbelastung als in vergleichbaren Gemeinden. 3. Wir sind zunehmend unabhängiger von externen Energieversorgern.

1.4 Überblick über den Stand und die Entwicklung der Haushaltswirtschaft

1.4.1 Rückblick auf das Haushaltsjahr 2009

Infolge zurückgehender Steuererträge, einer gegenüber dem Vorjahr um 925 TEUR geringeren Schlüsselzuweisung und einer um 977 TEUR steigenden Kreisumlage (incl. Jugendamtsumlage) musste bei der Verabschiedung des Haushalts 2009 bereits von einem Jahresfehlbedarf von 3,2 Mio. EUR ausgegangen werden.

Die Folgen der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise aber vor allem des Unternehmenssteuerreformgesetzes 2008 mit der Festsetzung einer gewerbeertragsunabhängigen einheitlichen Steuermesszahl von 3,5 % und unmittelbaren Steuerausfällen in Höhe von jährlich 125 Mio. EUR alleine für die NRW-Kommunen belasteten das Jahresergebnis wesentlich heftiger als von allen Steuerexperten und –gutachten vorhergesagt. Diese gingen Ende 2008 von einem Gesamtrückgang der Gewerbesteuererträge (brutto) von 4 % für das Jahr 2009 aus. Gegenüber dem Vorjahresergebnis von 6,06 Mio. EUR musste die Gemeinde Morsbach mit gerade mal 2,8 Mio. EUR einen Rückgang bei den Gewerbesteuererträgen von rund 54 % verkraften.

Zum überwiegenden Teil betrafen die Gewerbesteuerausfälle endgültige Steuerfestsetzungen für das Geschäftsjahr 2008 und hatten damit nur marginal mit den Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise zu tun.

Insgesamt blieben die *Erträge aus Steuern und ähnlichen Abgaben* um 3,3 Mio. EUR hinter den Erwartungen zurück.

Nach Abschluss der Sicherungsmaßnahmen am Stollen „Grube Magdalena“ konnte in 2009 der nicht benötigte Betrag i.H.v. 197 TEUR der in 2005 gebildeten Sanierungsrückstellung ertragswirksam aufgelöst werden. Zudem erfolgte in 2009 die Abrechnung der Konzessionsabgabe Strom für die Kalenderjahre 2006 und 2007 mit einem Betrag von 80 TEUR. Die Neubewertung des Zweckverbands der Förderschulen führte zu einer außerplanmäßigen Zuschreibung von 305 TEUR. Bei der Veräußerung von Gewerbeflächen konnten insgesamt 106 TEUR mehr Erlöst werden. Die Auflösung gebildeter Rückstellungen im Personalbereich (Pensionsrückstellung, Rückstellungen für Beihilfe, Urlaubs- und Überstundenansprüche etc.) lagen insgesamt um 438 TEUR über der Veranschlagung, so dass die *sonstigen ordentlichen Erträge* das Jahresergebnis um 1.344 TEUR verbessert haben.

Dem gegenüber stand jedoch eine nicht geplante Erhöhung der Pensionsrückstellung für Versorgungsempfänger in Höhe von 775 TEUR. Diese wurde nur teilweise durch Minderausgaben bei den Personalaufwendungen (-71 TEUR), den Aufwendungen für Abschreibungen (-51 TEUR) und den Gewerbesteuerumlagezahlungen (-409 TEUR) kompensiert. Insgesamt verblieb im Bereich der *ordentlichen Aufwendungen* ein ungedeckter Mehraufwand von 334 TEUR.

Das Finanzergebnis fiel durch zurückgehende Liquidität, vor allem aber durch das niedrige Zinsniveau am Kapitalmarkt und die ausstehende Eigenkapitalverzinsung für die Jahre 2007 und 2008 der Eigenbetriebe, um insgesamt 92 TEUR geringer aus als zunächst geplant.

Alles in allem stieg der Jahresfehlbetrag um 2,6 Mio. EUR auf insgesamt 5,8 Mio. EUR. In gleicher Höhe wird das Eigenkapital verringert werden.

In der Bilanz der Gemeinde Morsbach zum 31.12.2009 verbleibt danach eine Eigenkapitalquote von 57,8 %. Trotz schwindender Eigenkapitaldecke verfügt die Finanzwirtschaft der Gemeinde Morsbach mit diesem Wert dennoch über ein tragfähiges Fundament. Besorgniserregend sind allerdings die massiven Steuerausfälle auf der einen Seite und der steigende Kostendruck aus Transferaufwendungen, insbesondere aus der Kreisumlage, auf der anderen Seite.

1.4.1.1 Schlussbilanz zum 31.12.2009

A K T I V A	31.12.2009	31.12.2008	P A S S I V A	31.12.2009	31.12.2008
1. Anlagevermögen			1. Eigenkapital		
1.1. Immaterielle Vermögensgegenstände	239.408,86 €	151.224,39 €	1.1 Allgemeine Rücklage	50.043.132,40 €	50.043.132,40 €
1.2. Sachanlagen			1.2 Ausgleichsrücklage	741.910,62 €	0,00 €
1.2.1 Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	2.818.851,87 €	2.453.018,64 €	1.3 Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-5.755.227,56 €	741.910,62 €
1.2.2 Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	25.979.196,55 €	26.608.889,55 €	Summe Eigenkapital	45.029.815,46 €	50.785.043,02 €
1.2.3 Infrastrukturvermögen	38.994.334,87 €	40.018.493,80 €	2. Sonderposten		
1.2.4 Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler	9,00 €	9,00 €	2.1 für Zuwendungen	11.285.780,00 €	11.245.610,00 €
1.2.5 Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge	821.901,00 €	670.943,00 €	2.2 für Beiträge	4.207.979,44 €	4.335.903,56 €
1.2.6 Betriebs- und Geschäftsausstattung	834.830,28 €	863.998,28 €	2.3 für den Gebührenaussgleich	46.539,56 €	151.307,68 €
1.2.7 Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	756.402,09 €	753.042,52 €	2.4 Sonstige Sonderposten	0,00 €	0,00 €
Summe Sachanlagen	70.205.525,66 €	71.368.394,79 €	Summe Sonderposten	15.540.299,00 €	15.732.821,24 €
1.3. Finanzanlagen			3. Rückstellungen		
1.3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen	721.218,77 €	721.218,77 €	3.1 Pensionsrückstellungen	8.213.076,00 €	7.701.673,00 €
1.3.3 Sondervermögen	2.013.222,32 €	2.013.222,32 €	3.2 Instandhaltungsrückstellungen	472.744,06 €	207.996,39 €
1.3.4 Wertpapiere des Anlagevermögens	2.374.722,61 €	2.054.816,01 €	3.3 Sonstige Rückstellungen	810.371,54 €	759.192,88 €
1.3.5 Ausleihungen	0,00 €	0,00 €	Summe Rückstellungen	9.496.191,60 €	8.668.862,27 €
Summe Finanzanlagen	5.145.969,62 €	4.826.472,06 €	4. Verbindlichkeiten		
SUMME ANLAGEVERMÖGEN	75.590.904,14 €	76.346.091,24 €	4.1 Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	4.382.678,88 €	4.477.661,84 €
2. Umlaufvermögen			4.2 Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung	0,00 €	0,00 €
2.1 Vorräte			4.3 Verb. aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen	33.477,68 €	35.097,24 €
2.1.1 Grundvermögen zur Veräußerung	115.967,17 €	931.378,36 €	4.4 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	571.563,65 €	662.947,04 €
2.1.2 Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, Waren	28.587,84 €	20.125,22 €	4.5 Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	64,35 €	12.541,45 €
Summe Vorräte	144.555,01 €	951.503,58 €	4.6 Sonstige Verbindlichkeiten	1.371.012,12 €	1.983.670,74 €
2.2 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			4.7 Erhaltene Zuweisungen	1.516.945,47 €	935.518,37 €
2.2.1 Öffentlich-rechtliche Forderungen und aus Transferleistungen	859.494,60 €	1.295.207,27 €	Summe Verbindlichkeiten	7.875.742,15 €	8.107.436,68 €
2.2.2 Privatrechtliche Forderungen	828.413,16 €	1.978.118,31 €	5. Passive Rechnungsabgrenzung	0,00 €	1.554,08 €
2.2.3 Sonst. Vermögensgegenstände	29.755,87 €	199.025,75 €			
Summe Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.608.725,08 €	3.028.178,70 €			
2.3 Liquide Mittel	538.907,07 €	2.871.217,66 €			
SUMME UMLAUFVERMÖGEN	2.292.187,16 €	6.850.899,94 €			
3. Aktive Rechnungsabgrenzung	58.956,91 €	98.726,11 €			
Summe Aktiva	77.942.048,21 €	83.295.717,29 €	Summe Passiva	77.942.048,21 €	83.295.717,29 €

1.4.1.2 Kennzahlenspiegel zur Bilanz

In gemeinsamer Arbeit von Aufsichtsbehörden der Kommunen sowie der Gemeindeprüfungsanstalt als überörtliche Prüfungseinrichtung und Vertretern der örtlichen Rechnungsprüfung (VERPA) ist für die Beurteilung der wirtschaftlichen Lage der Kommunen ein NKF-Kennzahlenset erarbeitet worden. Darin sind die für Prüfungen wichtigen Kennzahlen zusammengefasst worden. Dieses Kennzahlenset macht eine Bewertung des Haushalts und der wirtschaftlichen Lage jeder Kommune nach einheitlichen Kriterien möglich. Eine Vergleichbarkeit im interkommunalen Sektor wird allerdings erst mit fortschreitender NKF-Umsetzung in NRW möglich sein.

Aber auch Zeitreihenvergleiche auf örtlicher Ebene lassen Beurteilungen und Einschätzungen zu haushaltswirtschaftlichen und bilanztechnischen Entwicklungen zu.

Die nachfolgenden Beschreibungen des Kennzahlen-Sets basieren auf den Runderlass des Innenministeriums vom 19.02.2008.

Kennzahlen	Berechnung	Eröffnungs- bilanz 01.01.2005	Schluss- bilanz 31.12.2005	Schluss- bilanz 31.12.2006	Schluss- bilanz 31.12.2007	Schluss- bilanz 31.12.2008	Schluss- bilanz 31.12.2009
Liquidität							
Liquidität 1. Grades (Lig1)	$\frac{\text{Liquide Mittel} \times 100}{\text{kurzfristige Verbindlichkeiten}}$	78,2%	98,3%	104,2%	51,2%	81,4%	15,6%
Liquidität 2. Grades (Lig2)	$\frac{\text{Liquide Mittel} + \text{kurzfr. Ford.} \times 100}{\text{kurzfristige Verbindlichkeiten}}$	207,0%	183,7%	170,5%	138,2%	167,2%	62,2%
kurzfristige Verbindlich- keitenquote (KVbQ)	$\frac{\text{kurzfristige Verbindlichkeiten} \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$	2,6%	3,1%	3,5%	3,1%	4,2%	4,4%
Verschuldungsgrad (VsG)	$\frac{\text{Fremdkapital} \times 100}{\text{Eigenkapital} + \text{Sonderposten}}$	22,9%	23,5%	23,8%	24,3%	25,2%	28,7%
Bilanzstruktur							
Eigenkapitalquote I (EkQ1)	$\frac{\text{Eigenkapital} \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$	63,3%	61,7%	62,2%	61,4%	61,0%	57,8%
Eigenkapitalquote II (EkQ2)	$\frac{\text{EK} + \text{SoPo Zuw./Beiträge} \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$	79,9%	80,8%	80,6%	80,4%	79,7%	77,7%
Vermögensstruktur							
Anlagendeckungsgrad I (AnD1)	$\frac{\text{Eigenkapital} \times 100}{\text{Anlagevermögen}}$	67,7%	66,0%	67,1%	65,1%	66,5%	59,6%
Anlagendeckungsgrad II (AnD2)	$\frac{\text{EK} + \text{SoPo Zuw./Beit.} + \text{lfr. FK} \times 100}{\text{Anlagevermögen}}$	100,5%	94,3%	101,9%	100,4%	102,3%	96,1%
Anlagenintensität (AnI)	$\frac{\text{Anlagevermögen} \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$	93,5%	93,4%	92,7%	94,4%	91,7%	97,0%
Infrastrukturquote (ISQ)	$\frac{\text{Infrastrukturvermögen} \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$	50,1%	50,7%	49,8%	50,3%	48,0%	50,0%

Bilanzkennzahlen zur Liquidität

Im Rahmen der Liquiditätsanalyse wird das mögliche Risiko einer Zahlungsunfähigkeit der Kommune beurteilt werden. Das vorhandene Liquiditätspotential wird danach untersucht, ob den kommunalen Zahlungsverpflichtungen zu jedem Zeitpunkt nachgekommen werden kann. Eine wichtige Erkenntnisquelle für die Liquiditätslage der Kommune ist die Finanzplanung, die im Rahmen der Finanzierungsanalyse überprüft wird. Der im Finanzplan ausgewiesene Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit ist ein wichtiger Indikator für die Finanzkraft der Kommune. Je größer er ist, desto besser ist die Liquiditätslage der Kommune zu beurteilen.

Für die Beurteilung der Liquiditätslage der Kommune werden die Daten aus dem Finanzplan noch um Daten aus der kommunalen Bilanz ergänzt.

Liquidität 1. Grades (LiG1)

Die Kennzahl „Liquidität 1. Grades“ gibt an, wie viel Prozent der kurzfristigen Verbindlichkeiten mit den vorhandenen flüssigen Mitteln beglichen werden können.

Liquidität 2. Grades (LiG2)

Für die Kennzahl „Liquidität 2. Grades“, auch als „kurzfristige Liquidität“ bezeichnet, werden den liquiden Mitteln die kurzfristigen Forderungen hinzu gerechnet. Die Erweiterung der Datenbasis verbessert die Beurteilung der Liquiditätslage der Kommune.

Kurzfristige Verbindlichkeitsquote (KVbQ)

Die von den Kommunen bis zur Umstellung auf das NKF aufgenommenen Kassenkredite werden in der kommunalen Bilanz als Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung angesetzt. Sie stellen kurzfristiges Fremdkapital dar, weil sie in ihrer Laufzeit auf höchstens ein Jahr beschränkt sind. Wie hoch die Bilanz durch kurzfristiges Fremdkapital belastet wird, kann mit Hilfe der Kennzahl „Kurzfristige Verbindlichkeitsquote“ beurteilt werden.

Verschuldungsgrad (DsG)

Der Verschuldungsgrad berechnet sich aus dem Fremdkapital im Verhältnis zum Eigenkapital (inkl. Sonderposten). Grundsätzlich gilt, je höher der Verschuldungsgrad ist, umso abhängiger ist die Kommune von externen Gläubigern.

Kennzahlen zur Bilanzstruktur

Bei der Analyse der Kapitalausstattung wird das Verhältnis von einzelnen Bilanzposten zueinander betrachtet und bewertet. Dabei wird einerseits die Finanzierung des Haushalts (mit Eigen- bzw. Fremdkapital) und andererseits die Finanzierung der (langfristigen) Vermögensgegenstände des Anlagevermögens zum Gegenstand der Betrachtung gemacht.

Eigenkapitalquote (EkQ1)

Die Kennzahl „Eigenkapitalquote 1“ misst den Anteil des Eigenkapitals am gesamten bilanzierten Kapital (Gesamtkapital) auf der Passivseite der kommunalen Bilanz. Für diese Kennzahl gilt: Je höher die Eigenkapitalquote, desto geringer das Finanzierungsrisiko und desto höher die finanzielle Stabilität und die wirtschaftliche Sicherheit. Die Eigenkapitalquote kann damit auch bei einer Kommune ein wichtiger Bonitätsindikator sein.

Anlagendeckungsgrad 1 (AnD1)

Mit Hilfe der Kennzahlen über Anlagendeckungsgrade kann die Kapitalverwendung der Kommune analysiert werden. Sie sind geeignete Kennzahlen zur Bewertung finanzieller Risiken. Die Kennzahl „Anlagendeckungsgrad 1“ zeigt an, wie viel Prozent des Anlagevermögens durch Eigenkapital finanziert sind.

Anlagendeckungsgrad 2 (AnD2)

Mit Hilfe der Kennzahl „Anlagendeckungsgrad 2“ soll die langfristige Kapitalverwendung der Kommune bewertet werden. Die Ergänzung der Wertgröße „Eigenkapital“ gegenüber der Kennzahl „Anlagendeckungsgrad 1“ um Sonderposten, die Eigenkapitalanteile aufweisen, und um langfristiges Fremdkapital als weitere Wertgrößen führt in der Analyse der Kapitalverwendung der Kommune dazu, dass durch die Kennzahl angezeigt wird, wie viel Prozent des Anlagevermögens langfristig finanziert sind. Sie sollte mindestens 100% betragen, denn andernfalls sind Teile des Anlagevermögens lediglich durch kurzfristiges Kapital finanziert.

Bilanzkennzahlen zum kommunalen Vermögen

Das kommunale Vermögen bildet einen wesentlichen Bestandteil der Bilanz und kann in hohem Maße die wirtschaftliche Lage der Kommune beeinflussen.

Die Vermögensanalyse verfolgt daher das Ziel, eine Aussage über Art, Umfang und Qualität des bilanzierten Vermögens zu treffen und anhand von Tendenzen und Entwicklungen aufzuzeigen, wie sich die Vermögenssituation der Kommune im Zeitvergleich verändert. Vor dem Hintergrund des Ziels der langfristigen Substanzerhaltung lassen sich darauf aufbauend Ziele und Maßnahmen ableiten.

Anlagendeckungsgrad 1 (AnD1)

Mit Hilfe der Kennzahlen über Anlagendeckungsgrade kann die Kapitalverwendung der Kommune analysiert werden. Sie sind geeignete Kennzahlen zur Bewertung finanzieller Risiken. Die Kennzahl „Anlagendeckungsgrad 1“ zeigt an, wie viel Prozent des Anlagevermögens durch Eigenkapital finanziert sind.

Anlagendeckungsgrad 2 (AnD2)

Mit Hilfe der Kennzahl „Anlagendeckungsgrad 2“ soll die langfristige Kapitalverwendung der Kommune bewertet werden. Die Ergänzung der Wertgröße „Eigenkapital“ gegenüber der Kennzahl „Anlagendeckungsgrad 1“ um Sonderposten, die Eigenkapitalanteile aufweisen, und um langfristiges Fremdkapital als weitere Wertgrößen führt in der Analyse der Kapitalverwendung der Kommune dazu, dass durch die Kennzahl angezeigt wird, wie viel Prozent des Anlagevermögens langfristig finanziert sind. Sie sollte mindestens 100% betragen, denn andernfalls sind Teile des Anlagevermögens lediglich durch kurzfristiges Kapital finanziert.

Anlagenintensität (AnI)

Die Kennzahl „Anlagenintensität“ stellt ein Verhältnis zwischen dem Anlagevermögen und dem Gesamtvermögen auf der Aktivseite der Bilanz her.

Sie gibt Aufschluss darüber, ob die Höhe des Anlagevermögens den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der Kommune entspricht. Ein hoher Wert der Kennzahl „Anlagenintensität“ verlangt i.d.R. einen hohen Anteil von Eigenkapital bzw. von langfristigem Fremdkapital am Gesamtkapital. Eine zu geringe Anlagenintensität kann bedeuten, dass die Kommune überwiegend über bereits abgeschriebenes Vermögen oder über Vermögensgegenstände verfügt, die nur noch mit geringen Werten in der Bilanz angesetzt sind.

Infrastrukturquote (ISQ)

Die Kommunen verfügen in der Regel über ein umfangreiches, der Daseinsvorsorge dienendes Infrastrukturvermögen. Die Kennzahl „Infrastrukturquote“ beleuchtet deshalb als Verfeinerung der Kennzahl „Anlagenintensität“ diesen Aspekt. Ein geringer Wert der Kennzahl „Infrastrukturquote“ kann ein Hinweis dafür sein, dass die Kommune entweder kaum über derartige öffentlichen Einrichtungen verfügt, diese ggf. bereits veraltet und daher geringwertig sind, oder diese im Rahmen von Privatisierungsmaßnahmen veräußert wurden. Ein hoher Wert dürfte ein Hinweis darauf sein, dass wegen dieser Vermögenslage die Kommune in jedem Haushaltsjahr voraussichtlich hohe Unterhaltungsaufwendungen und hohe Abschreibungen zu erwirtschaften hat. Ggf. sind bei der Bewertung dieser Kennzahl in Einzelfällen auch die Gebietsgröße der Kommune oder andere örtliche Besonderheiten zu berücksichtigen.

1.4.2 Überblick über das Haushaltsjahr 2010

Auf Grund der allgemeinen Verschlechterung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und des drastischen Einbruchs bei den Steuererträgen in 2009, wurden bei der Erstellung des Haushaltsplans 2010 die Grenzwerte des § 76 Abs. 1 Nr. 2 GO NW in den Jahren 2009 bis 2013 deutlich überschritten, so dass die Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes notwendig war.

Trotz aller Sparbemühungen konnte kein genehmigungsfähiges Haushaltssicherungskonzept verabschiedet, da ein Haushaltsausgleich im Laufe der mittelfristigen Finanzplanung bis 2013 nicht darstellbar war.

Das zu erwartende Jahresergebnis 2010 wird im Wesentlichen durch zwei Einflussfaktoren entscheidend geprägt werden. Zum Einen sind auf Grund der allgemeinen konjunkturellen Erholung die Steuererträge erheblich gestiegen, zum Anderen ist auf Grund der weiterhin bestehenden vorläufigen Haushaltsführung die Haushaltsausführung nur in sehr begrenzten Maße gesetzlich erlaubt und erfolgt.

Insgesamt wird im Bereich der *Steuern und ähnlichen Abgaben* mit einer Verbesserung des Jahresergebnisses von 2,4 Mio. EUR gerechnet. Getragen wird diese beachtliche Ergebnissteigerung einzig von den Gewerbesteuererträgen. Ein Großteil der Mehrerträge ist auf die Anpassung des Vorauszahlungssolls für die Jahre 2008 bis 2010 eines Gewerbesteuerzahlers zurückzuführen. Die übrigen Mehrerträge ergeben sich im Wesentlichen aus endgültigen Veranlagungen für das Jahr 2008 und den daraus resultierenden Anpassungen der Vorauszahlungen für die Folgejahre.

Die *übrigen Erträge* werden zum Teil geringer ausfallen und dieses positive Ergebnis etwas schmälern, weil sich die Durchführung geplanter Maßnahmen wegen der vorläufigen Haushaltsführung oder anderer Hinderungsgründe zeitlich verzögert (z.B. Zuschuss zur Kalkung des Gemeindewaldes, Mieterträge aus der Übertragung des Kindergarten Hahner Str. im Zuge der Liquidation der MEG, endgültige Abrechnung der Maßnahme Gehwege Waldbröler und Krottorfer Straße).

Mehrerträge im Bereich der Konzessionsabgaben, bei den Nachforderungszinsen zu Gewerbesteuerfestsetzungen und bei Grundstücksveräußerungen lassen auch bei den *sonstigen ordentlichen Erträgen* eine leichte Ergebnisverbesserung erwarten.

Insgesamt verbleibt für die *ordentlichen Erträge* eine prognostizierte Ergebnissteigerung von 2,3 Mio. EUR.

Auch im Bereich der *Aufwendungen* werden die Folgen der vorläufigen Haushaltsführung wesentlichen Einfluss auf das erwartete Jahresergebnis haben. Bei den *Sach- und Dienstleistungen* wird mit Minderaufwendungen in Höhe von 400 TEUR gerechnet, im Wesentlichen bedingt durch die Umstellung der Berechnungen für den Kostenerstattungsanteil an der Straßenentwässerung und der damit verbundenen Gutschrift für Vorjahre.

Die übrigen Einsparungen ergeben sich im Energiebereich durch geringere Verbrauchswerte, im Bereich der Unterhaltung von Infrastrukturvermögen und im Schulbereich infolge der vorläufigen Haushaltsführung.

Auch das Ergebnis der *bilanziellen Abschreibungen* wird im Jahresergebnis unter den Haushaltsansätzen liegen, da insgesamt infolge der ausstehenden Genehmigung der Prioritätenliste die Investitionstätigkeit weit hinter den geplanten Maßnahmen zurückgeblieben ist.

Lediglich die *Transferaufwendungen* werden gegenüber der Planung um ca. 400 TEUR höher ausfallen, da infolge der gestiegenen Gewerbesteuererträge auch die Gewerbesteuerumlagezahlungen steigen.

Unter Berücksichtigung eventueller Wertberichtigungen auf Forderungen, die sich erfahrungsgemäß im Jahresabschluss ergeben, werden sich insgesamt die aufgezeigten Mehr- oder Minderaufwendungen nahezu aufheben und die *ordentlichen Aufwendungen* ungefähr das veranschlagte Volumen erreichen.

Das *Finanzergebnis* fällt durch zurückgehende Liquidität, vor allem aber durch das niedrige Zinsniveau am Kapitalmarkt um insgesamt 45 TEUR geringer aus als zunächst geplant.

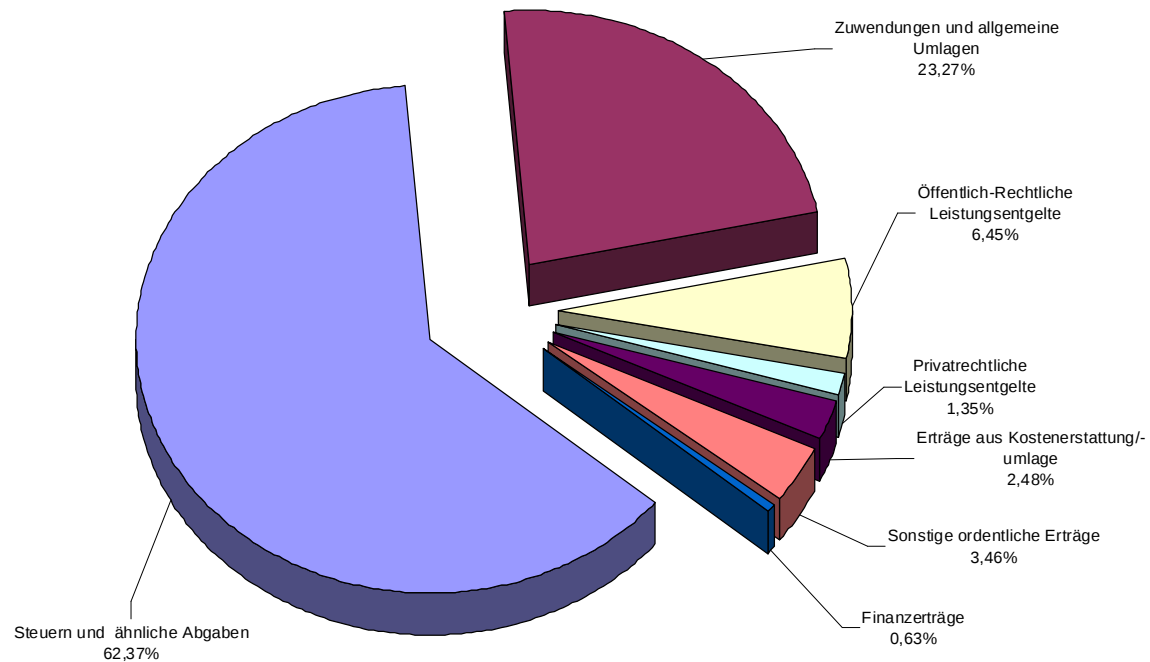
Alles in allem ergibt sich eine Ergebnisverbesserung von ca. 2,3 Mio. EUR. Dennoch verbleibt voraussichtlich ein Jahresfehlbetrag von 1,9 Mio. EUR, der in dieser Höhe das Eigenkapital verringern wird.

Eckpunkte des Haushalts 2011 der Gemeinde Morsbach

1.4.3 Gesamtergebnisplan

1.4.3.1 Ordentliche Erträge

Das folgende Diagramm zeigt die Aufgliederung der ordentlichen Erträge nach Arten:



Die ordentlichen Erträge weisen folgende Entwicklung auf:

Steuern und ähnliche Abgaben setzen sich wie folgt zusammen:

Ordentliche Erträge	Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
401100 Grundsteuer A	-54.444	-54.500	-54.500	-54.500	-54.500	-54.500
401200 Grundsteuer B	-1.244.486	-1.260.000	-1.285.000	-1.311.000	-1.437.000	-1.466.000
401300 Gewerbesteuer	-2.833.302	-6.000.000	-6.588.000	-7.122.000	-7.656.000	-8.138.000
402100 Gemeindeanteil Einkommensteuer	-2.811.040	-2.637.000	-2.738.000	-2.911.000	-3.094.000	-3.249.000
402200 Gemeindeanteil Umsatzsteuer	-522.059	-491.000	-500.000	-512.000	-523.000	-536.000
403200 Sonstige Vergnügungssteuer	-2.975	-2.400	-2.400	-2.400	-2.400	-2.400
403300 Hundesteuer	-57.731	-58.000	-62.000	-62.000	-62.000	-62.000
403500 Zweitwohnungssteuer	-27.719	-27.700	-27.200	-27.200	-27.200	-27.200
403900 Sonstige Steuern	-3	0	0	0	0	0
405100 Kompensationszahlung	-313.487	-359.000	-318.000	-331.000	-336.000	-343.000
* Steuern und ähnliche Abgaben	-7.867.245	-10.889.600	-11.575.100	-12.333.100	-13.192.100	-13.878.100

Die Berechnung der Planansätze erfolgte auf Basis der November-Steuerschätzung 2010 (**Einkommenssteuer** und **Umsatzsteuer**), auf Basis des Ist-Aufkommens in 2010 sowie unter Berücksichtigung der Orientierungsdaten des Landes.

Die Hebesätze der **Grundsteuer A und B** sowie der **Gewerbesteuer** bleiben in 2011 gegenüber den Vorjahren unverändert. Bei der Grundsteuer A wird ein gleichbleibendes Niveau unterstellt. Der Hebesatz der **Grundsteuer B** soll 2013 von derzeit 400 % auf 430 % erhöht werden. Mit der Anhebung soll ein partieller Ausgleich der Mehrbelastung, die aus der Anhebung der Kreisumlage resultiert, geschaffen werden, um eine Haushaltssicherungskonzept zu vermeiden.

Die Berechnung der **Gewerbesteuer** für das Haushaltsjahr 2011 basiert auf der Ermittlung der örtlichen Erkenntnisse und dem voraussichtlichen Ergebnis 2010.

Für die Folgejahre wurden die Steigerungsraten gemäß der November-Steuerschätzung zugrunde gelegt, die davon ausgehen, dass sich die gemeindlichen Steuererträge ab dem Jahr 2011 wieder stabilisieren und tendenziell verbessern.

Der Familienleistungsausgleich wird vom Land errechnet und an die Kommunen im Zusammenhang mit den Schlüsselzuweisungen zugewiesen. Dieser ist unter den Erträgen aus **Kompensationszahlungen** berücksichtigt.

Die **Zuwendungen und allgemeinen Umlagen** setzen sich wie folgt zusammen:

Ordentliche Erträge	Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
411100 Schlüsselzuweisungen vom Land	-1.723.605	-2.645.994	-3.405.593	-1.514.842	-1.353.480	-1.229.434
414200 Zuweisungen vom Land	-183.426	-232.010	-191.637	-179.614	-180.205	-180.811
414300 Zuweisungen von Gemeinden	-49.169	-56.100	-56.100	-56.100	-56.100	-56.100
414900 Zuschüsse von übrigen Bereichen	-9.820	-20.000	-2.500	-2.500	-2.500	-2.500
416 ertragswirksame Sonderpostenauflösung	-616.197	-598.564	-661.963	-762.229	-837.193	-878.862
417100 Allgemeine Umlagen Land	0	-33.320	0	0	0	0
* Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-2.582.217	-3.585.988	-4.317.793	-2.515.285	-2.429.478	-2.347.707

Der Ansatz der **Schlüsselzuweisungen** für 2011 und die Folgejahre ergibt sich unter Anwendung der Orientierungsdaten und der sonstigen schlüsselzuweisungsrelevanten Daten.

Hinter der Position **Zuweisungen vom Land** verbergen sich im Wesentlichen die Landeszuschüsse für das sog. Programm "Geld oder Stelle" an der Haupt- und Realschule (55 TEUR), Zuweisungen für die Betreuungsmaßnahme "Offene Ganztagsgrundschule" (85 TEUR), für die Asylbewerberleistungen (23 TEUR) und eine Bezuschussung der Jugendarbeit im Jugendzentrum „Highlight“ (11 TEUR). In 2011 wird die Aufforstung von Laubwald mit 4 TEUR bezuschusst.

Die Zuweisungen aus dem Programm "Geld oder Stelle" werden in Abhängigkeit zur Schülerzahl je Schule gewährt und liegen wesentlich höher als die bisherigen Beträge für das abgelaufene Programm „Dreizehn plus“. Die Landesmittel nach Asylbewerberleistungsgesetz werden entsprechend der jährlich neu festzulegenden Zuweisungsschlüssel an die Gemeinden verteilt und sind u.a. auch abhängig von der Gesamtzahl der Flüchtlinge im Bundesgebiet. Die Pflegeberatung wurde neu geregelt nach dem Pflegegesetz NRW; die Zuweisungen werden vom Kreis gewährt und daher ab 2011 unter der Position Kostenerstattung/ -umlage aufgeführt. Das für 2010 vorgesehene Interessenbekundungsverfahren soll infolge eines weiteren Anbieters für LTE (Internet) erst in 2011 durchgeführt werden und wird mit 90 % aus Landesmitteln (12,6 TEUR) bezuschusst.

Die **Zuweisungen von Gemeinden** beinhalten die Zuschüsse des Oberbergischen Kreises für die Offenen Ganztagsgrundschulen (48 TEUR) und das Jugendzentrum incl. Ferienspaßaktion (8.100 EUR).

Die **Zuschüsse von übrigen Bereichen** im Ansatz 2011 und den Folgejahren resultieren aus einer Förderung der Provinzial-Versicherung für den Bereich des Feuerschutzes.

Die Ansätze der **ertragswirksamen Sonderpostenaufösungen** setzen sich zusammen aus der Auflösung

- von in der Vergangenheit gewährten Landeszuschüssen für Investitionen,
- der jährlichen allgemeinen Investitionspauschale (IVP) sowie
- der zweckgebundenen Schulpauschale, Sportstättenpauschale und Feuerwehrpauschale (siehe separate Verwendungsübersicht unter Punkt 2)

Insbesondere auch durch unterschiedliche Einstellungen (Nutzungsdauern) in der geplanten Auflösung von Sonderposten kommt es zu Schwankungen in der Veranschlagung. Auf Grund der Investition in den Umbau des Schulzentrums für einen Ganztagsbetrieb (Mensa/Aula/Kulturstätte) wurde die Investitionspauschale im Ansatz 2009 in voller Höhe dieser Maßnahme zugeschrieben und wird somit über eine längere Nutzungsdauer aufgelöst (somit geringere jährliche Erträge). Ab 2012 wurde dann wieder eine kürze Auflösungsdauer bei der IVP angenommen.

Die **öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelte** beinhalten nachstehende Erträge:

Ordentliche Erträge	Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
431100 Verwaltungsgebühren	-62.636	-64.275	-86.025	-86.025	-86.025	-86.025
432100 Benutzungsgebühren und ähnliche Ent	-720.763	-833.806	-862.608	-728.750	-735.063	-741.439
432901 Sperrmüll, Elektroschrott, Kühlgerä	-20.220	-20.850	-20.850	-21.059	-21.270	-21.483
432902 Elternbeitrag OGS	-17.697	-18.489	-18.590	-18.590	-18.590	-18.590
432903 Essensgeld OGS + GHS	-24.981	-23.816	-25.940	-25.940	-25.940	-25.940
432904 Elternbeitrag 8-1 Betreuung OGS	-3.290	0	0	0	0	0
432905 Servicegebühr Behälterwechsel (Abfa	-1.990	-2.000	-2.000	-2.020	-2.040	-2.060
432906 Landesfonds kein Kind ohne Mahlzeit	-8.977	-12.200	-16.000	-16.000	-16.000	-16.000
437 ertragswirksame Sonderpostenauflösung	-148.791	-151.426	-149.858	-155.367	-160.507	-164.245
438100 Auflösung SoPo für Gebührenausgleic	-128.169	0	-15.000	0	0	0
* Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte	-1.137.514	-1.126.862	-1.196.871	-1.053.751	-1.065.435	-1.075.782

Verwaltungsgebühren werden in den unterschiedlichsten Bereichen der Verwaltung erhoben (insbesondere in den Bereichen Gewerbeswesen, Standesamtswesen und Meldewesen). Etwa 60 % der Gesamtsumme entfällt auf den Bereich des Einwohnermeldewesens. Hier ist infolge der Einführung des neuen Personalausweises mit deutlich gestiegenen Herstellungskosten und Gebührenfestsetzungen mit höheren Verwaltungsgebührenerträgen zu rechnen.

Hinter den **Benutzungsgebühren und ähnlichen Entgelten** verbergen sich im Wesentlichen die Entgelte für die kostenpflichtige Inanspruchnahme der Feuerwehr (10 TEUR), die Benutzungsgebühren für das Asylbewerberwohnheim (12 TEUR) und das Obdachlosenwohnheim (4,7 TEUR) sowie die Entgelte für die gebührenrechnenden Einrichtungen „Bücherei“ (3 TEUR) , „Bäder“ (21 TEUR) , „Abfallbeseitigung“ (634 TEUR) und „Winterdienst“ (63,4 TEUR), wobei die Benutzungsgebühren für die Abfallbeseitigung alleine schon ca. 74 % der gesamten Benutzungsgebühren ausmachen. Für 2011 sollen die Benutzungsgebühren für die Bücherei und das Hallenbad moderat erhöht werden. Im Ansatz 2011 sind die erwarteten Erträge aus der Beitragsabrechnung für den Gehweg Krottorfer Straße und Gehweg Waldbröler Straße nochmals veranschlagt.

Die **ertragswirksame Sonderpostenauflösung** beinhaltet die in der Vergangenheit entrichteten Erschließungskostenbeiträge (Baugesetzbuch) sowie die Straßenanliegerbeiträge (Kommunalabgabengesetz).

Zum Ausgleich der gebührenrechnenden Einrichtung „Abfallbeseitigung“ erfolgte zum Jahresabschluss 2009 eine **Auflösung des Sonderpostens (SoPo) für den Gebührenaussgleich**. In 2011 ist eine Teilauflösung des Sonderpostens geplant.

Bei den **privatrechtlichen Leistungsentgelten** handelt es sich um nachstehende Erträge.

Ordentliche Erträge	Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
441100 Verkauf	-63.906	-38.450	-21.450	-21.451	-21.452	-21.453
441200 Mieten und Pachten	-103.343	-133.240	-161.130	-161.130	-161.130	-161.130
441210 Mietnebenkosten	-30.077	-30.300	-28.040	-28.320	-28.602	-28.888
441300 Dienstleistungen	-3.450	-7.300	-7.300	-7.373	-7.447	-7.521
441900 Andere sonst. priv. Leistungsentgel	-10.624	-6.100	-6.050	-6.051	-6.052	-6.053
441901 Erträge aus Ökopunkten	0	-11.500	-16.000	-16.160	-16.322	-16.486
441902 Einspeisevergütungen Strom	-9.721	-11.700	-11.450	-11.450	-11.450	-11.450
* Privatrechtliche Leistungsentgelte	-221.121	-238.590	-251.420	-251.935	-252.455	-252.981

Die Erträge aus **Verkauf** beinhalten überwiegend die Verkaufserlöse aus der Bewirtschaftung des Gemeindewaldes. Im Haushaltsjahr 2009 machte der Holzverkauf ca. 63 % aus. Für 2011 wird mit einem geringeren Einschlag gerechnet.

Mieten und Pachten werden im Wesentlichen aus der Vermietung der gemeindeeigenen Wohnungen (25 TEUR) und Kindergärten (110 TEUR) sowie aus der Jagdpacht für gemeindeeigene Grundstücke (24 TEUR) erzielt. Durch die Liquidation der Morsbacher Entwicklungsgesellschaft mbH wurden ab Mitte 2010 auch wieder Mieterträge für den Kindergarten „Pustebblume“ Hahner Straße veranschlagt.

Bei den **Mietnebenkosten** handelt es sich um die Erträge aus den gemeindlichen Mietwohnungen (13 TEUR) und dem Asylbewerber- (11 TEUR) sowie Obdachlosenwohnheim (2 TEUR).

Sollten ökologische Ausgleichsflächen, die die Gemeinde vorhalten muss, von Dritten durch Reduzierung von "Öko-Punkten" des gemeindlichen „Öko-Kontos“ in Anspruch genommen werden, muss eine entsprechende Entschädigung (faktisch ein "Verkauf" der Punkte) gezahlt werden. Die Flächen bleiben aber im Eigentum der Gemeinde. Diese Einzahlungen werden zunächst als Anzahlungen gebucht und in späteren Jahren in Höhe der Betreuung und Unterhaltung der ökologischen Ausgleichsflächen im Rahmen des Jahresabschlusses als **Erträge aus Ökopunkten** ertragswirksam aufgelöst. In den beiden letzten Jahren erfolgten Einzahlungen für die Errichtung von Windkraftträdern und die Erschließung des Bebauungsplans „Hemmerholz“. Zukünftig werden Erträge aus dem Vorhaben- und Erschließungsplan der Seniorenwohnanlage Seifen erwartet.

Durch die Nutzung der Photovoltaikanlage auf dem Rathausdach und des Blockheizkraftwerkes im Schulzentrum werden in etwa gleichbleibende Erträge aus der Stromabgabe als sog. **Einspeisevergütung** erwartet.

Die Erträge aus **Kostenerstattung/-umlage** setzen sich wie folgt zusammen:

Ordentliche Erträge	Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
442100 Erstattungen vom Bund	-4.000	0	0	0	-4.000	-4.000
442200 Erstattungen vom Land	-36.528	-92.665	-92.495	-48.495	-54.995	-55.495
442300 Erstattungen von Gemeinden (GV)	-116.103	-107.950	-140.950	-142.848	-144.778	-149.539
442400 Erstattungen von Zweckverbänden	-8.012	-6.300	-7.850	-6.363	-6.427	-6.491
442600 Erstattungen von verb. Unt., Bet.,	-209.308	-200.000	-201.560	-203.576	-205.611	-207.665
442800 Erstattungen von privaten Unternehm	-50.261	0	0	0	0	0
442900 Erstattungen von übrigen Bereichen	-24.618	-13.925	-17.265	-13.265	-13.265	-13.265
443906 Kleinbetragsbereinigung	-1	0	0	0	0	0
449800 Periodenfremde Kostenerstattungen	-193	0	0	0	0	0
* Erträge aus Kostenerstattung/-umlage	-449.024	-420.840	-460.120	-414.547	-429.076	-436.455

Unter den **Erstattungen vom Bund** werden die Kostenerstattungen für die Durchführung der Bundestagswahlen 2009 und 2013 sowie die Europawahl 2014 veranschlagt.

Das Land NW trägt für Schüler, die ihren Wohnsitz in NRW haben und von dort aus täglich Schulen in einem Nachbarland besuchen (sog. Pendler), die nötigen Schülerfahrtkosten und die notwendigen Kosten für die Beschaffung der Lernmittel. Die Wohnsitzgemeinde tritt für diese Kosten in Vorleistung und erhält anschließend eine **Erstattung durch das Land** (ca. 29 TEUR). Für Lehrerfortbildung an den Morsbacher Schulen werden vom Land 3 TEUR zur Verfügung gestellt. Außerdem sind Erstattungen für die Wahlen in 2013 und 2014 (13 TEUR) veranschlagt. Ebenfalls werden bestimmte Lehrgänge der Feuerwehrleute vom Land erstattet. In 2010 und 2011 ist die endgültige Abrechnung der Maßnahme "Kreisverkehr Morsbach" mit dem Landesbetrieb Straßenbau neu veranschlagt wurden.

Die **Erstattung von Gemeinden** beinhaltet im Wesentlichen die Erstattung von Aufwendungen (Personal- und Sachkostenpauschalen) für die ARGE Oberberg (105 TEUR). Die Erstattung der Betriebskostenzuschüsse für die Kindergärten durch den Oberbergischen Kreis enthält für 2009 lediglich noch die Schlussabrechnungen der Vorvorjahre (12 TEUR), da die Abrechnung mittlerweile unmittelbar durch den Kreis erledigt wird. Weiterhin gibt es Kostenerstattungen vom Kreis im Bereich der Ordnungsverwaltung (Zwangsstilllegungen 1,6 TEUR), die Aus- und Fortbildungsmaßnahmen der Feuerwehren werden ab 2010 unter der Position **Erstattung durch das Land** gebucht. Die Zuweisung für die Pflegeberatungen wird ab 2011 unter Erstattungen von Gemeinden

gebucht, da Sie vom Kreis kommt. Sie ergibt sich u.a. aus den prozentualen Anteilen der Sachbearbeiterinnen zur Gesamtstundenanzahl sowie der entsprechenden Personalkostentabelle der KGSt.

Die Position **Erstattungen von Zweckverbänden** beinhaltet die Erstattung des BTV für die Glascontainerstellplätze.

Hinter den **Erstattungen von verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen** verbergen sich die Erstattungen der Verwaltungs- und Bauhofleistungen durch die Morsbacher Entwicklungsgesellschaft MEG sowie durch die Eigenbetriebe Wasserwerk und Abwasserbeseitigung. Auf Grund der Auflösung der MEG mbH im Sommer 2010 reduziert sich der Erstattungsbeitrag ab 2010.

In 2009 wurde eine einmalige Erstattung von der Deutschen Post AG für eine Personalübernahme als **Erstattung von privaten Unternehmen** gebucht.

Die Erträge aus der Position **Erstattungen von übrigen Bereichen** werden in den unterschiedlichsten Bereichen der Verwaltung erzielt und stehen für Kostenerstattungen von Privaten für Leistungen der Verwaltung (z.B. Erstattungen der Fischereigenossenschaft (1,8 TEUR), ordnungsbehördliche Beerdigungen (2 TEUR), Fahrtkostenerstattungen von Schülern aus Friesenhagen und Waldbröl (2 TEUR), Erstattungen für Auslagen der Bauleitplanung (4 TEUR) etc.). Für 2010 und die Folgejahre wird mit einer deutlich geringeren Kostenerstattung für auftragsbedingte Bauleitplanung gerechnet, da ein deutlicher Rückgang der Bautätigkeit zu erkennen ist. In 2011 ist eine Erstattung durch den Vorhaben- und Erschließungsplan der Seniorenwohnanlage in Seifen zu erwarten.

Hinter den **sonstigen ordentlichen Erträgen** verbergen sich nachstehende Beträge.

Ordentliche Erträge	Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
451200 Veräußerung Grundstücke	-47.561	0	0	0	0	0
451500 Veräußerung bewegl. Sachen AV	-12.736	0	0	0	0	0
451600 Veräußerung Erschließungsmaßn.	-106.129	0	0	0	0	0
452100 Ordnungsrechtliche Erträge	20	0	0	0	0	0
452110 Bußgelder	-10.643	-10.940	-11.200	-11.200	-11.200	-11.200
452120 Zwangsgelder	-751	-100	-100	-100	-100	-100
452130 Verwarnungsgelder	-22.452	-21.700	-20.300	-20.300	-20.300	-20.300
452200 Vollstreckungsgebühren	-20.780	-20.000	-20.000	-20.000	-20.000	-20.000
452210 Säumniszuschläge	24.163	-3.000	-3.000	-3.000	-3.000	-3.000
452220 Mahngebühren	-10.433	-10.000	-10.000	-10.000	-10.000	-10.000
452230 Stundungszinsen	-5.520	-1.000	-1.000	-1.000	-1.000	-1.000
452240 Rücklastschriftgebühren	-351	-300	-300	-300	-300	-300
452260 Verspätungszuschläge	-50	0	-100	-100	-100	-100
452500 Nachforderungszinsen Gewerbesteuer	-11.829	-10.000	-10.000	-10.000	-10.000	-10.000
452600 Konzessionsabgaben	-362.804	-342.800	-352.800	-352.800	-352.800	-352.800
452700 Schadenersatz	-36.606	-26.200	-26.500	-26.510	-26.520	-26.530
453 ertragswirksame Sonderpostenauflösung	-4	0	0	0	0	0
458100 Zuschreibungen	-305.454	0	0	0	0	0
458200 Auflösung von Wb. auf Forderungen	-68.921	0	0	0	0	0
458300 Auflösung von Rückstellungen	-672.551	-90.000	-161.000	-202.000	-243.000	-194.000
459100 Andere sonstige ordentliche Erträge	-79.821	0	0	0	0	0
459800 Periodenfremde sonstige ordentl. Er	-80.427	-25.000	-25.000	-25.000	-25.000	-25.000
* Sonstige ordentliche Erträge	-1.831.638	-561.040	-641.300	-682.310	-723.320	-674.330

Im Ergebnis 2009 konnten bei der **Veräußerung von Grundstücken und beweglichen Sachen des Anlagevermögens (AV)** sowie der **Veräußerung von Erschließungsmaßnahmen** über dem Buchwert der jeweiligen Anlage Erlöse erzielt werden. Das Vorsichtsprinzip verbietet eine planmäßige Veranschlagung stiller Reserven.

Im Bereich der **Bußgelder, Verwarnungsgelder, Mahngebühren usw.** wird für 2011 und die Folgejahre mit gleichbleibenden Erträgen gerechnet.

Die **Nachforderungszinsen Gewerbesteuer** wurde aufgrund des aktuellen Stands angepasst.

Grundlage für die Berechnung der **Konzessionsabgaben** sind u. a. die Verbräuche der Tarif- und Sondervertragskunden. Ab 2011 wird wieder mit einem leichten Zuwachs gerechnet.

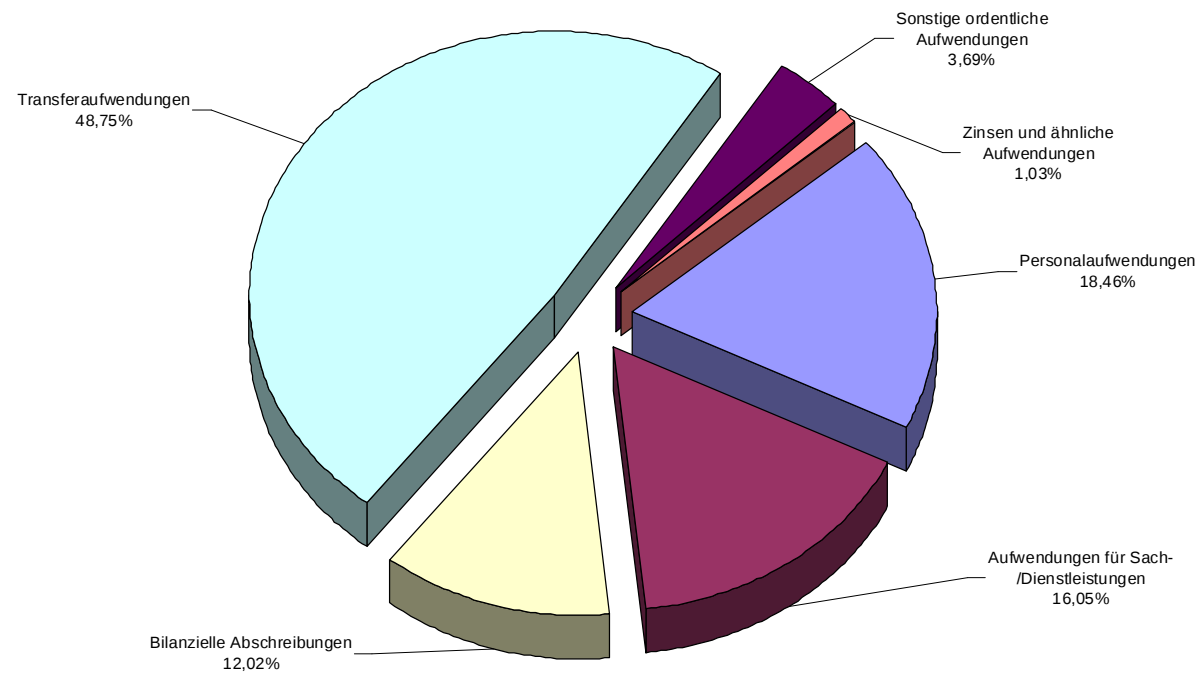
Die Position **Auflösung von Rückstellungen** beinhaltet überwiegend die ertragswirksame Auflösung von Pensions- und Beihilferückstellungen, die jährlich neu durch die Rheinische Versorgungskasse in einem versicherungsmathematischen Verfahren („Heubeck“) ermittelt werden. Ferner fällt hierunter auch die Auflösung der gebildeten Rückstellungen für Altersteilzeit. Seit 2010 befindet sich ein Mitarbeiter in der Freistellungsphase. Im Jahr 2011 treten weitere zwei Mitarbeiter der Gemeindeverwaltung in die Freistellungsphase der Altersteilzeit ein. Daraus resultiert der Zugang zu den Rückstellungen bis 2010 und der deutliche Rückgang ab 2011. 2013 treten alle Altersteilzeitfälle in die Freistellungsphase ein.

Im Ergebnis 2009 ist die Nachzahlung der Konzessionsabgabe 2006 und 2007 als **periodenfremde sonstige ordentliche Erträge** ausgewiesen. Die endgültige Abrechnung der Konzessionsabgaben erfolgt immer nach Jahresabschluss, so dass auch in den Folgejahren periodenfremde Erträge veranschlagt wurden.

Die weiteren Konten werden nicht näher erläutert, da die Bezeichnungen im Wesentlichen selbsterklärend sind.

1.4.3.2 Ordentliche Aufwendungen

Die Zusammensetzung der ordentlichen Aufwendungen veranschaulicht die folgende Grafik:



Die wesentlichen Aufwendungen des vorstehenden Diagramms werden nachfolgend erläutert.

Die **Personal- und Versorgungsaufwendungen** setzen sich wie folgt zusammen.

Ordentliche Aufwendungen	Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
501100 Bezüge der Beamten	650.650	670.708	694.528	701.474	709.831	716.930
501110 Leistungszulagen für Beamte	4.602	5.500	8.803	8.891	8.980	9.070
501200 Vergütungen der tariflich Beschäfti	1.617.340	1.621.702	1.667.969	1.684.650	1.668.136	1.684.819
501210 Leistungszulagen tariflich Beschäft	14.155	15.000	23.108	23.339	23.572	23.808
501900 Vergütungen der sonstigen Beschäfti	14.025	16.300	14.800	14.948	15.097	15.248
501950 Vergütungen der geringf. Beschäftig	2.330	2.500	2.500	2.525	2.550	2.576
502100 Beiträge Versorgungskasse Beamte	384.150	355.473	399.355	403.347	408.152	412.235
502200 Beiträge Versorgungskasse tarifl. B	114.142	131.417	134.383	135.729	134.534	135.881
503200 Sozialversicherungsbeiträge tarifli	328.446	354.844	368.404	372.090	368.930	372.619
503900 Sozialversicherungsbeiträge so. Bes	3.643	4.950	4.500	4.545	4.590	4.636
503950 Sozialversicherungsbeiträge gering.	752	750	750	758	766	774
504100 Beihilfen, Unterstützungen Beamte	120.439	140.000	154.000	155.540	142.816	144.241
505100 Pensionsrückstellungen für Beschäft	75.264	127.000	127.000	128.270	129.553	130.849
506100 Rückstellung Inanspruchn. Alterstei	98.197	90.000	60.000	5.000	0	0
507100 Rückstellungen für nicht gen. Urlaub	10.892	0	0	0	0	0
507200 Rückstellungen für Überstunden	10.803	0	0	0	0	0
507300 Rückstellungen für Beihilfe	112.244	60.100	22.000	22.220	22.442	22.666
509100 Pauschalierte Lohnsteuer	7.013	14.252	14.635	14.782	14.646	14.792
509800 Periodenfremde Personalaufwendungen	457	0	0	0	0	0
* Personalaufwendungen	3.569.544	3.610.496	3.696.735	3.678.108	3.654.595	3.691.144

Die Planungsdaten sehen bei den Personalaufwendungen für den Finanzplanungszeitraum auf Basis der Orientierungsdaten eine jährliche Steigerung von 1 % vor.

Die Ermittlung der Personalaufwendungen erfolgte auf der Basis der aktuell Beschäftigten sowie unter Berücksichtigung bekannter Personalveränderungen für 2011. Seit 2007 werden für alle Beschäftigten, die im Tarifbereich verbindlich einzuführenden Leis-

tungszulagen eingeplant (1 % der im Vorjahr anrechenbaren Entgelte); die Regelungen hierzu sollen lt. Gesetzesentwurf analog auch für die Beamten gelten.

Die **Beihilfeaufwendungen** werden gemäß den zurzeit festgesetzten Abschlagszahlungen an die Rheinische Versorgungskasse angepasst und erfolgen unter Berücksichtigung des tatsächlichen Krankenstandes bzw. der anfallenden Kosten für die aktiven und die Ruhestandsbeamten.

Darüber hinaus müssen die seit der NKF-Umstellung zu bildenden **Pensionsrückstellungen** und die **Rückstellungen für die Inanspruchnahme von Altersteilzeit** (zunächst jährlich ansteigend, ab Inanspruchnahme 2011 fallend) berücksichtigt werden. Die Pensions- und Beihilferückstellungen werden jährlich neu durch die Rheinische Versorgungskasse in einem versicherungsmathematischen Verfahren („Heubeck“) ermittelt.

Im Jahr 2010 ist bereits ein Mitarbeiter der Gemeindeverwaltung in die Freistellungsphase der Altersteilzeit eingetreten. 2011 folgen zwei weitere Mitarbeiter. Daraus resultieren der Zugang zu den Rückstellungen bis 2010 und der deutliche Rückgang ab 2011.

Der Personalaufwand beinhaltet auch den Mitarbeiter für die ARGE, wofür die Gemeinde eine Erstattung durch die ARGE Oberberg.

Für die Betreuung des Projekts "Mensabau" wurde ein Mitarbeiter eingestellt, dessen Personalaufwand als aktivierte Eigenleistung der Baumaßnahme zugeordnet und als Ertragsposition die Ergebnisrechnung in gleicher Höhe entlastet.

Die Wiederaufnahme des Dienstes einer Mitarbeiterin nach der Elternzeit und durch die Aufstockung der Wochenstunden zweier Teilzeitkräfte steigt der Personalaufwand gegenüber dem Ansatz 2010. Die Steigerung wird jedoch zum Teil aufgefangen, da hierfür die Teilzeitstelle im Bereich der Telefonzentrale entfällt.

Die **Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen** umfassen folgende Positionen.

Ordentliche Aufwendungen	Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
521200 Inventurdifferenzen	2.976	0	0	0	0	0
522100 Strom	148.689	147.613	152.090	153.614	155.151	156.704
522200 Gas	139.120	185.940	150.400	150.390	151.895	153.414
522400 Heizöl	23.404	44.450	40.700	41.107	41.518	41.932
522500 Treibstoffe für Fahrzeuge	41.926	48.700	44.800	45.250	45.702	46.158
522600 Treibstoffe für Sonstiges	1.742	550	2.000	2.020	2.040	2.060
522700 Wasser	22.992	26.710	18.213	18.574	18.758	18.943
522800 Abwasser	21.484	52.000	311.655	314.656	317.796	320.969
523100 Unterhaltung Grundstücke, Gebäude u	97.848	96.513	77.765	67.371	68.043	68.722
523130 Reinigung, Winterdienst für Grundst	0	1.669	896	885	892	899
523140 Sanierungsmaßnahmen	1.622	18.650	68.150	37.100	126.600	3.600
523200 Unterhaltung Infrastrukturvermögen	678.375	289.000	238.250	220.433	222.638	224.864
523300 Unterhaltung Maschinen und tech. An	1.584	2.300	1.785	1.803	1.821	1.839
523400 Unterhaltung Fahrzeuge	28.980	35.000	39.900	29.164	29.455	29.746
523410 Reparatur Fahrzeuge	290	0	1.000	1.010	1.020	1.030
523500 Unterhaltung Betriebsvorrichtungen	540	1.500	1.150	1.163	1.176	1.189
523600 Unterhaltung Betriebs- und Geschäft	21.761	16.690	20.560	20.643	20.798	20.925
523700 Bewirtschaftung Grundstücke, Gebäud	8.365	7.980	6.686	6.755	6.824	6.894
523710 Abfallentsorgung	13.339	16.230	16.116	16.278	16.441	16.606
523720 Gebäudereinigung	174.561	181.485	187.000	188.871	190.800	192.706
523730 Schornsteinreinigung	1.002	1.243	1.211	1.161	1.176	1.191
524100 Schülerbeförderungskosten	438.214	480.770	476.500	476.500	476.500	476.500
524200 Lehrmittel nach Lernmittelfreiheits	34.906	41.554	40.127	36.633	36.321	36.041
524300 Lehr- und Unterrichtsmittel	14.647	15.079	36.942	14.726	14.634	14.562
524400 Medien	3.795	4.836	4.732	4.591	4.567	4.528
524900 Sonstige Sachleistungen	7.410	4.749	4.082	4.110	4.138	4.166
524901 Kleinmaterialien < 60 EUR	4.416	4.450	6.850	6.921	6.992	7.063

Ordentliche Aufwendungen	Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
524902 festwertrelevante Anschaffungen	12.313	12.000	6.000	6.060	6.120	6.180
525100 Erstattungen an Bund	325	420	400	404	408	412
525300 Erstattungen an Gemeinden	15.039	24.476	20.100	0	0	0
525600 Erstattungen an verb. Unt., Bet., S	265.931	267.180	0	0	0	0
525800 Erstattungen an private Unternehmen	23.800	0	0	0	0	0
525900 Erstattungen an übrige Bereiche	2.131	1.500	1.500	1.500	1.500	1.500
526200 Hilfsstoffe	51.083	79.000	43.500	43.935	44.374	44.817
526300 Betriebsstoffe	18	1.000	1.250	1.263	1.276	1.289
526400 Waren	1.154	1.600	1.300	1.300	1.300	1.300
526800 Sonstiger Materialverbrauch	0	0	3.500	3.500	3.500	3.500
526802 Ausweise von der Bundesdruckerei	20.858	23.000	35.500	35.500	35.500	35.500
528900 Andere sonstige Kostenerstattungen	4.986	0	0	0	0	0
528905 Personalkostenerstattung an Eigenbe	13.303	33.800	38.300	38.683	39.070	39.460
529100 Sonstige Dienstleistungen	55.326	70.155	73.207	53.045	33.161	33.214
529800 Periodenfremde Sach- u. Dienstleist	8.103	0	0	0	0	0
529907 Reinigung der Straßeneinläufe	0	12.000	12.000	12.120	12.241	12.363
529920 Verpflegungsaufwand OGS + GHS	47.110	50.886	59.040	59.040	59.040	59.040
529921 Nutzung externer DV-Systeme	116.293	120.595	119.360	120.549	121.749	122.961
529922 Winterdienst durch Dritte	91.067	120.000	50.000	50.500	51.005	51.515
529923 ordnungsbühndliche Beerdigungen	6.337	7.200	6.000	6.060	6.121	6.182
529924 Sammlung/Transport durch Unternehme	120.703	128.501	123.750	116.150	117.312	118.485
529925 Deponiegebühren	438.078	413.000	447.300	408.040	412.120	416.241
529926 Beseitigung wilder Müllablagerungen	7.231	10.000	10.000	10.100	10.201	10.303
529927 Überführungskosten Leasing-Kfz	1.770	2.400	1.900	1.919	1.938	1.957
529928 forstwirtschaftliche Arbeiten Dritt	13.031	37.400	10.000	10.100	10.201	10.303
529929 Betreuungsaufwand OGS + 8-1 (Genera	153.050	194.400	200.500	200.500	200.500	200.500
* Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen	3.403.030	3.336.174	3.213.967	3.041.997	3.132.333	3.030.273

Die Aufwendungen für **Strom, Gas, Heizöl, Treibstoffe** und **Wasser** wurden den Durchschnittswerte und -verbräuchen der Vorjahre unter Berücksichtigung einer entsprechenden Preissteigerung angepasst. Die Planungsdaten sehen ab 2011 eine jährliche Steigerung von 1 % vor.

Bei den **Abwassergebühren** kommt es ab 2011 durch die Einführung der getrennten Regenwassergebühr zu erheblichen Steigerungen, da die gemeindeeigenen Grundstücke und Gebäude große befestigte Flächen haben. Der Straßenentwässerungsanteil, der an den Eigenbetrieb Abwasserbeseitigung abzuführen ist und bisher unter dem Konto **Erstattungen an verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen** ausgewiesen wurde, entfällt dafür.

Die **Unterhaltung der Grundstücke und Gebäude** beinhaltet nur noch die laufenden Unterhaltungsmaßnahmen. Neu ist die Unterhaltung von ökologischen Ausgleichsflächen zur Führung des sog. Öko-Kontos. In 2011 wird bei jedem öffentlichen Gebäude eine Dichtheitsprüfung durchgeführt.

Die **Sanierungsmaßnahmen** für das Jahr 2011 umfassen vor allem Sanierungsarbeiten im Schulbereich. Die wesentlichen Maßnahmen sind u.a. der Austausch des defekten Heizkessels (10 TEUR) im Schulgebäude in Holpe, in der GGS Morsbach ist der Einbau von Rauchschutztüren (6 TEUR) geplant, in der Realschule die Erneuerung von vier Flurabschlusstüren (24 TEUR), im Hallenbad muss das Hydraulikaggregat des Hubboden erneuert werden (3 TEUR), in der Turnhalle B ist die Erneuerung einer Zwischentür vorgesehen (4 TEUR). In den Schulen ist zudem der Anstrich einiger Klassenräume notwendig. Für 2012 ist die Erneuerung des Sonnenschutzes an der Südfassade der Hauptschule veranschlagt (33,5 TEUR) und 2013 ist die Erneuerung des Bodenbelags im kompletten Gebäude der GGS Morsbach geplant (123 TEUR).

Hinter dem Konto **Unterhaltung des Infrastrukturvermögens** verbergen sich im Wesentlichen die Unterhaltung der Gemeindestraßen sowie der Straßenbeleuchtung. In 2009 wurde eine Rückstellung für die notwendigen Sanierungsmaßnahmen an den Brückenbauwerken gebildet.

Der Ansatz für die **Unterhaltung der Fahrzeuge** ist in 2011 etwas erhöht, da neue Bereifungen für Bauhof- und Feuerwehrfahrzeuge angeschafft werden müssen.

Die **Schülerbeförderungskosten** sind aufgrund steigender Benzinkosten und durch zusätzliche Nachmittagsbetreuung in Haupt- und Realschule ab 2010 erheblich erhöht worden. Auf Grund einer Erstattung durch die OVAG und einheitlicheren Abfahrzeiten bei der Einrichtung einer Ganztagschule wird trotz erwarteter Benzinkostensteigerungen mit einer in etwa gleichbleibenden Kostenentwicklung gerechnet.

Bei den **Lehr- und Unterrichtsmitteln** werden die angesparten Mittel aus den Schulbudgets für das Jahr 2011 mit veranschlagt. Die Ansätze der Folgejahre reduzieren sich auch auf Grund des Rückgangs der Schülerzahlen in der Primarstufe.

Sonstige Sachleistungen und Kleinmaterialien werden auf Grund des geringen Wertes (unter 60 EUR) nicht in der Anlagenbuchhaltung erfasst. Hinter den **festwertrelevanten Anschaffungen** stehen eigentlich Investitionsmaßnahmen, die aber durch den gebildeten Festwert in der Anlagenbuchhaltung als Aufwand im laufenden Jahr gebucht werden. Alle drei Jahre wird anhand dieser Aufwendungen der Festwert überprüft. Der Ansatz für die Freiwillige Feuerwehr wurde für 2011 und die Folgejahre reduziert, da gemäß Budgetvereinbarung die Ansätze für geringwertige Wirtschaftsgüter und Betriebs- und Geschäftsausstattungen erhöht wurden.

Die Personal- und Sachkostenerstattung an die Gemeinde Reichshof für die neue, gemeinsame Stelle "Verkehrslenkung und -steuerung" führt zu den dargestellten **Erstattungen an Gemeinden**. Die öffentlich-rechtliche Vereinbarung mit der Gemeinde Reichshof, ist aufgrund des HSK zum nächstmöglichen Zeitpunkt (31.12.2011) gekündigt worden.

Unter dem Konto **Erstattungen an verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen** wurde bis 2010 noch der Straßenentwässerungsanteil, der an den Eigenbetrieb Abwasserbeseitigung abzuführen ist, ausgewiesen (s.o. Abwasser). Auf Grund einer Personalabstellung von der Deutschen Post AG waren in 2009 noch **Erstattungen an das private Unternehmen** zu zahlen.

Das Konto **Hilfsstoffe** stellt den Aufwand für das Streusalz im Bereich des Winterdienstes dar; hier werden auch Abgrenzungsbuchungen gegen den Lagerbestand vorgenommen. Der Aufwand für Streusalz wurde anhand des Durchschnitts der letzten vier Jahre ermittelt.

Unter dem **sonstigen Materialverbrauch** werden ab 2011 die Erstattungen an das Bundeszentralregister für die Ausstellung von Führungszeugnissen gebucht. Die Kosten für die **Ausweise von der Bundesdruckerei** werden ab 2011 auf Grund der Einführung des neuen Personalausweises steigen.

Die **sonstigen Sach- und Dienstleistungen** beinhalten Aufwendungen für die unterschiedlichsten Dienstleistungen, im Wesentlichen für die Kosten der Bauleitplanung durch Dritte (30 TEUR). Hier soll in 2011 die FNP-Änderung für das gesamte Gemeindegebiet eingeleitet werden. Für 2011 wurde zusätzlich ein Betrag i.H.v. 20 TEUR für die Erstellung eines Einzelhandelskonzepts veranschlagt. Weitere Aufwendungen fallen im Bereich der Aufgaben der Land- und Forstwirtschaft (Aufarbeitung und Rücken von Holz) sowie der Abfallwirtschaft (Behälterservice) an.

Die Verringerung bei den Aufwendungen für **Sammlung und Transport** steht im Zusammenhang mit dem Wegfall der Grünabfallcontainer.

Ab 2010 reduzieren sich die **Deponiegebühren**, da sich die Gebühren für Windelsäcke und die Grünabfallcontainer halbieren. Ab 2011 entfallen die Gebühren für Windelsäcke und Grünabfallcontainer komplett, da es sich um freiwillige Aufwendungen handelt, die aufgrund der Haushaltssituation nicht mehr angeboten werden können.

Unter **Betreuungsaufwand OGS** wird die Beauftragung eines Generalanbieters für die Betreuung der Offenen Ganztagsgrundschule berücksichtigt. In 2010 wurde eine vierte Gruppe (an der GGS Morsbach) eingerichtet.

Die **bilanziellen Abschreibungen** setzen sich aus den einzelnen Abschreibungsbeträgen des gesamten Anlagevermögens zusammen.

Ordentliche Aufwendungen	Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
572100 AfA imm. VermG des AV	16.545	17.043	16.625	11.683	9.186	6.703
573100 AfA Aufb.,Betr. unb. Grdst.	45.657	49.368	47.557	48.292	46.985	43.849
573200 AfA Geb.,Aufb.,Betr. beb. Gr.	677.281	688.001	734.700	781.712	781.716	780.251
574100 AfA Brücken und Tunnel	56.315	56.203	55.871	55.809	55.629	55.626
574400 AfA Straßen,Wege,Plätze,Verkehrsl.	1.311.297	1.176.612	1.176.979	1.193.341	1.210.471	1.209.830
574500 AfA so. Bauten d. Infrastrukturv.	10.556	12.498	14.435	18.504	18.695	19.081
575100 AfA Maschinen	3.667	3.775	3.568	8.250	11.997	12.001
575200 AfA technische Anlagen	15.673	18.213	20.499	20.926	21.356	20.498
575300 AfA Betriebsvorrichtungen	2.624	9.189	21.811	22.360	22.910	22.911
575400 AfA Fahrzeuge	95.466	115.169	98.049	132.950	126.975	109.126
576100 AfA BuG	95.848	102.103	123.741	151.977	152.181	159.685
576200 AfA GwG	75.553	76.302	93.684	68.915	62.705	52.794
578200 AfA Forderungen	22.662	0	0	0	0	0
* Bilanzielle Abschreibungen	2.429.144	2.324.476	2.407.518	2.514.719	2.520.806	2.492.355

Bei den **Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens** handelt es sich um Lizenzen und Softwareprodukte, die zeitlich begrenzt nutzbar sind.

Der Position **Abschreibung auf Aufbauten und Betriebsvorrichtungen auf unbebauten Grundstücken** werden z.B. Aufbauten auf den Sportplätzen oder der Wasserdamm der Grube Magdalena zugeordnet.

Bei den **Gebäuden sowie Aufbauten und Betriebsvorrichtungen auf bebauten Grundstücken** liegt ein Schwerpunkt beim Schulzentrum (Haupt- und Realschule mit über 214 TEUR). Die Steigerung in 2011 resultiert aus dem Bau der Mensa/Aula.

Durch den Ablauf von hinterlegten Nutzungsdauern bei den Wald-Wirtschaftswegen haben sich die Abschreibungen der **Straßen, Wege, Plätze und Verkehrsflächen** in 2010 um ca. 120 TEUR verringert.

Bei den **sonstigen Bauten des Infrastrukturvermögens** handelt es sich im Wesentlichen um die Buswartehäuser und den Busbahnhof in Morsbach sowie Treppenanlagen der Gemeinde. Die Erhöhung der Abschreibungen in den Folgejahren kommt durch Neuinvestitionen zustande (geplanter Ausbau Radewegenetz).

Die **AfA für Maschinen** beim Bauhof steigen, da 2012 ein neuer Radlader angeschafft wird.

Als **Technische Anlagen** kommt 2011 die neue Holzpellettheizung der GGS Lichtenberg und 2012 die Abgasabsauganlage FWGH Holpe und die Abgasabsauganlage FWGH Wendershagen neu hinzu.

Hinter der **AfA für Betriebsvorrichtungen** verbergen sich die von den Trinkwasserversorgungsanlagen getrennt zu bilanzierenden Einrichtungen zur Löschwasserversorgung (z.B. Zisternen) bzw. allgemein Einrichtungen zum Brandschutz. Die Steigerung der Folgejahre ergibt sich aus den Maßnahmen gemäß dem Brandschutzbedarfsplan.

Die Steigerungen der **AfA für Fahrzeuge** 2010 resultieren aus Neuanschaffungen (z.B. LKW und VW Kipper beim Bauhof, Fahrzeuge der Feuerwehren gemäß Brandschutzbedarfsplan). Für 2012 sind weitere Neuanschaffungen bei der Feuerwehr vorgesehen.

Die **Transferaufwendungen** umfassen folgende Positionen.

Ordentliche Aufwendungen	Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
531200 Zuweisungen an Land	126.313	130.000	130.000	130.000	130.000	130.000
531400 Zuweisungen an Zweckverbände	220.015	222.300	226.173	227.380	228.599	229.830
531800 Zuschüsse an private Unternehmen	3.605	14.600	8.000	0	0	0
531900 Zuschüsse an übrige Bereiche	89.374	130.125	130.925	129.925	119.925	119.925
533800 Leistungen nach dem AsylbLG	18.529	7.200	4.300	4.408	4.518	4.631
533810 Leistungen bei Krankheit usw. Asylb	29.560	29.800	30.000	30.750	31.519	32.307
533820 Leistungen in besonderen Fällen Asy	15.615	26.000	17.149	17.578	18.017	18.467
533830 Grundleistungen nach dem AsylbLG	25.902	28.000	21.192	21.722	22.265	22.822
533840 Arbeitsgelegenheiten nach dem Asylb	4.936	4.000	8.000	8.200	8.405	8.615
533850 Sonstige Leistungen nach dem AsylbL	32	0	200	205	210	215
533860 Unterkunftskosten AsylbLG	22.105	39.000	35.000	35.875	36.772	37.691
534100 Gewerbesteuerumlage	217.351	466.667	512.400	553.933	595.467	632.956
534200 Finanzierungsbeteiligung Fonds Dt.	230.936	480.000	527.040	553.933	595.467	614.871
537210 Kreisumlage	4.895.480	4.839.971	5.328.917	5.292.293	5.454.061	5.662.706
537220 Jugendamtsumlage	2.765.717	2.510.794	2.783.723	2.670.983	2.648.617	2.658.336
539800 Periodenfremde Transferaufwendungen	20.684	0	0	0	0	0
* Transferaufwendungen	8.686.155	8.928.457	9.763.019	9.677.185	9.893.842	10.173.372

Bei den **Zuweisungen an das Land** handelt es sich um die Krankenhausinvestitionsumlage.

Die **Zuweisungen an Zweckverbände** umfassen die Zuweisungen an den Zweckverband der Förderschulen und den Aggerverband für die Gewässerunterhaltung.

Unter dem Konto **Zuschüsse an private Unternehmen** werden die Baukostenzuschüsse an das RWE für die Erweiterung und Erneuerung der Straßenbeleuchtung gebucht (i. d. R. im Zusammenhang mit Erschließungsmaßnahmen; daher stark schwankend). Aus Haushaltskonsolidierungsgründen sollen in Zukunft bei Straßenerneuerungsmaßnahmen die alten Straßenlaternen wieder aufgebaut und nicht durch Neue ersetzt werden.

Die **Zuschüsse an übrige Bereiche** beinhalten im Wesentlichen die Zuschüsse an die Forstbetriebsgemeinschaften für die Unterhaltung der Wirtschaftswege (31 TEUR) und die Jugendförderung (20 TEUR). Für die Jugendförderung werden ab 2011 10 TEUR mehr zur Verfügung gestellt, als Ausgleich zur Freibadschließung. Die Landesförderung im Rahmen des Programms "Geld oder Stelle" im Bereich der Haupt-, Realschule wird unter dieser Position durch die Gemeinde an die Fördervereine weitergeleitet (siehe auch Aufstellung unter Punkt 9). In 2010 wurde der Zuschuss an den Partnerschaftsverein einmalig anlässlich des 40jährigen Jubiläums erhöht. Für den in 2011 neu zu konstituierenden Jugendrat, wird für die einjährige Erprobungsphase ein Budget von 1 TEUR bereitgestellt.

Die Anzahl ausländischer Flüchtlinge, die einen Anspruch auf **Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz** haben, ist ggü. dem Vorjahr gesunken. Die **Krankenhilfe nach dem AsylbLG** wird zentral durch die Stadt Gummersbach bearbeitet und abgerechnet. Die Ansätze entsprechen Hochrechnungen auf Grund der aktuellen Zahlen.

Die **Gewerbsteuerumlage** sowie die **Finanzierungsbeteiligung am Fonds Deutsche Einheit** berechnen sich nach dem IST-Aufkommen (d.h. Einzahlung) der Gewerbesteuer dividiert durch den Gewerbesteuerhebesatz und multipliziert mit einem Umlagesatz (71 % in 2011). Durch höhere Gewerbesteuererträge steigen auch die Umlagezahlungen.

Zur Berechnung der **Kreisumlage** und **Jugendamtsumlage** wird auf Punkt **1.4.4 Finanzausgleich** verwiesen.

Die **sonstigen ordentlichen Aufwendungen** setzen sich wie folgt zusammen:

Ordentliche Aufwendungen	Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
541100 Personaleinstellungen	975	500	500	505	510	515
541200 Aus- und Fortbildung, Umschulung (e	17.112	20.000	19.500	18.763	18.927	19.092
541300 Reisekosten (eigenes Personal)	4.967	4.500	7.200	7.232	7.264	7.296
541600 Dienst- und Schutzkleidung usw.	9.829	4.450	4.220	4.262	4.304	4.347
541700 Personalnebenaufwand	1.845	2.633	2.130	2.150	2.170	2.190
541900 Andere sonst. Personal- u. Versorg.	0	0	0	0	0	0
541901 Aus- und Fortbildung (Externe)	10.340	18.459	10.145	10.213	10.281	10.349
541902 Reisekosten (Externe)	834	700	600	607	614	621
541903 Arbeitsmedizinische Untersuchungen	1.210	2.500	4.000	4.040	4.080	4.120
542100 Mieten, Pachten, Erbbauzinsen	1.897	2.156	1.556	1.811	1.961	1.961
542120 Miete für Betriebs- und Geschäftsaus	29.815	26.458	26.575	26.242	26.322	26.297
542200 Leasing	19.918	20.600	15.400	15.554	15.709	15.866
542300 Gebühren	7.075	4.505	4.805	4.811	4.817	4.823
542310 Bankgebühren	5.861	6.200	6.030	6.090	6.151	6.212
542700 Prüfung, Beratung, Gutachten, Recht	67.979	116.452	108.500	76.750	77.003	77.258
542800 Aufw. ehrenamtliche und sonstige Tä	165.634	160.940	177.950	179.491	187.046	188.676
542900 Andere sonst. Inanspr. Rechten, Die	7.595	7.186	10.006	10.080	10.154	10.228
542904 Ehrungen / Jubiläen	75	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
542905 Kleinbetragsbereinigung	4	0	0	0	0	0
543100 Büromaterial	14.618	15.700	13.202	12.678	12.601	12.298
543110 Verbrauchsmaterial	3.311	2.000	1.500	1.515	1.530	1.545
543200 Drucksachen	5.974	2.750	2.352	1.587	5.104	5.156
543300 Zeitungen und Fachliteratur	16.509	14.101	13.832	13.771	13.836	13.837
543400 Porto	39.438	35.000	35.000	35.350	41.704	42.121
543500 Telefon	22.861	19.670	17.142	17.316	17.490	17.665
543600 Öffentliche Bekanntmachungen	24.247	21.150	14.400	14.544	14.689	14.836
543700 Gästebewirtung und Repräsentation	3.770	5.620	4.182	4.066	4.063	4.055
543800 Werbung	375	500	500	505	510	515

Ordentliche Aufwendungen	Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
543900 Andere sonstige Geschäftsaufwendung	2.627	2.150	1.750	1.766	1.782	1.798
544100 Versicherungsbeträge	1.297	1.300	1.350	1.364	1.378	1.392
544110 Haftpflichtversicherung	25.283	25.300	29.200	29.492	29.787	30.085
544120 Unfallversicherung	87.636	88.012	91.291	92.204	93.124	94.052
544130 Gebäudeversicherung	33.855	34.625	34.778	34.380	34.724	35.070
544140 Eigenschadenversicherungen	4.077	4.500	4.150	4.192	4.234	4.276
544150 Elektronikversicherung	1.349	1.390	1.541	1.556	1.571	1.586
544200 Kfz-Versicherungsbeiträge	17.507	17.760	15.510	15.667	15.824	15.982
544300 Beiträge zu Verbänden und Vereinen	14.200	14.130	14.220	14.220	14.220	14.220
544500 Verluste aus Abgang von VermG AV	54.615	0	0	0	0	0
544600 Einstellungen und Zuschreibungen in	23.401	0	0	0	0	0
544800 Wertberichtigungen auf Forderungen	34.494	0	0	0	0	0
545300 Verlustübernahme	0	3.250	3.250	3.250	3.250	3.250
547100 Grundsteuer	3.047	6.005	3.845	3.845	3.845	3.845
547200 Kraftfahrzeugsteuer	346	320	580	586	592	598
548300 Kapitalertragsteuer	2.213	10	4.960	4.960	4.960	4.960
548400 Solidaritätszuschlag	122	5	280	280	280	280
549100 Verfügungsmittel	1.923	2.000	2.000	2.000	2.000	2.000
549200 Schadensfälle	35.998	26.000	26.000	26.010	26.020	26.030
549210 Vandalismus	5.804	0	0	0	0	0
549500 Korrektur von SoPo Zuschreibungen	10.156	0	0	0	0	0
549700 Erstattungszinsen Gewerbesteuer	2.816	5.000	3.000	3.000	3.000	3.000
549800 Periodenfremde ordentlichen Aufwend	6.495	0	0	0	0	0
* Sonstige ordentliche Aufwendungen	853.327	747.487	739.932	709.705	730.431	735.303

In diesem Bereich werden nur die wesentlichen Abweichungen erläutert.

Unter der Position **Aus-, Fortbildung und Umschulung für eigenes Personal** steht jedem Mitarbeiter ein Fortbildungsbudget von durchschnittlich ca. 250 EUR p.a. zur Verfügung.

Die **Aus- und Fortbildungsmaßnahmen der Externen** beziehen sich auf die Feuerwehr und die Schulen (Lehrerfortbildung), wo jeweils etwa 3 TEUR jährlich bereitgestellt werden, die allerdings auch durch das Land bzw. den Kreis erstattet werden. In 2010 sind die angesparten Mittel der Lehrerfortbildung aus 2009 enthalten.

Die **Reisekosten für eigenes Personal** steigen ab 2011, weil der Bürgermeister sein Privatfahrzeug für Dienstfahrten einsetzt, was gleichzeitig zu einem erheblichen Rückgang bei den Aufwendungen für **Leasing** führt. Insgesamt beinhaltet die Position die Leasingraten für 2 Transporter des Bauhofs und 3 Fahrzeuge der Verwaltung.

Bei den **Gebühren** handelt es sich im Wesentlichen um Gebühren im Bereich der Bauleitplanung (ALK-/ALB-Daten u. a.), die an das Katasteramt des Kreises zu zahlen sind. Daneben aber auch Rundfunkgebühren für Fahrzeuge und Einrichtungen der Gemeinde.

Der Bedarf an Beratungsleistungen (**Prüfung, Beratung, Gutachten**) in 2011 ergibt sich aus der Notwendigkeit, die Wasserläufe bzw. -durchlässe (1 TEUR) zu kontrollieren, um die Verkehrssicherheit zu gewährleisten.

Für die Brückenbauwerke ist 2011 ein Ansatz von 5 TEUR vorgesehen. Daneben wurden die jährlichen Kosten für die Prüfung der Jahresabschlüsse und der Haushalts- und Wirtschaftsführung der Gemeinde mit fast 41,5 TEUR pro Jahr veranschlagt, da ab dem Jahr 2010 die Prüfung des Gesamtabchlusses hinzukommt. Weiterhin 10 TEUR als Pauschale für die Inanspruchnahme von Rechtsbeistand. Die Betreuung und Überwachung sowie Führung des "Öko-Kontos" durch die BAK (8 TEUR) ist ebenfalls im Ansatz mit eingeplant. Für zentrale Aufgaben der Verwaltung (u.a. Organisation, Personalmanagement) wurden 13 TEUR veranschlagt, für die Erstellung eines Gutachtens zur Übernahme der Straßenbeleuchtung (10 TEUR) und für die Weiterführung der Machbarkeitsstudie zur Rekommunalisierung des Stromnetzes (5 TEUR) ist ebenfalls ein Ansatz vorgesehen. Das für 2010 vorgesehene Interessenbekundungsverfahren soll infolge eines weiteren Anbieters für LTE (Internet) erst in 2011 durchgeführt, hierfür ist ein Ansatz von 14 TEUR vorgesehen.

Das Konto **Aufwendungen für ehrenamtliche und sonstige Tätigkeiten** umfasst im Wesentlichen die Aufwandsentschädigungen für die Ratsmitglieder, die sachkundigen Bürger und deren Stellvertreter (Neuregelung, inkl. Fraktionssitzungen) und für die Feuerwehr. In 2009 und 2010 waren zusätzliche Mittel für die ehrenamtlichen Wahlhelfer eingeplant. Seit 2010 wird ein pauschaler Kostenersatz (20 TEUR) für die Feuerwehr neben etwaigen Ansprüchen von Arbeitgebern gewährt.

Als Ausgleich für die vorgesehene Freibadschließung wurden 20 TEUR ab 2011 für zusätzliche ehrenamtliche Projekte der Kinder- und Jugendarbeit aufgenommen.

Auf Grund der Wahlen waren 2009 mehr Aufwendungen für **Drucksachen** und **Porto** notwendig.

Die Kosten für **Öffentliche Bekanntmachungen** betreffen fast ausschließlich das Mitteilungsblatt "Flurschütz".

Durch die Neuvergabe des "Flurschütz" reduzieren sich die Aufwendungen für 2011 und die Folgejahre.

Unter den **Versicherungsbeiträgen** finden sich u.a. die Kosten für die Absicherung der Feuerwehrkameraden. Insgesamt wurden sämtliche **Ansätze für Versicherungen** gemäß Ankündigung für die Folgejahre etwas erhöht. Die Kfz-Versicherungsbeiträge verringern sich ebenfalls, weil der Bürgermeister sein Privatfahrzeug einsetzt.

Verluste aus dem Abgang von Vermögensgegenständen und auch die **Wertberichtigungen auf Forderungen** können immer erst im Rahmen der Jahresabschlussarbeiten festgestellt werden.

Die **Verlustübernahme** beinhaltet den Maximalbetrag für eventuelle Verluste aus der Beteiligung am Gründer- und Technologie Centrum Gummersbach (GTC).

Bei der Veranschlagung der **Grundsteuer** handelt es sich um Veranlagungen für die im Gemeindebesitz stehenden Grundstücke.

Auf die Kapitalerträge für jur. Personen des öffentlichen Rechts werden 3/5 von 25% **Kapitalertragssteuer** (=15%) berechnet. Die noch in 2010 erwartete Klagewelle gegen die AggerEnergie ist nicht eingetreten. Es wird daher ab 2011 wieder mit einer steigenden Gewinnausschüttung gerechnet.

Die **Erstattungszinsen Gewerbesteuer** wurden an die Vorjahreswerte angepasst.

Da die Abrechnungen der Konzessionsabgaben (RWE für Strom und AggerEnergie für Gas) immer erst zwei Jahre später erfolgen, kommt es hier zu **periodenfremden ordentlichen Aufwendungen**. Auf Grund der angepassten und verringerten Abschläge wird nicht mit einer Rückzahlung bereits erhaltener Konzessionsabgaben gerechnet.

Finanzerträge erzielt die Gemeinde wie folgt:

Finanzergebnis	Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
461200 Zinsen vom Land	-13	0	0	0	0	0
461600 Zinsen von verb. U.,Beteil.,Sonderv	-15.805	-10.000	-10.000	-7.500	-5.000	-2.500
461700 Zinsen von sonstigen öff. SoRe	-11.113	-10.500	-1.500	-505	-510	-2.515
461800 Zinsen von Kreditinstituten	-4.440	-4.000	0	0	0	0
469100 Erträge aus Gewinnanteilen aus Bete	-23.188	-60.020	-33.020	-33.020	-33.020	-33.020
469300 Erträge aus Wertpapieren des AV	-2.752	-3.000	-3.000	-3.000	-3.000	-3.000
469900 Andere sonstige Finanzerträge	-16	-69.000	-69.000	-69.000	-69.000	-69.000
* Finanzerträge	-57.326	-156.520	-116.520	-113.025	-110.530	-110.035

Die Zinserträge von **Sondervermögen** (hier: Abwasserwerk) werden infolge zurückgehender Liquidität der Gemeinde zukünftig geringer ausfallen.

Die Zinserträge von **sonstigen öffentlichen Sonderrechnungen** (Kreissparkasse) und anderen **Kreditinstituten** sinken aus gleichem Grund. Bei leicht steigender Liquidität in 2014 (gemäß Gesamtfinanzplanerwartungen) könnten auch die Zinserträge wieder ansteigen.

Die **Erträge aus Gewinnanteilen aus Beteiligungen** enthalten 2010 den Liquidationsgewinn, der aus der Liquidation der MEG mbH resultiert. Dieser wird auf ca. 60 TEUR geschätzt. Die noch in 2010 erwartete Klagewelle gegen die AggerEnergie ist nicht eingetreten. Es wird daher ab 2011 wieder mit einer Gewinnausschüttung (33 TEUR) gerechnet.

Aus einem Pensionsfonds (**Wertpapier des Anlagevermögens**) fließen jährlich Erträge zu, die letztlich (langfristig) der Deckung der Jugendförderung dienen sollten. Bei fehlendem Liquiditätsüberschuss aus laufender Verwaltungstätigkeit und notwendiger Kreditaufnahmen ist ein weiterer Zukauf von Fondsanteilen nicht möglich.

Die **anderen sonstigen Finanzerträge** beinhalten die Eigenkapitalverzinsung der Eigenbetriebe.

Auf der anderen Seite hat die Gemeinde folgende **Zinsen und ähnliche Aufwendungen** zu leisten:

Finanzergebnis	Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
551600 Zinsen an verb. U.,Beteil.,Sonderv.	1.876	6.000	7.000	7.000	7.000	7.000
551700 Zinsen an sonstigen öff. SoRe	137.226	130.100	130.000	136.500	143.325	150.491
551800 Zinsen an Kreditinstitute	55.094	72.000	69.000	66.400	64.000	65.600
* Zinsen und ähnliche Aufwendungen	194.196	208.100	206.000	209.900	214.325	223.091

Dadurch, dass die Geschäftsvorfälle der Eigenbetriebe mit über das Bankkonto der Gemeinde abgewickelt werden, kommt es unterjährig zu Guthaben (oder Verbindlichkeiten) der Eigenbetriebe gegenüber der Gemeinde, die taggenau verzinst werden. Für die Guthabenverzinsung sind Mittel unter **Zinsen an verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen** (hier: Wasserwerk und Abwasserwerk) veranschlagt.

Zinsen an sonstige öffentliche Sonderrechnungen (hier: Kreissparkasse Köln) und an **sonstigen Bereich** (andere Kreditinstitute / Banken) werden für kurzzeitige Überziehung des Girokontos und vor allem die (langfristigen) Darlehen der Gemeinde fällig.

1.4.4 Finanzausgleich

Die Zahlen des Finanzausgleichs beruhen im Wesentlichen auf den Ergebnissen des Arbeitskreises Steuerschätzung vom November 2010 und den „Orientierungsdaten für die Finanzplanung der Gemeinden 2011 bis 2014“. Diese Orientierungsdaten weichen jedoch erstmals von der Praxis ab, diese Daten auf Grundlage des geltenden Rechts zu ermitteln.

So gehen diese Orientierungsdaten davon aus, dass die durch die Landesregierung als Soforthilfe für die Kommunen beschlossenen strukturellen Änderungen im Finanzausgleichssystem¹ sowohl für das Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG) 2010 als auch in der Planungsperiode bis 2014 Bestandteile der jeweiligen GFGs sein werden.

Nicht berücksichtigt hingegen wurde die ebenfalls von der Landesregierung beschlossene Konsolidierungshilfe (erstmalig im Haushaltsjahr 2011) im Rahmen eines „Stärkungspakts Stadtfinanzen“ für besonders belastete Kommunen, da deren Ausgestaltung im Detail noch nicht feststeht.

¹ für 2010 ergibt sich eine Verbesserung von insgesamt 300 Mio. EUR auf Landesebene

Ebenfalls konnten die Beratungen der Gemeindefinanzkommission auf Bundesebene noch nicht berücksichtigt werden, da konkrete Ergebnisse zurzeit noch nicht vorliegen.

Mit ersten Proberechnungen zum GFG 2011 wird gemäß Erlass des Innenministeriums vom 30.11.2010 frühestens im Februar 2011 mit Einbringung des Landeshaushalts 2011 gerechnet.

Infolge der starken Gewerbesteuereinbrüche insbesondere im 2. Halbjahr 2009 und des insgesamt zurückgehenden Anteils an der Einkommenssteuer ist die Steuerkraftmesszahl der Gemeinde Morsbach in der Referenzperiode 2011² um 914 TEUR zurückgegangen, so dass mit um 760 TEUR steigenden Schlüsselzuweisungen zu rechnen ist.

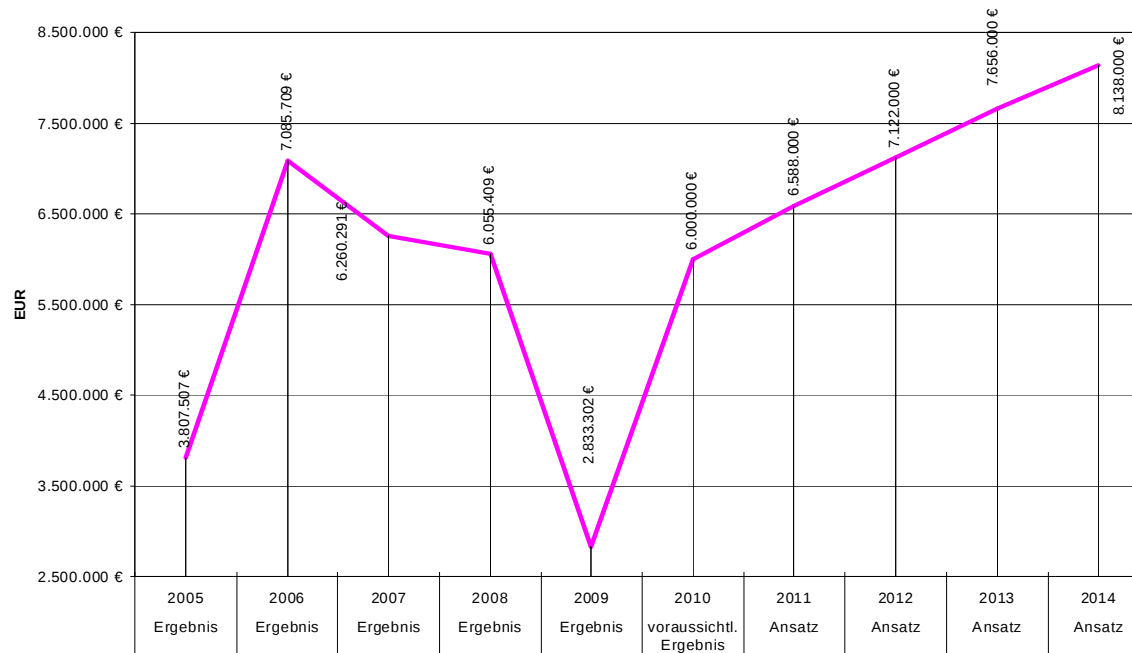
Die Berechnungen des Ansatzes für die Kreis- und Jugendamtsumlage basiert auf dem eingebrachten Entwurf zum Kreishaushalt 2011. Hierdurch ergibt sich gegenüber 2010 eine Steigerung von insgesamt 11,9 % oder 762 TEUR für die Gemeinde Morsbach. Damit übersteigt die Kreis- und Jugendamtsumlage auch weiterhin das Aufkommen der örtlichen Gemeindesteuern, d.h. sämtliche durch die Gemeinde Morsbach erhobenen Steuern müssen wertmäßig an den Kreis abgeführt werden. Die im Grundgesetz normierte kommunale Selbstverwaltung mit finanzieller Eigenverantwortung incl. steuerlichem Hebesatzrecht und das in der Landesverfassung verankerte Steuerfindungsrecht werden hierdurch ad absurdum geführt.

Zur Verdeutlichung der Situation sind im Folgenden die wesentlichen Ertrags- und Aufwandspositionen des Produktbereichs „1.61 Allgemeine Finanzwirtschaft“ den voraussichtlichen Ergebniszahlen des Haushaltsjahres 2010 gegenübergestellt:

² 01.07.2009 – 30.06.2010

	voraussichtl. Ergebnis 2010	Ansatz 2011	mehr/weniger	Veränderung in Prozent
Erträge				
Grundsteuer A	54.500 €	54.500 €	0 €	+ 0,00%
Grundsteuer B	1.260.000 €	1.285.000 €	25.000 €	+ 1,98%
Gewerbesteuer	6.000.000 €	6.588.000 €	588.000 €	+ 9,80%
Einkommensteueranteil	2.637.000 €	2.738.000 €	101.000 €	+ 3,83%
Umsatzsteueranteil	491.000 €	500.000 €	9.000 €	+ 1,83%
Kompensationsleistung	353.000 €	318.000 €	-35.000 €	- 9,92%
Schlüsselzuweisungen	2.645.994 €	3.405.593 €	759.599 €	+ 28,71%
Erstattung Solidarbeitrag	33.317 €	0 €	-33.317 €	- 100,00%
Summe Erträge	13.474.811 €	14.889.093 €	1.414.282 €	+ 10,50%
Aufwendungen				
Gewerbesteuerumlagen	946.667 €	1.039.440 €	92.773 €	+ 9,80%
Kreisumlage	4.839.971 €	5.328.917 €	488.946 €	+ 10,10%
Jugendamtsumlage	2.510.794 €	2.783.723 €	272.929 €	+ 10,87%
Summe Aufwendungen	8.297.432 €	9.152.080 €	854.648 €	+ 10,30%
Differenz			Verbesserung	
Erträge ./l. Aufwendungen	5.177.379 €	5.737.013 €	559.634 €	+ 10,81%

Entwicklung der Gewerbesteuer

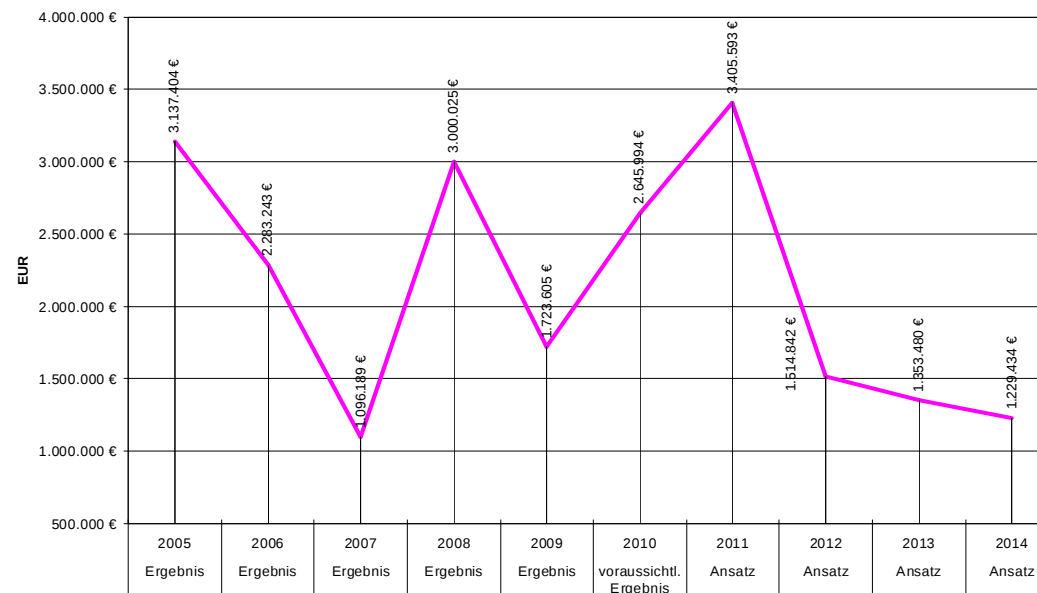


Nach dem dynamischen Anstieg in den Jahren 2005 und 2006³ zeigen sich ab dem Jahr 2008 die Auswirkungen der Unternehmenssteuerreform. Vollends zum Tragen kamen diese Steuerausfälle zusammen mit den ersten Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise im Haushaltsjahr 2009. Der Ansatz für das Haushaltsjahr 2010 basierte auf dem veranlagten Vorauszahlungssoll für 2010 in Höhe von 2,8 Mio. EUR und einer Nachzahlung für das Geschäftsjahr 2008 in Höhe von 700 TEUR und lag damit schon deutlich über den Erwartungen der Steuerschätzer, die in 2010 von einem Rückgang von 1 % ausgegangen waren. Mit Stand Ende November 2010 lagen die veranlagten Erträge bei 6,3 Mio. EUR. Letztendlich wird das vorsichtig geschätzte Endergebnis von 6 Mio. EUR noch leicht übertroffen.

Die Ergebnisse des Arbeitskreises Steuerschätzung vom November erwarten für 2011 eine Steigerung von 9,8 %, leicht rückläufig in den Folgejahren bis auf 6,3 % Steigerung gegenüber dem Vorjahr in 2014.

³ Das Ergebnis 2006 beruhte auf einer Nachzahlung für das Veranlagungsjahr 2004. Bereinigt um diese einmalige Abschlusszahlung hätte das Ergebnis 2006 bei ca. 5 Mio. EUR gelegen.

Entwicklung der Schlüsselzuweisungen



Die neue Landesregierung beabsichtigt den seit 1999 als sog. Haushaltskonsolidierungsbeitrag der Kommunen ausgewiesenen Vorwegabzug (166,2 Mio. EUR) von der Finanzausgleichsmasse nicht mehr vorzunehmen und die Kommunen wieder in Höhe des Verbundsatzes an vier Siebteilen der Einnahmen des Landes aus der Grunderwerbsteuer (133,6 Mio. EUR) zu beteiligen.

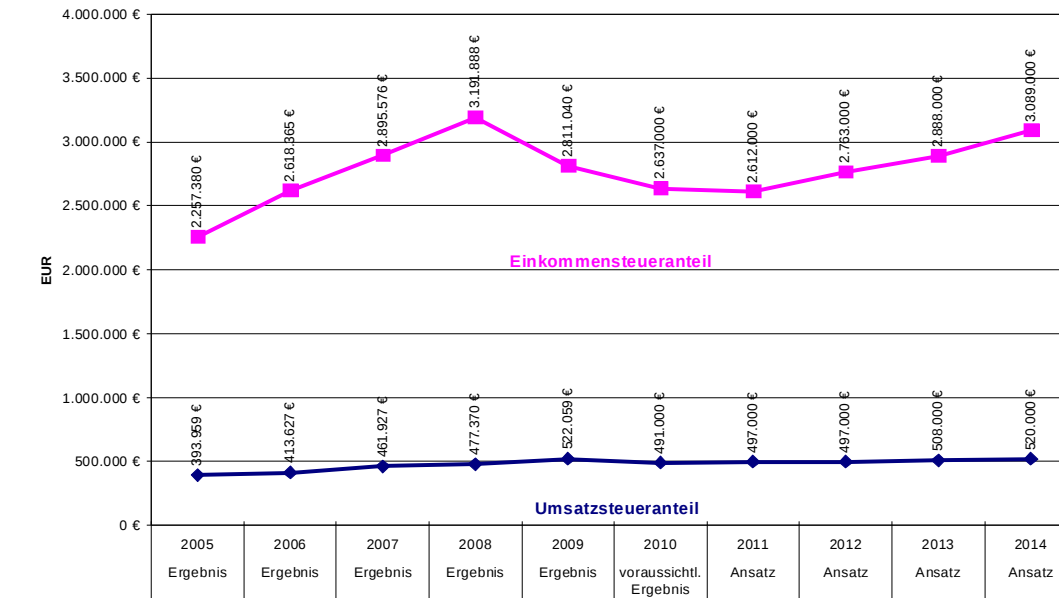
Die Orientierungsdaten gehen davon aus, dass diese beiden strukturellen Veränderungen sowohl für das GFG 2010 als auch in der Planungsperiode bis 2014 Bestandteile der jeweiligen GFGs sein werden. Ohne diese zusätzlichen Mittel würde die der aktuellen Berechnung für 2011 zugrunde gelegte Steigerung i.H.v. 0,1 Prozent zu einer Abnahme der Ausgleichsmasse von etwa 3,9 Prozent führen.

Wegen der um ca. 914 TEUR geringeren Steuerkraftmesszahl der Gemeinde Morsbach in der Referenzperiode 2011⁴ gegenüber der Vorjahresreferenzperiode werden die Schlüsselzuweisungen jedoch in jedem Falle ansteigen.

Die Ansätze der Folgejahre ergeben sich unter Anwendung der Orientierungsdaten und der sonstigen schlüsselzuweisungsrelevanten Daten (siehe Berechnungstabellen zum Finanzausgleich).

⁴ 01.07.2009 bis 30.06.2010

Entwicklung des Gemeindeanteils an der Einkommenssteuer und der Umsatzsteuer

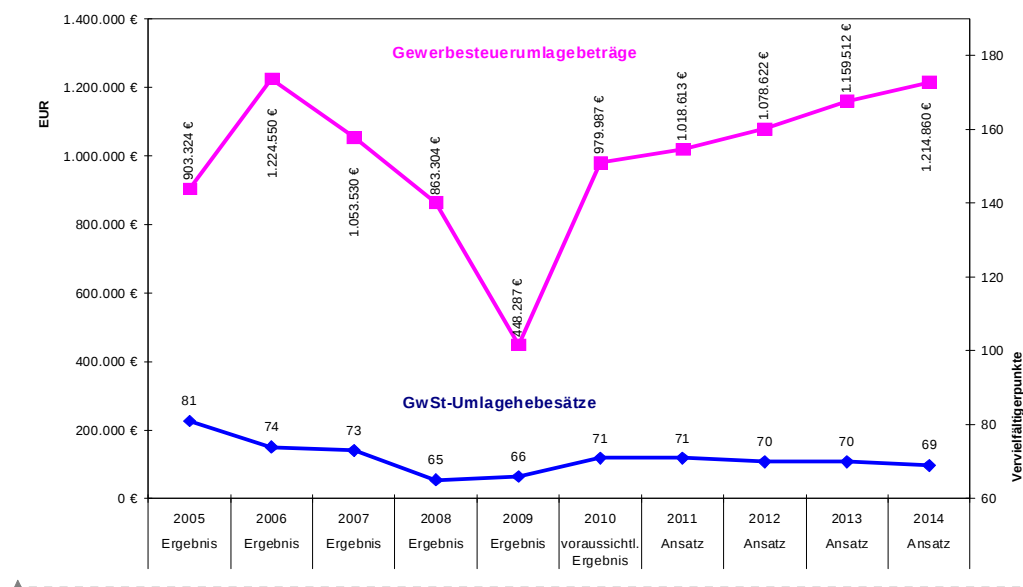


Feldfunktion geändert

Der Gemeindeanteil an der Lohn- und Einkommenssteuer und der Umsatzsteuer wurde auf Basis der regionalisierten Steuerschätzung vom Mai 2010 ermittelt. Die Berechnung der Ansätze für die Folgejahre erfolgte anhand der Orientierungsdaten. Mehreinnahmen durch die erwartete und auch eingetretene insgesamt moderate gesamtwirtschaftliche Belebung werden durch steuerrechtlich begründete Mindereinnahmen überkompensiert. Für die Folgejahre wurden die vom Arbeitskreis Steuerschätzungen prognostizierten Steigerungsraten angesichts der weiterhin bestehenden Risiken für die wirtschaftliche Entwicklung nicht vollständig ausgeschöpft.

Ab 2009 gelten neue Schlüsselzahlen, die auf Grund der turnusmäßigen Umstellung auf die neueste verfügbare Einkommensteuerstatistik berechnet wurden.

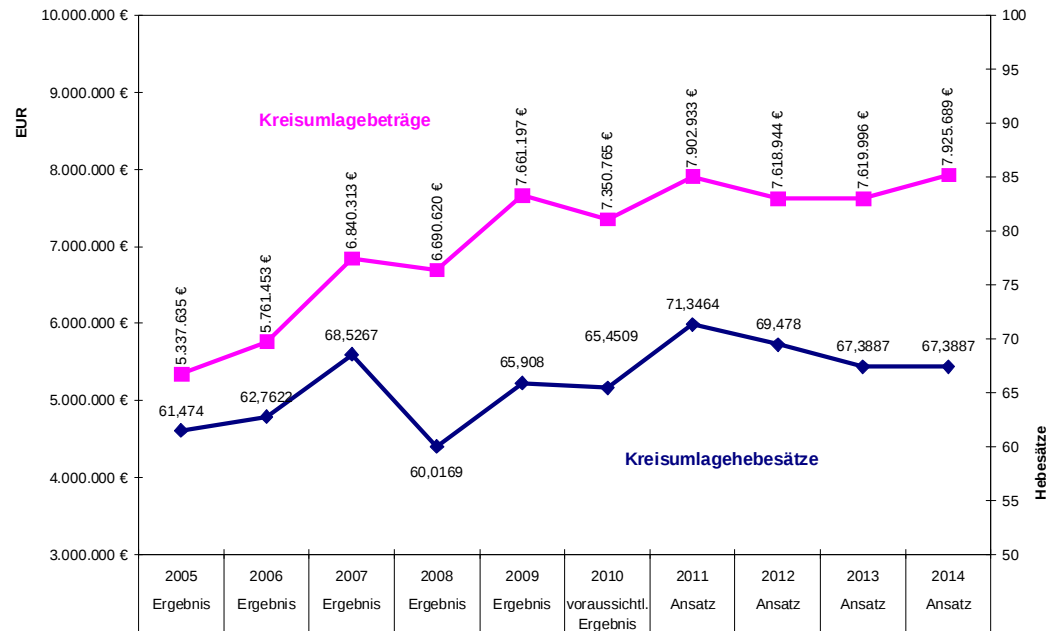
Entwicklung der Gewerbesteuerumlage



Feldfunktion geändert

Im Zuge der Unternehmenssteuerreform wurden die Vervielfältigerpunkte für die Gewerbesteuernormalumlage für 2008 um 8 auf 30 Punkte abgesenkt. Der Vervielfältiger der Gewerbesteuernormalumlage wurde 2009 um 2 auf 32 Punkte angehoben. Für die Folgejahre sind 35 Punkte eingeplant. Aufgrund der Entwicklung des Gewerbesteueraufkommens werden für die fortwirkende Belastung aus dem Fonds „Deutsche Einheit“ in 2011 7 Vervielfältigerpunkte geschätzt. Der Vervielfältiger für das Jahr 2011 wird nach der Steuerschätzung im November 2010 ermittelt und festgesetzt. In Folge des erwarteten Anstiegs des Gewerbesteueraufkommens ist mit einem Rückgang des Vervielfältigers für die Abwicklung des „Fonds Deutsche Einheit“ auf 6 Punkte in den Jahren 2012 und 2013 sowie 5 Punkte im Jahr 2014 zu rechnen.

Entwicklung der Kreisumlage



Feldfunktion geändert

In Ermangelung aktueller Informationen und der Tatsache, dass die Eckwerte des Kreishaushalts 2011 erst im November diesen Jahres bekannt gegeben werden, wurden zur Berechnung der allgemeinen und differenzierten Kreisumlage die kalkulierten Hebesätze aus der mittelfristigen Finanzplanung des verabschiedeten Kreishaushalts 2010 herangezogen.

Diese sehen bereits wegen der erwarteten sinkenden Umlagegrundlagen der kreisangehörigen Kommunen infolge der Finanz- und Wirtschaftskrise eine Anhebung des Hebesatzes für die allgemeine Kreisumlage um 5,23 Prozentpunkte oder 12,5 % vor. Insgesamt ist schon in der Finanzplanung des Kreises für 2011 eine Steigerung der einzelnen Umlagehebesätze um 5,9 Prozentpunkte oder 9 % prognostiziert. Hierbei nicht berücksichtigt sind die Auswirkungen aus der Rückzahlungsverpflichtung des Kreises für zuviel erhaltene Miet- und Heizkostenzuschüsse für ALG-II-Empfänger in Höhe von 2,5 Mio. EUR und die Konsequenzen aus der Bewerbung als sog. „Optionskommune“ im Rahmen der Neuorganisation nach dem SGB II für die der Kreis sein Personal um bis zu 100 Mitarbeiter aufstocken möchte.

Trotz gesunkener Steuerkraft und damit verringerter Umlagegrundlage der Gemeinde Morsbach steigt die Zahlungsverpflichtung gegenüber dem Kreis wegen der immens ansteigenden Kreisumlagehebesätze voraussichtlich um ca. 552 TEUR.

Die Berechnung der Zahlungen im Finanzausgleich ist im Einzelnen den folgenden Übersichten zu entnehmen.

1.4.4.1 Finanzausgleich 2011

Haushaltsjahr (SOLL)	2011	
Vorjahr (IST-V)	01.01.2010 -	31.12.2010
Referenzperiode (IST-P)	01.07.2009 -	30.06.2010

Feldfunktion geändert

Berechnungsdaten

Land	
Grundbetrag	796
Einwohnerzahl für den Hauptansatz	11.160
Hundertsatz zum Hauptansatz	100,0%
Hauptansatz	11.160
Schüleransatz	1.295
Soziallastenansatz	1.217
Zentralitätsansatz	711
Gesamtansatz	14.383
Ausgangsmesszahl	11.455.248
Grundsteuer A Basishebesatz	192%
Grundsteuer B Basishebesatz	381%
Gewerbesteuer Basishebesatz	403%

Kreis	
Umlagegrundlagen	11.076.849
Hebesätze	
allgemeine Kreisumlage	46,1000%
	SOLL
	5.106.427
Anteil Berufsschulwesen	2,1995%
Anteil Jugendamt	22,7439%
Anteil Kreisvolkshochschule (KVHS)	0,3030%
Summe	25,2464%
	SOLL
	2.796.506
Kreisumlage insgesamt	71,3464%
	SOLL
	7.902.933

Gemeinde	
Hebesätze Referenzperiode	
Grundsteuer A Hebesatz v 01.07.2009 - 31.12.2009	400% IST-P
Grundsteuer A Hebesatz v 01.01.2010 - 30.06.2010	400% IST-P
Grundsteuer B Hebesatz v 01.07.2009 - 31.12.2009	400% IST-P
Grundsteuer B Hebesatz v 01.01.2010 - 30.06.2010	400% IST-P
Gewerbesteuer Hebesatz v 01.07.2009 - 31.12.2009	450% IST-P
Gewerbesteuer Hebesatz v 01.01.2010 - 30.06.2010	450% IST-P
Gemeindeanteil Einkommenssteuer	IST-P
Ausgleichszahlg n.d. Familienausgl.	IST-P
Gemeindeanteil Umsatzsteuer	IST-P
Gst-umlage Hebesatz v 01.07.2009 - 31.12.2009	66% IST-P
Gst-umlage Hebesatz v 01.01.2010 - 30.06.2010	71% IST-P
Steuerkraftmesszahl	7.671.256
Schlüsselzuweisung	90% SOLL
	3.405.593

Haushaltsplan 2011	
Produkt Kostenart	
1.61.01.01 401100 Grundsteuer A	400%
1.61.01.01 401200 Grundsteuer B	410%
1.61.01.01 401300 Gewerbesteuer	450%
1.61.01.01 402100 Gemeindeanteil Ek-steuer	
1.61.01.01 402200 Gemeindeanteil Umsatzsteuer	
1.61.01.01 411100 Schlüsselzuweisung	
1.61.01.01 417100 Erstattung Solidarbeitrag	
1.61.01.01 405100 Ausgleichszahlg n.d. Familienausgl.	
1.61.01.01 534100 Gewerbesteuerumlage	35%
1.61.01.01 534200 Erhöhung GwSt-umlage	36%
1.61.01.01 437100 Nachzahlung Solidarbeitrag	
1.61.01.01 537210 Kreisumlage ohne Jugendamt	48,6025%
1.61.01.01 537220 Jugendamtsumlage	22,7439%

Hebesätze	
	54.500
	1.292.000
	6.456.000
	2.612.000
	497.000
	3.405.593
	0
	318.000
	502.133
	516.480
	0
	5.383.626
	2.519.307

1.4.4.2 Finanzausgleich 2012

Haushaltsjahr (SOLL)	2012	
Vorjahr (IST-V)	01.01.2011 -	31.12.2011
Referenzperiode (IST-P)	01.07.2010 -	30.06.2011

Feldfunktion geändert

Berechnungsdaten

Land				Gemeinde			
				<i>Hebesätze Referenzperiode</i>			
Grundbetrag	777			Grundsteuer A Hebesatz v 01.07.2010 - 31.12.2010	400% IST-P	27.250	Kraftzahl 13.080
Einwohnerzahl für den Hauptansatz	11.100			Grundsteuer A Hebesatz v 01.01.2011 - 30.06.2011	400% IST-P	27.250	Kraftzahl 13.080
Hundertsatz zum Hauptansatz	100,0%			Grundsteuer B Hebesatz v 01.07.2010 - 31.12.2010	410% IST-P	630.000	Kraftzahl 585.439
Hauptansatz	11.100			Grundsteuer B Hebesatz v 01.01.2011 - 30.06.2011	410% IST-P	646.000	Kraftzahl 600.307
Schüleransatz	1.295			Gewerbesteuer Hebesatz v 01.07.2010 - 31.12.2010	450% IST-P	3.000.000	Kraftzahl 2.686.667
Soziallastenansatz	1.217			Gewerbesteuer Hebesatz v 01.01.2011 - 30.06.2011	450% IST-P	3.228.000	Kraftzahl 2.890.853
Zentralitätsansatz	739			Gemeindeanteil Einkommenssteuer	IST-P	2.624.500	Kraftzahl 2.624.500
Gesamtansatz	14.351			Ausgleichszahl n.d. Familienausgl.	IST-P	335.500	Kraftzahl 335.500
Ausgangsmesszahl	11.155.447			Gemeindeanteil Umsatzsteuer	IST-P	494.000	Kraftzahl 494.000
Grundsteuer A Basishebesatz	192%			Gst-umlage Hebesatz v 01.07.2010 - 31.12.2010	71% IST-P	3.000.000	Kraftzahl 473.333
Grundsteuer B Basishebesatz	381%			Gst-umlage Hebesatz v 01.01.2011 - 30.06.2011	71% IST-P	3.228.000	Kraftzahl 509.307
Gewerbesteuer Basishebesatz	403%						
				Steuerkraftmesszahl			9.260.786
				Schlüsselzuweisung	90% SOLL	1.705.195	
Kreis				Haushaltsplan 2012			
Umlagegrundlagen	10.965.981			<i>Produkt Kostenart</i>		<i>Hebesätze</i>	
	<i>Hebesätze</i>			1.61.01.01 401100 Grundsteuer A	400%	54.500	
allgemeine Kreisumlage	44,6000%	SOLL	4.890.828	1.61.01.01 401200 Grundsteuer B	410%	1.317.000	
Anteil Berufsschulwesen	2,4290%		266.364	1.61.01.01 401300 Gewerbesteuer	450%	6.934.000	
Anteil Jugendamt	22,1523%		2.429.217	1.61.01.01 402100 Gemeindeanteil Ek-steuer		2.763.000	
Anteil Kreisvolkshochschule (KVHS)	0,2967%		32.536	1.61.01.01 402200 Gemeindeanteil Umsatzsteuer		497.000	
Summe	24,8780%	SOLL	2.728.117	1.61.01.01 411100 Schlüsselzuweisung		1.705.195	
Kreisumlage insgesamt	69,4780%	SOLL	7.618.945	1.61.01.01 417100 Erstattung Solidarbeitrag		0	
				1.61.01.01 405100 Ausgleichszahl n.d. Familienausgl.		331.000	
				1.61.01.01 534100 Gewerbesteuerumlage	35%	539.311	
				1.61.01.01 534200 Erhöhung GwSt-umlage	35%	539.311	
				1.61.01.01 437100 Nachzahlung Solidarbeitrag		0	
				1.61.01.01 537210 Kreisumlage ohne Jugendamt	47,3257%	5.189.727	
				1.61.01.01 537220 Jugendamtsumlage	22,1523%	2.429.217	

1.4.4.3 Finanzausgleich 2013

Haushaltsjahr (SOLL)2013

Vorjahr (IST-V)01.01.2012 - 31.12.2012

Referenzperiode (IST-P)01.07.2011 - 30.06.2012

Feldfunktion geändert

Land				Gemeinde			
				Hebesätze Referenzperiode			
Grundbetrag	802			Grundsteuer A Hebesatz v 01.07.2011 - 31.12.2011	400% IST-P	27.250	Kraftzahl 13.080
Einwohnerzahl für den Hauptansatz	11.040			Grundsteuer A Hebesatz v 01.01.2012 - 30.06.2012	400% IST-P	27.250	Kraftzahl 13.080
Hundertsatz zum Hauptansatz	100,0%			Grundsteuer B Hebesatz v 01.07.2011 - 31.12.2011	410% IST-P	646.000	Kraftzahl 600.307
Hauptansatz	11.040			Grundsteuer B Hebesatz v 01.01.2012 - 30.06.2012	410% IST-P	658.500	Kraftzahl 611.923
Schüleransatz	1.295			Gewerbsteuer Hebesatz v 01.07.2011 - 31.12.2011	450% IST-P	3.228.000	Kraftzahl 2.890.853
Soziallastenansatz	1.217			Gewerbsteuer Hebesatz v 01.01.2012 - 30.06.2012	450% IST-P	3.467.000	Kraftzahl 3.104.891
Zentralitätsansatz	767			Gemeindeanteil Einkommenssteuer	IST-P	2.687.500	Kraftzahl 2.687.500
Gesamtansatz	14.319			Ausgleichszahlg n.d. Familienausgl.	IST-P	324.500	Kraftzahl 324.500
Ausgangsmeißahl	11.486.751			Gemeindeanteil Umsatzsteuer	IST-P	497.000	Kraftzahl 497.000
Grundsteuer A Basishebesatz	192%			Gst-umlage Hebesatz v 01.07.2011 - 31.12.2011	71% IST-P	3.228.000	Kraftzahl 509.307
Grundsteuer B Basishebesatz	381%			Gst-umlage Hebesatz v 01.01.2012 - 30.06.2012	70% IST-P	3.467.000	Kraftzahl 539.311
Gewerbsteuer Basishebesatz	403%						
				Steuerkraftmeißahl			9.694.516
				Schlüsselzuweisung	90% SOLL	1.613.012	
Kreis				Haushaltsplan 2013			
Umlagegrundlagen	11.307.528			Produkt Kostenart		Hebesätze	
	Hebesätze			1.61.01.01 401100 Grundsteuer A		400%	54.500
allgemeine Kreisumlage	43,1000%	SOLL	4.873.545	1.61.01.01 401200 Grundsteuer B		420%	1.376.000
				1.61.01.01 401300 Gewerbsteuer		450%	7.454.000
Anteil Berufsschulwesen	2,4153%		273.111	1.61.01.01 402100 Gemeindeanteil Ek-steuer			2.888.000
Anteil Jugendamt	21,5854%		2.440.775	1.61.01.01 402200 Gemeindeanteil Umsatzsteuer			508.000
Anteil Kreisvolkshochschule (KVHS)	0,2880%		32.566	1.61.01.01 411100 Schlüsselzuweisung			1.613.012
Summe	24,2887%	SOLL	2.746.452	1.61.01.01 417100 Erstattung Solidarbeitrag			0
Kreisumlage insgesamt	67,3887%	SOLL	7.619.997	1.61.01.01 405100 Ausgleichszahlg n.d. Familienausgl.			336.000
				1.61.01.01 534100 Gewerbesteuerumlage		35%	579.756
				1.61.01.01 534200 Erhöhung GwSt-umlage		35%	579.756
				1.61.01.01 437100 Nachzahlung Solidarbeitrag			0
				1.61.01.01 537210 Kreisumlage ohne Jugendamt		45,8033%	5.179.221
				1.61.01.01 537220 Jugendamtsumlage		21,5854%	2.440.775

1.4.4.4 Finanzausgleich 2014

Haushaltsjahr (SOLL) **2014**
 Vorjahr (IST-V) 01.01.2013 - 31.12.2013
 Referenzperiode (IST-P) 01.07.2012 - 30.06.2013

Feldfunktion geändert

Berechnungsdaten

Land				Gemeinde			
				Hebesätze Referenzperiode			
Grundbetrag	835			Grundsteuer A Hebesatz v 01.07.2012 - 31.12.2012	400% IST-P	27.250	Kraftzahl 13.080
Einwohnerzahl für den Hauptansatz	10.980			Grundsteuer A Hebesatz v 01.01.2013 - 30.06.2013	400% IST-P	27.250	Kraftzahl 13.080
Hundertsatz zum Hauptansatz	100,0%			Grundsteuer B Hebesatz v 01.07.2012 - 31.12.2012	420% IST-P	658.500	Kraftzahl 597.354
Hauptansatz	10.980			Grundsteuer B Hebesatz v 01.01.2013 - 30.06.2013	420% IST-P	688.000	Kraftzahl 624.114
Schüleransatz	1.295			Gewerbesteuer Hebesatz v 01.07.2012 - 31.12.2012	450% IST-P	3.467.000	Kraftzahl 3.104.891
Soziallastenansatz	1.217			Gewerbesteuer Hebesatz v 01.01.2013 - 30.06.2013	450% IST-P	3.727.000	Kraftzahl 3.337.736
Zentralitätsansatz	795			Gemeindeanteil Einkommenssteuer	IST-P	2.825.500	Kraftzahl 2.825.500
Gesamtansatz	14.287			Ausgleichszahl n.d. Familienausgl.	IST-P	333.500	Kraftzahl 333.500
Ausgangsmeßzahl	11.930.985			Gemeindeanteil Umsatzsteuer	IST-P	502.500	Kraftzahl 502.500
Grundsteuer A Basishebesatz	192%			Gst-umlage Hebesatz v 01.07.2012 - 31.12.2012	70% IST-P	3.467.000	Kraftzahl 539.311
Grundsteuer B Basishebesatz	381%			Gst-umlage Hebesatz v 01.01.2013 - 30.06.2013	70% IST-P	3.727.000	Kraftzahl 579.756
Gewerbesteuer Basishebesatz	403%						
				Steuerkraftmeßzahl			10.232.688
				Schlüsselzuweisung	90% SOLL	1.528.467	
Kreis				Haushaltsplan 2014			
Umlagegrundlagen	11.761.155			Produkt Kostenart		Hebesätze	
	<i>Hebesätze</i>			1.61.01.01 401100 Grundsteuer A	400%	54.500	
allgemeine Kreisumlage	43,1000%	SOLL	5.069.058	1.61.01.01 401200 Grundsteuer B	420%	1.404.000	
Anteil Berufsschulwesen	2,4153%		284.067	1.61.01.01 401300 Gewerbesteuer	450%	7.923.000	
Anteil Jugendamt	21,5854%		2.538.692	1.61.01.01 402100 Gemeindeanteil Ek-steuer		3.089.000	
Anteil Kreisvolkshochschule (KVHS)	0,2880%		33.872	1.61.01.01 402200 Gemeindeanteil Umsatzsteuer		520.000	
Summe	24,2887%	SOLL	2.856.632	1.61.01.01 411100 Schlüsselzuweisung		1.528.467	
Kreisumlage insgesamt	67,3887%	SOLL	7.925.690	1.61.01.01 417100 Erstattung Solidarbeitrag		0	
				1.61.01.01 405100 Ausgleichszahl n.d. Familienausgl.		343.000	
				1.61.01.01 534100 Gewerbesteuerumlage	35%	616.233	
				1.61.01.01 534200 Erhöhung GwSt-umlage	34%	598.627	
				1.61.01.01 437100 Nachzahlung Solidarbeitrag		0	
				1.61.01.01 537210 Kreisumlage ohne Jugendamt	45,8033%	5.386.997	
				1.61.01.01 537220 Jugendamtsumlage	21,5854%	2.538.692	

1.4.5 Kennzahlenspiegel zur jährlichen Haushaltswirtschaft

Kennzahlen	Berechnung	Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
Ertragskennzahlen							
Steuerquote (StQ)	$\frac{\text{Steuererträge} \times 100}{\text{Ordentliche Erträge}}$	55,80%	64,73%	63,98%	70,35%	71,32%	72,68%
Zuwendungsquote (ZwQ)	$\frac{\text{Erträge aus Zuwendungen} \times 100}{\text{Ordentliche Erträge}}$	18,32%	21,32%	22,31%	15,55%	14,82%	14,11%
Aufwandskennzahlen							
Personalintensität 1 (PI 1)	$\frac{\text{Personalaufwendungen} \times 100}{\text{Ordentliche Aufwendungen}}$	18,10%	19,06%	18,93%	19,16%	18,87%	18,79%
Aufwandsdeckungsgrad (ADG)	$\frac{\text{Ordentliche Erträge}}{\text{Ordentliche Aufwendungen}}$	71,50%	88,79%	90,64%	88,78%	92,02%	94,05%
Sach- und Dienstleistungsintensität (SDI)	$\frac{\text{Aufw. f. Sach- u. Dienstleistungen} \times 100}{\text{Ordentliche Aufwendungen}}$	17,26%	17,61%	16,19%	15,85%	16,18%	15,43%
Abschreibungsintensität (Abl)	$\frac{\text{Jahres-Afa auf Sachanlagevermögen} \times 100}{\text{Ordentliche Aufwendungen}}$	12,32%	12,27%	12,33%	12,82%	12,74%	12,42%
Drittfinanzierungsquote (DFQ)	$\frac{\text{Erträge aus der Auflösung von Sonderposten}}{\text{Abschreibungen auf Anlagevermögen} \times 100}$	36,77%	32,26%	13,34%	34,96%	38,45%	41,10%
Transferaufwandsquote (TAQ)	$\frac{\text{Transferaufwendungen} \times 100}{\text{Ordentliche Aufwendungen}}$	44,06%	47,12%	48,82%	48,47%	48,44%	49,62%
Zinslastquote (ZLQ)	$\frac{\text{Finanzaufwendungen} \times 100}{\text{Ordentliche Aufwendungen}}$	0,98%	1,10%	1,06%	1,09%	1,11%	1,14%
Zinsdeckungsquote (ZDQ)	$\frac{\text{Finanzaufwendungen} \times 100}{\text{Ordentliche Erträge}}$	1,38%	1,24%	1,16%	1,23%	1,20%	1,21%
Zinssteuerquote (ZStQ)	$\frac{\text{Finanzaufwendungen} \times 100}{\text{Steuererträge}}$	2,47%	1,91%	1,82%	1,75%	1,69%	1,66%

Feldfunktion geändert

Kennzahlen	Berechnung	Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
Erfolgsquellenkennzahlen							
Ergebnisquote der laufenden Verwaltungstätigkeit (EQVw)	$\frac{\text{Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit} \times 100}{\text{Jahresergebnis}}$	97,62%	97,63%	95,33%	95,70%	93,70%	91,18%
Finanzergebnisquote (EQFi)	$\frac{\text{Finanzergebnis} \times 100}{\text{Jahresergebnis}}$	2,38%	2,37%	4,67%	4,30%	6,30%	8,82%
Ordentliche Ergebnisquote (EWOE)	$\frac{\text{Ordentliches Ergebnis} \times 100}{\text{Jahresergebnis}}$	100,00%	100,00%	100,00%	100,00%	100,00%	100,00%
Außerordentliche Ergebnisquote (EQAE)	$\frac{\text{Außerordentliches Ergebnis} \times 100}{\text{Jahresergebnis}}$	0,00%	0,00%	0,00%	0,00%	0,00%	0,00%
Kennzahlen des negativen Jahresergebnisses							
Fehlbetragsquote (FBQ)	$\frac{\text{Negatives Jahresergebnis} \times 100}{\text{Ausgleichsrücklage} + \text{Allgemeine Rücklage}}$	11,33%	4,83%	3,21%	5,54%	4,58%	3,76%
Eigenkapitalreichweite (EKRw)	$\frac{\text{Eigenkapital}}{\text{Negatives Jahresergebnis}}$	8,8	20,7	31,2	18,1	21,8	26,6

Feldfunktion geändert

Steuerquote (StQ)

Die Steuerquote gibt an, zu welchem Teil sich die Kommune „selbst“ finanzieren kann und somit unabhängig von staatlichen Zuwendungen ist.

Zuwendungsquote (ZwQ)

Die Zuwendungsquote gibt einen Hinweis darauf, inwieweit die Kommune von Zuwendungen und damit von Leistungen Dritter abhängig ist.

Personalintensität 1 (PI1)

Die „Personalintensität 1“ gibt an, welchen Anteil die Personalaufwendungen an den ordentlichen Aufwendungen ausmachen. Im Hinblick auf den interkommunalen Vergleich dient diese Kennzahl dazu, die Frage zu beantworten, welcher Teil der Aufwendungen üblicherweise für Personal aufgewendet wird.

Aufwandsdeckungsgrad (ADG)

Diese Kennzahl zeigt an, zu welchem Anteil die ordentlichen Aufwendungen durch ordentliche Erträge gedeckt werden können. Ein finanzielles Gleichgewicht kann nur durch eine vollständige Deckung erreicht werden.

Sach- und Dienstleistungsintensität (SDI)

Vielfach sind die Entscheidungen einer Kommune „Make-or-Buy-Entscheidungen“. Die Kennzahl „Sach- und Dienstleistungsintensität“ lässt erkennen, in welchem Ausmaß sich eine Kommune für die Inanspruchnahme von Leistungen Dritter entschieden hat.

Abschreibungsintensität (AbI)

Die Abschreibungen werden auf Sachanlagen des Anlagevermögens vorgenommen. Das Anlagevermögen ist dafür bestimmt, dem Geschäftsbetrieb dauerhaft zu dienen. Folglich sind die Abschreibungen faktisch überwiegend fixe Aufwendungen. Die Kennzahl „Abschreibungsintensität“ gibt an, welcher Teil der Aufwendungen weitgehend unbeeinflussbar ist. Bei der Interpretation dieser Kennzahl ist jedoch zu berücksichtigen, dass eine niedrige Abschreibungsintensität auch widerspiegeln kann, dass eine Kommune ihr Anlagevermögen weitgehend abgeschrieben hat, ohne es in angemessenem Umfang durch neue Anlagen zu ersetzen, d.h. dass eine Überalterung des Anlagevermögens vorliegt.

Drittfinanzierungsquote (DFG)

Die Kennzahl zeigt, gemessen an den Anschaffungs- und Herstellungskosten (AHK), das Verhältnis zwischen den bilanziellen Abschreibungen und den Erträgen aus der Auflösung von Sonderposten im Haushaltsjahr an. Sie gibt einen Hinweis auf die Frage, inwieweit die Erträge aus der Sonderpostenauflösung die Belastung durch Abschreibungen abmildern. Damit wird die Beeinflussung des Werteverzehrs durch die Drittfinanzierung deutlich.

Transferaufwandsquote (TAQ)

Die Kennzahl „Transferaufwandsquote“ stellt einen Bezug zwischen den Transferaufwendungen und den ordentlichen Aufwendungen her. Mit ihr lässt sich beurteilen, in welchem Umfang kommunale Zahlungen an private Haushalte, an Unternehmen, Vereine u.a. erfolgen. Die Kennzahl unterstützt einen interkommunalen Vergleich eher als die Angabe der absoluten Höhe der Transferleistungen, wenn nicht zwischen Sozialtransfer und Zuwendungen unterschieden wird.

Zinslastquote (ZLQ)

Die Kennzahl „Zinslastquote“ zeigt auf, welche zusätzliche Belastung aus Finanzaufwendungen zusätzlich zu den (ordentlichen) Aufwendungen aus laufender Verwaltungstätigkeit besteht. Die Kennzahl unterstützt einen interkommunalen Vergleich eher als die Angabe der absoluten Höhe der Zinsen oder der Finanzaufwendungen insgesamt.

Zinsdeckungsquote (ZDQ)

Die Zinsdeckungsquote ist eine weitere Verhältniszahl und gibt an, in welchem Umfang die (ordentlichen) Erträge aus laufender Verwaltungstätigkeit von den Finanzaufwendungen aufgezehrt werden.

Zinssteuerquote (ZStQ)

Die Zinssteuerquote ist eine zusätzliche Verhältniszahl und stellt wie die Zinsdeckungsquote ein Verhältnis zwischen den Zinsaufwendungen und den Erträgen her. Sie gibt aber durch den Bezug zu den Steuererträgen an, in welchem Umfang die kommunal beeinflussbaren Steuern zur „Deckung“ der Zinsaufwendungen aufgezehrt werden.

Ergebnisquote der laufenden Verwaltungstätigkeit (EQVw)

Für die haushaltsmäßige Beurteilung soll außerdem die Kennzahl „Ergebnisquote der laufenden Verwaltungstätigkeit (EQVw)“ gebildet werden, die den Anteil des Ergebnisses der laufenden Verwaltungstätigkeit am Jahresergebnis ausweist.

Finanzergebnisquote (EQFi)

Das Finanzergebnis stellt diejenigen Erfolgsbestandteile dar, die aus Kapitalanlagen und Kreditaufnahmen resultieren. Die Kennzahl „Finanzergebnisquote“ (EQFi) gibt einen Hinweis auf die Finanzpolitik.

Ordentliche Ergebnisquote (EQOE)

Das ordentliche Ergebnis ist die Summe aus dem Ergebnis aus laufender Verwaltungstätigkeit und dem Finanzergebnis und ist unter Berücksichtigung der oben gemachten Ausführungen vorwiegend als nachhaltig zu betrachten. Für die Analyse bietet sich die Bildung der Kennzahl „Ordentliche Ergebnisquote“ (EQOE) an.

Außerordentliche Ergebnisquote (EQAE)

Die außerordentlichen Erträge und Aufwendungen sind als nicht nachhaltig zu beurteilen. Die Begriffe „Außerordentliche Erträge“ und „Außerordentliche Aufwendungen“ sind nach dem kommunalen Haushaltsrecht eng auszulegen. Dies bedeutet, dass derartige Erträge und Aufwendungen i.d.R. auf seltenen und ungewöhnlichen Vorgängen, z.B. Naturkatastrophen, sonstige durch höhere Gewalt verursachte Unglücke, die von wesentlicher Bedeutung für die individuellen Gegebenheiten der Gemeinde sind, beruhen. Zu den einzubeziehenden Gegebenheiten zählen auch Spenden, sofern sie von wesentlicher Bedeutung für die Kommune sind und soweit sie ohne Auflage gewährt werden. Zu diesem Ergebnisbereich zählen nicht die Veräußerungen von Vermögensgegenständen, die im Rahmen der Aufgabenerfüllung der Gemeinde regelmäßig erfolgen. Für die Analyse bietet sich auch die Bildung der Kennzahl „Außerordentliche Ergebnisquote“ (EQAE) an.

Fehlbetragsquote (FBQ)

Diese Kennzahl gibt Auskunft über den durch einen Fehlbetrag in Anspruch genommenen Eigenkapitalanteil. Da mögliche Sonderrücklagen hier unberücksichtigt bleiben müssen, bezieht die Kennzahl ausschließlich die Ausgleichsrücklage und die allgemeine Rücklage ein. Zur Ermittlung der Quote wird das negative Jahresergebnis ins Verhältnis zu diesen beiden Bilanzposten gesetzt.

Eigenkapitalreichweite (EK_{Rw})

Bei der Bewertung des negativen Jahresergebnisses sollte auch betrachtet werden, nach wie vielen Jahren das vorhandene Eigenkapital voraussichtlich aufgebraucht sein wird. Dabei wird unterstellt, dass das negative Jahresergebnis sich betragsmäßig nicht verändert.

1.4.6 Haushaltsausgleich

Die neue Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen sieht einen mehrstufigen Aufbau für den Haushaltsausgleich vor.

Gemäß § 75 GO NW ist der Haushalt ausgeglichen, wenn der Gesamtbetrag der Erträge die Höhe des Gesamtbetrages der Aufwendungen erreicht oder übersteigt. Dies ist auch dann noch der Fall, wenn der Fehlbedarf im Ergebnisplan durch Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage gedeckt werden kann.

Die Ausgleichsrücklage ist in der Bilanz zusätzlich zur allgemeinen Rücklage als gesonderter Posten des Eigenkapitals anzusetzen. Sie kann in der Eröffnungsbilanz bis zur Höhe eines Drittels des Eigenkapitals gebildet werden, höchstens jedoch bis zur Höhe eines Drittels der jährlichen Steuereinnahmen und allgemeinen Zuweisungen. Die Höhe der Ausgleichsrücklage der Gemeinde Morsbach wurde in der testierten Eröffnungsbilanz mit 3.469.252 EUR ermittelt. Der Ausgleichsrücklage können Jahresüberschüsse durch Beschluss nach § 96 Abs. 1 Satz 2 GO NW zugeführt werden, soweit ihr Bestand nicht den in der Eröffnungsbilanz zulässigen Betrag erreicht hat.

Bis zum vollständigen Verbrauch der Ausgleichsrücklage ist der Haushalt der Aufsichtsbehörde lediglich anzuzeigen. Wird bei der Aufstellung der Haushaltssatzung eine Verringerung der allgemeinen Rücklage vorgesehen, ist eine Genehmigung der Aufsichtsbehörde erforderlich.

Ein Haushaltssicherungskonzept ist dann aufzustellen, wenn bei der Aufstellung des Haushalts der in der Schlussbilanz des Vorjahres auszuweisende Ansatz der allgemeinen Rücklage um mehr als ein Viertel verringert wird oder in zwei aufeinanderfolgenden Haushaltsjahren geplant ist, den in der Schlussbilanz des Vorjahres auszuweisenden Ansatz der allgemeinen Rücklage jeweils um mehr als ein Zwanzigstel zu verringern oder innerhalb des Zeitraumes der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung die allgemeine Rücklage aufgebraucht wird.

1.4.6.1 Übersicht über die Entwicklung des Eigenkapitals

Die folgende Übersicht verdeutlicht die Entwicklung des Eigenkapitals und die Haushaltsausgleichssystematik mit den testierten Zahlen der Gesamtergebnisrechnung des Jahresabschlusses 2009, den prognostizierten Zahlen des Jahresergebnisses 2010 und den aktuellen Zahlen des Gesamtergebnisplans für das Haushaltsjahr 2011 sowie die Jahre der mittelfristigen Finanzplanung bis 2014.

Hierbei zeigt sich, dass trotz jährlich erheblicher Fehlbeträge bzw. -bedarfe die Grenzwerte des § 76 Abs. 1 Nr. 2 GO NW i.H.v. 5 % der allgemeinen Rücklage nicht 2 Jahre in Folge überschritten werden. Die Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzepts ist damit nicht erforderlich. Jedoch muss eine Genehmigung gemäß § 75 Abs. 4 GO NW bei der Kommunalaufsicht beantragt werden.

Jahr	PASSIVA (Auszug)	Stand zu Beginn des Haushaltsjahres	Jahresergebnis	Verringerung des Eigenkapitals	Erhöhung des Eigenkapitals	Stand zum Ende eines Haushaltsjahres	Haushalts-			
							Ausgleich	Genehmigung	Sicherung § 76 Abs. 1 Nr. 1 GO NW 1/4 allg. Rückl.	Sicherung § 76 Abs. 1 Nr. 2 GO NW 1/20 allg. Rückl.
2009	1. Eigenkapital									
	1.1 Allgemeine Rücklage	50.043.132 €	-5.755.228 €	5.013.317 €	- €	45.029.816 €	Nein	Ja	12.510.783 €	2.502.157 €
	1.2 Ausgleichsrücklage	741.911 €		741.911 €	- €	- €			Nein	Nein
	Summe Eigenkapital	50.785.043 €		5.755.228 €	- €	45.029.816 €				
2010	1. Eigenkapital		<i>Prognose</i> -2.175.750 €				Nein	Ja		
	1.1 Allgemeine Rücklage	45.029.816 €		2.175.750 €	- €	42.854.066 €			11.257.454 €	2.251.491 €
	1.2 Ausgleichsrücklage	- €		- €	- €	- €			Nein	Nein
	Summe Eigenkapital	45.029.816 €		2.175.750 €	- €	42.854.066 €				
2011	1. Eigenkapital		-1.917.462 €				Nein	Ja		
	1.1 Allgemeine Rücklage	42.854.066 €		1.917.462 €	- €	40.936.604 €			10.713.517 €	2.142.703 €
	1.2 Ausgleichsrücklage	- €		- €	- €	- €			Nein	Nein
	Summe Eigenkapital	42.854.066 €		1.917.462 €	- €	40.936.604 €				
2012	1. Eigenkapital		-2.251.223 €				Nein	Ja		
	1.1 Allgemeine Rücklage	40.936.604 €		2.251.223 €	- €	38.685.381 €			10.234.151 €	2.046.830 €
	1.2 Ausgleichsrücklage	- €		- €	- €	- €			Nein	Nein
	Summe Eigenkapital	40.936.604 €		2.251.223 €	- €	38.685.381 €				
2013	1. Eigenkapital		-1.648.601 €				Nein	Ja		
	1.1 Allgemeine Rücklage	38.685.381 €		1.648.601 €	- €	37.036.780 €			9.671.345 €	1.934.269 €
	1.2 Ausgleichsrücklage	- €		- €	- €	- €			Nein	Nein
	Summe Eigenkapital	38.685.381 €		1.648.601 €	- €	37.036.780 €				
2014	1. Eigenkapital		-1.281.898 €				Nein	Ja		
	1.1 Allgemeine Rücklage	37.036.780 €		1.281.898 €	- €	35.754.882 €			9.259.195 €	1.851.839 €
	1.2 Ausgleichsrücklage	- €		- €	- €	- €			Nein	Nein
	Summe Eigenkapital	37.036.780 €		1.281.898 €	- €	35.754.882 €				

Feldfunktion geändert

1.4.6.2 Entwicklung der Liquidität

Liquidität zum jeweiligen Quartalsende (in EUR)

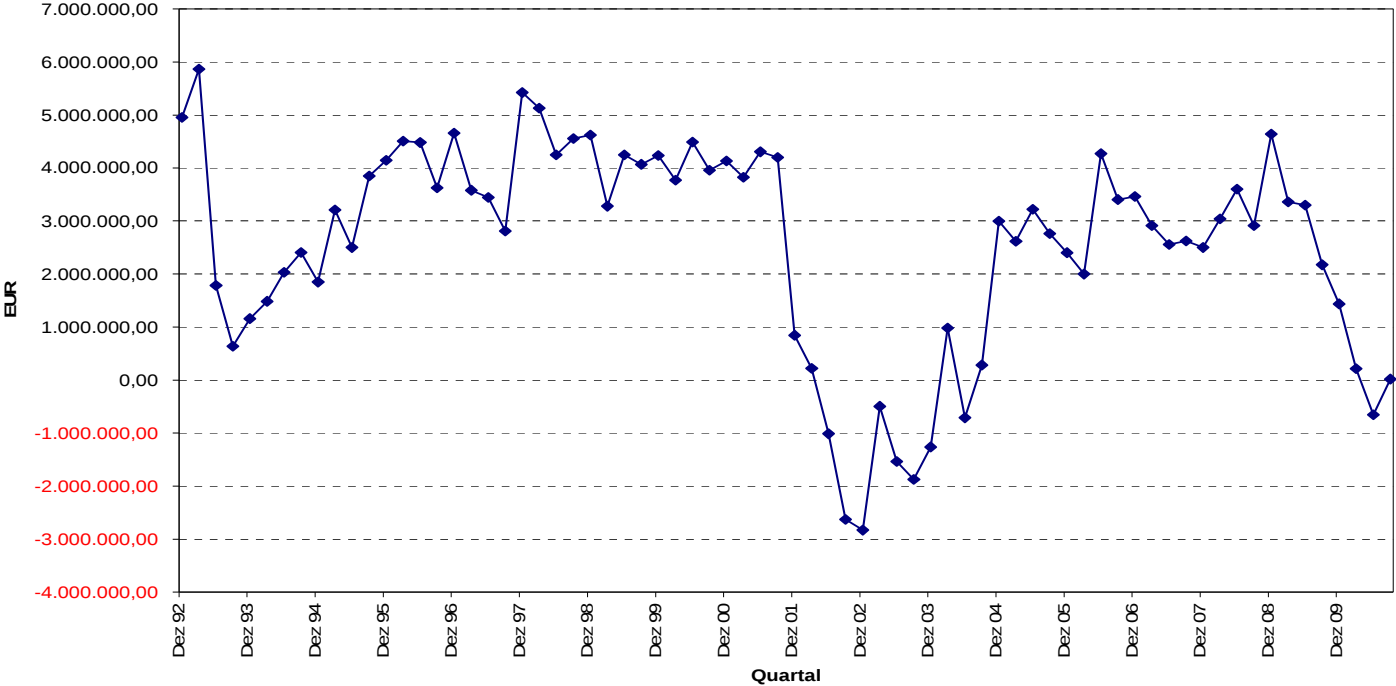
Quartal/Jahr	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
31.03.	223.324,27	-496.007,61	978.460,75	2.618.971,14	1.998.938,57	2.910.728,45	3.039.287,53	3.360.039,82	215.001,30
30.06.	-1.013.250,48	-1.532.766,80	-712.865,55	3.222.177,07	4.268.360,32	2.557.359,51	3.602.611,43	3.298.012,14	-655.310,45
30.09.	-2.626.157,02	-1.872.720,11	283.127,36	2.760.290,96	3.406.032,25	2.623.876,06	2.913.498,81	2.174.287,77	19.589,54
31.12.	-2.828.297,40	-1.259.745,96	2.998.017,18	2.404.547,55	3.462.639,92	2.498.585,63	4.639.769,45	1.435.220,59	

Feldfunktion geändert

In der vorstehenden Liquiditätsübersicht sind neben den Bankkontenbeständen auch die Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber den Eigenbetrieben und der MEG enthalten.

Insgesamt hat der stark gestiegene Jahresfehlbetrag der Ergebnisrechnung auch zu einem entsprechenden Liquiditätsabbau geführt. Insbesondere im Bereich der Gewerbesteuer waren z.T. größere Geldbeträge an die Steuerpflichtigen auf geleistete Vorausleistungsbeträge zurück zu erstatten. Ab Anfang des Jahres 2010 musste dann aber Terminkredite bis Ende April in unterschiedlicher Höhe aufgenommen werden. Darüber hinaus wurde auch die Liquiditätsausstattung der Betriebe in Anspruch genommen, wobei eine taggenaue Zinsabrechnung erfolgt. Ab Anfang Juli konnten dann infolge der stark gestiegenen Gewerbesteuererträge wieder Termingelder angelegt werden.

Entwicklung der Liquidität



Feldfunktion geändert

1.4.6.3 Ein- und Auszahlungen aus Investitions- und Finanzierungstätigkeit

Den Investitionsauszahlungen von 3.664.462 EUR stehen lediglich Einzahlungen aus Zuweisungen, der Veräußerung von Sachanlagevermögen und Beiträgen in Höhe von 2.026.607 EUR gegenüber, wobei die Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen mit 1.797.199 EUR im Wesentlichen für die investiven Pauschalzuweisungen (Investitions-, Feuerwehr-, Schul- und Sportstättenpauschale) des Landes, der Restmittelabruf aus dem Konjunkturpaket II und die Zuweisungen für den Ausbau der U3-Betreuungsplätze des Bundes stehen. Für die Veräußerung von unbebauten Grundstücken und den beabsichtigten Verkauf des Obdachlosenwohnheims „Am Eichhölzchen“ wurden insgesamt 188.408 EUR unter Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagevermögen veranschlagt. Darüber hinaus wird mit Beitragszahlungen für KAG- und BauGB-Maßnahmen in Höhe von 41.000 EUR gerechnet.

Der Investitionsschwerpunkt des Haushaltsjahres 2011 liegt im Bildungsbereich. So werden im Produktbereich 1.21 Schulträgeraufgaben insgesamt 2,55 Mio. EUR investiert. Davon 2,3 Mio. EUR Neuveranschlagung für den Bau der Mensa/Aula im Schulzentrum und 250 TEUR für Ausstattungsgegenstände aller Schulen. Ferner wird im Haushaltsjahr 2011 im Produktbereich 1.36 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe der Ausbau der Betreuungsplätze für unter 3-jährige mit 454 TEUR fortgesetzt. Für den Produktbereich 1.54 Verkehrsflächen und -anlagen sind insgesamt 563 TEUR für Straßenbaumaßnahmen inklusive des erforderlichen Grunderwerbs vorgesehen. Die umfangreichen Brandschutzmaßnahmen im Produktbereich 1.12 Sicherheit und Ordnung können in 2012 zum Abschluss gebracht werden.

Die Ein- und Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit setzen sich wie folgt zusammen.

1.4.6.3.1 Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**1.4.6.3.1.1 Investitionszuwendungen**

Produktgruppe	Investitionsprojekt	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
1.12.15	Gefahrenabwehr				
	Feuerwehrpauschale	-37.400	-37.400	-37.400	-37.400
	Zuschuss Provinzial	-2.500	-2.500	-2.500	-2.500
1.12.15 Summe		-39.900	-39.900	-39.900	-39.900
1.21.05	Gesamtschulen				
	Zuwendung Bau Mensa / Aula	-200.000	0	0	0
1.21.05 Summe		-200.000	0	0	0
1.21.10	Zentrale schulbez. Leistungen Schulträger				
	Schulpauschale	-285.181	-276.911	-285.772	-297.488
1.21.10 Summe		-285.181	-276.911	-285.772	-297.488
1.36.02	Tageseinrichtungen für Kinder				
	Umb. Kindergarten Holpe Zuwend.	-254.113	0	0	0
	Umbau KiGa Hahner Str. Zuwend.	-210.249	0	0	0
1.36.02 Summe		-464.362	0	0	0
1.42.01	Bereitstellung, Betrieb von Sportanlagen				
	Sportstättenpauschale	-40.000	-40.000	-40.000	-40.000
1.42.01 Summe		-40.000	-40.000	-40.000	-40.000
1.54.01	Gemeindestraßen				
	Erstattung Im Alten Ort	-37.470	-37.470	-37.470	0
	Gehw. Bahn. Erst. Landesbetr.	-180.200	0	0	0
	Gehw. Bahnhofstr. Zuwend. Land	-108.000	0	0	0
	Gehweganl. Holpe Ern. GVFG Zuw.	-7.900	0	0	0
	Wartehallen Zuwendung	-34.486	0	0	0
	Zuwendung Radwegenetz	-26.300	0	0	0
1.54.01 Summe		-394.356	-37.470	-37.470	0
1.61.01	Steuern, allg. Zuweisungen, allg. Umlagen				
	Investitionspauschale	-373.400	-362.600	-374.200	-389.500
1.61.01 Summe		-373.400	-362.600	-374.200	-389.500
Gesamtsumme		-1.797.199	-756.881	-777.342	-766.888

1.4.6.3.1.2 Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagevermögen

Produktgruppe		Investitionsprojekt	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
1.11.13	Grundstücks- und Gebäudemanagement	"Haus im Kurpark" Verkauf	-150.000	0	0	0
		Hemmerholz Verkauf Grundstücke	-70.000	0	0	0
		Veräußerung Grundvermögen	-5.000	-5.000	-5.000	-5.000
		1.11.13 Summe	-225.000	-5.000	-5.000	-5.000
1.11.26	Baubetriebshof	Unimog Verkauf Altfahrzeug	0	-15.000	0	0
1.11.26 Summe			0	-15.000	0	0
1.12.15	Gefahrenabwehr	Veräußerung Sachanlagevermögen	0	-12.000	0	-2.000
1.12.15 Summe			0	-12.000	0	-2.000
1.31.07	Soziale Einrichtungen	Veräußerung Obdachlosenheim	-183.408	0	0	0
1.31.07 Summe			-183.408	0	0	0
1.57.01	Wirtschaftsförderung	BP 23 Grundstücksverkauf	0	-350.000	0	0
1.57.01 Summe			0	-350.000	0	0
Gesamtsumme			-408.408	-382.000	-5.000	-7.000

1.4.6.3.1.3 Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten

Produktgruppe		Investitionsprojekt	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
1.54.01	Gemeindestraßen	Ausb. Hochstr. Beiträge KAG	0	-438.802	0	0
		EA "A.d.Kamp" Beiträge KAG	0	0	0	-193.130
		EA BP Erblingen Beitr. BauGB	0	-45.000	0	0
		EA im BP 22 Beiträge	0	0	0	-65.250
		Gehweg Bahnhofstraße Straßenbaubeitr.	-41.000	0	0	0
		Gehweg Krott.Str./Alze.Weg Beitr	0	0	0	0
		Straßenbaubeiträge "A.d.Hütte"	0	0	-171.500	0
		1.54.01 Summe		-41.000	-483.802	-171.500
Gesamtsumme		-41.000	-483.802	-171.500	-258.380	

1.4.6.3.2 Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**1.4.6.3.2.1 Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden**

Produktgruppe		Investitionsprojekt	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
1.11.13	Grundstücks- und Gebäudemanagement	Sonst. Grunderwerb	15.000	15.000	15.000	15.000
1.11.13 Summe			15.000	15.000	15.000	15.000
1.54.01	Gemeindestraßen	Gehweg Bahnhofstraße Kauf GS	35.000	0	0	0
1.54.01 Summe			35.000	0	0	0
Gesamtsumme			50.000	15.000	15.000	15.000

1.4.6.3.2.2 Auszahlungen für Baumaßnahmen

Produktgruppe		Investitionsprojekt	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
1.12.15	Gefahrenabwehr	Löschw.schacht Heinr. Halb. Weg	0	22.000	0	0
		Löschwasserbehälter Halle	3.000	0	0	0
		Löschwasserbehälter Oberwarnsbach	4.000	0	0	0
		Löschwasserbehälter Wittershagen	3.000	0	0	0
1.12.15 Summe			10.000	22.000	0	0
1.21.01	Grundschulen	GGs Mo Erneuerung Eingangtüren	28.000	0	0	0
1.21.01 Summe			28.000	0	0	0
1.21.05	Gesamtschulen	Bau Mensa / Aula Schulzentrum	2.298.800	0	0	0
1.21.05 Summe			2.298.800	0	0	0
1.36.02	Tageseinrichtungen für Kinder	Umbau KiGa Hahner Straße	204.888	0	0	0
		Umbau Kindergarten Holpe	248.752	0	0	0
1.36.02 Summe			453.640	0	0	0
1.54.01	Gemeindestraßen	"Auf der Hütte" Planung	0	17.000	0	0
		"Auf der Hütte" Erschließung	0	0	236.000	0
		Ausbau Hochstraße Erschließung	60.000	633.000	5.000	0
		Ausbau Radwegenetz	33.000	0	0	0
		Deckenern. Gem.Straßen	0	145.000	130.000	130.000
		EA "Auf dem Kamp" Straßenbau	0	0	33.000	235.000
		EA im BP 22 Erschließung	0	0	0	170.000
		EA im BP14 Erblingen Baukosten	0	187.000	0	0
		Erneuerung Leitplanken	10.000	10.000	10.000	10.000
		Gehweg Bahnhofstraße Erschl.	350.000	0	0	0
		Gehweg Bahnhofstraße Planung	14.200	0	0	0
		Gehweganl.Holpe Erneuerung BAU	20.200	0	0	0
			0	0	0	52.000
1.54.01 Summe			487.400	992.000	414.000	597.000
1.55.04	Wasser und Wasserbau	Rohrdurchlass Ritterseifen	0	0	0	0
1.55.04 Summe			0	0	0	0
1.57.01	Wirtschaftsförderung	BP 23 Erschließung	0	350.000	0	0
		GE Lichtenberg Erschließung	0	0	250.000	0
1.57.01 Summe			0	350.000	250.000	0
Gesamtsumme			3.277.840	1.364.000	664.000	597.000

1.4.6.3.2.3 Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen

Produktgruppe	Investitionsprojekt	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
1.11.06	Zentrale Dienste	BuG Verwaltung	2.000	2.000	2.000
		Verwaltung GWG	2.500	2.500	2.500
1.11.06 Summe		4.500	4.500	4.500	4.500
1.11.10	Orga.Angeleg./technikunterst.Information	EDV Ausstattung	3.600	0	0
		Verwaltung EDV GWG	10.000	10.000	10.000
1.11.10 Summe		13.600	10.000	10.000	10.000
1.11.26	Baubetriebshof	BuG Bauhof	5.000	2.500	2.500
		Ersatzbesch Radlader, Bauhof	0	60.000	0
1.11.26 Summe		5.000	62.500	2.500	2.500
1.12.15	Gefahrenabwehr	Abgasabsauganl. FWGH Wenders.	0	6.000	0
		Abgasabsauganlage FWGH Holpe	0	6.000	0
		Abrollbehälter Gefahrgut für MZF	0	0	60.000
		BuG Feuerwehr gesamt	14.000	14.000	14.000
		Ersatzbeschaffung TSF Holpe	0	80.000	0
		Fw Morsbach gesamt GWG	5.000	5.000	5.000
		MTF Wendershagen	0	43.000	0
		TLF 16/25 Morsbach	0	270.000	0
		festwertrelevante Anschaffungen	6.000	6.060	6.120
1.12.15 Summe		25.000	430.060	25.120	85.180

Produktgruppe		Investitionsprojekt	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
1.21.01	Grundschulen	BuG GGS Lichtenberg	11.135	5.016	4.977	4.426
		BuG GGS Morsbach	74.163	15.177	14.929	14.264
		GGs Lichtenberg GWG	725	717	700	585
		GGs Morsbach GWG	3.041	2.983	2.876	2.711
1.21.01 Summe			89.064	23.893	23.482	21.986
1.21.02	Hauptschulen	BuG Hauptschule	65.732	9.249	6.093	4.877
		Hauptschule GWG	2.065	1.571	1.133	783
1.21.02 Summe			67.797	10.820	7.226	5.660
1.21.03	Realschulen	BuG Realschule	69.909	16.627	12.673	8.880
		Realschule GWG	3.873	3.100	2.384	1.679
1.21.03 Summe			73.782	19.727	15.057	10.559
1.21.05	Gesamtschulen	BuG Gesamtschule	2.213	3.786	10.611	15.659
		GWG Gesamtschule	594	1.154	2.307	3.461
1.21.05 Summe			2.807	4.940	12.918	19.120
1.31.07	Soziale Einrichtungen	Asylbewerberunterkunft GWG	500	500	500	500
1.31.07 Summe			500	500	500	500
1.36.04	Einrichtungen der Jugendarbeit	Jugendzentrum Erwerb GWG	500	500	500	500
1.36.04 Summe			500	500	500	500
1.42.03	Bereitstellung, Betrieb von Bädern	BuG Hallenbad	1.000	500	500	500
1.42.03 Summe			1.000	500	500	500
1.54.01	Gemeindestraßen	Wartehallen Kauf	40.572	0	0	0
1.54.01 Summe			40.572	0	0	0
Gesamtsumme			324.122	567.940	102.303	161.005

1.4.6.3.2.4 Sonstige Investitionsauszahlungen

Produktgruppe		Investitionsprojekt	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
1.11.13	Grundstücks- und Gebäudemanagement	Erwerb Softwarelizenz AutoCAD	1.500	0	0	0
1.11.13 Summe			1.500	0	0	0
1.11.10	Orga.Angeleg./technikunterst.Information	EDV Ausstattung	11.000	0	0	2.600
1.11.10 Summe			11.000	0	0	2.600
Gesamtsumme			12.500	0	0	2.600

1.4.6.4 Abschreibungen aus Investitionstätigkeit

Aus den dargestellten neuen Investitionsmaßnahmen resultieren die in der folgenden Tabelle dargestellten Abschreibungsbeträge, die in den Folgejahren das Jahresergebnis und damit den Haushaltsausgleich belasten und durch entsprechende Erträge zu decken sind.

Produkt- gruppe	Bezeichnung	Investitionsprojekt	Investitions- volumen 2011	AfA 2011	AfA 2012 ff.
1.11.06	Zentrale Dienste	Betriebs/Geschäftsausstattung Verwaltung	2.000	200	400
		Verwaltung - GWG	2.500	2.500	0
		Zentrale Dienste Ergebnis	4.500	2.700	400
1.11.10	Organis.angel. und technikuterst.Infov.	Verwaltung - EDV-Ausstattung	14.600	1.460	2.920
		Verwaltung - EDV - GWG	10.000	10.000	0
		Organis.angel. und technikuterst.Infov. Ergebnis	24.600	11.460	2.920
1.11.13	Grundstücks- und Gebäudemanagement	Erwerb Softwarelizenz AutoCAD	1.500	150	300
		Allgemeines Grundvermögen (Veräußerung)	-5.000	0	0
		Allgemeines Grundvermögen (Grunderwerb)	15.000	0	0
		Gelände "Haus im Kurpark" Verkauf	-150.000	0	0
		Hemmerholz Verkauf Grundstücke	-70.000	0	0
		Grundstücks- und Gebäudemanagement Ergebnis	-208.500	150	300
1.12.15	Gefahrenabwehr	Feuerwehren Zuschuss Provinzial	-2.500	-250	-500
		Feuerwehren: Sachanlagevermögen	14.000	1.400	2.800
		Feuerwehren - GWG	5.000	5.000	0
		Feuerwehrpauschale	-37.400	-1.870	-3.740
		Löschwasserbehälter Halle	3.000	154	154
		Löschwasserbehälter Wittershagen	3.000	154	154
		Löschwasserbehälter Oberwarnsbach	4.000	205	205
		Gefahrenabwehr Ergebnis	-10.900	4.793	-927
1.11.26	Baubetriebshof	Sachanlagevermögen Bauhof	5.000	500	1.000
		Baubetriebshof Ergebnis	5.000	500	1.000
1.21.01	Grundschulen	GGs Morsbach: Sachanlagevermögen	74.163	7.416	14.833
		GGs Lichtenberg: Sachanlagevermögen	11.135	1.113	2.227
		GGs Morsbach - GWG	3.041	3.041	0
		GGs Lichtenberg - GWG	725	725	0
		GGs Mo Erneuerung Eingangstüren	28.000	304	609
		Grundschulen Ergebnis	117.064	12.599	17.669

Produkt- gruppe	Bezeichnung	Investitionsprojekt	Investitions- volumen 2011	AfA 2011	AfA 2012 ff.
1.21.02	Hauptschulen	Hauptschule Morsbach: Sachanlagevermögen	65.732	6.573	13.146
		Hauptschule - GWG	2.065	2.065	0
	Hauptschulen Ergebnis		67.797	8.638	13.146
1.21.03	Realschulen	Realschule Morsbach: Sachanlagevermögen	69.909	6.991	13.982
		Realschule - GWG	3.873	3.873	0
	Realschulen Ergebnis		73.782	10.864	13.982
1.21.05	Gesamtschulen	Gesamtschule Erwerb Sachanlagevermögen	2.213	221	443
		Gesamtschule Erwerb von GWG	594	594	0
		Zuwendung Mensa / Aula Schulzentrum	-200.000	-2.500	-5.000
		Bau Mensa / Aula Schulzentrum	2.298.800	28.735	57.470
	Gesamtschulen Ergebnis		2.101.607	27.050	52.913
1.21.10	Zentrale schulbez. Leistungen Schulträger	Schulpauschale	-285.181	-3.564	-7.130
	Zentrale schulbez. Leistungen Schulträger Ergebnis		-285.181	-3.564	-7.130
1.31.07	Soziale Einrichtungen (K)	Asylbewerberunterkunft - GWG	500	500	0
		Veräußerung Obdachlosenwohnheim	-183.408	0	0
	Soziale Einrichtungen (K) Ergebnis		-182.908	500	0
1.36.02	Tageseinrichtungen für Kinder	Umbau KiGa Hahner Str.- Zuwend.	-210.249	-2.503	-5.006
		Umbau KiGa Hahner Straße	204.888	2.439	4.878
		Umb. Kindergarten Holpe -Zuwend.	-254.113	-2.049	-4.099
		Umbau Kindergarten Holpe	248.752	2.006	4.012
	Tageseinrichtungen für Kinder Ergebnis		-10.722	-107	-215
1.36.04	Einrichtungen der Jugendarbeit	Jugendzentrum - Erwerb von GWG	500	500	0
	Einrichtungen der Jugendarbeit Ergebnis		500	500	0
1.42.01	Bereitstellung, Betrieb von Sportanlagen	Sportstättenpauschale	-40.000	-6.667	-13.333
	Bereitstellung, Betrieb von Sportanlagen Ergebnis		-40.000	-6.667	-13.333
1.42.03	Bereitstellung, Betrieb von Bädern	Bäder: Sachanlagevermögen	1.000	100	200
	Bereitstellung, Betrieb von Bädern Ergebnis		1.000	100	200

Produkt- gruppe	Bezeichnung	Investitionsprojekt	Investitions- volumen 2011	AfA 2011	AfA 2012 ff.
1.54.01	Gemeindestraßen (Öffentl. Verkehrsfl.)	Gehweg Bahnhofstr. Erstattung Landesbetrieb	-180.200	-4.505	-9.010
		Gehweg Bahnhofstr. Zuwendung Land	-108.000	-2.700	-5.400
		Gehweg Bahnhofstr. Beiträge	-41.000	-1.025	-2.050
		Gehweg Bahnhofstr. Grunderwerb	35.000	0	0
		Gehweg Bahnhofstr. Planung	14.200	355	710
		Gehweg Bahnhofstr. Erschließung	350.000	8.750	17.500
		Wartehallen-Erneuerung Zuwendung	-34.486	-1.724	-3.449
		Wartehallen-Erneuerung	40.572	2.029	4.057
		Erstattung Im Alten Ort	-37.470	0	0
		Gehweganlage in Holpe Zuwendung	-7.900	-197	-395
		Gehweganlage in Holpe Erneuerung	20.200	505	1.010
		Erneuerung Leitplanken Gemeindestraßen	10.000	200	400
		Zuwendung Radwegenetz Regionale 2010	-26.300	-1.315	-2.630
		Ausbau Radwegenetz Regionale 2010	33.000	1.650	3.300
		Straßenvollausbau Hochstr. Wallerhausen	60.000	0	600
	Gemeindestraßen (Öffentl. Verkehrsfl.) Ergebnis	127.616	2.023	4.643	
1.61.01	Steuern, allg. Zuweisungen, allg. Umlagen	Investitionspauschale	-373.400	-4.667	-9.335
	Steuern, allg. Zuweisungen, allg. Umlagen Ergebnis		-373.400	-4.667	-9.335
GESAMTERGEBNIS			1.411.855	66.872	76.233

1.4.7 Die mittelfristige Finanzplanung

Grundlage für die errechneten Planwerte waren die Orientierungsdaten des Landes NRW vom September 2010 und die Berücksichtigung örtlicher Besonderheiten. Die Ermittlung der Daten erfolgte auf der Ebene der Sachkonten für Produkte und Kostenstellen. Die Ergebnisse wurden in aggregierter Form in die Teilpläne übernommen.

1.4.8 Haushaltskonsolidierung

Auf Grund der allgemeinen Verschlechterung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und des drastischen Einbruchs bei den Steuererträgen in 2009, wurden die Ansätze für die Steuererträge 2010 stark reduziert, wodurch die Grenzwerte des § 76 Abs. 1 Nr. 2 GO NW in den Jahren 2010 bis 2013 deutlich überschritten wurden, so dass der Rat der Gemeinde Morsbach in seiner Sitzung am 23 März 2010 mehrere Konsolidierungsmaßnahmen mit einem Einsparvolumen von 416 TEUR verabschiedet hatte.

Wenn auch infolge einer wesentlichen Verbesserung der Gewerbesteuererträge und der restriktiven Haushaltsausführung im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung der veranschlagte Jahresfehlbedarf in 2010 voraussichtlich deutlich geringer ausfallen wird, gilt es doch einem stetigen Eigenkapitalverzehr vorzubeugen, um die Handlungsfähigkeit der Gemeinde Morsbach zu erhalten.

1.4.8.1 Maßnahmenkatalog 2010

Von den im März 2010 beschlossenen Maßnahmen wurden bisher umgesetzt:

Produkt	Maßnahme	Erläuterung
1.11.01.01 Unterstützung politischer Gremien	Reduzierung der Fraktionszuwendungen	In 2010 wurden die Fraktionszuwendungen auf einen Grundbetrag pro Fraktion von 500 EUR und einen Kopfbetrag von 200 EUR (insgesamt 9.400 EUR) gekürzt.
1.11.07.01 Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	Reduzierung der Kosten des "Flurschützes"	Die Kosten zur Erstellung des "Flurschützes" konnten durch Neuvergabe auf 600 EUR pro Ausgabe reduziert werden.

Produkt	Maßnahme	Erläuterung
1.11.07.01 Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	Aussetzung Einschulungsbeihilfe und Förderung der Seniorenarbeit	Der Haushaltsansatz 2010 für die Einschulungsbeihilfe und die Förderung der Seniorenarbeit wurde gestrichen.
1.12.07.01 Verkehrsangelegenheiten	Kündigung Vertrag mit der Gde. Reichshof über Wahrnehmung der Aufgaben "verkehrslenkende Maßnahmen"	Der Vertrag mit der Gemeinde Reichshof wurde zum 31.12.2011 gekündigt.
1.21.10.02 Offene Ganztagschulen Morsbach	Reduzierung des Gemeindeanteils i.R.d. Programms "Kein Kind ohne Mahlzeit" durch Anhebung der Essensbeiträge	Der Anteil der Gemeinde Morsbach für das Mittagessen wurde für das Schuljahr 2011/2012 ff. an den Offenen Ganztagsgrundschulen auf 1,00 EUR/Essen und im Ganztagsbetrieb an der Erich Kästner Schule auf 1,20 EUR/Essen reduziert.
1.36.04.01 Jugendeinrichtungen	Verzicht auf Umbau und Nutzung des Jugendzentrums in eine kombinierte Übermittagsbetreuungs-, Jugendbetreuungs- und Begegnungsstätte	Durch Streichung des Haushaltsansatzes wurde ein Umbau nicht weiter verfolgt. Die Notwendigkeit zur Bereitstellung entsprechender Betreuungsräume wird mit jeder Jahrgangsstufe im Ganztagsbetrieb jedoch dringender.
1.53.06.01 Aufgaben der Abfallwirtschaft	Abschaffung kostenloser Windsack	Zur Reduzierung der freiwilligen Aufwendungen wurde das kombinierte Hol- und Bringsystem auf ein reines Bringsystem umgestellt und lediglich der Zentralcontainer für Einwegwindeln beim Baubetriebshof erhalten.

Produkt	Maßnahme	Erläuterung
1.53.06.01 Aufgaben der Abfallwirtschaft	Abschaffung kostenloser Grünabfallcontainer	Der kostenlose Service "Grünabfallcontainer" wurde eingestellt. Alternativ zur Eigenkompostierung bietet die Gemeinde Morsbach den Rottesack mit einem Fassungsvermögen von 80 Litern zum einmaligen Gebrauch an, der am Grundstück abgeholt wird; die Gebühr für diese Leistung beträgt 16,00 Euro pro Rottesack. Kostenpflichtige Selbstanlieferungen bei Containerdiensten sind ebenfalls möglich. Die Kosten liegen bei ca. 85 EUR/t. Darüber hinaus bieten gewerbliche Unternehmen weitreichende Dienstleistungen wie z.B. Landschafts- und Gartenpflege, Häckseln und eventuell auch die Abholung von Grünabfällen an.
1.54.01.08 Straßenbeleuchtung, Bereitst.+Betrieb	Standardisierung der Lampentypen Wiederherstellung statt Erneuerung der Straßenbeleuchtung bei Baumaßnahmen	Der Haushaltsansatz "Zuschüsse an übrige Bereiche" für die Baukostenzuschüsse an RWE wurde gekürzt. Bei der Planung, Ausschreibung und Vergabe von Straßenbaumaßnahmen wird der getroffene Beschluss berücksichtigt.
1.56.02.01 Umweltmanagement	Streichung des Zuschusses für umweltverträgliche Energienutzung	Der Haushaltsansatz zur Förderung umweltverträglicher Energienutzung wurde gestrichen.

Die anderen Maßnahmen weisen derzeit folgenden Stand auf:

Produkt	Maßnahme	Erläuterung
1.11.01.01 Unterstützung politischer Gremien	Verringerung der Sitzungsunterlagen auf Papier	In 2010 erfolgte eine Abfrage bei allen Ratsmitglieder und sachkundigen Bürgern nach der Bereitschaft auf die digitale Bereitstellung der Unterlagen umzusteigen. Nach Vorlage aller Antworten, soll entschieden werden, ob zukünftig komplett auf Papierunterlagen verzichtet werden kann oder für jedes Ratmitglied/sachkundiger Bürger individuell Unterlagen zur Verfügung gestellt werden.
1.11.01.01 Unterstützung politischer Gremien	Überarbeitung Konzept und Satzung Jugendrat	Der Schul- und Sozialausschuss hat die Verwaltung beauftragt, unter Beteiligung der Kinder- und Jugendlichen, sowie interessierten Vertretern der Fraktionen, ein neues Konzept für den Jugendrat zu erarbeiten.
1.11.06.01 Zentraler Service	gebündelter Einkauf mit anderen Kommunen	Zurzeit erfolgen die Erfassung der Jahresbedarfe und die Abfrage bei den Nachbarkommunen über die grundsätzliche Bereitschaft und die derzeitige Einkaufsabwicklung in den betreffenden Fachbereichen.
1.11.11.01 Versicherungs- u. Rechtsangelegenheiten	- Vergabe von Versicherungen im Wettbewerb (derzeitiger Gesamtaufwand Versicherungen: 173 TEUR) - Überprüfung der Notwendigkeit bestehender Versicherungen	Mit der Überprüfung der bestehenden Versicherungsverträge wurde begonnen. Im Oktober erfolgt ein Erörterungsgespräch mit einem Dienstleister zur Optimierung von Versicherungsaufwendungen.
1.11.13.01 Zentrales Gebäudemanagement	Erneute Ausschreibung Gebäudereinigung	Zurzeit erfolgt die Grundlagenermittlung und Festlegung neuer Reinigungsstandards.

Produkt	Maßnahme	Erläuterung
1.11.13.01 Zentrales Gebäude- management	Reduzierung des Energieverbrauchs des Bauhofgebäudes durch Sanierungsmaßnahmen	Investitionen in das Bauhofgebäude und das Grundstück sind erst nach einer Entscheidung über die zukünftige Ausrichtung (Organisation und Standort eines interkommunalen Bauhofs) sinnvoll.
1.11.26.01 Bauhofleistungen	Neues Bauhofkonzept: - Interkommunale Zusammenarbeit - Überprüfung der Aufbau- und Ablauforganisation - Was soll der Bauhof in Zukunft in welcher Qualität erledigen? - Was kann evtl. günstiger durch Private durchgeführt werden?	Der Auftrag zur Wirtschaftlichkeitsuntersuchung eines interkommunalen Bauhofs mit der Stadt Waldbröl wurde vergeben. Im Laufe des Sommers wurde eine Ortsbesichtigung und die Datenerfassung durchgeführt. Ende Oktober werden erste Ergebnisse erwartet.
1.12.15.01 FFw Morsbach, Gefahrenabwehr etc.	Fortschreibung des Brandschutzbedarfsplan	Die Fortschreibung des Brandschutzbedarfsplans wurde extern vergeben. Im Rahmen der Haushaltsplanberatungen 2011 soll auch diese Fortschreibung beraten und verabschiedet werden.
1.21.08.01 Schülerbeförderung, Verwaltungsaufgaben	Überprüfung der Übernahme notwendiger Schülerfahrkosten gemäß § 5 Abs. 2 i.V.m § 6 Abs. 2 Schülerfahrkostenverordnung	Zurzeit laufen noch die Grundlagenermittlungen.
1.36.03.01 Kinder- und Jugendarbeit	Reduzierung der Förderung der Jugendarbeit in den Vereinen einhergehend mit einer Umstellung des Förderkonzeptes	Vor der Erarbeitung eines neuen Förderkonzeptes mit einer evtl. Vereinsbeitragsermäßigung für Familienpassinhaber soll die Entscheidung der Bundespolitik über die Einführung von Bildungsgutscheinen (Chipkarten) abgewartet werden.

Produkt	Maßnahme	Erläuterung
1.42.01.01 Turn- /Sporthallen, Be- reitstellung und Betrieb	Hallennutzungsgebühren: Prüfung zur Zulässigkeit und Wirtschaft- lichkeit eines BgA	Nach intensiven Beratungsgesprächen mit Wirtschaftsprüfungsun- ternehmen und Seminarbesuchen erweisen sich die Voraussetzungen zur Anerkennung eines BgA komplexer und diffiziler als ange- nommen. Der Einspareffekt liegt unter 6.000 EUR. Ein Prüfauftrag wurde bisher noch nicht vergeben. Nach Vorliegen des Prüfergeb- nisses sollen Art und Umfang der Beteiligung der Hallennutzer an den Aufwendungen zum Betrieb der Turn- und Sporthallen beraten werden.
1.42.03.01 Freibad, Bereit- stellung und Be- trieb	Reduzierung des Zuschussbedarfs des Freibads	Nach dem im Frühjahr 2010 bei den Arbeiten zur Wiedereröffnung des Freibads die marode Heizungsanlage ausgefallen und weiterer dringender Sanierungsbedarf i.H.v. ca. 500 TEUR festgestellt wurde, sollte mit Hilfe eines neu zu gründenden Trägervereins eine Rettung des Bades erfolgen. Da diese Gründung trotz intensiver Bemühungen nicht erfolgte und eine Sanierung und der Betrieb des Freibads angesichts der haus- haltswirtschaftlichen Lage der Gemeinde und der Besucherzahlen nicht vertretbar ist, soll das Freibad zukünftig geschlossen bleiben.
1.54.01.01 Straßenunter- haltung und Erschließungs- anlagen	Überprüfung des Straßen- und Brücken- netzes auf verkehrstechnische Erforder- lichkeit	Zunächst soll der anstehende Sanierungsaufwand für Straßen und Brücken zusammen betrachtet und die betreffenden Strecken visua- lisiert werden. Mit dieser Digitalisierung wurde begonnen. Nach Ab- schluss der Grundlagenermittlung sollen die Ergebnisse dem Bau- und Umweltausschuss vorgestellt werden.

Produkt	Maßnahme	Erläuterung
1.54.01.01 Straßenunterhaltung und Erschließungsanlagen	Grünpatenschaften	Die Übernahme evtl. Grünpatenschaften soll zusammen mit der Bereitschaft zur Übernahme von Baumpatenschaften und Patenschaften für Wanderschutzhütten geprüft und abgefragt werden. Hierfür sollen zunächst die zu pflegenden Grünflächen den Dorfgemeinschaften zugeordnet werden. Gleichzeitig sollen die erhaltenswerten Wanderschutzhütten und die schutzwürdigen Bäume ermittelt, festgelegt und ebenfalls zugeordnet werden. Nach Vorlage des daraus entstandenen Katasters sollen die Dorfgemeinschaften angeschrieben werden.
1.54.01.08 Straßenbeleuchtung, Bereitst.+Betrieb	Übernahme der Straßenbeleuchtung incl. Unterhaltung Altern.: neuer Straßenbeleuchtungsvertrag in dem nur die Unterhaltung an Dritte vergeben wird	Da ein unmittelbarer Zusammenhang mit der Neuverhandlung zum Konzessionsvertrag nicht besteht, soll in 2011 ein separater Auftrag zur Prüfung der Wirtschaftlichkeit und Umsetzbarkeit einer interkommunalen Übernahme der Straßenbeleuchtung vergeben werden.
1.57.03.01 Öff. Einrichtungen, Bereitstell.+ Betrieb	Reduzierung der freiwilligen Aufwendungen der Gemeinde für die Durchführung der Kirmes	Den Veranstaltern und Verantwortlichen der Kirmes und der "Langen Nacht der Republik" wurde mehrfach empfohlen, diese beiden Veranstaltungen aus wirtschaftliche Überlegungen (u.a. Halbierung der Bauhofkosten, Synergien beim Auf- und Abbau) und zur Attraktivitätssteigerung zusammen zu legen.
1.57.03.01 Öff. Einrichtungen, Bereitstell.+ Betrieb	Änderung der Verträge über die Dorfgemeinschaftshäuser mit den Dorfgemeinschaften: - Übertragung der Zuständigkeit für "Dach und Fach" auf die Dorfgemeinschaften	Mit den Dorfgemeinschaften und Trägervereinen sind die Bedingungen zur Übertragung der Zuständigkeit für "Dach und Fach" abzustimmen.

Produkt	Maßnahme	Erläuterung
1.11.26.01 Bauhofleistungen	Altern.: Überführung in Anstalt öffentlichen Rechts (AöR)	Hintergrundinformationen zu einer Anstalt öffentlichen Rechts und die Vorteile einer solchen Rechtsform wurden in einer Präsentation dem Verwaltungsvorstand und dem Ältestenrat vorgestellt. Vor Vergabe eines konkreten Prüfauftrags soll eine Grundsatzentscheidung über mögliche Aufgabenbereiche und Ausgestaltung einer solchen Anstalt getroffen werden.
1.54.01.01 Straßenunterhaltung und Erschließungsanlagen	Übertragung der Straßenbaulast auf eine AöR	
1.42.03 Bereitstellung und Betrieb von Bädern	Prüfung der Überführung in eine Anstalt öffentlichen Rechts	Die Möglichkeit um durch eine Zusammenlegung mehrere Betriebe gewerblicher Art in einer solchen Anstalt des öffentlichen Rechts eine steuerliche Quersubventionierung zu erreichen wurde bisher in der Praxis und Rechtsprechung noch nicht umgesetzt und scheidet daher aus. In der Praxis wird eine nach dem Gesamtbild der Verhältnisse objektiv enge wechselseitige technisch-wirtschaftliche Verflechtung nur bei einem Zusammenschluss von Elektrizitätsversorgung und Bäderbetrieb bejaht und nur dann wenn z.B. ein BHKW vorhanden ist. Bei einer Zusammenführung von Wasserversorgung und Bäderbetrieb wird diese enge Verflechtung nicht gesehen.
Eigenbetriebe+ Bäder	Gründung einer "Anstalt öffentlichen Rechts"	

1.4.8.2 Vorgesehene Maßnahmen des Haushaltsplanes 2011

Die Konsolidierungsbemühungen sollten sich jedoch nicht nur einseitig auf die Aufwandsseite und die Einschränkung des Leistungsangebotes der Gemeinde beziehen. Zu einer erfolgreichen Gesundung der Gemeindefinanzen zählt vielmehr auch eine leistungsgerechte Erhebung von Steuern, Beiträgen und Gebühren. Aus diesem Grund sind im Haushalt 2011 folgende Maßnahmen vorgesehen:

Produkt	Maßnahme	Erläuterung	Konsolidierungsbeitrag p.a.
1.25.08.01 Bücherei	Erhöhung der Benutzungsgebühr	Es ist beabsichtigt die Benutzungsgebühr für die Gemeindebücherei moderat anzuheben.	1.000 EUR
1.42.03.02 Hallenbad, Bereitstellung und Betrieb	Erhöhung der Benutzungsgebühr	Zur Sicherstellung des Badebetriebs sollen die Benutzungsgebühren des Hallenbades angemessen erhöht werden.	4.000 EUR
1.61.01.01 Steuern, allg. Zuweisungen, allg. Umlagen	Anhebung Grundsteuer B	Zur dauerhaften Sicherstellung der Handlungsfähigkeit der Gemeinde und als Teilkompensation für die geplante Erhöhung der Kreisumlage soll der Hebesatz der Grundsteuer B in 2011 auf 410 % und in 2013 auf 420 % erhöht werden.	30.000 EUR
1.61.01.01 Steuern, allg. Zuweisungen, allg. Umlagen	Erhöhung der Hundesteuer	Aus finanziellen aber vielmehr aus ordnungspolitischen Gründen soll die Hundesteuer auf die Durchschnittswerte im oberbergischen Kreis angehoben werden.	4.000 EUR

Die detaillierten Gebührenstaffelungen werden mit separaten Vorlagen den zuständigen Gremien im Rahmen der Haushaltsplanberatungen vorgelegt.

1.4.9 Chancen und Risiken

Die Besonderheit des Haushaltsplanentwurfs 2011 besteht darin, dass insbesondere die Ansätze im Rahmen des Finanzausgleichs sehr vage sind, da sie noch von Entscheidungen der Legislative (Landtag und Kreistag) abhängen.

So können momentan weder für die Schlüsselzuweisungen des Landes noch für die Kreisumlage der Haushaltsjahre 2011 und der mittelfristigen Finanzplanung belastbare Zahlen geliefert werden.

Die Höhe der Kreisumlage und damit die genaue Belastung des Gemeindehaushalts steht noch nicht fest, da erst Ende November die Eckdaten des Kreishaushalts veröffentlicht werden. In der mittelfristigen Finanzplanung des Kreishaushalts 2010 wurde bereits mit einer gravierenden Steigerung des Umlagehebesatzes gerechnet. Bei sinkenden Umlagegrundlagen und der Rückzahlungsverpflichtung für zuviel erhaltene Miet- und Heizkostenzuschüsse für ALG-II-Empfänger ist mit einem weiteren Anstieg zu rechnen.

Ungewiss sind auch die Ergebnisse der Gemeindefinanzkommission auf Bundesebene. Der Erfolg dieser Kommission ist jedoch auf Grund der Erfahrungen und Resultate aus der Vorgängerkommission 2003 eher pessimistisch zu beurteilen, zumal die Differenzen zwischen Bund, Ländern und Kommunen sehr groß sind.

Erfolgversprechender erscheint die Gemeindefinanzkommission auf Landesebene. Die NRW-Gemeindefinanzkommission soll sich insbesondere mit drei Themenbereichen befassen:

- die Ersetzung der Gewerbesteuer durch eine stetige, aufkommensneutrale Steuereinnahme
- die Frage kommunal belastender Standards, wie z. B. die Sozialausgaben
- eine verbesserte Beteiligung der Kommunen an der Gesetzgebung sowohl auf Bundes- als auch auf EU-Ebene.

Grundsätzlich gehen die Vorschläge der Landesregierung zur Unterstützung und Entlastung der Kommunen in die richtige Richtung. Die Rücknahme der Befrachtung des Steuerverbundes zur Konsolidierung des Landeshaushalts und die Wiedereinführung der Beteiligung am Aufkommen des Landes an der Grunderwerbsteuer sind zu begrüßen und waren lange überfällig.

Seit Jahren leiden die Kommunen an einer unzureichenden Finanzausstattung, die durch die Finanz- und Wirtschaftskrise erheblich verstärkt wurde. So befinden sich 2010 von 359 kreisangehörigen Kommunen 143 in der Haushaltssicherung, 198 weisen einen strukturell unausgeglichene Haushalt auf und nur noch 18 können einen Haushaltsausgleich darstellen. Die Kommunalfinanzen müssen daher mittelfristig auf eine dauerhaft tragfähige Grundlage gestellt werden. Das Land muss eine aufgabengerechte Mindestausstattung der Kommunen in der Landesverfassung festschreiben und das vor sechs Jahren festgeschriebene Konnexitätsprinzip bei allen Aufgabenübertragungen beachten.

Gegen die millionenschweren Mehraufwendungen im sozialen Bereich, bedingt u.a. durch die Ausgaben für die Kleinkindbetreuung, die Unterbringung von Jugendlichen oder die Kosten für Unterkunft und Heizung für Bezieher von Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch, kann keine Kommune ansparen. Hier ist die Landes- und Bundespolitik gefordert, mehr als bisher kommunale Interessen zu vertreten. Sinngemäß gilt dies auch für die Belastungen der Kommunen für den Aufbau Ost. Nach über 20 Jahren Deutsche Einheit ist die kommunale Beteiligung an den Einheitslasten im Rahme des Solidarpakts II grundsätzlich zu hinterfragen.

Eine Förderung nach geografischer Lage erscheint heutzutage nicht mehr gerechtfertigt. Vielen Kommunen in Westdeutschland geht es finanziell genauso schlecht wie Kommunen in Ostdeutschland, so dass eine finanzielle Unterstützung nicht mehr von der Himmelsrichtung abhängen darf. Vielfach müssen die Solidarbeiträge bereits über Liquiditätskredite finanziert werden.

Die Gemeinde Morsbach hat seit Bestehen des Fonds „Deutsche Einheit“ 1991 allein über die Erhöhung der Gewerbesteuerumlage bisher über 7 Mio. EUR an Zahlungen geleistet. Das entspricht einer durchschnittlichen jährlichen Belastung von 350 TEUR, die für örtlich notwendige Dinge nicht zur Verfügung stehen.

So fehlt das Geld für freiwillige Aufgaben, die gerade das Leben der Bürger vor Ort prägen und ein Stück Lebensqualität bedeuten.

Doch es gilt auch Augenmaß zu bewahren. Die Ausgabenpolitik der Vergangenheit war häufig nicht nachhaltig und nur auf die Dauer einer Wahlperiode ausgelegt. Kein Verantwortlicher sagt den Bürgern gern, was nicht geht. Dies muss sich ändern. Wir müssen begreifen, dass unsere Verantwortung nicht nur für eine Wahlperiode, sondern auch für Generationen gilt, die eine funktionierende Kommune vorfinden wollen, wenn die aktuelle Generation schon lang im Ruhestand ist. Daher gilt es immer wieder neu abzuwägen zwischen sozial- und finanzpolitischer Verantwortung. Alle müssen Abstriche machen und enger zusammen rücken.

Letztlich kommt in der desolaten Situation der kommunalen Finanzen nur der Grundkonsens unserer Gesellschaft zum Ausdruck: Wir wollen alle sozial sein, aber nicht zu viele Steuern zahlen.

2 Verwendung der zweckgebundenen Feuerwehr-, Schul-, Sportstättenpauschale

Das Innenministerium stellt den Städten, Gemeinden und Kreisen seit dem Jahr 2002 Zuwendungen aus der Feuerschutzsteuer als Investitionspauschale direkt zur Verfügung. Eine Projektförderung entfiel damit als erstes im Bereich des Feuerschutzes. Nicht verbrauchte Mittel der Investitionspauschale sind ansparfähig. Die Pauschale dient zur teilweisen Abdeckung der Investitionen für Aufgaben nach dem FSHG. Die Zweckbindung erstreckt sich daher auf alle Investitionsmaßnahmen im Bereich des Feuerschutzes.

Seit dem Haushaltsjahr 2003 erhalten die Kommunen eine Zuwendung für die Aufwendungen im Bereich der Schulen als Pauschale. Die bis dahin projektbezogene Förderung von Schulbauten und die im Steuerverbund enthaltene Förderung neuer Medien an kommunalen Schulen wurden gestrichen.

Mit Beginn des Haushaltsjahres 2004 wurde ebenfalls die Einzelförderung von Sportstättenbauten auf eine Sportstättenpauschale umgestellt.

Nach dem Runderlass des Innenministeriums vom 08.01.2002 dürfen die Mittel der Schulpauschale im Rahmen des § 30 Schulverwaltungsgesetz für den Bau, die Modernisierung und Sanierung, den Erwerb, Miete und Leasing von Schulgebäuden und Schulsportstätten sowie die Einrichtung und Ausstattung von Schulgebäuden und Schulsportstätten eingesetzt werden. Hierunter fallen auch Aufwendungen für Sanierungsmaßnahmen an Schulgebäuden und Schulsportstätten sowie die nicht vermögenswirksame Anschaffung von geringwertigen Wirtschaftsgütern des beweglichen Anlagevermögens (Geräte und sonstige Ausstattung). Die Verwendung der Sportstättenpauschale wurde mit Verfügung vom 10.03.2004 analog für Sportstätten geregelt.

Es folgen Übersichten über die Verwendung der zweckgebundenen Feuerwehr-, Schul- und Sportstättenpauschalen.

Verwendung der Feuerwehrpauschale						
Produkt- gruppe	Bezeichnung	Ansätze				
		2010	2011	2012	2013	2014
Einzahlungen						
1.12.15	Feuerwehrpauschale	37.400 €	37.400 €	37.400 €	37.400 €	37.400 €
Auszahlungen						
	Feuerwehren					
1.12.15	Betriebs- und Geschäftsausstattung		11.500 €	11.500 €	11.500 €	11.500 €
1.12.15	Geringwertige Wirtschaftsgüter		5.000 €	5.000 €	5.000 €	5.000 €
1.12.15	Brandschutzmaßnahmen	37.400 €	10.000 €			
1.12.15	Maßnahmen Löschwasserversorgung					
1.12.15	Feuerwehrfahrzeuge Neuanschaffung			31.800 €		41.800 €
	Kosten Feuerwehren	37.400 €	26.500 €	48.300 €	16.500 €	58.300 €
	abzgl. Feuerwehrpauschale	37.400 €	37.400 €	37.400 €	37.400 €	37.400 €
	Ergebnis	0 €	-10.900 €	10.900 €	-20.900 €	20.900 €
	Stand (angesparte Mittel) zum 31.12.2009	0 €				
	Stand (angesparte Mittel) zum 31.12.	0 €	10.900 €	0 €	20.900 €	0 €

Verwendung der Schulpauschale						
Produkt- gruppe	Bezeichnung	Ansätze				
		2010 Prognose	2011	2012	2013	2014
Einzahlungen						
1.21.10	Schulpauschale	284.896 €	285.181 €	276.911 €	285.772 €	297.488 €
1.21.10	Anteil ZV Förderschulen	7.774 €	7.000 €	7.000 €	7.000 €	7.000 €
1.21.10	Schulpauschale	277.122 €	278.181 €	269.911 €	278.772 €	290.488 €
Aufwendungen/Auszahlungen						
1.21.01	GGs Morsbach					
	Sanierungsaufwand				123.000 €	
1.21.01	Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.934 €		15.177 €	14.929 €	14.264 €
1.21.01	Geringwertige Wirtschaftsgüter	756 €		2.983 €	2.876 €	2.711 €
1.21.01	Sanierungsmaßnahmen (investiv)	503.643 €	20.841 €			
	Kosten GGS Morsbach	506.333 €	20.841 €	18.160 €	140.805 €	16.975 €
1.21.01	GGs Lichtenberg					
	Sanierungsaufwand					
1.21.01	Betriebs- und Geschäftsausstattung			5.016 €	4.977 €	4.426 €
1.21.01	Geringwertige Wirtschaftsgüter	260 €		717 €	700 €	585 €
	Kosten GGS Lichtenberg	260 €		5.733 €	5.677 €	5.011 €
1.21.02	Erich-Kästner-Schule, GHS Morsbach					
	Sanierungsaufwand			35.300 €	1.800 €	1.800 €
1.21.02	Betriebs- und Geschäftsausstattung	7.710 €		9.249 €	6.093 €	4.877 €
1.21.02	Geringwertige Wirtschaftsgüter	555 €		1.571 €	1.133 €	783 €
	Kosten Hauptschule	8.265 €		46.120 €	9.026 €	7.460 €
1.21.05	Gesamtschule					
	Betriebs- und Geschäftsausstattung			3.786 €	10.611 €	15.659 €
1.21.05	Geringwertige Wirtschaftsgüter			1.154 €	2.307 €	3.461 €
1.21.05	Mensabau		937.361 €			
	Kosten Gesamtschule		937.361 €	4.940 €	12.918 €	19.120 €

Verwendung der Schulpauschale						
Produkt- gruppe	Bezeichnung	Ansätze				
		2010 Prognose	2011	2012	2013	2014
	Janusz-Korczak-Realschule					
1.21.03	Sanierungsaufwand			1.800 €	1.800 €	1.800 €
1.21.03	Betriebs- und Geschäftsausstattung	12.522 €		16.627 €	12.673 €	8.880 €
1.21.03	Geringwertige Wirtschaftsgüter	1.797 €		3.100 €	2.384 €	1.679 €
	Kosten Realschule	14.319 €		21.527 €	16.857 €	12.359 €
	Zentrale schulbezogene Leistungen					
1.21.10	Investitionsprogramm Zukunft Bildung und Betr.	12.000 €				
		12.000 €				
	Kindertageseinrichtungen					
1.36.02	Holzpellettheizung KiGa Lichtenberg	22.135 €				
		22.135 €				
	Sportstätten (zu 60 % = Schulsport angerechnet)					
1.42.01	Sanierung TH B	33.000 €				
1.42.01	Geringwertige Wirtschaftsgüter					
	Kosten Sportstätten	33.000 €				
	Hallenbad (zu 60 % = Schulsport angerechnet)					
1.42.03	Betriebs- und Geschäftsausstattung			300 €	300 €	300 €
1.42.03	Geringwertige Wirtschaftsgüter	73 €				
1.42.03	Sanierungsaufwand					
	Kosten Hallenbad	73 €		300 €	300 €	300 €
	Summe aller Kosten	596.386 €	958.202 €	96.780 €	185.583 €	61.225 €
	abzgl. Schulpauschale	277.122 €	278.181 €	269.911 €	278.772 €	290.488 €
	Ergebnis	319.264 €	680.021 €	-173.131 €	-93.189 €	-229.263 €
	<i>Stand der Schulpauschale 31.12.2009</i>	<i>999.285 €</i>				
	Stand (angesparte Mittel) zum 31.12.	680.021 €	0 €	173.131 €	266.320 €	495.583 €

Verwendung der Sportstättenpauschale						
Produkt- gruppe	Bezeichnung	Ansätze				
		2010	2011	2012	2013	2014
Einzahlungen						
1.21.10	Sportstättenpauschale	40.000 €	40.000 €	40.000 €	40.000 €	40.000 €
Aufwendungen/Auszahlungen						
	Sportstätten (zu 40 % hier angerechnet)					
1.42.01	Sanierungsaufwand	22.000 €	1.600 €			
1.42.01	Geringwertige Wirtschaftsgüter					
	Kosten Sportstätten	22.000 €	1.600 €	0 €	0 €	0 €
	Hallenbad (zu 40 % hier angerechnet)					
1.42.03	Sanierungsaufwand		1.300 €			
1.42.03	Betriebs- und Geschäftsausstattung		400 €	200 €	200 €	200 €
1.42.03	Geringwertige Wirtschaftsgüter	49 €				
	Kosten Hallenbad	49 €	1.700 €	200 €	200 €	200 €
	Summe aller Kosten	22.049 €	3.300 €	200 €	200 €	200 €
	abzgl. Sportstättenpauschale	40.000 €	40.000 €	40.000 €	40.000 €	40.000 €
	Ergebnis	-17.951 €	-36.700 €	-39.800 €	-39.800 €	-39.800 €
	Stand (angesparte Mittel) zum 31.12.2009	0 €				
	Stand (angesparte Mittel) zum 31.12.	17.951 €	54.651 €	94.451 €	134.251 €	174.051 €

Verwendung der allgemeinen Investitionspauschale						
Produkt- gruppe	Bezeichnung	Ansätze				
		2010	2011	2012	2013	2014
Einzahlungen						
1.61.01	Investitionspauschale	373.001 €	373.400 €	362.600 €	374.200 €	389.500 €
Auszahlungen						
1.11.06	Verwaltung Erwerb Betriebs- und Geschäftsausstattung (inkl. GWG)				4.500 €	4.500 €
1.11.10	EDV Erwerb Betriebs- und Geschäftsausstattung (inkl. GWG)				10.000 €	10.000 €
1.11.26	Bauhof Erwerb Betriebs- und Geschäftsausstattung (inkl. GWG)	10.000 €			2.500 €	2.500 €
1.12.15	Feuerwehrfahrzeuge Neuanschaffung			217.600 €		18.200 €
1.21.05	Bau der Mensa/Aula/Kulturstätte)		1.156.959 €			
1.54.01	Deckenerneuerungen Gemeindestraßen			145.000 €	130.000 €	130.000 €
1.54.01	Erneuerung Leitplanken Gemeindestraßen				10.000 €	10.000 €
	Investition	10.000 €	1.156.959 €	362.600 €	157.000 €	175.200 €
	abzgl. Investitionspauschale	373.001 €	373.400 €	362.600 €	374.200 €	389.500 €
	Ergebnis	-363.001 €	783.559 €	0 €	-217.200 €	-214.300 €
	Stand (angesparte Mittel) zum 31.12.2009	420.558 €				
	Stand (angesparte Mittel) zum 31.12.	783.559 €	0 €	0 €	217.200 €	431.500 €

3 Budgetierung

Nach § 21 GemHVO NRW können zur flexiblen Haushaltsbewirtschaftung Erträge und Aufwendungen zu Budgets verbunden werden. In den Budgets ist die Summe der Aufwendungen für die Haushaltsführung verbindlich. Entsprechendes gilt auch für die Auszahlungen für Investitionen.

Nach Absatz 2 kann bestimmt werden, dass Mehrerträge bestimmte Ermächtigungen für Aufwendungen erhöhen und Mindererträge bestimmte Ermächtigungen für Aufwendungen vermindern. Das Gleiche gilt für Mehreinzahlungen und Mindereinzahlungen für Investitionen. Die Mehraufwendungen oder Mehrauszahlungen gelten nicht als überplanmäßige Aufwendungen oder Auszahlungen.

Nach Absatz 3 darf die Bewirtschaftung der Budgets nicht zu einer Minderung des Saldos aus laufender Verwaltungstätigkeit führen.

Der § 21 Absatz 1 GemHVO gewährleistet, dass die Gemeinde die Budgetierung in ihrem Haushalt frei gestalten kann. Durch das Haushaltsrecht soll nur ein Rahmen geschaffen und auf eine detaillierte Normierung verzichtet werden. Dies trägt der Tatsache Rechnung, dass sich Ziele und örtliche Gegebenheiten der Gemeinden stark unterscheiden und es deshalb keine einheitliche Budgetierung geben kann.

3.1 Budgetverantwortung

Die Budgetierung soll die Eigenverantwortung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Budgetbereichen stärken. Die finanzielle Verantwortung für die einzelnen Budgetbereiche ist dezentralisiert, um so einen sparsameren und wirtschaftlicheren Mitteleinsatz zu ermöglichen.

Die Verantwortung für die Einhaltung des Budgets sowie die rechtzeitige Erstellung der Budgetberichte liegt bei den jeweiligen Produktgruppenverantwortlichen. Die Budgetverantwortlichen haben sich regelmäßig über den Stand und die voraussichtliche Entwicklung ihres Budgets zu informieren. Sie haben Entwicklungen, die zur Überschreitung des Budgetansatzes führen können, frühzeitig entgegenzuwirken. Sie haben insbesondere die Pflicht, alle möglichen Erträge zu realisieren und darauf hinzuwirken, Einsparungspotentiale innerhalb des Budgets auszuschöpfen.

3.2 Aufwandsbudgets

Die Aufwandsbudgets werden auf der Ebene der Produktgruppen (Profit-Centern) gebildet. Alle Aufwendungen innerhalb der Produktgruppe bilden das Budget.

Einzige Ausnahmen bilden hier die Schulbudgets in der Verantwortung der Schulleiter, die nur bestimmte Kostenarten umfassen (siehe Darstellung unter 4. Schulbudgets).

3.3 Auszahlungsbudgets

Die Auszahlungsbudgets umfassen alle Auszahlungen aus Investitionstätigkeit der jeweiligen Investitionsprojekte.

Auf dieser Ebene erfolgt auch die aktive Verfügbarkeitskontrolle (Haushaltsüberwachung). Werden die Ansätze der Budgets überschritten erfolgt hierüber eine Mitteilung bzw. bei einer Überschreitung über 15.000 EUR eine Vorlage zur Genehmigung an den Rat.

3.4 Budgetbewirtschaftung

1. Das vorgegebene Budget stellt einen feststehenden Finanzrahmen dar, der grundsätzlich nicht korrigiert (nachgebessert) werden kann.
2. Oberste Priorität bei der Ausführung des Haushaltes hat der Haushaltsausgleich insgesamt. Einsparungen werden deshalb grundsätzlich nicht ins Folgejahr übertragen. Lediglich im Bereich der mit den Schulen vereinbarten Ansätze erhöhen nicht verbrauchte Ermächtigungen des laufenden Jahres den Haushaltsansatz des Folgejahres bzw. verringern Haushaltsüberschreitungen den Ansatz des folgenden Jahres.
3. Die vom Rat in den einzelnen Budgets zur Verfügung gestellten Ermächtigungen, dienen zunächst nur zur zweckentsprechenden Aufgabenerledigung und zur Erreichung der vereinbarten Ziele. Nach Zielerreichung können Einsparungen auf Grund sparsamer und wirtschaftlicher Haushaltsführung zur Deckung von Mehraufwendungen/-auszahlungen anderer Budgets herangezogen werden.

4. Innerhalb der festgelegten Budgets können die Mittel frei verfügt werden. Mehraufwendungen/-auszahlungen sind vom Budget abzudecken. Ein Zugriff auf Haushaltsmittel von nicht zum Budget gehörenden Produktgruppen stellt eine(n) über- oder außerplanmäßige(n) Aufwand bzw. Auszahlung gemäß § 83 GO dar und ist unter Beachtung der Nr. 3 nur in Absprache und mit Zustimmung des abgebenden Produktgruppenverantwortlichen möglich.
5. Aufwands- und Auszahlungsbudgets stellen jeweils separate Haushaltsetats dar, die nicht mit einander verrechnet werden können. Übertragungen von Auszahlungsbudgets auf Aufwandsbudgets und umgekehrt sind nur in begründeten Ausnahmefällen möglich und führen ebenfalls zu überplanmäßigen Aufwendungen bzw. Auszahlungen gemäß § 21 Abs. 3 GemHVO.

4 Schulbudgets 2011

		Basis GS	GGs Morsbach	GGs Lichtenberg	Basis Sek I	Erich Kästner- Hauptschule	Janusz- Korczak- Realschule	Gesamt- schule
1	Berechnungsgrundlage							
1.1	1. Kalenderhalbjahr							
1.1.1	Klassen		16	4		11	16	0
1.1.2	Schülerzahl (Stand:)	06.09.2010	369	88	06.09.2010	224	416	0
1.1.3	Anzahl PCs (2 je Klasse)		32	8		22	32	0
1.1.4	Anzahl PCs in EDV-Räumen (25 je Raum)		25	12		25	50	0
1.2	2. Kalenderhalbjahr							
1.2.1	Klassen		16	4		9	13	4
1.2.2	Schülerzahl (Stand:)	06.09.2010	369	88	06.09.2010	177	336	112
1.2.3	Anzahl PCs (2 je Klasse)		32	8		18	26	8
1.2.4	Anzahl PCs in EDV-Räumen (25 je Raum)		25	12		25	50	0
2	523600 Unterhaltung Betriebs- u. Geschäftsausstattung							
2.1	Sockelbetrag je Schulstandort	400,00 EUR	824,00 EUR	412,00 EUR	400,00 EUR	412,00 EUR	412,00 EUR	424,00 EUR
2.2	Basisbetrag je Klasse	20,00 EUR	20,60 EUR	20,60 EUR	20,00 EUR	20,60 EUR	20,60 EUR	21,20 EUR
2.3	errechneter Ansatz		320,00 EUR	80,00 EUR		200,00 EUR	290,00 EUR	40,00 EUR
2.4	Haushaltsansatz		1.144,00 EUR	492,00 EUR		612,00 EUR	702,00 EUR	464,00 EUR
3	524200 Lernmittel nach LFG							
3.1	Höchstsatz d Lernmittel n LFG je Schüler	36,00 EUR	36,00 EUR	36,00 EUR	78,00 EUR	78,00 EUR	78,00 EUR	78,00 EUR
3.2	davon 66,7%		24,01 EUR	24,01 EUR		52,03 EUR	52,03 EUR	52,03 EUR
3.3	13 % Rabattkürzung		3,12 EUR	3,12 EUR		6,76 EUR	6,76 EUR	6,76 EUR
3.4	Basisbetrag je Schüler		20,89 EUR	20,89 EUR		45,27 EUR	45,27 EUR	45,27 EUR
3.5	Haushaltsansatz		7.708,00 EUR	1.838,00 EUR		9.077,00 EUR	17.022,00 EUR	2.535,00 EUR
4	524300 Lehr und Unterrichtsmittel							
4.1	Sockelbetrag je Schulstandort	500,00 EUR	1.030,00 EUR	515,00 EUR	500,00 EUR	515,00 EUR	515,00 EUR	530,00 EUR
4.2	Basisbetrag je Schüler	6,00 EUR	6,18 EUR	6,18 EUR	15,00 EUR	15,45 EUR	15,45 EUR	15,90 EUR
4.3	errechneter Ansatz		3.310,00 EUR	1.059,00 EUR		3.613,00 EUR	6.324,00 EUR	1.420,00 EUR
4.6	Übertrag/Abzug aus Vorjahr (Prognose)		3.700,00 EUR	- EUR		18.000,00 EUR	3.000,00 EUR	- EUR
4.7	Haushaltsansatz		7.010,00 EUR	1.059,00 EUR		21.613,00 EUR	9.324,00 EUR	1.420,00 EUR
5	524400 Medien							
5.1	Basisbetrag je Schüler	1,50 EUR	1,55 EUR	1,55 EUR	1,50 EUR	1,55 EUR	1,55 EUR	1,59 EUR
5.2	Haushaltsansatz		572,00 EUR	136,00 EUR		311,00 EUR	583,00 EUR	89,00 EUR

Feldfunktion geändert

		Basis GS	GGs Morsbach	GGs Lichtenberg	Basis Sek I	Erich Kästner- Hauptschule	Janusz- Korczak- Realschule	Gesamt- schule
6	529100 Sonstige Dienstleistungen							
6.1	Sockelbetrag je Schulstandort	500,00 EUR	1.030,00 EUR	515,00 EUR	500,00 EUR	515,00 EUR	515,00 EUR	530,00 EUR
6.2	Basisbetrag je PC	20,00 EUR	20,60 EUR	20,60 EUR	20,00 EUR	20,60 EUR	20,60 EUR	21,20 EUR
6.3	Haushaltsansatz		2.204,20 EUR	927,00 EUR		1.442,00 EUR	2.142,40 EUR	614,80 EUR
7	542120 Miete für BuG							
7.1	Basisbetrag je Schüler	7,50 EUR	7,73 EUR	7,73 EUR	5,00 EUR	5,15 EUR	5,15 EUR	5,30 EUR
7.2	errechneter Ansatz		2.852,00 EUR	680,00 EUR		1.033,00 EUR	1.936,00 EUR	297,00 EUR
7.4	Haushaltsansatz		2.852,00 EUR	680,00 EUR		1.033,00 EUR	1.936,00 EUR	297,00 EUR
8	543100 Büromaterial							
8.1	Basisbetrag je Klasse	140,00 EUR	144,20 EUR	144,20 EUR	140,00 EUR	144,20 EUR	144,20 EUR	148,40 EUR
8.2	Haushaltsansatz		2.307,00 EUR	577,00 EUR		1.442,00 EUR	2.091,00 EUR	297,00 EUR
9	543300 Zeitungen u. Fachliteratur							
9.1	Basisbetrag je Klasse	40,00 EUR	41,20 EUR	41,20 EUR	40,00 EUR	41,20 EUR	41,20 EUR	42,40 EUR
9.2	Haushaltsansatz		659,00 EUR	165,00 EUR		412,00 EUR	597,00 EUR	85,00 EUR
10	543700 Gästebewirtung, Repräsentation							
10.1	Basisbetrag je Schüler	1,00 EUR	1,03 EUR	1,03 EUR	1,50 EUR	1,55 EUR	1,55 EUR	1,59 EUR
10.2	Haushaltsansatz		380,00 EUR	91,00 EUR		311,00 EUR	583,00 EUR	89,00 EUR
11	086100 GWG in Sammelverwaltung							
11.1	Basisbetrag je Schüler	8,00 EUR	8,24 EUR	8,24 EUR	10,00 EUR	10,30 EUR	10,30 EUR	10,60 EUR
11.2	Haushaltsansatz		3.041,00 EUR	725,00 EUR		2.065,00 EUR	3.873,00 EUR	594,00 EUR
12	782600 Erwerb bew. AV > 410 Euro							
12.1	Sockelbetrag je Schulstandort	500,00 EUR	1.030,00 EUR	515,00 EUR	500,00 EUR	515,00 EUR	515,00 EUR	530,00 EUR
12.2	Basisbetrag je Schüler	18,50 EUR	7.031,30 EUR	1.676,84 EUR	18,50 EUR	3.820,53 EUR	7.164,68 EUR	1.098,16 EUR
12.3	ADV-Ausstattung je PC	138,00 EUR	8.101,98 EUR	2.842,80 EUR	138,00 EUR	6.396,30 EUR	11.229,06 EUR	585,12 EUR
12.4	vereinbarte Korrekturen		0,00 EUR	- 1.000,00 EUR		0,00 EUR	0,00 EUR	- EUR
12.5	Übertrag/Abzug aus Vorjahr (Prognose)		58.000,00 EUR	7.100,00 EUR		55.000,00 EUR	51.000,00 EUR	- EUR
12.6	Haushaltsansatz		74.163,28 EUR	11.134,64 EUR		65.731,83 EUR	69.908,74 EUR	2.213,28 EUR
13	Indizierung							
13.1	Basisjahr 2006	100%			100%			
13.2	Index 2011	103%			103%			

Erläuterungen:

Für die Berechnung der endgültig zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel ist die Schülerzahl mit Stichtag 2. Mai des Haushaltsjahres ausschlaggebend

5 Übersicht über den voraussichtlichen Stand der Verbindlichkeiten

A r t	Stand am Ende des Vorvorjahres	Voraussichtlicher Stand zu Beginn des Haushaltsjahres
	2009 TEUR	2011 TEUR
1. Anleihen		
2. Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen		
2.1 von verbundenen Unternehmen		
2.2 von Beteiligungen		
2.3 von Sondervermögen		
2.4 vom öffentlichen Bereich		
2.4.6 von sonstigen öffentlichen Sonderrechnungen	2.750	2.709
2.5 vom privaten Kreditmarkt	1.633	1.577
3. Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung		
3.1 vom öffentlichen Bereich		
3.2 vom privaten Kreditmarkt	0	0
4. Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen	33	30
5. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	572	578
6. Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	0	613
7. Sonstige Verbindlichkeiten	2.888	4.938
8. Summe aller Verbindlichkeiten	7.876	10.445

Nachrichtlich:

Haftungsverhältnisse aus der Bestellung von Sicherheiten

- Bürgschaft Morsbacher Entwicklungsgesellschaft mbH

1.300

0

- Förderverein Grundschule Lichtenberg e.V.

0

47

Feldfunktion geändert

6 Übersicht über die aus Verpflichtungsermächtigungen voraussichtlich fällig werdenden Auszahlungen

Verpflichtungsermächtigungen im Haushaltsplan des Jahres				Voraussichtlich fällige Ausgaben		
<i>Jahr</i>	<i>Produktbereich</i>	<i>Bezeichnung der Maßnahme</i>		2012 TEUR	2013 TEUR	2014 TEUR
2011				453	-	-
	1.11.26	Ersatzbeschaffung Radlader Bauhof		60		
	1.12.15	Ersatzbeschaffung TSF Holpe		80		
	1.12.15	Ersatzbeschaffung MTF Wendershagen		43		
	1.12.15	Ersatzbeschaffung TLF 16/25 Morsbach		270		
Summe				453	-	-

Nachrichtlich:

Im Finanzplanung vorgesehene Kredit-
aufnahmen

324

-

-

Feldfunktion geändert

7 Zuwendungen an die Fraktionen

HJ 2011 ZUWENDUNGEN AN FRAKTIONEN; Teil A: Geldleistungen

Feldfunktion geändert

Nr.	Fraktion	Im Haushaltsplan enthalten		Ergebnis aus Jahresabschluss	Erläuterungen
		2011 EUR	2010 EUR	2009 EUR	
1	CDU	2.500	2.500	4.566	
2	SPD/GRÜNE	0	0	2.962	
3	SPD	2.300	2.300	0	
4	BFM	1.700	1.700	2.108	
5	F.D.P.	1.100	1.100	1.580	
6	UBV/UWG	900	900	1.758	
7	GRÜNE	900	900	0	
Summe		9.400	9.400	12.973	

HJ 2011 ZUWENDUNGEN AN FRAKTIONEN ; Teil B: Geldwerte Leistungen

Feldfunktion geändert

Alle Fraktionen

Zweckbestimmung	Haushaltsjahr 2011 EUR	Geldwert Vorjahr 2010 EUR	mehr (+) weniger (-) EUR	Erläuterungen
1. Gestellung von Personal der kommunalen Körperschaft für die Fraktionsarbeit				
1.1 für die Sicherung des Informationsaustauschs, organisatorische Arbeiten und sonstige Dienste (Geschäftsstellenbetrieb)				
1.2 für Sachgebiete der Fraktionsarbeit (Fraktionsassistenten)				
1.3 für Fahrer von Dienstfahrzeugen				
2. Bereitstellung von Fahrzeugen				
3. Bereitstellung von Räumen				
3.1 für die Fraktionsgeschäftsstelle				
3.2 dauernd oder bedarfsweise für die Durchführung von Fraktionssitzungen	2.540	2.540	+0	Zur Durchführung von Fraktionssitzungen steht der CDU-Fraktion der Sitzungssaal (ca. 1.100 €) und den anderen Ratsfraktionen das Besprechungszimmer (je Fraktion ca. 360 €) ab Januar 2006 bedarfsweise zur Verfügung.
4. Bereitstellung einer Büroausstattung				
4.1 Büromöbel und -maschinen				
4.2 sonstiges Büromaterial				
5. Übernahme laufender oder einmaliger Kosten für				
5.1 bereitgestellte Räume (Heizung, Reinigung, Beleuchtung)				
5.2 Fachliteratur und -zeitschriften				
5.3 Telefon, Telefax, Datenübertragungsleitungen				
5.4 Rechnerzeiten auf zentraler ADV-Anlage				

8 Übersicht über Mitgliedsbeiträge an Verbände und Vereine

Produktgruppe		Empfänger	Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
1.11.02	Verwaltungsführung	Städte- und Gemeindebund NRW KGSt (ab 2010)	6.665,00	7.500,00	7.500,00	7.500,00	7.500,00	7.500,00
1.11.02	Summe		6.665,00	7.500,00	7.500,00	7.500,00	7.500,00	7.500,00
1.11.06	Zentrale Dienste	Dekra e.V.	75,00	80,00	80,00	80,00	80,00	80,00
1.11.06	Zentrale Dienste	Vorschriftensuchregister	99,36					
1.11.06	Summe		174,36	80,00	80,00	80,00	80,00	80,00
1.11.08	Personalmanagement	KAV NW	580,00	600,00	620,00	620,00	620,00	620,00
1.11.08	Personalmanagement	Eingruppierung und LOB	86,67					
1.11.08	Summe		666,67	600,00	620,00	620,00	620,00	620,00
1.11.09	Finanzmanagement und Rechnungswesen	Fachverband der Kommunalkassenverwaltung	50,00	50,00	50,00	50,00	50,00	50,00
1.11.09	Finanzmanagement und Rechnungswesen	Fachverband der Kämmerer in NRW e.V.	18,00	18,00	18,00	18,00	18,00	18,00
1.11.09	Finanzmanagement und Rechnungswesen	Bund der Vollziehungsbeamten e.V.	35,00	35,00	35,00	35,00	35,00	35,00
1.11.09	Finanzmanagement und Rechnungswesen	Creditreform	267,75	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
1.11.09	Summe		370,75	103,00	103,00	103,00	103,00	103,00
1.12.01	Allgemeine Sicherheit und Ordnung	Bund Deutscher Schiedsmänner	227,00	227,00	227,00	227,00	227,00	227,00
1.12.01	Summe		227,00	227,00	227,00	227,00	227,00	227,00
1.12.11	Personenstandswesen	Fachverband der Standesbeamten NRW	60,00	90,00	90,00	90,00	90,00	90,00
1.12.11	Personenstandswesen	Internat. Ehe- u Kindschaftsrecht	102,60					
1.12.11	Summe		162,60	90,00	90,00	90,00	90,00	90,00
1.12.15	Gefahrenabwehr und -vorbeugung	Feuerwehrrholungs- und Tagungszentrum	56,24					
1.12.15	Gefahrenabwehr und -vorbeugung	Ehem. Führungskräfte der VW OBK	75,00	80,00	80,00	80,00	80,00	80,00
1.12.15	Gefahrenabwehr und -vorbeugung	Kreisfeuerwehrverband des Oberbergischen Kreises e.V.	1.401,60	1.520,00	1.520,00	1.520,00	1.520,00	1.520,00
1.12.15	Gefahrenabwehr und -vorbeugung		57,95					
1.12.15	Summe		1.590,79	1.600,00	1.600,00	1.600,00	1.600,00	1.600,00

Produktgruppe		Empfänger	Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
1.21.01	Bereitstellung von Grundschulen	Gemeindesportverband Morsbach	20,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
1.21.01	Bereitstellung von Grundschulen	Gemeindesportverband Morsbach	20,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
1.21.01	Bereitstellung von Grundschulen	Gemeindesportverband Morsbach	10,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
1.21.01	Bereitstellung von Grundschulen	DJH Service GmbH GGS LB	30,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
1.21.01	Bereitstellung von Grundschulen	DJH Service GmbH GGS Morsbach	30,00					
1.21.01	Summe		110,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
1.21.02	Bereitstellung von Hauptschulen	DJH Service GmbH	30,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
1.21.02	Bereitstellung von Hauptschulen	Gemeindesportverband Morsbach	20,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
1.21.02	Summe		50,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
1.21.03	Bereitstellung der Realschule	Deutsche Korczak-Gesellschaft e.V.	25,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
1.21.03	Bereitstellung der Realschule	Gemeindesportverband Morsbach	20,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
1.21.03	Bereitstellung der Realschule	DJH Service GmbH	30,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
1.21.03	Summe		75,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
1.25.02	Kulturförderung	Förderverein zur Erhaltung der Bergbau- u. Hüttentraditionen	24,00	60,00	60,00	60,00	60,00	60,00
1.25.02	Kulturförderung	Bergischer Geschichtsverein	72,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
1.25.02	Summe		96,00	60,00	60,00	60,00	60,00	60,00
1.31.17	Sonstige soziale Hilfen und Leistungen	Tagesmütternetzwerk	20,00	20,00	20,00	20,00	20,00	20,00
1.31.17	Summe		20,00	20,00	20,00	20,00	20,00	20,00
1.55.03	Wald, Forst- und Landwirtschaft	FBG Holpe-Wallerhausen	58,28	60,00	60,00	60,00	60,00	60,00
1.55.03	Wald, Forst- und Landwirtschaft	FBG Wendershagen	36,25	40,00	40,00	40,00	40,00	40,00
1.55.03	Wald, Forst- und Landwirtschaft	FBG Alzen - Mitgliedsbeitrag	235,00	240,00	240,00	240,00	240,00	240,00
1.55.03	Wald, Forst- und Landwirtschaft	FBG Alzen - Grundbeitrag f. tätige Mithilfe	525,50	450,00	450,00	450,00	450,00	450,00
1.55.03	Wald, Forst- und Landwirtschaft	FBG Morsbach	34,10	35,00	35,00	35,00	35,00	35,00
1.55.03	Wald, Forst- und Landwirtschaft	Landeswirtschaftskammer	72,80	75,00	75,00	75,00	75,00	75,00
1.55.03	Summe		961,93	900,00	970,00	970,00	970,00	970,00
1.56.02	Umweltmanagement	Arbeitsgr.Netzwerk Klimakommunen	1.250,00	1.250,00	1.250,00	1.250,00	1.250,00	1.250,00
1.56.02	Summe		1.250,00	1.250,00	1.250,00	1.250,00	1.250,00	1.250,00
1.57.01	Wirtschaftsförderung	Touristikverband	1.600,00	1.600,00	1.600,00	1.600,00	1.600,00	1.600,00
1.57.01	Wirtschaftsförderung	Wir für Morsbach	90,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00
1.57.01	Summe		1.690,00	1.700,00	1.700,00	1.700,00	1.700,00	1.700,00
Gesamtsumme			14.110,10	14.130,00	14.220,00	14.220,00	14.220,00	14.220,00

9 Übersicht über Zuschüsse an Verbände und Vereine

Produktgruppe		Begründung	Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 20114
1.11.07	Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	Unterstützung Städtepartnerschaft	1.500 €	6.000 €	1.500 €	1.500 €	1.500 €	1.500 €
1.12.15	Gefahrenabwehr und -vorbeugung	Abrechnung kostenpflichtiger Einsätze	4.933 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
1.21.02	Bereitstellung der Hauptschule	Weiterleitung des Zuschusses aus dem Programm "Geld oder Stelle"	28.401 €	40.000 €	35.000 €	35.000 €	35.000 €	35.000 €
1.21.03	Bereitstellung der Realschule	Weiterleitung des Zuschusses aus dem Programm "Geld oder Stelle"	13.240 €	20.000 €	20.000 €	20.000 €	20.000 €	20.000 €
1.31.17	Sonstige soziale Hilfen und Leistungen	Zuschuss zur Suchthilfe	0 €	200 €	0 €	0 €	0 €	0 €
1.36.03	Kinder- und Jugendarbeit	Ferien(s)paßaktion	500 €	500 €	500 €	500 €	500 €	500 €
1.36.03	Kinder- und Jugendarbeit	Zuschuss zur Jugendarbeit in den Vereinen	0 €	10.000 €	20.000 €	20.000 €	20.000 €	20.000 €
1.36.04	Jugendeinrichtungen	Instandsetzung Kinderspielplätze	0 €	3.500 €	3.000 €	3.000 €	3.000 €	3.000 €
1.54.01	Gemeindestraßen	Zuschuss Bürgerbus	0 €	10.000 €	10.000 €	10.000 €	0 €	0 €
1.55.03	Wald, Forst- und Landwirtschaft	Unterhaltung Forstwirtschaftswege	30.900 €	30.900 €	30.900 €	30.900 €	30.900 €	30.900 €
1.55.06	Friedhofswesen	Zuschuss zur Unterhaltung der Friedhöfe	8.700 €	8.700 €	8.700 €	8.700 €	8.700 €	8.700 €
1.56.02	Dienstleistungen im Umweltmanagement	Förderung umweltvertr. Energienutzung	1.200 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
1.57.01	Wirtschaftsförderung	Markierung Wanderwege	0 €	325 €	325 €	325 €	325 €	325 €
Gesamtsumme			89.374 €	130.125 €	129.925 €	129.925 €	119.925 €	119.925 €

10 Stellenplan

10.1 Teil A: Beamte

Wahlbeamte und Laufbahngruppen	Besoldungs- gruppe	Zahl der Stellen 2011		Zahl der Stellen 2010	Zahl der tatsächlich besetzten Stellen am 30.06.2010	Erläuterungen Vermerke kw= künftig wegfallend ku= künftig umzuwandeln
		insgesamt				
		Zeitanteile	Stelleninhaber			
Wahlbeamte Bürgermeister	B 3	1	1	1	1	* 1 Stelle mit Amtszulage nach Fußnote 3 / ku
Höherer Dienst Gemeindeoberverwaltungsrat	A 14	1	1	1	1	
Gehobener Dienst Gemeindeoberamtsrat	A 13	1,8	2	1,8	1,8	
Gemeindeamtsrat	A 12	1	1	1	1	
Gemeindeamtman	A 11	4	4	4	4	
Gemeindeoberinspektor	A 10	2	2	2	1	
Gemeindeinspektor	A 9	1	1	1	1	
Mittlerer Dienst Gemeindeamtsinspektor	A 9	2*	2	2*	2	
Gemeindehauptsekretär	A 8	1	1	1	1	
Gemeindeobersekretär	A 7	2,8	4	2,7	2,7	
Gemeindesekretär	A 6	1	1	0	0	
Insgesamt		18,6	20	17,5	16,5	

Feldfunktion geändert

10.2 Teil B: Tariflich Beschäftigte

Entgeltgruppe/ Sondertarif	Zahl der Stellen 2011		Zahl der Stellen 2010		Zahl der tatsächlich besetzten Stellen (Zeitanteile) am 30.06.2010	Erläuterungen Vermerke kw= künftig wegfallend ku= künftig umzuwandelnd
	Zeitanteile	Stelleninhaber	Zeitanteile	Stelleninhaber		
11	1	1	1	1	1	* 1 Stelle kw
10	2	2	2	2	2	
9	8	8	8	8	8	
8	4*	4	4*	4	4	
7	0	0	0	0	0	
6	20,9	23	20,7	23	19,7	
5	8,6	12	9,9	13	9,9	
4	1	1	1	1	1	
3						
2						
1						
Insgesamt	45,5	51	46,6	52	45,6	

Feldfunktion geändert

11 Stellenübersicht

11.1 Aufteilung nach der Haushaltsgliederung

11.1.1 Teil A: Beamte

Produkt- bereich	Bezeichnung	Wahl- beamte	Höherer Dienst	Gehobener Dienst					Mittlerer Dienst				Erläuterungen
		B 3	A 14	A13	A 12	A 11	A 10	A 9	A 9	A 8	A 7	A 6	
11	Innere Verwaltung	1	1		1	2	2	1		1	0,5	1	* 1 St. Teilzeit 78 %
12	Sicherheit und Ordnung					1					1,8 *		
21	Schulträgeraufgaben			0,8									
31	Soziale Hilfen								1				
51	Räumliche Planung und Entwicklung, Geoinfo			1									
52	Bauen und Wohnen								1		0,5		
54	Verkehrsflächen und Verkehrsanlagen, ÖPNV					1							
	Insgesamt	1	1	1,8	1	4	2	1	2	1	2,8	1	

Feldfunktion geändert

11.1.2 Teil B: Tariflich Beschäftigte

Produktbereich	Bezeichnung	Entgeltgruppe											Erläuterungen
		11	10	9	8	7	6	5	4	3	2	1	
11	Innere Verwaltung	1	1	5	2		17,8 ^{a)}	3,9 ^{b)}	1				a) { 1 St. Teilzeit 66 % 1 St. Teilzeit 65 % 1 St. Teilzeit 50 % b) { 1 St. Teilzeit 90 % c) { 1 St. Teilzeit 50 % 2 St. geringfügig Beschäft. 20 % d) { 1 St. Teilzeit 66 % 1 St. Teilzeit 65 % 1 St. Teilzeit 50 % e) Stelle der ARGE Oberberg zugewiesen
12	Sicherheit und Ordnung			1			0,9	0,9 ^{c)}					
21	Schulträgeraufgaben				1			1,9 ^{d)}					
25	Kultur						0,7						
31	Soziale Hilfen		1 ^{e)}										
36	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe			1			1						
42	Sportförderung				1			1					
51	Räumliche Planung und Entwicklung, Geoinfo												
52	Bauen und Wohnen			1				0,9					
53	Ver- und Entsorgung						0,5						
	Insgesamt	1	2	8	4	0	20,9	8,6	1	0	0	0	

Feldfunktion geändert

11.2 Teil B: Dienstkräfte in der Probe- und Ausbildungszeit

11.2.1 Nachwuchskräfte und informatorisch beschäftigte Dienstkräfte

Feldfunktion geändert

Bezeichnung	Art der Vergütung	vorgesehen für 2011	beschäftigt am 01.10.2010	Erläuterungen
Anwärter/in im mittleren nichttechnischen Dienst	Unterhaltszuschuss	1	1	
Anwärter/in im gehobenen nichttechnischen Dienst	Unterhaltszuschuss	0	0	
Azubi Verwaltungsfachangestellte/r	Ausbildungsvergütung	1	1	
Insgesamt		2	2	

Feldfunktion geändert

12 Stellenübersicht der Eigenbetriebe**12.1 Tariflich Beschäftigte des Gemeindewasserwerkes Morsbach für das Wirtschaftsjahr 2010**

Produkt- bereich	Bezeichnung	Entgeltgruppe						Erläuterungen
		11	10	9	8	7	6	
	Wasserwerk		0,5 *	1			2,75 **	* Stelleninhaber mit 50% bei Aw ** 1 Stelleninhaber mit 75 % Ww und 25 % Aw
	Insgesamt	0	0,5	1	0	0	2,75	

Feldfunktion geändert

12.2 Tariflich Beschäftigte des Eigenbetriebes Abwasserbeseitigung Morsbach für das Wirtschaftsjahr 2010

Produkt- bereich	Bezeichnung	Entgeltgruppe							Erläuterungen
		12	11	10	9	8	7	6	
	Abwasserwerk	1		0,5 *	1	1		0,75 **	* Stelleninhaber mit 50% bei Ww ** 1 Stelleninhaber Teilzeit 50 % und 1 St.-inhaber mit 25 % Aw und 75 % Ww
	Insgesamt	1	0	0,5	1	1	0	0,75	

Feldfunktion geändert

13 Strukturdaten und sonstige hauswirtschaftlich relevante Daten der Gemeinde Morsbach

13.1 Größe des Gemeindegebietes

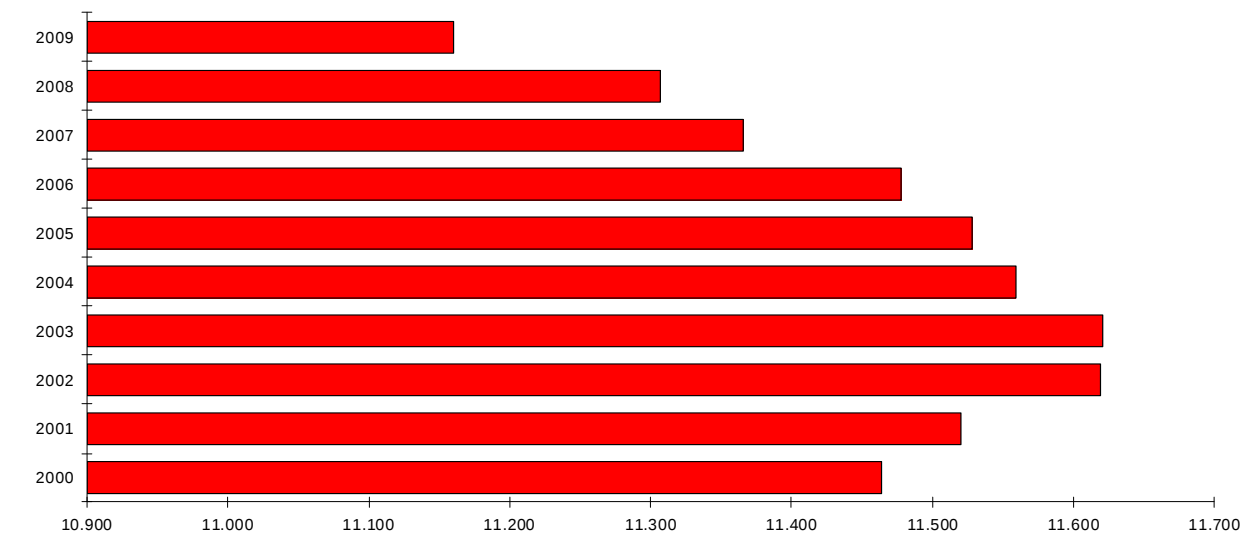
55,97 qkm

13.2 Einwohnerzahl

Entwicklung der Einwohnerzahl in der Gemeinde Morsbach (jeweils Stand: 31.12.)										
Jahr	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Stat. Landesamt	11.464	11.520	11.619	11.621	11.559	11.528	11.478	11.366	11.307	11.160
Einwohnermeldeamt	11.472	11.495	11.581	11.572	11.537	11.502	11.461	11.331	11.251	11.099
davon Ausländer	688	689	669	628	592	582	548	564	548	522
Ausländeranteil in %	6,00	5,99	5,78	5,43	5,13	5,06	4,78	4,98	4,87	4,70

Feldfunktion geändert

Entwicklung der Einwohnerzahl in der Gemeinde Morsbach



Feldfunktion geändert

13.3 Schulen und Schülerzahlen (Stand 06.09.2010)

Schule	Klassen	Schüler
Gemeinschaftsgrundschule Morsbach – Standort Morsbach	12	277
Gemeinschaftsgrundschule Morsbach – Standort Holpe	4	92
Gemeinschaftsgrundschule Lichtenberg	4	88
Erich-Kästner-Schule; Gemeinschaftshauptschule Morsbach	11	224
Janusz-Korczak-Realschule Morsbach	16	416
	insgesamt:	1.097

13.4 Gemeindliche öffentliche Einrichtungen

13.4.1 Gemeindebücherei

753 **angemeldete aktive Leser***davon:*

31 Familien

299 Erwachsene

181 Jugendliche

218 Kinder

Medienbestand

12.212 Bücher

9 Zeitschriftenabonnements

29 Spiele

576 Hörbücher

220 Kassetten

227 Musik CDs und MCs

314 CD-Rom

578 Videos (DVD und VHS)

13.4.2 Turnhallen

- (A) Zweifachsporthalle
- (B) Schulturnhalle in Morsbach
- (C) Großturnhalle in Morsbach
- Schulturnhalle in Holpe

24,0 x 44,0 m

15,0 x 27,0 m

18,0 x 33,0 m

15,0 x 27,0 m

13.4.3 Sportplätze

- Rasensportplatz in Morsbach
- Kunstrasensportplatz in Morsbach
- Tennensportplätze
 - in Holpe
 - in Wallerhausen
- Tennisplätze
 - 6 in Morsbach
 - 3 in Lichtenberg

13.4.4 Bäder

- Freibad in Morsbach 12,5 x 33,0 m
- Lehrschwimmbecken in Morsbach 8,0 x 16,0 m

13.4.5 Feuerwehrrätehäuser

- Morsbach, Waldbröler Straße
- Lichtenberg, Industriestraße
- Wendershagen, Querstraße
- Holpe, Denkmalweg

13.5 Sonstige Einrichtungen der Infrastruktur und Daseinsfürsorge

13.5.1 Jugendherberge in Morsbach

161 Betten

13.5.2 Kindergärten anderer Träger

- Kindergarten der Kath. Kirchengemeinde Morsbach 65 Plätze
- Kindergarten der Arbeiterwohlfahrt in Morsbach 40 Plätze
- Kindergarten „Kleine Freunde e.V.“ in Morsbach 30 Plätze
- Kindergarten "Pustebume" der Johanniter Unfallhilfe in Morsbach, Hahner Str. 70 Plätze
- Kindergarten des DRK in Lichtenberg, Am Kindergarten 65 Plätze
- Kindergarten der Johanniter Unfallhilfe in Holpe, Hauptstraße 50 Plätze

13.5.3 Friedhofshallen in

- Morsbach
- Alzen
- Ellingen
- Holpe
- Lichtenberg
- Wallerhausen

13.5.4 Internatsschule (Ergänzungsschule) in Alzen

45 Plätze

13.5.5 Behindertenheim in Morsbach

- Wohnheim
- Therapiezentrum

64 Plätze

60 Plätze

13.5.6 Altenheime und –pflegeheime in

- Appenhagen
- Lichtenberg
- Morsbach
- Seifen

13.6 Angaben zu Verkehrs- und Versorgungseinrichtungen

13.6.1 Gemeindestraßen

150,0 km

13.6.2 Wirtschaftswege

402,0 km

13.6.3 Wasserleitungsnetz

129,1 km

13.6.4 Kanalleitungsnetz

- für Oberflächenentwässerung
- für Schmutzwasser
- für Mischwasser

34,371 km

81,853 km

31,348 km

13.7. Beiträge und Gebühren (auszugsweise; Stand: 01.01.)		2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
13.7.1 Klärschlammbeseitigungsgebühr								
- Entsorgungsgebühr	EUR/cbm	1,60	1,60	1,73	66,44	68,68	76,49	76,49
- zuzüglich Grundgebühr pro Grube	EUR/Jahr	115,30	115,30	121,00	-	-	-	-
13.7.2 Kanalbenutzungsgebühren								
- Schmutzwassergebühren	EUR/cbm	-	-	-	3,75	4,23	4,39	4,39
- Gebühren für Niederschlagswasser	EUR/cbm	-	-	-	0,66	0,68	0,73	0,73
- Vollanschluß ohne Vorklärung	EUR/cbm	3,89	3,89	4,28	-	-	-	-
- Teilanschluß Schmutzwasser ohne Vorklärung	EUR/cbm	3,11	3,11	3,43	-	-	-	-
- Teilanschluß Niederschlagswasser	EUR/cbm	1,17	1,17	1,29	-	-	-	-
- Vollanschluß nach Vorklärung	EUR/cbm	2,33	2,33	2,57	-	-	-	-
- Teilanschluß Schmutzwasser nach Vorklärung	EUR/cbm	1,87	1,87	2,06	-	-	-	-
13.7.3 Kanalanschlussbeiträge								
- Vollanschluss	EUR/qm	6,70	6,70	6,70	6,70	6,70	6,70	6,70
- Teilanschluss Schmutzwasser	EUR/qm	4,69	4,69	4,69	4,69	4,69	4,69	4,69
13.7.4 Wassergeld								
- Verbrauchsgebühr	EUR/cbm + Mwst.	1,85	1,85	1,90	1,90	1,90	1,90	1,90
- zuzüglich einer Grundgebühr für Wasserzähler mit einer Nenngrösse von								
- Qn 2,5	EUR/Monat + Mwst.	7,00	7,00	7,00	7,50	7,50	8,00	8,00
- Qn 6	EUR/Monat + Mwst.	17,00	17,00	17,00	18,00	18,00	19,00	19,00
- Qn 10	EUR/Monat + Mwst.	28,00	28,00	28,00	30,00	30,00	32,00	32,00
- Qn 15	EUR/Monat + Mwst.	42,00	42,00	42,00	45,00	45,00	48,00	48,00
- Qn 40	EUR/Monat + Mwst.	112,00	112,00	112,00	120,00	120,00	128,00	128,00
- Qn 60	EUR/Monat + Mwst.	168,00	168,00	168,00	180,00	180,00	192,00	192,00
13.7.5 Wasseranschlussbeitrag	EUR/qm + Mwst.	1,28	1,28	1,28	1,28	1,28	1,28	1,28
13.7.6 Hundesteuer								
- bei 1 Hund	EUR/Jahr	54,00	54,00	54,00	54,00	66,00	66,00	66,00
- bei 2 Hunden, je Hund	EUR/Jahr	66,00	66,00	66,00	66,00	80,00	80,00	80,00
- bei 3 oder mehr Hunden, je Hund	EUR/Jahr	78,00	78,00	78,00	78,00	96,00	96,00	96,00

Feldfunktion geändert

		2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
13.7.7 Straßenreinigungsgebühr								
- Winterdienst								
- für Anliegerstraßen								
(dienen überwiegend Anliegerverkehr)	EUR/m Frontlänge	0,41	0,47	0,59	0,66	0,66	0,66	0,29
- für Haupterschließungsanlagen								
(dienen überwiegend innerörtlichem Verkehr)	EUR/m Frontlänge	0,37	0,43	0,55	0,66	0,66	0,66	0,29
- für Hauptverkehrsstraßen								
(dienen überwiegend überörtlichem Verkehr)	EUR/m Frontlänge	0,33	0,39	0,51	0,66	0,66	0,66	0,29
13.7.8 Abfallbeseitigungsgebühr								
- MGB grau								
- 80 l	EUR/Jahr	-	-	-	-	67,00	70,00	68,00
- 120 l	EUR/Jahr	110,00	110,00	110,00	110,00	100,00	105,00	102,00
- 240 l	EUR/Jahr	220,00	220,00	220,00	220,00	200,00	210,00	204,00
- 360 l	EUR/Jahr	330,00	330,00	330,00	330,00	300,00	314,00	306,00
- 1.100 l	EUR/Jahr	1.012,00	1.012,00	1.012,00	1.012,00	919,00	960,00	936,00
- MGB grün								
- 240 l	EUR/Jahr	67,00	67,00	67,00	67,00	54,00	54,00	53,00
- 360 l	EUR/Jahr	101,00	101,00	101,00	101,00	-	-	-
- 1.100 l	EUR/Jahr	308,00	308,00	308,00	308,00	251,00	251,00	243,00
- Rottesack	EUR/Stück	15,00	15,00	15,00	15,00	15,00	15,00	16,00
- Sperrgutabfuhr	EUR/Anmeldekarte	25,00	25,00	25,00	25,00	25,00	25,00	25,00
- Haushaltskältegeräte (HKG)-Abfuhr	EUR/HKG	7,00	7,00	7,00	7,00	5,00	5,00	5,00
- Elektrogeräte-Abfuhr	EUR/Stück	5,00	5,00	5,00	5,00	5,00	5,00	5,00
13.7.9 Vergnügungssteuer								
- in Spielhallen und ähnlichen Unternehmen								
- für Apparate mit Gewinnmöglichkeiten	EUR/Jahr	1.800,00	1.800,00	1.800,00	1.800,00	1.800,00	1.800,00	1.800,00
- für sonstige Apparate	EUR/Jahr	420,00	420,00	420,00	420,00	420,00	420,00	420,00
- in sonstigen öffentlichen Räumen								
- für Apparate mit Gewinnmöglichkeiten	EUR/Jahr	600,00	600,00	600,00	600,00	600,00	600,00	600,00
- für sonstige Apparate	EUR/Jahr	300,00	300,00	300,00	300,00	300,00	300,00	300,00
13.7.10 Benutzungsgebühren								
- Odachlosenunterkunft	EUR/qm/Monat	4,45	3,80	4,30	4,30	4,64	4,64	4,64
- Asylbewerberwohnheim	EUR/qm/Monat	7,20	7,20	7,20	7,20	7,20	7,20	7,20

Feldfunktion geändert

		2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
13.7.11 Gemeindebücherei								
- Anmeldung (ab dem 13. Lebensjahr)	EUR	1,50	1,50	1,50	1,50	1,50	1,50	1,50
- Jahresgebühr (12 Monate ab Anmeldung)								
- Erwachsene	EUR	6,00	6,00	6,00	6,00	6,00	6,00	6,00
- Familien	EUR	8,00	8,00	8,00	8,00	8,00	8,00	8,00
- Kinder, Jugendliche, Studenten, Auszubildende (ab dem 13. Lebensjahr)	EUR	2,50	2,50	2,50	2,50	2,50	2,50	2,50
- Mahngebühr je Medieneinheit								
- mit der 1. Mahnung	EUR	0,50	0,50	0,50	0,50	0,50	0,50	0,50
- mit der 2. Mahnung	EUR	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00
- mit der 3. Mahnung	EUR	1,50	1,50	1,50	1,50	1,50	1,50	1,50
- zzgl. Portokosten								
- zzgl. Bearbeitungsgebühr	EUR	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00
- Ausstellung eines Ersatzausweises	EUR	2,00	2,00	2,00	2,00	2,00	2,00	2,00
13.7.12 Benutzungsgebühren Bäder								
- Einzelkarte Erwachsene	EUR	2,50	2,50	2,50	2,50	2,50	2,50	2,50
- Zehnerkarte Erwachsene	EUR	22,00	22,00	22,00	22,00	22,00	22,00	22,00
- Einzelkarte Kinder	EUR	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00
- Zehnerkarte Kinder	EUR	8,50	8,50	8,50	8,50	8,50	8,50	8,50
- einheimische Vereine	EUR/Stunde	10,00	10,00	10,00	10,00	10,00	10,00	10,00
- auswärtige Vereine	EUR/Stunde	15,00	15,00	15,00	15,00	15,00	15,00	15,00
- Benutzung Infrarot-Wärmekabine								
- Einzelkarte	EUR	5,20	5,20	5,20	5,20	5,20	5,20	5,20
- Zehnerkarte	EUR	47,00	47,00	47,00	47,00	47,00	47,00	47,00
- Sondertarife Freibad								
- Sommerabendkarte ab 18:00 Uhr	EUR	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00
- Saison-Karte								
- Erwachsene	EUR	50,00	50,00	50,00	50,00	50,00	50,00	50,00
- Kinder	EUR	27,00	27,00	27,00	27,00	27,00	27,00	27,00
- Familien	EUR	75,00	75,00	75,00	75,00	75,00	75,00	75,00

Feldfunktion geändert

14 Übersicht über Bebauungspläne der Gemeinde Morsbach (Stand: 09.10.2008)

Bebauungs- plan Nr.		Ortsbezeichnung	überwiegende Nutzung	Aufstellungs- beschluss	rechtskräftig seit:
1		Hemmerholzer Weg	Wohnsiedlungsgebiet		überholt durch BP 16
2		Hahn	Wohnsiedlungsgebiet	16.05.1961	09.06.1961 (ab 31.12.1980 außer Kraft)
3		Oberholpe	Wohnsiedlungsgebiet	13.09.1960	09.06.1961 (ab 31.12.1980 außer Kraft)
4		Hahn	Wochenendhausgebiet	16.05.1961	09.06.1961 (ab 31.12.1980 außer Kraft)
5		Amberg	Wochenendhausgebiet	16.05.1961	09.06.1961 (ab 31.12.1980 außer Kraft)
6		Steimelhagen	Wochenendhausgebiet	16.05.1961	eingegliedert im BP 11 (ab 31.12.1980 a. K.)
7		Deutsche Bauernsiedlung, Lichtenberg	Wohnsiedlungsgebiet	15.06.1964	06.04.1965 (teilweise überplant durch BP 38)
7	1. Änderung	Lichtenberg	Wohnsiedlungsgebiet	22.01.1979	20.02.1981 (teilweise überplant durch BP 38)
7	2. vereinf. Ä.	Lichtenberg	Wohnsiedlungsgebiet	05.03.1990	02.05.1990
8		Ortskern Morsbach	gemischte bauliche Nutzung	27.12.1965	aufgehoben seit dem 22.09.1999
8	4. Änderung	Kirchstraße / Seelhardt	Wohnsiedlungsgebiet	01.02.1982	09.02.1984
8	2. vereinf. Ä.	Kirchstraße / Seelhardt	Wohnsiedlungsgebiet	24.02.1992	22.10.1992
8 A		Ortskernsanierung Morsbach	Kerngebiet	30.06.1975	05.07.1977
8 A	1. Änderung	Ortskernsanierung Morsbach	Kerngebiet	22.01.1979	03.07.1981
8 A	4. vereinf. Ä.	Ortskernsanierung Morsbach	Kerngebiet	13.05.2003	22.11.2003
9		Holpe	Wohnsiedlungsgebiet	09.03.1967	05.05.1969
9	7. vereinf. Ä.	Holpe	Wohnsiedlungsgebiet	20.02.1995	12.04.1995
10		Rhein-Eugienthal	Wohnsiedlungsgebiet	09.03.1967	überplant durch BP 10 A
10	1. Änderung	Rhein-Eugienthal	Wohnsiedlungsgebiet	21.03.1975	überplant durch BP 10 A
10 A		Rhein-Eugienthal	Wohnsiedlungsgebiet	11.11.1991	23.10.1998
10 A	3. vereinf. Ä.	Rhein-Eugienthal	Wohnsiedlungsgebiet	22.02.200	31.07.2005
11		Steimelhagen	Wochenendhausgebiet	09.03.1967	Verfahren wurde eingestellt
12		Böcklingen	Wochenendhausgebiet	30.11.1966	05.05.1969
12	1. vereinf. Ä.	Böcklingen	Wochenendhausgebiet	09.05.1988	19.05.1988
13		Breitgen	Wochenendhausgebiet	09.03.1967	10.11.1969
13	1. Änderung	Breitgen	Wochenendhausgebiet	27.05.1974	Verfahren wurde eingestellt
14		Erblingen	Wohnsiedlungsgebiet	27.10.1969	05.09.1973 (überplant durch BP 14 A)
14	2. vereinf. Ä.	Erblingen	Wohnsiedlungsgebiet	29.03.1976	05.05.1976
14 A		Erblingen	Wohnsiedlungsgebiet	20.11.2001	10.04.2004
15		Schlechtingen	Gewerbegebiet	26.08.1971	überplant durch BP 15, 1. Änderung
15	1. Änderung	Schlechtingen	Gewerbegebiet	16.04.1973	gemäß Urteil OVG nichtig
15 A		Schlechtingen	Gewerbegebiet	12.05.1997	Verfahren wurde eingestellt
16		Hahner Straße	Wohnsiedlungsgebiet	27.10.1969	überplant durch BP 16, 1. Änderung
16	1. Änderung	Hahner Straße	Wohnsiedlungsgebiet	05.09.1977	gemäß Urteil OVG nichtig

Bebauungs- plan Nr.		Ortsbezeichnung	überwiegende Nutzung	Aufstellungs- beschluss	rechtskräftig seit:
16/1		Lerchenstraße / Meisenweg	Wohnsiedlungsgebiet	17.12.1990	10.03.1992
16/1	1. vereinf. Ä.	Lerchenstraße / Meisenweg	Wohnsiedlungsgebiet	01.07.1996	17.07.1996
16/1	1. Änderung	Mozartstraße	Gemeinbedarfsfläche	08.02.1993	nicht der Rechtskraft zugeführt
17		Steimelhagen	Wohnsiedlungsgebiet	04.05.1970	Verfahren wurde eingestellt
18		Strick	Wochenendhausgebiet	17.04.1972	06.04.1973
18	1. vereinf. Ä.	Strick	Wochenendhausgebiet	13.07.1981	24.10.1981
19		Lichtenberg	Wohnsiedlungsgebiet	15.10.1970	05.07.1977 (überpl. durch BP 19, 1. Änd.)
19	1. Änderung	Lichtenberg	Wohnsiedlungsgebiet	14.05.1985	17.07.1992
20		Rom	Wochenendhausgebiet	17.10.1983	06.02.1987
21		Alzener Berg	Wohnsiedlungsgebiet	06.09.1972	05.04.1978 (nur teilw. der Rechtskr. zugef.)
21	5. vereinf. Ä.	Alzener Berg	Wohnsiedlungsgebiet	29.04.1996	08.05.1996
22		Alzen	Wohnsiedlungsgebiet	20.08.1979	11.10.1980
22	7. vereinf. Ä.	Alzen	Wohnsiedlungsgebiet	22.09.2008	Verfahren läuft noch
23		Lichtenberg	Gewerbegebiet	25.10.1973	05.06.1978
23	4. vereinf. Ä.	Lichtenberg	Gewerbegebiet	07.06.1982	13.08.1982
23	1. Änderung	Lichtenberg	Gewerbegebiet	05.03.1990	27.08.1991
23	1. Änderung 1. vereinf. Ä.	Lichtenberg	Gewerbegebiet	09.05.1994	01.06.1994
23 A		Lichtenberg	Gewerbegebiet	13.07.1992	Verfahren läuft noch
24		Appenhagen / Katzenbach	Wohnsiedlungsgebiet	23.01.1978	05.12.1979
24	1. vereinf. Ä.	Appenhagen / Katzenbach	Wohnsiedlungsgebiet	25.06.1984	06.11.1984
25		Wallerhausen	Wohnsiedlungsgebiet	25.09.1973	Verfahren wurde eingestellt
26		Krottorfer Straße	Gewerbe- und Mischgebiet	20.12.1973	05.04.1978
26	3. vereinf. Ä.	Krottorfer Straße	Gewerbe- und Mischgebiet	14.10.1985	17.10.1985
26	1. Änderung	Krottorfer Straße	Gewerbe- und Mischgebiet	07.05.1982	09.02.1984
26	1. Änderung 1. vereinf. Ä.	Krottorfer Straße	Gewerbe- und Mischgebiet	20.06.1994	06.07.1994
27		Lichtenberg	Gewerbe- und Wohngebiet	03.11.1986	12.04.1995
27	1. Änderung	Lichtenberg	Gewerbegebiet	23.11.2000	18.01.2003
27	2. Änderung	Lichtenberg	Gewerbegebiet	11.06.2002	Verfahren läuft noch
28		Eugenienthal	Wohnsiedlungs- und Sondergebiet	17.12.1979	überplant durch BP 10 A
29		Höhenweg	Wohnsiedlungsgebiet	21.12.1978	Verfahren wurde eingestellt
29 A		Höhenweg	Wohnsiedlungsgebiet	15.07.1991	nicht der Rechtskraft zugeführt
30		Lichtenberg	Sonder- und Ferienhausgebiet	01.12.1982	überplant durch BP 35
31		Schlechtingen	Gewerbegebiet	11.02.1985	überplant durch BP 31 A
31 A		Schlechtingen - Hammer	Gewerbegebiet	05.03.1990	nicht der Rechtskraft zugeführt, überplant
32		Bahnhofstraße / Wisseraue	Mischgebiet	29.08.1994	22.05.2004
33		südlich des Rathauses	Freizeitbereich	14.10.1985	überplant durch BP 32

Bebauungs- plan Nr.		Ortsbezeichnung	überwiegende Nutzung	Aufstellungs- beschluss	rechtskräftig seit:
34		Bachstraße / Kirchstraße	Kern- und Mischgebiet	14.10.1985	22.09.1999
35		Lichtenberg	Wohn- und Sondergebiet	12.11.1990	24.01.1996
35	1. vereinf. Ä.	Lichtenberg	Wohn- und Sondergebiet	27.01.1998	29.07.1998
36		Waldbröler Straße / Seifener Weg	Mischgebiet	17.12.1990	Verfahren wurde eingestellt
37		nördlich Steimelhagen	Gewerbe- und Sondergebiet	17.12.1990	Verfahren wurde eingestellt
38		Lichtenberg "Auf der Flöte"	Wohnsiedlungsgebiet	13.07.1992	10.04.1996
39		Krottorfer Straße / Alzener Weg	Mischgebiet	08.02.1993	überplant durch VEP II
40		Hülstert - Stippe	Sondergebiet	13.12.1993	Verfahren wurde eingestellt
41		Seifener Weg	Mischgebiet	20.02.1995	Verfahren wurde eingestellt
42 A		Lichtenberg Nord-West	Gewerbegebiet	16.12.1996	18.01.2003
42 B		Lichtenberg Nord-West	Gewerbegebiet	16.12.1996	18.01.2003
42	1. Änderung	Lichtenberg Nord-West	Gewerbegebiet	11.02.2003	22.05.2004
42 A+B	4. vereinf. Ä.	Lichtenberg Nord-West	Gewerbegebiet	11.03.2008	Verfahren läuft noch
43		Starenweg	Gewerbegebiet	23.08.1999	Verfahren läuft noch
44		Hemmerholz	Wohngebiet	11.06.2002	29.03.2003
44	4. vereinf. Ä.	Hemmerholz	Wohngebiet	12.02.2008	06.09.2008
45		Gewerbegebiet Erblingen Nord	Gewerbegebiet	02.12.2003	08.04.2006
46		Höhenweg	Wohngebiet		
47		Ortszentrum Morsbach	Misch- + Kerngebiet	11.03.2008	Verfahren läuft noch
VEP I		Hahner Straße Nord-West	Wohngebiet	14.03.1994	04.11.1998
VEP I	2. Änderung	Hahner Straße Nord-West	Wohngebiet	27.03.2007	06.10.2007
VEP II		"Krottorfer Straße - Alzener Weg"	Mischgebiet	17.03.1997	Verfahren läuft noch
VEP III		"Seniorenpark Appenhagen"	Wohngebiet	30.09.2003	22.05.2004
VEP IV		Lagerplatz Sägewerk Kötting Alzen	Lagerplatz	03.05.2006	16.12.2006
VEP V		Kapelle Heidehof	Kapelle	07.08.2007	06.09.2008

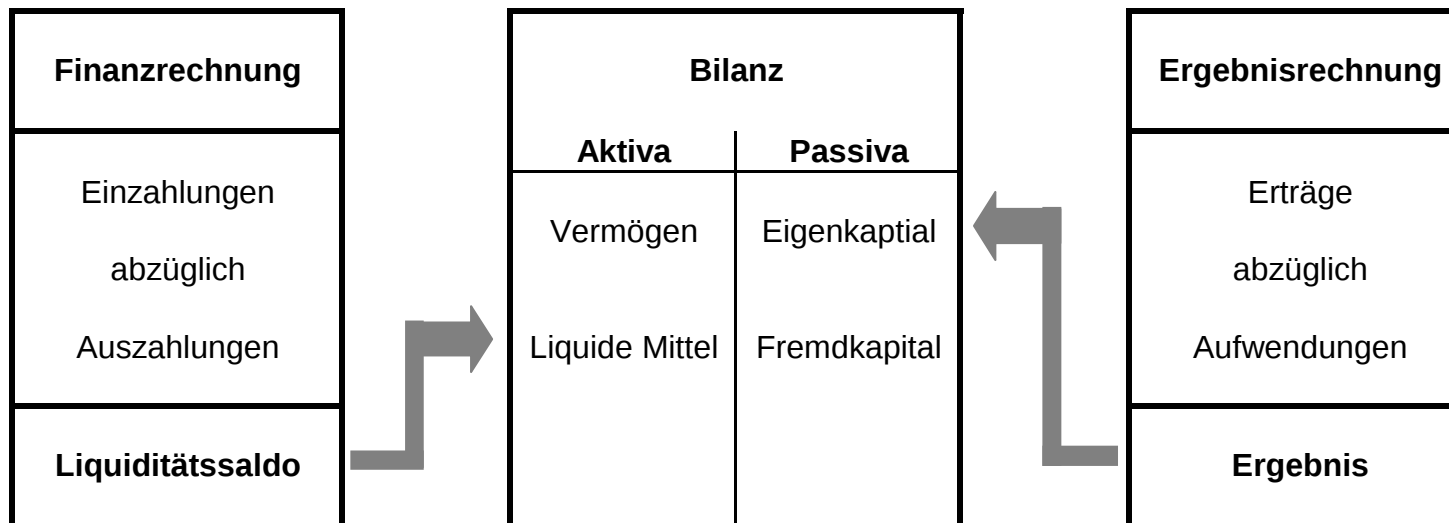
15 Abkürzungsverzeichnis

ABM	= Arbeitsbeschaffungsmaßnahme	G	= Gemeindestraße
AfA	= Abschreibungen	GE	= Gewerbegebiet
ANZ	= Anzahl	Geb	= Gebäude
ARGE	= Arbeitsgemeinschaft	GemHVO	= Gemeindehaushaltsverordnung
AsylbLG	= Asylbewerberleistungsgesetz	GFG	= Gemeindefinanzierungsgesetz
Aufb	= Aufbauten	GGs	= Gemeinschaftsgrundschule
AV	= Anlagevermögen	GHS	= Gemeinschaftshauptschule
BA	= Bundesanstalt für Arbeit	GO NW	= Gemeindeordnung
BauGB	= Baugesetzbuch	GS	= Grundstückskauf
BauO	= Bauordnung	GTC	= Gründer- und TechnologieCentrum
BAV	= Bergischer Abfallwirtschaftsverband	GV NW	= Gesetz- und Verordnungsblatt
BBesG	= Bundesbesoldungsgesetz	GVV	= Gemeindeversicherungsverband
beb. Gr	= bebaute Grundstücke	GwG	= Geringwertige Wirtschaftsgüter (Wert: 60 bis 410 EUR netto)
Betr	= Betriebsvorrichtungen	HSK	= Haushaltssicherungskonzept
BfA	= Bundesversicherungsanstalt für Angestellte	HzL	= Hilfe zum Lebensunterhalt
BG	= Beigeordneter	i.R.d.	= im Rahmen des
BM	= Bürgermeister	K	= Kreisstraße
BP	= Bebauungsplan	KAG	= Kommunalabgabengesetz
BSHG	= Bundessozialhilfegesetz	KiGa	= Kindergarten
BuG	= Betriebs- und Geschäftsausstattung	KJHG	= Kinder- und Jugendhilfegesetz
DGH	= Dorfgemeinschaftshaus	KrO	= Kreisordnung
DRK	= Deutsches Rotes Kreuz	KGS	= Katholische Grundschule
EA	= Erschließungsanlage	KM	= Kilometer
EDV	= Elektronische Datenverarbeitung	Ku	= künftig umzuwandeln
FB	= Fachbereich	KV	= Kreisverkehr
FNp	= Flächennutzungsplan	KVHS	= Kreisvolkshochschule
FSHG	= Gesetz über Feuerschutz und Hilfeleistung	Kw	= künftig wegfallend
FW	= Feuerwehr	L	= Landesstraße
FWGH	= Feuerwehrgerätehaus	LAG	= Lastenausgleichsgesetz

LBS = Landesbetrieb Straßen NRW
 Lbg = (Morsbach-) Lichtenberg
 LF = Löschfahrzeug
 LKZ = Lohnkostenzuschussmaßnahme
 LPB = Landschaftspflegerischer Begleitplan
 LPVG = Landespersonalvertretungsgesetz
 LRS = Lese- und Rechtschreibschwäche
 LVR = Landschaftsverband Rheinland
 M2 = Quadratmeter
 MAS = Mitarbeiterstellen
 MEG = Morsbacher Entwicklungsgesellschaft mbH
 MTF = Mannschaftstransportfahrzeug
 MW = Mietwohnung
 MWH = Mietwohnhaus
 NKF = Neues kommunales Finanzmanagement
 NW = Nordrhein-Westfalen
 OBK = Oberbergischer Kreis
 OD = Ortsdurchfahrt
 OGATA = Offene Ganztagsgrundschule
 OGS = Offene Ganztagsgrundschule
 OVS = Ortsverbindungsstraße

PRS = Personen
 RdErl = Runderlass
 RM = Ratsmitglied/er
 SchwBeh = Schwerbehinderung
 SGV = Sammlung des bereinigten Gesetz- und
 Verordnungsblattes NRW
 SMBI NW = Sammlung des bereinigten
 Ministerialblattes für das Land NRW
 ST = Stück
 STD = Stunden
 TO = Tonnen
 TEUR = Tausend Euro
 TLF = Tanklöschfahrzeug
 UA = Unterabschnitt
 Ugr = Untergruppe
 unb. Grdst = unbebaute Grundstücke
 VermG = Vermögensgegenstände
 VK = Versorgungskasse
 WE = Wochenendhausgebiet
 WHG = Wasserhaushaltsgesetz
 ZGM = Zentrales Gebäudemanagement

Teil B
Ergebnisplan
Finanzplan
Teilergebnispläne



Inhaltsverzeichnis

Produktbereich	Produktgruppe	Produkt/Teilprodukt/Kostenstelle	Seite
Gesamtergebnisplan			15
Gesamtfinanzplan			17
1.11	Innere Verwaltung		20
1.11	Innere Verwaltung	1.11.01 Politische Gremien	120005 Ratsbüro 25
			1.11.01.01 Unterstützung politischer Gremien 25
			1.11.01.02 Unterstützung Kinder- und Jugendrat 25
		1.11.02 Verwaltungsführung	110000 BM, BG, Sekretariat 30
			1.11.02.01.01 Verfügungsmittel BM 30
			1.11.02.01.02 Verwaltungsführung (inkl. Organisation) 30
			1.11.02.02 Geschäftsführung MEG 30
			1.11.02.03 Werkleitung (WW + AWW) 30
		1.11.03 Gleichstellung von Frau und Mann	1.11.03.01 Gleichstellungsangelegenheiten 34
		1.11.04 Beschäftigtenvertretung	1.11.04.01 Personalratsangelegenheiten (+SchwBeh.) 37
		1.11.06 Zentrale Dienste	15000 Rathaus 39
			17000 Fahrzeuge Verwaltung 39
			120030 Zentrale Dienste 39
			1.11.06.01 Zentraler Service 39
			1.11.06.05.01 Bauhofleistungen intern 39
			1.11.06.05.02 Bauhofleistungen für Externe 39
			1.11.06.05.03 Bauhof - 1 EUR-Jobs 39
		1.11.07 Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	1.11.07.01 Presse- und Öffentlichkeitsarbeit 44
		1.11.08 Personalmanagement	120010 Personalwesen 47
			190000 Leistungszulage 47
			1.11.08.01 Personalmanagement (Steuerung+Betreuung) 47
		1.11.09 Finanzmanagement und Rechnungswesen	120015 Finanzwesen 51
			120020 Kfm. Leitung 51
			120035 Steuern und Abgaben 51
			120045 Gemeindekasse 51
			1.11.09.01 Finanz- und Rechnungswesen 51
		1.11.10 Orga.Angeleg./technikunterst.Information	16000 IT-Ausstattung 55
			120025 ADV 55
			1.11.10.01 IT-Leistungen der ADV 55
		1.11.11 Recht/Versicherungen	1.11.11.01 Versicherungs- u. Rechtsangelegenheiten 60
		1.11.13 Grundstücks- und Gebäudemanagement	15345 MWH Lichtenberg 62
			15355 MW FWGH Lichtenberg 62
			15360 MW DGH Wallerhausen 62
			15365 MW FWGH Morsbach 62
			15369 Imbiss Sportplatz 62
			15450 Sonstige Liegensch. 62
			15451 Am Eichhölzchen 33 (ehem. ObdlWh) 62
			130005 Liegenschaftsmanag. 62
			130010 Gebäudemanagement 62
			130011 ZGM-Schulhausmeister 62
			1.11.13.01 Zentrales Gebäudemanagement 62

Inhaltsverzeichnis

Produktbereich		Produktgruppe		Produkt/Teilprodukt/Kostenstelle		Seite
				1.11.13.01.01	ZGM - interne Leistungen	62
				1.11.13.01.02	ZGM - externe Leistungen (Mietwhg. etc.)	62
				1.11.13.02	Liegenschaftsmanagement	62
				1.11.13.02.01	Liegenschaftsmanagement - intern	62
				1.11.13.02.02	Liegenschaftsmanagement - extern	62
		1.11.26	Baubetriebshof	15011	Bauhof (Gebäude)	69
				18301	Thermocont. GM-2779	69
				18302	Streuaut. GM-2779	69
				18303	Schneepflug GM-2779	69
				18304	Unimog GM-2050	69
				18305	Baggeraufs. GM-2050	69
				18307	Streuautomat GM-2050	69
				18308	Schneepflug GM-2050	69
				18309	Radlader JCB 407 B	69
				18310	JCB Fastrac GM-2560	69
				18312	Schneepflug GM-2560	69
				18314	Astknacker GM-2560	69
				18315	Häcksler GM-2400	69
				18317	VW TDI GM-2811	69
				18320	Carraro GM-2911	69
				18322	Streuer GM-2911	69
				18323	Walze Bomag BW 100	69
				18324	Walze Ruthemeyer 8t	69
				18325	Handwalze Bomag BW	69
				18326	Doppelvibr. Bomag	69
				18329	Anh.Heinem. GM-2753	69
				18330	Anh.Schwartz GM-2843	69
				18332	Aufsitzmäher	69
				18333	Rasenmäher	69
				18334	Motors.,Hochenta,Sc.	69
				18335	Freischneider	69
				18336	Stampfer, Stemmer	69
				18337	Kleingeräte	69
				18339	Aufsitzm. Husquarna	69
				18341	VW Kipper GM-2115	69
				18342	Toyota, Typ N16/17	69
				18344	Hilfsmittel Bauhof	69
				18345	Häcksler GM-MB 8150	69
				18348	Streuer JCB GM-2560	69
				18349	Transporter GM-2267	69
				18350	Transport GM-MB 8151	69
				18351	LKW Dreiseitenkipper	69
				18352	Schlepper GM-MB 8153	69
				18354	SPRITZMASCHINE	69
				18355	ASTKNACKER	69
				18356	SCHLEGELMÄHERGM-8153	69
				18399	Neuanschaffungen	69

Inhaltsverzeichnis

Produktbereich		Produktgruppe		Produkt/Teilprodukt/Kostenstelle		Seite
				130041	Baubetriebshof (Vw)	69
				1.11.26.01	Bauhofleistungen für Verwaltung	69
				1.11.26.02	Bauhofleistungen für Betriebe+Externe	69
1.12	Sicherheit und Ordnung					77
1.12	Sicherheit und Ordnung	1.12.01	Allgemeine Sicherheit und Ordnung	121000	Öffentliche Ordnung	81
				1.12.01.01	Ordnungswesen (allg. Sicherheit+Ordnung)	81
		1.12.02	Gewerbewesen	1.12.02.01	Gewerbewesen (+Überwachung v. Betrieben)	85
		1.12.07	Verkehrsangelegenheiten	15470	ruhender Verkehr	88
				1.12.07.01	Verkehrsangelegenheiten	88
		1.12.10	Einwohnerangelegenheiten	121010	Einwohnermeldewesen	91
				1.12.10.01	Einwohner-/Meldeangelegenheiten	91
		1.12.11	Personenstandsangelegenheiten	121020	Standesamt	94
				1.12.11.01	Personenstandswesen	94
		1.12.14	Wahlen	1.12.14.01	Durchführung von Wahlen	99
		1.12.15	Gefahrenabwehr	15250	FWGH Morsbach	102
				15255	FWGH Lichtenberg	102
				15260	FWGH Wendershagen	102
				15265	FWGH Holpe	102
				17200	Fahrz.+Ausr.FW Mors.	102
				17240	Fahrz.+Ausr.FW Lich.	102
				17260	Fahrz.+Ausr.FW Wend.	102
				17280	Fahrz.+Ausr.FW Holpe	102
				17290	Löschwasserversorg.	102
				1.12.15.01	FFw Morsbach, Gefahrenabwehr etc.	102
				1.12.15.01.01	Löschzug Morsbach, Gefahrenabwehr etc.	102
				1.12.15.01.02	Löschzug Lichtenberg, Gefahrenabw. etc.	102
				1.12.15.01.03	Löschgrp.Wendershagen, Gefahrenabw.etc.	102
				1.12.15.01.04	Löschgruppe Holpe, Gefahrenabwehr etc.	102
1.21	Schulträgeraufgaben					113
1.21	Schulträgeraufgaben	1.21.01	Grundschulen	15110	Kath. Grundschule	116
				15145	Grundschule Holpe	116
				15155	GGs Lichtenberg	116
				1.21.01.01	GGs Morsbach, Schulische Einrichtung	116
				1.21.01.02	GGs Morsb.-Holpe, Schulische Einrichtung	116
				1.21.01.03	GGs Lichtenberg, Schulische Einrichtung	116
		1.21.02	Hauptschulen	15100	Hauptschule	121
				15101	BHKW Schulzentrum	121
				1.21.02.01	Hauptschule, Schulische Einrichtung	121
				1.21.02.02	Mensa, Bereitstellung+Betrieb (GHS)	121
		1.21.03	Realschulen	15105	Realschule	125
				1.21.03.01	Realschule, Schulische Einrichtung	125
		1.21.04	Gymnasien	1.21.04.01	Gymnasium Wissen (Pendlar)	129
		1.21.05	Gesamtschulen	15160	Gesamtschule	131
				1.21.05.01	Bereitstellung der Gesamtschule	131
		1.21.06	Förderschulen	1.21.06.01	Förderschulen Waldbröl (ZV) und Wissen	135

Inhaltsverzeichnis

Produktbereich		Produktgruppe		Produkt/Teilprodukt/Kostenstelle		Seite	
		1.21.07	Berufskolleg	1.21.07.01	Fachschule Wissen	138	
		1.21.08	Schülerbeförderung	1.21.08.01	Schülerbeförderung, Verwaltungsaufgaben	140	
		1.21.10	Zentrale schulbez.Leistungen Schulträger	15111	OGS Morsb.(Pavillon)	143	
				15146	OGS Holpe (Anbau)	143	
				15156	OGS Lichtenberg (WH)	143	
				17100	Fahrzeuge Schulen	143	
				121025	Schulverwaltung	143	
				1.21.10.01	Sonstige schulische Aufgaben	143	
				1.21.10.02	Offene Ganztagschulen Morsbach	143	
				1.21.10.02.01	OGS Morsbach	143	
				1.21.10.02.02	OGS Lichtenberg	143	
		1.21.10.02.03	OGS Holpe	143			
1.25	Kultur						150
1.25	Kultur	1.25.02	Kulturförderung	15460	Kulturobjekte	153	
				1.25.02.01	Heimat- und Kulturpflege	153	
		1.25.08	Bibliothek	121045	Büchereiverwaltung	157	
				1.25.08.01	Dienstleistungen der Bücherei	157	
1.31	Soziale Hilfen						164
1.31	Soziale Hilfen	1.31.05	Sozialhilfeleistungen	121050	Sozialhilfe	166	
				1.31.05.01	Sozialhilfeleistungen	166	
				1.31.05.06	Pflegeberatung	166	
		1.31.06	Hilfen für Asylbewerber	121055	Aussiedler/Asylbew.	170	
				1.31.06.01	Hilfe nach Asylbewerberleistungsgesetz	170	
		1.31.07	Soziale Einrichtungen	15325	Obdachlosenheim	174	
				15330	Asylbewerberheim	174	
				1.31.07.01	Asylbewerberunterkunft, Bereitstellung	174	
				1.31.07.02	Obdachlosenwohnheim, Bereitstellung	174	
		1.31.17	Sonstige soziale Hilfen und Leistungen	121051	ARGE/Hilfe z. Arbeit	179	
				1.31.17.01	Sonstige soziale Hilfen und Leistungen	179	
1.36	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe						182
1.36	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	1.36.01	Förderung v.Kindern in Tageseinrichtunge	121030	Kindergartenverw.	186	
				1.36.01.02	Förderung v. Kindern in Kindertageseinr.	186	
		1.36.02	Tageseinrichtungen für Kinder	15310	KiGa Hahner Straße	190	
				15315	KiGa JUH Holpe	190	
				15320	KiGa DRK Lichtenberg	190	
				1.36.02.01	Kindertageseinrichtungen	190	
		1.36.03	Jugendarbeit	121065	Jugendarbeit	197	
				1.36.03.01	Kinder- und Jugendarbeit	197	
		1.36.04	Einrichtungen der Jugendarbeit	15135	Jugendzentrum	199	
				15370	Kinderspielplätze	199	
1.36.04.01	Jugendeinrichtungen			199			
1.41	Gesundheitsdienste						204
1.41	Gesundheitsdienste	1.41.05	Krankenhäuser	1.41.05.01	Krankenhausumlage	205	

Inhaltsverzeichnis

Produktbereich		Produktgruppe		Produkt/Teilprodukt/Kostenstelle		Seite
1.42	Sportförderung					207
1.42	Sportförderung	1.42.01	Bereitstellung, Betrieb von Sportanlagen	15115	Turnhalle A	210
				15120	Turnhalle B	210
				15125	Rasensportplatz	210
				15140	Turnhalle C	210
				15150	Schulturnhalle Holpe	210
				15205	Sportpl."Auf der Au"	210
				15210	Sportplatz Holpe	210
				15215	Sportpl. Wallerhsn.	210
				17150	Aufsitzmäher Sport	210
				1.42.01.01	Turn-/Sporthallen, Bereitstell.+Betrieb	210
				1.42.01.03	Sportaußenanlagen, Bereitstell.+Betrieb	210
		1.42.03	Bereitstellung, Betrieb von Bädern	15130	Hallenbad	215
				15200	Freibad	215
				121035	Bäderverwaltung	215
				1.42.03.01	Freibad, Bereitstellung und Betrieb	215
				1.42.03.02	Hallenbad, Bereitstellung und Betrieb	215
1.51	Räumliche Planung und Entwicklung					220
1.51	Räumliche Planung und Entwicklung	1.51.01	Räumliche Planung	130015	Gemeindeplanung	223
				1.51.01.01	Bauleitplanung (BPläne, FNP etc.)	223
1.52	Bauen und Wohnen					228
1.52	Bauen und Wohnen	1.52.01	Maßnahmen der Bauaufsicht	130020	Bauordnung	230
				1.52.01.01	Örtliche Bauaufsicht und Bauordnung	230
		1.52.03	Denkmalschutz und Denkmalpflege	1.52.03	Denkmalschutz und Denkmalpflege	233
		1.52.04	Wohnungsbauförderung	1.52.04.01	Wohnungsbauförderung	235
		1.52.05	Subjektbezogene Förderung für Wohnraum	121060	Wohngeld	237
				1.52.05.01	Leistungen der Wohngeldstelle	237
1.53	Ver- und Entsorgung					240
1.53	Ver- und Entsorgung	1.53.01	Elektrizitätsversorgung	1.53.01.01	Elektrizitätsversorg., Konzessionsvertr.	243
		1.53.02	Gasversorgung	1.53.02.01	Gasversorgung, Konzessionsvertrag	245
		1.53.06	Abfallwirtschaft	120040	Abfallwirtschaft	247
				1.53.06.01	Aufgaben der Abfallwirtschaft	247
1.54	Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV					252
1.54	Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV	1.54.01	Öffentliche Verkehrsflächen	15015	Brücken	257
				15400	Gemeindestraßen	257
				15420	Buswartehäuser	257
				15475	Busbahnhof	257
				130000	Beitragswesen	257
				130030	Tiefbauwesen	257
				1.54.01.01	Straßenunterhaltung+Erschließungsanlagen	257
				1.54.01.08	Straßenbeleuchtung, Bereitst.+Betrieb	257
				1.54.01.09	Verkehrssteuerung-inkl.ÖPNV+Wartehallen	257

Inhaltsverzeichnis

Produktbereich		Produktgruppe		Produkt/Teilprodukt/Kostenstelle		Seite
		1.54.05	Parkeinrichtungen	15430	Parkplätze	279
		1.54.17	Straßenreinigung und Winterdienst	15405	Straßen Winterdienst	281
				1.54.17.02	Winterdienst	281
1.55	Natur- und Landschaftspflege					284
1.55	Natur- und Landschaftspflege	1.55.01	Öffentliches Grün	15380	Park-/Gartenanlagen	287
				15390	Grillhütte/Pavillon	287
		1.55.03	Wald- und Forst- und Landwirtschaft	15375	Schutzhütten	290
				15425	Wald-Wirtschaftswege	290
				15445	Landw. Nutzflächen	290
				15455	Forstwirtschaft	290
				1.55.03.01	Aufgaben der Land- und Forstwirtschaft	290
		1.55.04	Wasser und Wasserbau	15435	Wasserbau	295
				1.55.04.01	Maßnahmen d. Wasserwirtschaft/Wasserbau	295
		1.55.06	Friedhofswesen	1.55.06.01	Friedhofswesen / Ehrenfriedhöfe	298
1.56	Umweltschutz					301
1.56	Umweltschutz	1.56.02	Bes.Dienstleistungen im Umweltmanagement	15465	Öko Ausgleichsfläche	304
				1.56.02.01	Umweltmanagement	304
				1.56.02.02	Ökolog. Ausgleichsfl., Herrichtung+Pflege	304
		1.56.10	Regenerative Energienutzung	15005	Photovoltaik Rathaus	307
				1.56.10.01	Photovoltaikanlage Rathaus	307
				1.56.10.02	Blockheizkraftwerk Schulzentrum	307
1.57	Wirtschaftsförderung und Tourismus					309
1.57	Wirtschaftsförderung und Tourismus	1.57.01	Wirtschaftsförderung	1.57.01.01	Maßnahmen der Wirtschaftsförderung	312
		1.57.03	Öffentliche Einrichtungen	15335	Bürgerhaus Ellingen	316
				15337	DGH Siedenberg	316
				15340	DGH Wallerhausen	316
				1.57.03.01	Öff. Einrichtungen, Bereitstell.+Betrieb	316
1.61	Allgemeine Finanzwirtschaft					320
1.61	Allgemeine Finanzwirtschaft	1.61.01	Steuern, allg.Zuweisungen, allg.Umlagen	1900	Sonderposten-Aufl.61	323
				1.61.01.01	Steuern, allg. Zuweisungen, Umlagen	323
		1.61.02	Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft	1.61.02.01	Sonstige allg. Finanzwirtschaft	328

Alphabetisches Verzeichnis der Produkte, Produktbereiche und Kostenstellen

Produkt/Teilprodukt/Kostenstelle	P/KST-Ziffer	Produktgruppe	PG-Ziffer	Produktbereich	PB-Ziffer	Seite
Abfallwirtschaft	120040	Abfallwirtschaft	1.53.06	Ver- und Entsorgung	1.53	247
ADV	120025	Orga.Angeleg./technikunterst.Information	1.11.10	Innere Verwaltung	1.11	55
Allgemeine Finanzwirtschaft				Allgemeine Finanzwirtschaft	1.61	320
Am Eichhölzchen 33 (ehem. ObdlWh)	15451	Grundstücks- und Gebäudemanagement	1.11.13	Innere Verwaltung	1.11	62
Anh.Heinem. GM-2753	18329	Baubetriebshof	1.11.26	Innere Verwaltung	1.11	69
Anh.Schwartz GM-2843	18330	Baubetriebshof	1.11.26	Innere Verwaltung	1.11	69
ARGE/Hilfe z. Arbeit	121051	Sonstige soziale Hilfen und Leistungen	1.31.17	Soziale Hilfen	1.31	179
Astknacker GM-2560	18314	Baubetriebshof	1.11.26	Innere Verwaltung	1.11	69
Asylbewerberheim	15330	Soziale Einrichtungen	1.31.07	Soziale Hilfen	1.31	174
Asylbewerberunterkunft, Bereitstellung	1.31.07.01	Soziale Einrichtungen	1.31.07	Soziale Hilfen	1.31	174
Aufgaben der Abfallwirtschaft	1.53.06.01	Abfallwirtschaft	1.53.06	Ver- und Entsorgung	1.53	247
Aufgaben der Land- und Forstwirtschaft	1.55.03.01	Wald- und Forst- und Landwirtschaft	1.55.03	Natur- und Landschaftspflege	1.55	290
Aufsitzm. Husquarna	18339	Baubetriebshof	1.11.26	Innere Verwaltung	1.11	69
Aufsitzmäher	18332	Baubetriebshof	1.11.26	Innere Verwaltung	1.11	69
Aufsitzmäher Sport	17150	Bereitstellung, Betrieb von Sportanlagen	1.42.01	Sportförderung	1.42	210
Aussiedler/Asylbew.	121055	Hilfen für Asylbewerber	1.31.06	Soziale Hilfen	1.31	170
Bäderverwaltung	121035	Bereitstellung, Betrieb von Bädern	1.42.03	Sportförderung	1.42	215
Baggeraufs. GM-2050	18305	Baubetriebshof	1.11.26	Innere Verwaltung	1.11	69
Baubetriebshof (Vw)	130041	Baubetriebshof	1.11.26	Innere Verwaltung	1.11	69
Bauen und Wohnen				Bauen und Wohnen	1.52	228
Bauhof - 1 EUR-Jobs	1.11.06.05.03	Zentrale Dienste	1.11.06	Innere Verwaltung	1.11	39
Bauhof (Gebäude)	15011	Baubetriebshof	1.11.26	Innere Verwaltung	1.11	69
Bauhofleistungen für Betriebe+Externe	1.11.26.02	Baubetriebshof	1.11.26	Innere Verwaltung	1.11	69
Bauhofleistungen für Verwaltung	1.11.26.01	Baubetriebshof	1.11.26	Innere Verwaltung	1.11	69
Bauleitplanung (BPläne, FNP etc.)	1.51.01.01	Räumliche Planung	1.51.01	Räumliche Planung und Entwicklung	1.51	223
Bauordnung	130020	Maßnahmen der Bauaufsicht	1.52.01	Bauen und Wohnen	1.52	230
Beitragswesen	130000	Gemeindestraßen	1.54.01	Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV	1.54	257
Bereitstellung der Gesamtschule	1.21.05.01	Gesamtschulen	1.21.05	Schulträgeraufgaben	1.21	131
BHKW Schulzentrum	15101	Hauptschulen	1.21.02	Schulträgeraufgaben	1.21	121
Blockheizkraftwerk Schulzentrum	1.56.10.02	Regenerative Energienutzung	1.56.10	Umweltschutz	1.56	307
BM, BG, Sekretariat	110000	Verwaltungsführung	1.11.02	Innere Verwaltung	1.11	30
Brücken	15015	Gemeindestraßen	1.54.01	Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV	1.54	257
Büchereiverwaltung	121045	Bibliothek	1.25.08	Kultur	1.25	157
Bürgerhaus Ellingen	15335	Öffentliche Einrichtungen	1.57.03	Wirtschaftsförderung und Tourismus	1.57	316
Busbahnhof	15475	Gemeindestraßen	1.54.01	Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV	1.54	257
Buswartehäuser	15420	Gemeindestraßen	1.54.01	Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV	1.54	257

Alphabetisches Verzeichnis der Produkte, Produktbereiche und Kostenstellen

Produkt/Teilprodukt/Kostenstelle	P/KST-Ziffer	Produktgruppe	PG-Ziffer	Produktbereich	PB-Ziffer	Seite
Carraro GM-2911	18320	Baubetriebshof	1.11.26	Innere Verwaltung	1.11	69
Denkmalschutz und Denkmalpflege	1.52.03	Denkmalschutz und Denkmalpflege	1.52.03	Bauen und Wohnen	1.52	233
DGH Siedenberg	15337	Öffentliche Einrichtungen	1.57.03	Wirtschaftsförderung und Tourismus	1.57	316
DGH Wallerhausen	15340	Öffentliche Einrichtungen	1.57.03	Wirtschaftsförderung und Tourismus	1.57	316
Dienstleistungen der Bücherei	1.25.08.01	Bibliothek	1.25.08	Kultur	1.25	157
Doppelvibr. Bomag	18326	Baubetriebshof	1.11.26	Innere Verwaltung	1.11	69
Durchführung von Wahlen	1.12.14.01	Wahlen	1.12.14	Sicherheit und Ordnung	1.12	99
Einwohner-/Meldeangelegenheiten	1.12.10.01	Einwohnerangelegenheiten	1.12.10	Sicherheit und Ordnung	1.12	91
Einwohnermeldewesen	121010	Einwohnerangelegenheiten	1.12.10	Sicherheit und Ordnung	1.12	91
Elektrizitätsversorg., Konzessionsvertr.	1.53.01.01	Elektrizitätsversorgung	1.53.01	Ver- und Entsorgung	1.53	243
Fachschule Wissen	1.21.07.01	Berufskolleg	1.21.07	Schulträgeraufgaben	1.21	138
Fahrz.+Ausr.FW Holpe	17280	Gefahrenabwehr	1.12.15	Sicherheit und Ordnung	1.12	102
Fahrz.+Ausr.FW Lich.	17240	Gefahrenabwehr	1.12.15	Sicherheit und Ordnung	1.12	102
Fahrz.+Ausr.FW Mors.	17200	Gefahrenabwehr	1.12.15	Sicherheit und Ordnung	1.12	102
Fahrz.+Ausr.FW Wend.	17260	Gefahrenabwehr	1.12.15	Sicherheit und Ordnung	1.12	102
Fahrzeuge Schulen	17100	Zentrale schulbez.Leistungen Schulträger	1.21.10	Schulträgeraufgaben	1.21	143
Fahrzeuge Verwaltung	17000	Zentrale Dienste	1.11.06	Innere Verwaltung	1.11	39
FFw Morsbach, Gefahrenabwehr etc.	1.12.15.01	Gefahrenabwehr	1.12.15	Sicherheit und Ordnung	1.12	102
Finanz- und Rechnungswesen	1.11.09.01	Finanzmanagement und Rechnungswesen	1.11.09	Innere Verwaltung	1.11	51
Finanzwesen	120015	Finanzmanagement und Rechnungswesen	1.11.09	Innere Verwaltung	1.11	51
Förderschulen Waldbröl (ZV) und Wissen	1.21.06.01	Förderschulen	1.21.06	Schulträgeraufgaben	1.21	135
Förderung v. Kindern in Kindertageseinr.	1.36.01.02	Förderung v.Kindern in Tageseinrichtunge	1.36.01	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	1.36	186
Forstwirtschaft	15455	Wald- und Forst- und Landwirtschaft	1.55.03	Natur- und Landschaftspflege	1.55	290
Freibad	15200	Bereitstellung, Betrieb von Bädern	1.42.03	Sportförderung	1.42	215
Freibad, Bereitstellung und Betrieb	1.42.03.01	Bereitstellung, Betrieb von Bädern	1.42.03	Sportförderung	1.42	215
Freischneider	18335	Baubetriebshof	1.11.26	Innere Verwaltung	1.11	69
Friedhofswesen / Ehrenfriedhöfe	1.55.06.01	Friedhofswesen	1.55.06	Natur- und Landschaftspflege	1.55	298
FWGH Holpe	15265	Gefahrenabwehr	1.12.15	Sicherheit und Ordnung	1.12	102
FWGH Lichtenberg	15255	Gefahrenabwehr	1.12.15	Sicherheit und Ordnung	1.12	102
FWGH Morsbach	15250	Gefahrenabwehr	1.12.15	Sicherheit und Ordnung	1.12	102
FWGH Wendershagen	15260	Gefahrenabwehr	1.12.15	Sicherheit und Ordnung	1.12	102
Gasversorgung, Konzessionsvertrag	1.53.02.01	Gasversorgung	1.53.02	Ver- und Entsorgung	1.53	245
Gebäudemanagement	130010	Grundstücks- und Gebäudemanagement	1.11.13	Innere Verwaltung	1.11	62
Gemeindekasse	120045	Finanzmanagement und Rechnungswesen	1.11.09	Innere Verwaltung	1.11	51
Gemeindeplanung	130015	Räumliche Planung	1.51.01	Räumliche Planung und Entwicklung	1.51	223
Gemeindestraßen	15400	Gemeindestraßen	1.54.01	Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV	1.54	257

Alphabetisches Verzeichnis der Produkte, Produktbereiche und Kostenstellen

Produkt/Teilprodukt/Kostenstelle	P/KST-Ziffer	Produktgruppe	PG-Ziffer	Produktbereich	PB-Ziffer	Seite
Gesamtergebnisplan						15
Gesamtfinanzplan						17
Gesamtschule	15160	Gesamtschulen	1.21.05	Schulträgeraufgaben	1.21	131
Geschäftsführung MEG	1.11.02.02	Verwaltungsführung	1.11.02	Innere Verwaltung	1.11	30
Gesundheitsdienste				Gesundheitsdienste	1.41	204
Gewerbewesen (+Überwachung v. Betrieben)	1.12.02.01	Gewerbewesen	1.12.02	Sicherheit und Ordnung	1.12	85
GGs Lichtenberg	15155	Grundschulen	1.21.01	Schulträgeraufgaben	1.21	116
GGs Lichtenberg, Schulische Einrichtung	1.21.01.03	Grundschulen	1.21.01	Schulträgeraufgaben	1.21	116
GGs Morsb.-Holpe, Schulische Einrichtung	1.21.01.02	Grundschulen	1.21.01	Schulträgeraufgaben	1.21	116
GGs Morsbach, Schulische Einrichtung	1.21.01.01	Grundschulen	1.21.01	Schulträgeraufgaben	1.21	116
Gleichstellungsangelegenheiten	1.11.03.01	Gleichstellung von Frau und Mann	1.11.03	Innere Verwaltung	1.11	34
Grillhütte/Pavillon	15390	Öffentliches Grün	1.55.01	Natur- und Landschaftspflege	1.55	287
Grundschule Holpe	15145	Grundschulen	1.21.01	Schulträgeraufgaben	1.21	116
Gymnasium Wissen (Pendlar)	1.21.04.01	Gymnasien	1.21.04	Schulträgeraufgaben	1.21	129
Häcksler GM-2400	18315	Baubetriebshof	1.11.26	Innere Verwaltung	1.11	69
Häcksler GM-MB 8150	18345	Baubetriebshof	1.11.26	Innere Verwaltung	1.11	69
Hallenbad	15130	Bereitstellung, Betrieb von Bädern	1.42.03	Sportförderung	1.42	215
Hallenbad, Bereitstellung und Betrieb	1.42.03.02	Bereitstellung, Betrieb von Bädern	1.42.03	Sportförderung	1.42	215
Handwalze Bomag BW	18325	Baubetriebshof	1.11.26	Innere Verwaltung	1.11	69
Hauptschule	15100	Hauptschulen	1.21.02	Schulträgeraufgaben	1.21	121
Hauptschule, Schulische Einrichtung	1.21.02.01	Hauptschulen	1.21.02	Schulträgeraufgaben	1.21	121
Heimat- und Kulturpflege	1.25.02.01	Kulturförderung	1.25.02	Kultur	1.25	153
Hilfe nach Asylbewerberleistungsgesetz	1.31.06.01	Hilfen für Asylbewerber	1.31.06	Soziale Hilfen	1.31	170
Hilfsmittel Bauhof	18344	Baubetriebshof	1.11.26	Innere Verwaltung	1.11	69
Imbiss Sportplatz	15369	Grundstücks- und Gebäudemanagement	1.11.13	Innere Verwaltung	1.11	62
Innere Verwaltung				Innere Verwaltung	1.11	20
IT-Ausstattung	16000	Orga.Angeleg./technikunterst.Information	1.11.10	Innere Verwaltung	1.11	55
IT-Leistungen der ADV	1.11.10.01	Orga.Angeleg./technikunterst.Information	1.11.10	Innere Verwaltung	1.11	55
JCB Fastrac GM-2560	18310	Baubetriebshof	1.11.26	Innere Verwaltung	1.11	69
Jugendarbeit	121065	Jugendarbeit	1.36.03	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	1.36	197
Jugendeinrichtungen	1.36.04.01	Einrichtungen der Jugendarbeit	1.36.04	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	1.36	199
Jugendzentrum	15135	Einrichtungen der Jugendarbeit	1.36.04	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	1.36	199
Kath. Grundschule	15110	Grundschulen	1.21.01	Schulträgeraufgaben	1.21	116
Kfm. Leitung	120020	Finanzmanagement und Rechnungswesen	1.11.09	Innere Verwaltung	1.11	51
KiGa DRK Lichtenberg	15320	Tageseinrichtungen für Kinder	1.36.02	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	1.36	190
KiGa Hahner Straße	15310	Tageseinrichtungen für Kinder	1.36.02	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	1.36	190

Alphabetisches Verzeichnis der Produkte, Produktbereiche und Kostenstellen

Produkt/Teilprodukt/Kostenstelle	P/KST-Ziffer	Produktgruppe	PG-Ziffer	Produktbereich	PB-Ziffer	Seite
KiGa JUH Holpe	15315	Tageseinrichtungen für Kinder	1.36.02	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	1.36	190
Kinder- und Jugendarbeit	1.36.03.01	Jugendarbeit	1.36.03	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	1.36	197
Kinder-, Jugend- und Familienhilfe				Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	1.36	182
Kindergartenverw.	121030	Förderung v.Kindern in Tageseinrichtunge	1.36.01	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	1.36	186
Kinderspielflächen	15370	Einrichtungen der Jugendarbeit	1.36.04	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	1.36	199
Kindertageseinrichtungen	1.36.02.01	Tageseinrichtungen für Kinder	1.36.02	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	1.36	190
Kleingeräte	18337	Baubetriebshof	1.11.26	Innere Verwaltung	1.11	69
Krankenhausumlage	1.41.05.01	Krankenhäuser	1.41.05	Gesundheitsdienste	1.41	205
Kultur				Kultur	1.25	150
Kulturobjekte	15460	Kulturförderung	1.25.02	Kultur	1.25	153
Landw. Nutzflächen	15445	Wald- und Forst- und Landwirtschaft	1.55.03	Natur- und Landschaftspflege	1.55	290
Leistungen der Wohngeldstelle	1.52.05.01	Subjektbezogene Förderung für Wohnraum	1.52.05	Bauen und Wohnen	1.52	237
Leistungszulage	190000	Personalmanagement	1.11.08	Innere Verwaltung	1.11	47
Liegenschaftsmanag.	130005	Grundstücks- und Gebäudemanagement	1.11.13	Innere Verwaltung	1.11	62
Liegenschaftsmanagement	1.11.13.02	Grundstücks- und Gebäudemanagement	1.11.13	Innere Verwaltung	1.11	62
Liegenschaftsmanagement - extern	1.11.13.02.02	Grundstücks- und Gebäudemanagement	1.11.13	Innere Verwaltung	1.11	62
Liegenschaftsmanagement - intern	1.11.13.02.01	Grundstücks- und Gebäudemanagement	1.11.13	Innere Verwaltung	1.11	62
LKW Dreiseitenkipper	18351	Baubetriebshof	1.11.26	Innere Verwaltung	1.11	69
Löschgrp.Wendershagen, Gefahrenabw.etc.	1.12.15.01.03	Gefahrenabwehr	1.12.15	Sicherheit und Ordnung	1.12	102
Löschgruppe Holpe, Gefahrenabwehr etc.	1.12.15.01.04	Gefahrenabwehr	1.12.15	Sicherheit und Ordnung	1.12	102
Löschwasserversorg.	17290	Gefahrenabwehr	1.12.15	Sicherheit und Ordnung	1.12	102
Löschzug Lichtenberg, Gefahrenabw. etc.	1.12.15.01.02	Gefahrenabwehr	1.12.15	Sicherheit und Ordnung	1.12	102
Löschzug Morsbach, Gefahrenabwehr etc.	1.12.15.01.01	Gefahrenabwehr	1.12.15	Sicherheit und Ordnung	1.12	102
Maßnahmen d. Wasserversorgung/Wasserbau	1.55.04.01	Wasser und Wasserbau	1.55.04	Natur- und Landschaftspflege	1.55	295
Maßnahmen der Wirtschaftsförderung	1.57.01.01	Wirtschaftsförderung	1.57.01	Wirtschaftsförderung und Tourismus	1.57	312
Mensa, Bereitstellung+Betrieb (GHS)	1.21.02.02	Hauptschulen	1.21.02	Schulträgeraufgaben	1.21	121
Motors.,Hochenta,Sc.	18334	Baubetriebshof	1.11.26	Innere Verwaltung	1.11	69
MW DGH Wallerhausen	15360	Grundstücks- und Gebäudemanagement	1.11.13	Innere Verwaltung	1.11	62
MW FWGH Lichtenberg	15355	Grundstücks- und Gebäudemanagement	1.11.13	Innere Verwaltung	1.11	62
MW FWGH Morsbach	15365	Grundstücks- und Gebäudemanagement	1.11.13	Innere Verwaltung	1.11	62
MWH Lichtenberg	15345	Grundstücks- und Gebäudemanagement	1.11.13	Innere Verwaltung	1.11	62
Natur- und Landschaftspflege				Natur- und Landschaftspflege	1.55	284
Neuanschaffungen	18399	Baubetriebshof	1.11.26	Innere Verwaltung	1.11	69
Obdachlosenheim	15325	Soziale Einrichtungen	1.31.07	Soziale Hilfen	1.31	174
Obdachlosenwohnheim, Bereitstellung	1.31.07.02	Soziale Einrichtungen	1.31.07	Soziale Hilfen	1.31	174
Öff. Einrichtungen, Bereitstell.+Betrieb	1.57.03.01	Öffentliche Einrichtungen	1.57.03	Wirtschaftsförderung und Tourismus	1.57	316

Alphabetisches Verzeichnis der Produkte, Produktbereiche und Kostenstellen

Produkt/Teilprodukt/Kostenstelle	P/KST-Ziffer	Produktgruppe	PG-Ziffer	Produktbereich	PB-Ziffer	Seite
Offene Ganztagschulen Morsbach	1.21.10.02	Zentrale schulbez.Leistungen Schulträger	1.21.10	Schulträgeraufgaben	1.21	143
Öffentliche Ordnung	121000	Allgemeine Sicherheit und Ordnung	1.12.01	Sicherheit und Ordnung	1.12	81
OGS Holpe	1.21.10.02.03	Zentrale schulbez.Leistungen Schulträger	1.21.10	Schulträgeraufgaben	1.21	143
OGS Holpe (Anbau)	15146	Zentrale schulbez.Leistungen Schulträger	1.21.10	Schulträgeraufgaben	1.21	143
OGS Lichtenberg	1.21.10.02.02	Zentrale schulbez.Leistungen Schulträger	1.21.10	Schulträgeraufgaben	1.21	143
OGS Lichtenberg (WH)	15156	Zentrale schulbez.Leistungen Schulträger	1.21.10	Schulträgeraufgaben	1.21	143
OGS Morsb.(Pavillon)	15111	Zentrale schulbez.Leistungen Schulträger	1.21.10	Schulträgeraufgaben	1.21	143
OGS Morsbach	1.21.10.02.01	Zentrale schulbez.Leistungen Schulträger	1.21.10	Schulträgeraufgaben	1.21	143
Öko Ausgleichsfläche	15465	Bes.Dienstleistungen im Umweltmanagement	1.56.02	Umweltschutz	1.56	304
Ökolog. Ausgleichsfl.,Herrichtung+Pflege	1.56.02.02	Bes.Dienstleistungen im Umweltmanagement	1.56.02	Umweltschutz	1.56	304
Ordnungswesen (allg. Sicherheit+Ordnung)	1.12.01.01	Allgemeine Sicherheit und Ordnung	1.12.01	Sicherheit und Ordnung	1.12	81
Örtliche Bauaufsicht und Bauordnung	1.52.01.01	Maßnahmen der Bauaufsicht	1.52.01	Bauen und Wohnen	1.52	230
Park-/Gartenanlagen	15380	Öffentliches Grün	1.55.01	Natur- und Landschaftspflege	1.55	287
Parkplätze	15430	Parkeinrichtungen	1.54.05	Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV	1.54	279
Personalmanagement (Steuerung+Betreuung)	1.11.08.01	Personalmanagement	1.11.08	Innere Verwaltung	1.11	47
Personalratsangelegenheiten (+SchwBeh.)	1.11.04.01	Beschäftigtenvertretung	1.11.04	Innere Verwaltung	1.11	37
Personalwesen	120010	Personalmanagement	1.11.08	Innere Verwaltung	1.11	47
Personenstandswesen	1.12.11.01	Personenstandsangelegenheiten	1.12.11	Sicherheit und Ordnung	1.12	94
Pflegeberatung	1.31.05.06	Sozialhilfeleistungen	1.31.05	Soziale Hilfen	1.31	166
Photovoltaik Rathaus	15005	Regenerative Energienutzung	1.56.10	Umweltschutz	1.56	307
Photovoltaikanlage Rathaus	1.56.10.01	Regenerative Energienutzung	1.56.10	Umweltschutz	1.56	307
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	1.11.07.01	Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	1.11.07	Innere Verwaltung	1.11	44
Radlader JCB 407 B	18309	Baubetriebshof	1.11.26	Innere Verwaltung	1.11	69
Rasenmäher	18333	Baubetriebshof	1.11.26	Innere Verwaltung	1.11	69
Rasensportplatz	15125	Bereitstellung, Betrieb von Sportanlagen	1.42.01	Sportförderung	1.42	210
Rathaus	15000	Zentrale Dienste	1.11.06	Innere Verwaltung	1.11	39
Ratsbüro	120005	Politische Gremien	1.11.01	Innere Verwaltung	1.11	25
Räumliche Planung und Entwicklung				Räumliche Planung und Entwicklung	1.51	220
Realschule	15105	Realschulen	1.21.03	Schulträgeraufgaben	1.21	125
Realschule, Schulische Einrichtung	1.21.03.01	Realschulen	1.21.03	Schulträgeraufgaben	1.21	125
ruhender Verkehr	15470	Verkehrsangelegenheiten	1.12.07	Sicherheit und Ordnung	1.12	88
Schlepper GM-MB 8153	18352	Baubetriebshof	1.11.26	Innere Verwaltung	1.11	69
Schneepflug GM-2050	18308	Baubetriebshof	1.11.26	Innere Verwaltung	1.11	69
Schneepflug GM-2560	18312	Baubetriebshof	1.11.26	Innere Verwaltung	1.11	69
Schneepflug GM-2779	18303	Baubetriebshof	1.11.26	Innere Verwaltung	1.11	69
Schülerbeförderung, Verwaltungsaufgaben	1.21.08.01	Schülerbeförderung	1.21.08	Schulträgeraufgaben	1.21	140

Alphabetisches Verzeichnis der Produkte, Produktbereiche und Kostenstellen

Produkt/Teilprodukt/Kostenstelle	P/KST-Ziffer	Produktgruppe	PG-Ziffer	Produktbereich	PB-Ziffer	Seite
Schulträgeraufgaben				Schulträgeraufgaben	1.21	113
Schulturnhalle Holpe	15150	Bereitstellung, Betrieb von Sportanlagen	1.42.01	Sportförderung	1.42	210
Schulverwaltung	121025	Zentrale schulbez.Leistungen Schulträger	1.21.10	Schulträgeraufgaben	1.21	143
Schutzhütten	15375	Wald- und Forst- und Landwirtschaft	1.55.03	Natur- und Landschaftspflege	1.55	290
Sicherheit und Ordnung				Sicherheit und Ordnung	1.12	77
Sonderposten-Aufl.61	1900	Steuern, allg.Zuweisungen, allg.Umlagen	1.61.01	Allgemeine Finanzwirtschaft	1.61	323
Sonstige allg. Finanzwirtschaft	1.61.02.01	Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft	1.61.02	Allgemeine Finanzwirtschaft	1.61	328
Sonstige Liegensch.	15450	Grundstücks- und Gebäudemanagement	1.11.13	Innere Verwaltung	1.11	62
Sonstige schulische Aufgaben	1.21.10.01	Zentrale schulbez.Leistungen Schulträger	1.21.10	Schulträgeraufgaben	1.21	143
Sonstige soziale Hilfen und Leistungen	1.31.17.01	Sonstige soziale Hilfen und Leistungen	1.31.17	Soziale Hilfen	1.31	179
Soziale Hilfen				Soziale Hilfen	1.31	164
Sozialhilfe	121050	Sozialhilfeleistungen	1.31.05	Soziale Hilfen	1.31	166
Sozialhilfeleistungen	1.31.05.01	Sozialhilfeleistungen	1.31.05	Soziale Hilfen	1.31	166
Sportaußenanlagen, Bereitstell.+Betrieb	1.42.01.03	Bereitstellung, Betrieb von Sportanlagen	1.42.01	Sportförderung	1.42	210
Sportförderung				Sportförderung	1.42	207
Sportpl. Wallerhsn.	15215	Bereitstellung, Betrieb von Sportanlagen	1.42.01	Sportförderung	1.42	210
Sportpl."Auf der Au"	15205	Bereitstellung, Betrieb von Sportanlagen	1.42.01	Sportförderung	1.42	210
Sportplatz Holpe	15210	Bereitstellung, Betrieb von Sportanlagen	1.42.01	Sportförderung	1.42	210
Stampfer, Stemmer	18336	Baubetriebshof	1.11.26	Innere Verwaltung	1.11	69
Standesamt	121020	Personenstandsangelegenheiten	1.12.11	Sicherheit und Ordnung	1.12	94
Steuern und Abgaben	120035	Finanzmanagement und Rechnungswesen	1.11.09	Innere Verwaltung	1.11	51
Steuern, allg. Zuweisungen, Umlagen	1.61.01.01	Steuern, allg.Zuweisungen, allg.Umlagen	1.61.01	Allgemeine Finanzwirtschaft	1.61	323
Straßen Winterdienst	15405	Straßenreinigung und Winterdienst	1.54.17	Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV	1.54	281
Straßenbeleuchtung, Bereitst.+Betrieb	1.54.01.08	Gemeindestraßen	1.54.01	Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV	1.54	257
Straßenunterhaltung+Erschließungsanlagen	1.54.01.01	Gemeindestraßen	1.54.01	Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV	1.54	257
Streuaut. GM-2779	18302	Baubetriebshof	1.11.26	Innere Verwaltung	1.11	69
Streuautomat GM-2050	18307	Baubetriebshof	1.11.26	Innere Verwaltung	1.11	69
Streuer GM-2911	18322	Baubetriebshof	1.11.26	Innere Verwaltung	1.11	69
Streuer JCB GM-2560	18348	Baubetriebshof	1.11.26	Innere Verwaltung	1.11	69
Thermocont. GM-2779	18301	Baubetriebshof	1.11.26	Innere Verwaltung	1.11	69
Tiefbauwesen	130030	Gemeindestraßen	1.54.01	Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV	1.54	257
Toyota, Typ N16/17	18342	Baubetriebshof	1.11.26	Innere Verwaltung	1.11	69
Transport GM-MB 8151	18350	Baubetriebshof	1.11.26	Innere Verwaltung	1.11	69
Transporter GM-2267	18349	Baubetriebshof	1.11.26	Innere Verwaltung	1.11	69
Turn-/Sporthallen, Bereitstell.+Betrieb	1.42.01.01	Bereitstellung, Betrieb von Sportanlagen	1.42.01	Sportförderung	1.42	210
Turnhalle A	15115	Bereitstellung, Betrieb von Sportanlagen	1.42.01	Sportförderung	1.42	210

Alphabetisches Verzeichnis der Produkte, Produktbereiche und Kostenstellen

Produkt/Teilprodukt/Kostenstelle	P/KST-Ziffer	Produktgruppe	PG-Ziffer	Produktbereich	PB-Ziffer	Seite
Turnhalle B	15120	Bereitstellung, Betrieb von Sportanlagen	1.42.01	Sportförderung	1.42	210
Turnhalle C	15140	Bereitstellung, Betrieb von Sportanlagen	1.42.01	Sportförderung	1.42	210
Umweltmanagement	1.56.02.01	Bes.Dienstleistungen im Umweltmanagement	1.56.02	Umweltschutz	1.56	304
Umweltschutz				Umweltschutz	1.56	301
Unimog GM-2050	18304	Baubetriebshof	1.11.26	Innere Verwaltung	1.11	69
Unterstützung politischer Gremien	1.11.01.01	Politische Gremien	1.11.01	Innere Verwaltung	1.11	25
Ver- und Entsorgung				Ver- und Entsorgung	1.53	240
Verfüungsmittel BM	1.11.02.01.01	Verwaltungsführung	1.11.02	Innere Verwaltung	1.11	30
Verkehrsangelegenheiten	1.12.07.01	Verkehrsangelegenheiten	1.12.07	Sicherheit und Ordnung	1.12	88
Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV				Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV	1.54	252
Verkehrssteuerung-inkl.ÖPNV+Wartehallen	1.54.01.09	Gemeindestraßen	1.54.01	Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV	1.54	257
Versicherungs- u. Rechtsangelegenheiten	1.11.11.01	Recht/Versicherungen	1.11.11	Innere Verwaltung	1.11	60
Verwaltungsführung (inkl. Organisation)	1.11.02.01.02	Verwaltungsführung	1.11.02	Innere Verwaltung	1.11	30
VW Kipper GM-2115	18341	Baubetriebshof	1.11.26	Innere Verwaltung	1.11	69
VW TDI GM-2811	18317	Baubetriebshof	1.11.26	Innere Verwaltung	1.11	69
Wald-Wirtschaftswege	15425	Wald- und Forst- und Landwirtschaft	1.55.03	Natur- und Landschaftspflege	1.55	290
Walze Bomag BW 100	18323	Baubetriebshof	1.11.26	Innere Verwaltung	1.11	69
Walze Ruthemeyer 8t	18324	Baubetriebshof	1.11.26	Innere Verwaltung	1.11	69
Wasserbau	15435	Wasser und Wasserbau	1.55.04	Natur- und Landschaftspflege	1.55	295
Werkleitung (WW + AWW)	1.11.02.03	Verwaltungsführung	1.11.02	Innere Verwaltung	1.11	30
Winterdienst	1.54.17.02	Straßenreinigung und Winterdienst	1.54.17	Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV	1.54	281
Wirtschaftsförderung und Tourismus				Wirtschaftsförderung und Tourismus	1.57	309
Wohngeld	121060	Subjektbezogene Förderung für Wohnraum	1.52.05	Bauen und Wohnen	1.52	237
Wohnungsbauförderung	1.52.04.01	Wohnungsbauförderung	1.52.04	Bauen und Wohnen	1.52	235
Zentrale Dienste	120030	Zentrale Dienste	1.11.06	Innere Verwaltung	1.11	39
Zentraler Service	1.11.06.01	Zentrale Dienste	1.11.06	Innere Verwaltung	1.11	39
Zentrales Gebäudemanagement	1.11.13.01	Grundstücks- und Gebäudemanagement	1.11.13	Innere Verwaltung	1.11	62
ZGM - externe Leistungen (Mietwhg. etc.)	1.11.13.01.02	Grundstücks- und Gebäudemanagement	1.11.13	Innere Verwaltung	1.11	62
ZGM - interne Leistungen	1.11.13.01.01	Grundstücks- und Gebäudemanagement	1.11.13	Innere Verwaltung	1.11	62
ZGM-Schulhausmeister	130011	Grundstücks- und Gebäudemanagement	1.11.13	Innere Verwaltung	1.11	62

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Bukowski, Jörg



Gesamtergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
1	Steuern und ähnliche Abgaben	-7.867.245	-10.889.600	-11.575.100	-12.333.100	-13.192.100	-13.878.100
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-2.582.217	-3.585.988	-4.317.793	-2.515.285	-2.429.478	-2.347.707
3	+ Sonstige Transfererträge	-8.791					
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-1.137.514	-1.126.862	-1.196.871	-1.053.751	-1.065.435	-1.075.782
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-221.121	-238.590	-251.420	-251.935	-252.455	-252.981
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-449.024	-420.840	-460.120	-414.547	-429.076	-436.455
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-1.831.638	-561.040	-641.300	-682.310	-723.320	-674.330
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	-608		-52.617	-1.000	-1.000	-1.000
9	+/- Bestandsveränderungen						
10	= Ordentliche Erträge	-14.098.158	-16.822.920	-18.495.221	-17.251.928	-18.092.864	-18.666.355
11	- Personalaufwendungen	3.569.544	3.610.496	3.696.735	3.678.108	3.654.595	3.691.144
12	- Versorgungsaufwendungen	775.314					
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	3.403.030	3.336.174	3.213.967	3.041.997	3.132.333	3.030.273
14	- Bilanzielle Abschreibungen	2.429.144	2.324.476	2.407.518	2.514.719	2.520.806	2.492.355
15	- Transferaufwendungen	8.686.155	8.928.457	9.763.019	9.677.185	9.893.842	10.173.372
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	853.327	747.487	739.932	709.705	730.431	735.303
17	= Ordentliche Aufwendungen	19.716.515	18.947.090	19.821.171	19.621.714	19.932.006	20.122.447
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	5.618.358	2.124.170	1.325.950	2.369.786	1.839.142	1.456.092

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Bukowski, Jörg



Gesamtergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
19	+ Finanzerträge	-57.326	-156.520	-116.520	-113.025	-110.530	-110.035
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	194.196	208.100	206.000	209.900	214.325	223.091
21	= Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)	136.870	51.580	89.480	96.875	103.795	113.056
22	= Ordentliches Ergebnis (Zeilen 18 und 21)	5.755.228	2.175.750	1.415.430	2.466.661	1.942.937	1.569.148
23	+ Außerordentliche Erträge						
24	- Außerordentliche Aufwendungen						
25	= Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 23 und 24)						
26	= Jahresergebnis (= Zeilen 22 und 25)	5.755.228	2.175.750	1.415.430	2.466.661	1.942.937	1.569.148

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Bukowski, Jörg



Gesamtfinanzplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
1	Steuern und ähnliche Abgaben	-8.158.075	-10.889.600	-11.575.100	-12.333.100	-13.192.100	-13.878.100
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-1.962.330	-2.987.424	-3.655.830	-1.753.056	-1.592.285	-1.468.845
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	-10.019					
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-857.532	-975.436	-1.032.013	-898.384	-904.928	-911.537
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-311.613	-238.590	-251.420	-251.935	-252.455	-252.981
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-490.560	-420.840	-460.120	-414.547	-429.076	-436.455
7	+ Sonstige Einzahlungen	473.899	-471.040	-480.300	-480.310	-480.320	-480.330
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	-161.216	-156.520	-116.520	-113.025	-110.530	-110.035
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-11.477.445	-16.139.450	-17.571.303	-16.244.357	-16.961.694	-17.538.283
10	- Personalauszahlungen	3.249.093	3.333.396	3.487.735	3.522.618	3.502.600	3.537.629
11	- Versorgungsauszahlungen						
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	2.907.565	3.324.174	3.207.967	3.035.937	3.126.213	3.024.093
13	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	198.684	208.100	206.000	209.900	214.325	223.091
14	- Transferauszahlungen	8.713.356	8.928.457	9.763.019	9.677.185	9.893.842	10.173.372
15	- sonstige Auszahlungen	718.777	747.487	739.932	709.705	730.431	735.303
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	15.787.475	16.541.614	17.404.653	17.155.345	17.467.411	17.693.488
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (9 ./ 16)	4.310.029	402.164	-166.650	910.988	505.716	155.205

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Bukowski, Jörg



Gesamtfinanzplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
18	+ Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	-1.191.949	-2.909.041	-2.047.499	-1.045.081	-777.342	-766.888
19	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	-1.102.567	-470.194	-408.408	-382.000	-5.000	-7.000
20	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen		-767.411				
21	+ Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten	-132.083	-155.000		-524.802	-171.500	-258.380
22	+ sonstige Investitionseinzahlungen						
23	= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	-2.426.598	-4.301.646	-2.455.907	-1.951.883	-953.842	-1.032.268
24	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken/Gebäuden	161.159	1.619.616	50.000	15.000	15.000	15.000
25	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	805.880	2.538.110	3.421.840	1.728.200	664.000	597.000
26	- Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	428.650	366.132	334.522	579.140	102.303	161.005
27	- Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	14.846					
28	- Auszahlungen für Erwerb von aktivierbaren Zuwendungen	126.000					
29	- Sonstige Investitionsauszahlungen	10.409	11.400	137.500			2.600
30	= Auszahlungen aus Investitionstätigkeiten	1.546.944	4.535.258	3.943.862	2.322.340	781.303	775.605
31	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Zeilen 23 und 30)	-879.654	233.612	1.487.955	370.457	-172.539	-256.663
32	= Finanzmittelüberschuß / -fehlbetrag (17 und 31)	3.430.375	635.776	1.321.305	1.281.445	333.177	-101.458

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Bukowski, Jörg



Gesamtfinanzplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
33	+ Aufnahme und Rückflüsse von Darlehen	-1.688.364	-234.022	-1.488.365	-370.867	-410	-410
34	- Tilgung und Gewährung von Darlehen	1.787.240	96.738	98.571	100.486	102.484	104.572
35	= Saldo aus Finanzierungstätigkeit	98.876	-137.284	-1.389.794	-270.381	102.074	104.162
36	= Änderung des Bestands an eigenen Finanzmitteln (= Zeilen 32 und 35)	3.529.251	498.492	-68.489	1.011.064	435.251	2.704
37	+ Anfangsbestand an Finanzmitteln	-4.697.397	-1.168.146	-669.654	-738.143	272.921	708.172
38	= Liquide Mittel (= Zeilen 36 und 37)	-1.168.146	-669.654	-738.143	272.921	708.172	710.876

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Bukowski, Jörg**1.11 Innere Verwaltung**

PRODUKTBEREICH	PRODUKTGRUPPE		PRODUKT / TEILPRODUKT	
1.11 Innere Verwaltung	1.11.01	Politische Gremien	1.11.01.01	Unterstützung politischer Gremien
	1.11.02	Verwaltungsführung	1.11.02.01	Verwaltungsführung (inkl. Organisation)
			1.11.02.01.01	Verfügun gsmittel BM
			1.11.02.01.02	Verwaltungsführung (inkl. Organisation)
			1.11.02.02	Geschäftsführung Eigenbetrie be / MEG
	1.11.03	Gleichstellung von Frau und Mann	1.11.03.01	Gleichstellungsangelegenheiten
	1.11.04	Beschäftigtenvertretung	1.11.04.01	Personalratsangelegenheiten (+SchwBeh.)
	1.11.06	Zentrale Dienste	1.11.06.01	Zentraler Service
	1.11.07	Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	1.11.07.01	Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
	1.11.08	Personalmanagement	1.11.08.01	Personalmanagement (Steuerung+Betreuung)
	1.11.09	Finanzmanagement und Rechnungswesen	1.11.09.01	Finanz- und Rechnungswesen
	1.11.10	Technikunterstützte Informationsverarb.	1.11.10.01	IT-Leistungen der ADV
	1.11.11	Recht	1.11.11.01	Versicherungs- u. Rechtsangelegenheiten
	1.11.13	Grundstücks- und Gebäudemanagement	1.11.13.01	Zentrales Gebäudemanagement
			1.11.13.01.01	ZGM - interne Leistungen
			1.11.13.01.02	ZGM - externe Leistungen (Mietwhg. etc.)
			1.11.13.02	Liegenschaftsmanagement
			1.11.13.02.01	Liegenschaftsmanagement - intern
			1.11.13.02.02	Liegenschaftsmanagement – extern
	1.11.26	Baubetriebshof	1.11.26.01	Bauhofleistungen für Verwaltung
			1.11.26.02	Bauhofleistungen für Betriebe+Externe
			1.11.26.03	Bauhof - 1-Euro-Job Beschäftigung

Haushaltsplan 2011**1.11 Innere Verwaltung**

verantwortlich:

Bukowski, Jörg



Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-30.990	-21.878	-18.601	-16.825	-15.864	-13.719
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-16					
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-62.783	-64.550	-69.400	-69.605	-69.812	-70.021
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-206.298	-194.600	-195.990	-197.933	-199.894	-201.874
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-1.045.057	-150.300	-221.400	-262.410	-303.420	-254.430
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	-608		-52.617	-1.000	-1.000	-1.000
10	= Ordentliche Erträge	-1.345.750	-431.328	-558.008	-547.773	-589.990	-541.044
11	- Personalaufwendungen	2.535.581	2.421.956	2.444.231	2.413.078	2.385.921	2.409.782
12	- Versorgungsaufwendungen	775.314					
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	272.224	295.335	279.216	268.116	270.778	273.461
14	- Bilanzielle Abschreibungen	150.792	154.242	154.829	146.224	139.830	136.607
15	- Transferaufwendungen	1.500	6.000	2.500	1.500	1.500	1.500
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	438.414	466.170	457.683	456.262	459.811	463.389
17	= Ordentliche Aufwendungen	4.173.824	3.343.703	3.338.459	3.285.180	3.257.840	3.284.739
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	2.828.074	2.912.375	2.780.451	2.737.407	2.667.850	2.743.695
19	+ Finanzerträge	-16					
21	= Finanzergebnis (= Zeilen 19 u. 20)	-16					
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	2.828.058	2.912.375	2.780.451	2.737.407	2.667.850	2.743.695
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	2.828.058	2.912.375	2.780.451	2.737.407	2.667.850	2.743.695

Haushaltsplan 2011**1.11 Innere Verwaltung**

verantwortlich:

Bukowski, Jörg



Teilergebnisplan			Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
27	+	Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-2.834.542	-2.950.625	-2.831.856	-2.784.085	-2.723.334	-2.799.245
28	-	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	54.307	55.956	55.508	55.935	61.256	61.809
29	=	Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	47.823	17.705	4.103	9.257	5.772	6.259





Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Bukowski, Jörg

1.11 Innere Verwaltung

1.11.01 Politische Gremien



Beschreibung

Die Produktgruppe „Politische Gremien“ umfasst den Ratsservice inklusive des Sitzungsdienstes und das kommunale Verfassungsrecht. Ebenso die Unterstützung des Kinder- und Jugendrates der Gemeinde Morsbach.

Auftragsgrundlage

Gemeindeordnung NRW (GO), Hauptsatzung der Gemeinde Morsbach, Geschäftsordnung des Rates, Zuständigkeitsordnung, Landesverfassung NRW.

Zielgruppen

Rat, Ausschüsse, Gremien, Kinder- und Jugendrat, Fraktionen, Gesamtverwaltung, BürgerInnen.

Ziele

Sicherstellung einer rechtssicheren und wirtschaftlichen Rats- und Ausschussarbeit.

Maßnahmen

Quartalsberichte auf Gesamtergebnisrechnungsebene.

Umfassende Information der Bürgerschaft und der Ratsmitglieder durch ein ansprechendes und aktuelles Ratsinformationssystem im Internet.

Anstreben der Mittelwerte (Fraktionszuwendungen, Aufwandsentschädigungen) im interkommunalen Vergleich (IKV).

Ausbau der digitalisierten Datenübermittlung und hausinternen Beschlusskontrolle.

Kennzahlen

Anzahl Quartalsberichte.

Höhe der Fraktionszuwendungen und Aufwandsentschädigungen.

Aufwand je Einwohner.

Zugriffszahlen auf Ratsinformationssystem.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Bukowski, Jörg

1.11 Innere Verwaltung**1.11.01 Politische Gremien**

Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-130	-130	-131			
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-1.687	-1.600	-1.600	-1.616	-1.632	-1.648
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-313					
10	= Ordentliche Erträge	-2.130	-1.730	-1.731	-1.616	-1.632	-1.648
11	- Personalaufwendungen	79.202	50.755	51.542	52.058	52.580	53.106
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	2.767	2.800	2.787	2.815	2.843	2.871
14	- Bilanzielle Abschreibungen	419	419	419	22		
15	- Transferaufwendungen			1.000			
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	150.433	128.396	127.981	129.262	130.556	131.862
17	= Ordentliche Aufwendungen	232.821	182.370	183.729	184.157	185.979	187.839
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	230.691	180.640	181.998	182.541	184.347	186.191
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	230.691	180.640	181.998	182.541	184.347	186.191
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	230.691	180.640	181.998	182.541	184.347	186.191
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-326.511	-288.240	-296.244	-297.094	-301.560	-304.470
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	95.802	107.600	114.246	114.553	117.213	118.279
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	-18					

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Bukowski, Jörg

1.11 Innere Verwaltung

1.11.01 Politische Gremien



Kostenerstattungen erfolgen durch die Inanspruchnahme von Personal der Kernverwaltung für Angelegenheiten der Eigenbetriebe (hier: Betriebsausschusssitzungen u. a.).

Die **Personalaufwendungen** beinhalten die Kosten für die Mitarbeiterin des Ratsbüros. In den Folgejahren wurde eine 1%tige Personalkostensteigerung auf Grund von Tarif- und Besoldungserhöhungen einkalkuliert.

Unter **Sach- und Dienstleistungen** sind die Kosten für die Nutzung externer DV-Systeme sowie die Schulungen zur Anwendung des Ratsinformationssystems gebucht.

Bei den **bilanziellen Abschreibungen** handelt es sich zum einen um die Abschreibung der Lizenzen des eingesetzten Verfahrens „Session“ für die Ratsarbeit – die für die Abschreibungen zu Grunde gelegte Nutzungsdauer endet 2012 entsprechend reduzieren sich die Abschreibungen 2012 und entfallen für 2013.

Die **Transferaufwendungen** beinhalten ein Budget i.H.v. 1.000 EUR, dass dem in 2011 neu zu konstituierenden Jugendrat in der einjährigen Erprobungsphase zur Verfügung gestellt werden soll.

Unter der Position **sonstige ordentliche Aufwendungen** befindet sich insbesondere der Ansatz für die Aufwandsentschädigung der Ratsmitglieder mit ca. 112.000 EUR. Die Sitzungsgelder und Fraktionszuwendungen belaufen sich auf insgesamt 14.200 EUR.

Bei der „Vollkostenrechnung“ erfolgt im Rahmen der **internen Leistungsverrechnung** eine vollständige Entlastung dieser Produktgruppe (Profit Center).



Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Bukowski, Jörg

1.11 Innere Verwaltung**1.11.01 Politische Gremien**

Stellenplanauszug	Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
Beamte (PRS)	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00
tariflich Beschäftigte (PRS)	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00
Mitarbeiter (PRS)	2,00	2,00	2,00	2,00	2,00	2,00
Plan VZ-Stellen Beamte (MAS)		1,00	1,00	1,00	1,00	1,00
Plan VZ-Stellen TVöD (MAS)		0,90	0,90	0,90	0,90	0,90
Planstellen (MAS)		1,90	1,90	1,90	1,90	1,90

Statistische Kennzahlen		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
1	Einwohner (PRS)	11.099	11.000	11.100	11.100	11.100	11.100
2	Anzahl Sitzungen (ANZ)	25	26	24	24	24	24
3	Anträge (Politik und Bürger)	84	90	60	60	60	60
4	Ratsmitglieder (PRS)	32	32	32	32	32	32



Beschreibung

Die Produktgruppe „Verwaltungsführung“ umfasst alle Maßnahmen der strategischen Planung und der Rahmenregulierung des Dienstbetriebes bezogen auf die Gemeindeverwaltung sowie die Geschäftsführung der Eigenbetriebe Wasserwerk und Abwasserwerk

Auftragsgrundlage

Gemeindeordnung, Ortsrecht der Gemeinde Morsbach, Eigenbetriebsverordnung, GmbH-Gesetz.

Zielgruppen

MitarbeiterInnen, Verwaltungsführung, Rat, BürgerInnen.

Ziele

Zukunftssichere Planung der Gemeindeentwicklung unter Beachtung des Grundsatzes der Nachhaltigkeit.

Maßnahmen

Quartalsberichte auf Gesamtergebnisrechnungsebene.

Gemeinsame Festlegung der Ziele für die Produktgruppen in den Fachausschüssen und im Rat.

Kennzahlen

Anzahl Quartalsberichte.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Bukowski, Jörg

1.11 Innere Verwaltung**1.11.02 Verwaltungsführung**

Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-30.671	-25.300	-22.050	-22.270	-22.492	-22.716
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-5.518					
10	= Ordentliche Erträge	-36.189	-25.300	-22.050	-22.270	-22.492	-22.716
11	- Personalaufwendungen	226.110	179.528	184.742	186.589	188.454	190.339
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	76					
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	13.372	13.061	16.631	16.642	16.653	16.664
17	= Ordentliche Aufwendungen	239.558	192.589	201.373	203.231	205.107	207.003
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	203.369	167.289	179.323	180.961	182.615	184.287
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	203.369	167.289	179.323	180.961	182.615	184.287
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	203.369	167.289	179.323	180.961	182.615	184.287
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-228.287	-190.636	-201.998	-203.338	-206.769	-208.599
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	107.678	71.092	75.814	75.910	78.086	78.755
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	82.761	47.746	53.140	53.533	53.932	54.443

Anteilige Personal- und Sachkosten für das Wasser- und Abwasserwerk werden hier unter den **Kostenerstattungen und Kostenumlagen** veranschlagt. Auf Grund der Auflösung der MEG mbH in 2010 entfällt der Erstattungsbetrag ab 2011.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Bukowski, Jörg

1.11 Innere Verwaltung

1.11.02 Verwaltungsführung



Die allgemeinen Personalkostensteigerungen auf Grund von Tarif- und Besoldungserhöhungen führen zu einer stetigen, leichten Erhöhung der **Personalaufwendungen**.

Die Verfügungsmittel des Bürgermeisters werden unter der Position **sonstige ordentliche Aufwendungen** gebucht. Für das Jahr 2011 und folgende beträgt der Ansatz wie bisher 2.000 EUR.

Darüber hinaus fallen hierunter auch die Aus- und Fortbildungskosten sowie die Ausgaben für Gästebewirtung und Repräsentation.

Weiter sind hier die Mitgliedsbeiträge u. a. für den Städte- und Gemeindebund, den kommunalen Arbeitgeberverband (KAV) sowie die Mitgliedschaft in der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGST) zu nennen.

Ab 2011 werden hier die Reisekosten für dienstliche Fahrten des Bürgermeisters mit dem privaten PKW abgerechnet, dafür entfallen Kfz-Leasingkosten.

Im **Ergebnis** bleibt ein Betrag stehen, der nicht verrechnet wird. Die interne Leistungsverrechnung (Abrechnung an andere Produkte der Verwaltung) erfasst nicht die Kosten für die Werkleitung (Personalaufwand).

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Bukowski, Jörg

1.11 Innere Verwaltung**1.11.02 Verwaltungsführung**

Stellenplanauszug	Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
Beamte (PRS)	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00
tariflich Beschäftigte (PRS)	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00
Mitarbeiter (PRS)	2,00	2,00	2,00	2,00	2,00	2,00
Plan VZ-Stellen Beamte (MAS)		1,00	1,00	1,00	1,00	1,00
Plan VZ-Stellen TVöD (MAS)		1,00	1,00	1,00	1,00	1,00
Planstellen (MAS)		2,00	2,00	2,00	2,00	2,00

Statistische Kennzahlen		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
1	Einwohner (PRS)	11.099	11.000	11.100	11.100	11.100	11.100
2	Mitarbeiter insgesamt (PRS)	68	72	71	71	71	71

**Beschreibung**

Die Produktgruppe „Gleichstellung von Frau und Mann“ umfasst die Unterstützung und Mitwirkung bei verwaltungsinternen und externen Maßnahmen, die Auswirkungen auf die Gleichstellung von Frau und Mann haben oder haben können.

Auftragsgrundlage

Dienstanweisung, § 5 der Gemeindeordnung, Artikel 3 des Grundgesetzes, Artikel 4 der Hauptsatzung der Gemeinde Morsbach, Landesgleichstellungsgesetz.

Zielgruppen

MitarbeiterInnen, BürgerInnen.

Ziele

Verwirklichung des Grundrechts der Gleichberechtigung von Frauen und Männern.

Maßnahmen

Steigerung des Bekanntheitsgrads.

Anwendung des Frauenförderplans.

Gewährleistung einer Hilfestellung bei einem Wiedereinstieg in das Berufsleben.

Gewährleistung einer Hilfestellung bei häuslicher Gewalt.

Gewährleistung einer Unterstützung in allen Lebenslagen.

Kennzahlen

Anzahl Hilfestellungen

Geleistete Stundenanzahl für Gleichstellungsaufgaben

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Stark, Sigrid

1.11 Innere Verwaltung**1.11.03 Gleichstellung von Frau und Mann**

Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	52	200	200	202	204	206
17	= Ordentliche Aufwendungen	52	200	200	202	204	206
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	52	200	200	202	204	206
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	52	200	200	202	204	206
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	52	200	200	202	204	206
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-8.355	-8.359	-8.497	-8.582	-8.661	-8.752
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	16.658	16.516	16.793	16.960	17.118	17.297
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	8.355	8.358	8.496	8.581	8.661	8.751

Die **Personalaufwendungen** für die Gleichstellungsbeauftragte werden unter der Kostenstelle Gemeindekasse gebucht und befinden sich damit primär in der Produktgruppe Finanzmanagement und Rechnungswesen.

Über die **interne Leistungsverrechnung** erfolgt dann eine Belastung des Produktes "Leistungen der Gleichstellungsbeauftragten".

Für Veranstaltungen der Gleichstellungsbeauftragten werden 100 EUR zur Verfügung gestellt. Weitere 100 EUR sind für Fortbildungsmaßnahmen veranschlagt.

Der verbleibende Betrag im Ergebnis bezieht sich auf die externen Leistungen für die Bürgerinnen der Gemeinde Morsbach (50 %). Die internen Leistungen werden bei der **Verrechnung** auf die übrigen Produkte umgelegt.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Stark, Sigrid

1.11 Innere Verwaltung**1.11.03 Gleichstellung von Frau und Mann**

Statistische Kennzahlen		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
1	Einwohner (PRS)	11.099	11.000	11.100	11.100	11.100	11.100
2	Mitarbeiter insgesamt (PRS)	68	72	71	71	71	71
3	weibliche Mitarbeiter (PRS)	33	36	33	33	33	33
4	Frauenquote (%)	49	50	47	47	47	47

**Beschreibung**

Die Produktgruppe „Beschäftigtenvertretung“ umfasst alle Maßnahmen im Zusammenhang mit der Vertretung der Interessen und Belange aller Beschäftigten der Gemeindeverwaltung in allen vom Landespersonalvertretungsgesetz eingeräumten Angelegenheiten sowie die Vertretung der Interessen und Belange aller schwerbehinderten Beschäftigten der Gemeindeverwaltung und der Schulen in allen vom Landespersonalvertretungsgesetz und Schwerbehindertengesetz eingeräumten Angelegenheiten.

Auftragsgrundlage

Landespersonalvertretungsgesetz, Dienstvereinbarungen, Dienstanweisungen, Schwerbehindertengesetz.

Zielgruppen

MitarbeiterInnen, Schwerbehinderte der Gemeindeverwaltung und Schulen, Verwaltungsführung.

Ziele

Wahrung der Interessen der MitarbeiterInnen inklusive der schwerbehinderten MitarbeiterInnen.

Maßnahmen

Sicherstellung einer Weiterbildung der Zielgruppen.

Durchführen von vertrauensbildenden Maßnahmen.

Vermehrtes Nutzen von Medien zur Verbesserung des internen Informationsflusses.

Förderung der Transparenz.

Kennzahlen

Anzahl Personalversammlungen.

Anzahl Personalratssitzungen.

Anzahl Vierteljahresgespräche.

Anzahl Erörterungsgespräche.

Anzahl Einigungsverfahren.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Sonntag-Grothe, Frank

1.11 Innere Verwaltung**1.11.04 Beschäftigtenvertretung**

Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	514	383	780	787	794	801
17	= Ordentliche Aufwendungen	514	383	780	787	794	801
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	514	383	780	787	794	801
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	514	383	780	787	794	801
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	514	383	780	787	794	801
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-9.800	-18.158	-19.515	-19.575	-19.746	-19.950
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	9.286	17.775	18.735	18.788	18.952	19.149

Unter den **sonstigen ordentlichen Aufwendungen** wurden unter anderem die Reisekosten und Fortbildungsaufwendungen geplant. In 2011 und den Folgejahren stehen bestimmte Fortbildungsmaßnahmen zum Thema "Gesundheit am Arbeitsplatz" an.

Die Personalaufwendungen für die Mitglieder des Personalrats der Gemeindeverwaltung werden über die Kostenstellen den jeweiligen Produktgruppen zugeordnet, für die die Personen schwerpunktmäßig tätig sind.

Im Rahmen der **internen Leistungsverrechnung** erfolgt dann eine Belastung des Produktes "Personalvertretung".

Auf Grund der „Vollkostenrechnung“ werden schließlich alle hier gebuchten Beträge auf die externen Produkte umgelegt.

Statistische Kennzahlen		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
1	Mitarbeiter insgesamt (PRS)	68	72	71	71	71	71

**Beschreibung**

Die Produktgruppe „Zentrale Dienste“ umfasst alle Maßnahmen des zentralen Service, wie den Einkauf von Betriebs- und Geschäftsausstattung, geringwertigen Wirtschaftsgütern und Verbrauchsmaterial, die Inventarisierung der o.g. Gegenstände, Wartung, Störungsbeseitigung und Vertragsüberwachung von Kopierern, Risograph und Frankiermaschine, die Zahlung der Leasingraten, die Kündigung / den Abschluss von Verträgen, die Materialausgabe an Fachbereiche und Betriebe, die Druckerei, den Fahrdienst / Dienstwagen, den Post- und Botendienst, die Führung der Hausbibliothek und allgemeine Hausdienste.

Auftragsgrundlage

Aufgabengliederungs- und Geschäftsverteilungsplan, Dienstanweisungen.

Zielgruppen

Abteilungen im Hause / MitarbeiterInnen (, Schulen, Feuerwehr, Eigenbetriebe, Dritte).

Ziele

Sicherstellung der gemeindlichen Aufgabenerfüllung durch qualifizierte und nachfrageorientierte Serviceleistungen.

Maßnahmen

Bedienerfreundlicher und störungsfreier Einsatz der technischen Ausstattung.

Wirtschaftliche, termingerechte, kostengünstige und zügige Gestaltung der Beschaffungs- und Bewirtschaftungsprozesse.

Kennzahlen

Aufwand pro Mitarbeiter.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Neuhoff, Anita

1.11 Innere Verwaltung**1.11.06 Zentrale Dienste**

Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-7.506	-7.096	-4.797	-3.282	-2.321	-1.531
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-24	-150	-100	-102	-104	-106
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-26.126	-24.600	-24.900	-25.149	-25.400	-25.654
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-10.262					
10	= Ordentliche Erträge	-43.917	-31.846	-29.797	-28.533	-27.825	-27.291
11	- Personalaufwendungen	70.188	64.686	44.939	45.389	48.168	48.650
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	96.554	88.004	76.327	76.586	77.351	78.123
14	- Bilanzielle Abschreibungen	72.413	68.528	64.288	59.137	54.092	53.380
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	101.526	105.005	96.041	96.899	97.765	98.637
17	= Ordentliche Aufwendungen	340.681	326.223	281.595	278.011	277.376	278.790
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	296.764	294.377	251.798	249.478	249.551	251.499
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	296.764	294.377	251.798	249.478	249.551	251.499
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	296.764	294.377	251.798	249.478	249.551	251.499
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-352.337	-340.609	-294.429	-292.591	-293.229	-295.731
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	55.573	46.232	42.630	43.113	43.678	44.232

Die Auflösung von Sonderposten ergibt die Ansätze unter der Position **Zuwendungen und allgemeine Umlagen**.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Neuhoff, Anita

1.11 Innere Verwaltung

1.11.06 Zentrale Dienste



Unter **Kostenerstattungen und -umlagen** ist die Abrechnung der Sach- und Personalkostenerstattung mit dem Wasser- und Abwasserwerk (19 TEUR) und den anderen Produktgruppen (6 TEUR) veranschlagt.

Durch eine andere Zuordnung des Aufgabenbereichs im Bereich des Bürgerbüros (Telefonzentrale), die Aufgaben werden ab 2011 vom Einwohnermeldeamt (siehe 1.12.10) mit übernommen, reduzieren sich hier die **Personalaufwendungen**.

Bei den **Sach- und Dienstleistungen** handelt es sich um die Unterhaltung und Bewirtschaftung des Rathauses sowie die Fahrzeugunterhaltung der Gemeindeverwaltung. Die zusätzliche Ausgabe für die Überarbeitung des Gemeindearchivs entfällt 2011, da die Aufgabe 2010 abgeschlossen wurde. Die Energiekosten werden den Durchschnittswerten der Vorjahre angepasst.

Die **sonstigen ordentlichen Aufwendungen** enthalten u. a. Kosten für Leasing und Miete von Geräten und EDV-Ausstattung, sämtliche Geschäftsausgaben wie Büromaterial, Telefon, Porto oder Zeitungen und Fachliteratur sowie Versicherungsleistungen.

Durch den Wegfall eines Dienstfahrzeuges, reduziert sich der Ansatz im Bereich Leasing (siehe auch 1.11.02).

Der Saldo wird im Wege der **internen Leistungsverrechnung** auf die anderen (externen) Produkte verteilt.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Neuhoff, Anita

1.11 Innere Verwaltung**1.11.06 Zentrale Dienste**

Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflich- tungs- ermäch- tigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereit- gestellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahl- ungen/ -auszahl- ungen
1	+ Summe der investiven Einzahlungen	-1.160							-33.222	-33.222
2	- Summe der investiven Auszahlungen	3.341	6.335	4.500		4.500	4.500	4.500	38.691	56.691
3	= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	2.181	6.335	4.500		4.500	4.500	4.500	5.469	23.469

Für die Ausstattung des Rathauses (**Verwaltung**) ist ein Betrag von 2.000 EUR pro Jahr berücksichtigt, um kleinere Neuanschaffungen im Bedarfsfall tätigen zu können.

Aus dieser Investitionsmaßnahme ergeben sich pro Haushaltsjahr Abschreibungen in Höhe von 400 EUR.

Für 2011 sind die Abschreibungen nur für ein halbes Jahr berücksichtigt, weil pauschal im Haushaltsplan von einer Aktivierung der Anlagen Mitte des Jahres ausgegangen wird.

Geringwertige Wirtschaftsgüter (**GWG**) können in einem Rahmen von bis zu 2.500 EUR erworben werden. Diese werden grundsätzlich im Jahr der Anschaffung in voller Höhe abgeschrieben.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Neuhoff, Anita

1.11 Innere Verwaltung**1.11.06 Zentrale Dienste**

Stellenplanauszug	Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
tariflich Beschäftigte (PRS)	2,00	1,00	2,00	2,00	2,00	2,00
Mitarbeiter (PRS)	2,00	1,00	2,00	2,00	2,00	2,00
Plan VZ-Stellen TVöD (MAS)		1,00	1,00	1,00	1,00	1,00
Planstellen (MAS)		1,00	1,00	1,00	1,00	1,00

Statistische Kennzahlen		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
1	Anzahl Fahrzeuge Verwaltung (ST)	5	5	4	4	4	4
2	Mitarbeiter insgesamt (PRS)	68	72	71	71	71	71

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Bukowski, Jörg

1.11 Innere Verwaltung

1.11.07 Presse- und Öffentlichkeitsarbeit



Beschreibung

Die Produktgruppe „Presse- und Öffentlichkeitsarbeit“ umfasst zum einen alle Maßnahmen der Repräsentation wie Ehrungen und sonstige öffentlichkeitswirksame Aktionen und Veranstaltungen, zum anderen Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Internetauftritt der Gemeinde Morsbach und der Herausgabe des amtlichen Mitteilungsblattes „Flurschütz“, die Öffentlichkeitsarbeit und die Städtepartnerschaft.

Auftragsgrundlage

Freiwillige Aufgabe, Ehrenordnung, Erlasse.

Zielgruppen

EinwohnerInnen, BürgerInnen, Betriebe, Verbände und Vereine, Urlauber / Gäste, Presse.

Ziele

Positives Image in der Öffentlichkeit schaffen, durch Versorgung mit Informationen über Angebote und Leistungen unserer Gemeinde.

Maßnahmen

Verbesserung der Qualität des "Flurschütz" durch aktuelle Berichterstattung aus Rat und Verwaltung.

Veröffentlichung des Leitbildes und der Ziele.

Verbesserung der Kommunikation zwischen Verwaltung und Presse sowie Verwaltung und Bürgern.

Transparenz des Verwaltungshandelns.

Bereitstellung von umfassenden Informationen für Familien, Kinder und Jugendliche.

Verbreitung eines einheitlichen Verwaltungsbildes.

Aufzeigen von Qualitätsmerkmalen der Landschaft, Freizeiteinrichtungen und der Gastronomie.

Ständige Aktualisierung des Informationsangebotes.

Förderung von Besuchsaustauschen mit dem französischen Partnerschafterkanton Milly-la-Forêt und der deutsch-französischen Verständigung.

Kennzahlen

Anzahl der Pressemitteilungen.

Anzahl der Flurschützausgaben.

Anzahl der Informationsbroschüren.

Anzahl der Flyer.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Bukowski, Jörg

1.11 Innere Verwaltung**1.11.07 Presse- und Öffentlichkeitsarbeit**

Teilergebnisplan			Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte		-200				
10	=	Ordentliche Erträge		-200				
15	-	Transferaufwendungen	1.500	6.000	1.500	1.500	1.500	1.500
16	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	21.058	23.200	14.900	15.034	15.169	15.306
17	=	Ordentliche Aufwendungen	22.558	29.200	16.400	16.534	16.669	16.806
18	=	Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	22.558	29.000	16.400	16.534	16.669	16.806
22	=	Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	22.558	29.000	16.400	16.534	16.669	16.806
26	=	Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	22.558	29.000	16.400	16.534	16.669	16.806
27	+	Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-47.900	-53.116	-39.915	-40.284	-40.644	-41.046
28	-	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	25.342	24.116	23.515	23.750	23.975	24.240

Die **Transferaufwendungen** beinhalteten 2010 einen Zuschuss in Höhe von 6.000 EUR für das Jubiläum des Partnerschaftsvereins.

Die öffentlichen Bekanntmachungen, Ehrungen, Jubiläen, Gästebewirtung und Repräsentation sowie externe Personalausreibungen fallen unter die **sonstigen ordentlichen Aufwendungen**. Bereits in den vergangenen zwei Jahren konnten die Kosten für den Flurschutz reduziert werden. Durch die Neuvergabe zur Druckaufbereitung des Flurschützes sind auch 2011 erhebliche Einsparungen möglich.

Bei der „Vollkostenrechnung“ erfolgt im Rahmen der **internen Leistungsverrechnung** eine vollständige Entlastung dieser Produktgruppe (Profit Center).

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Bukowski, Jörg

1.11 Innere Verwaltung**1.11.07 Presse- und Öffentlichkeitsarbeit**

Statistische Kennzahlen		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
1	Einwohner (PRS)	11.099	11.000	11.100	11.100	11.100	11.100
2	Anzahl Flurschütz-Ausgaben (ST)	16	17	17	17	17	17

**Beschreibung**

Die Produktgruppe „Personalmanagement“ umfasst alle Maßnahmen der Personalsteuerung (wie Erstellung eines Personalentwicklungskonzepts, des Stellenplans etc. sowie Maßnahmen der Gesundheitsvorsorge /Arbeitssicherheit und des Arbeitsschutzes) und der Personalbetreuung (wie Angelegenheiten bzgl. Beschäftigungsverhältnissen, arbeits- / und dienstrechtlichen Belangen).

Auftragsgrundlage

Öffentliches Dienstrecht, Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst, Haushaltsrecht, Gleichstellungsgesetz, Arbeitsschutzgesetz, Unfallverhütungsgesetz, Satzungen der Berufsgenossenschaften, Reisekostenrecht, Landespersonalvertretungsgesetz.

Zielgruppen

Alle MitarbeiterInnen, Personalrat, Gleichstellungsbeauftragte, Schwerbehindertenvertretung.

Ziele

Zufriedenes Personal mit einer hohen Motivation.

Maßnahmen

Bedarfsgerechte Fortbildung der MitarbeiterInnen.
Anpassung des Personalbestands auf Mittelwert des Interkommunalen Vergleiches (IKV).
Anonyme Abfrage der Mitarbeiterzufriedenheit.
Führung der Mitarbeitergespräche zur Vergabe der Leistungsentgelte.
Sicherstellung einer leistungsgerechten Bezahlung.
Gewährleistung von Präventivmaßnahmen im Gesundheitsbereich.
Optimale Ausstattung des individuellen Arbeitsplatzes.
Intensivierung der technisch unterstützten Aufgabenerfüllung.
Schaffung von zusätzlichen Ausbildungsmöglichkeiten.

Kennzahlen

Beteiligung an betrieblichen Veranstaltungen (z. B. Betriebsausflug u. a.)
Beschwerden (z. B. beim LOB)
Höhe des Fortbildungsbudgets.
Zahl der Beschäftigten und Beamten.
Ergebnis der Zufriedenheitsabfrage.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Neuhoff, Anita

1.11 Innere Verwaltung**1.11.08 Personalmanagement**

Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-15.361	-15.600	-14.700	-14.847	-14.995	-15.145
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-526.683	-90.000	-161.000	-202.000	-243.000	-194.000
10	= Ordentliche Erträge	-542.044	-105.600	-175.700	-216.847	-257.995	-209.145
11	- Personalaufwendungen	499.359	470.728	380.791	329.000	327.240	330.513
12	- Versorgungsaufwendungen	775.314					
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	2.518	2.400	2.304	2.327	2.350	2.374
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	12.858	15.361	19.066	16.220	16.375	16.531
17	= Ordentliche Aufwendungen	1.290.049	488.489	402.161	347.547	345.965	349.418
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	748.005	382.889	226.461	130.700	87.970	140.273
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	748.005	382.889	226.461	130.700	87.970	140.273
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	748.005	382.889	226.461	130.700	87.970	140.273
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-783.862	-419.046	-257.799	-159.954	-117.286	-170.128
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	35.857	36.157	31.338	29.254	29.316	29.855

Die **Erträge aus Kostenerstattungen** für Personalkosten der Eigenbetriebe und bis 2010 auch der MEG mbH werden hier gebucht.

Bei den **sonstigen ordentlichen Erträgen** handelt es sich um die Auflösungen der Pensionsrückstellungen der Versorgungsempfänger, die sich jährlich neu errechnen (versicherungsmathematisches Verfahren nach Heubeck) sowie um die Auflösung der Rückstellungen für Altersteilzeit. Ab 2011 befinden sich erstmals Mitarbeiter in der Freistellungsphase.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Neuhoff, Anita

1.11 Innere Verwaltung

1.11.08 Personalmanagement



Die Pensions- und Beihilferückstellungen sind in dieser Produktgruppe in einer Summe für alle Beamten der Gemeindeverwaltung unter den **Personalaufwendungen** veranschlagt. Auf Basis der Bestandsdaten zum 31.12.2009 wurden die Teilwerte zum Stichtag 31.12.2010 von der Rheinischen Versorgungskasse fiktiv hochgerechnet. Die Werte für die Folgejahre wurden ebenfalls fiktiv ermittelt und hochgerechnet.

Außerdem werden die Personalkosten der Auszubildenden zentral hier veranschlagt.

Seit 2010 befindet sich ein Mitarbeiter in der Freistellungsphase. Im Jahr 2011 treten weitere zwei Mitarbeiter der Gemeindeverwaltung in die Freistellungsphase der Altersteilzeit ein. Daraus resultiert der Zugang zu den Rückstellungen bis 2010 und der deutliche Rückgang ab 2011. 2013 treten alle Altersteilzeitfälle in die Freizeitphase ein.

Unter **Sach- und Dienstleistungen** sind die Kosten für die Nutzung externer DV-Systeme gebucht.

Unter der Position **sonstige ordentliche Aufwendungen** fallen Aufwendungen für Aus- und Fortbildung, Reisekosten, Zeitungen und Fachliteratur und Personalnebenaufwendungen.

Der Ansatz für Fortbildungsmaßnahmen beinhaltet die Maßnahmen für die Auszubildenden, im Personalwesen sowie ein allgemeines Budget, das die dezentral veranschlagten Fortbildungsmaßnahmen bis zur Höhe einer einheitlichen Pauschale je Mitarbeiter aufstockt.

Bei Verrechnung auf die Endprodukte erfolgt im Rahmen der **internen Leistungsverrechnung** eine vollständige Entlastung dieser Produktgruppe (Profit Center).

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Neuhoff, Anita

1.11 Innere Verwaltung**1.11.08 Personalmanagement**

Stellenplanauszug	Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
Beamte (PRS)	5,00	4,00	3,00	3,00	3,00	3,00
tariflich Beschäftigte (PRS)	1,00	2,00	1,00	1,00	1,00	1,00
Mitarbeiter (PRS)	6,00	6,00	4,00	4,00	4,00	4,00
Plan VZ-Stellen Beamte (MAS)	18,84	3,70	21,08	21,08	21,08	21,08
Plan VZ-Stellen TVöD (MAS)	47,16	2,00	47,88	47,88	47,88	47,88
Planstellen (MAS)	66,00	5,70	68,96	68,96	68,96	68,96

Statistische Kennzahlen		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
1	Mitarbeiter insgesamt (PRS)	68	72	71	71	71	71
2	Auszubildende (PRS)	4	4	2	2	2	2
3	Teilzeitbeschäftigte (PRS)	23	18	17	17	17	17
4	männliche Mitarbeiter (PRS)	35	36	38	38	38	38

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Neuhoff, Klaus

1.11 Innere Verwaltung

1.11.09 Finanzmanagement und Rechnungswesen



Beschreibung

Die Produktgruppe „Finanzmanagement und Rechnungswesen“ umfasst alle Maßnahmen der Haushaltsführung, der Haushaltsplanung, der Jahresrechnung, des Controlling und Berichtswesen, des Finanzierungsmanagements und der Liquiditätssteuerung, der Zahlungsabwicklung inkl. Buchführung und Verwahrungen, der Buchhaltung, der Vollstreckung sowie sämtliche Maßnahmen im Zusammenhang mit der Erhebung von Steuern und sonstigen Abgaben und Dienstleistungen der Finanzwirtschaft.

Auftragsgrundlage

NKFG NRW (Gemeindeordnung, Gemeindehaushaltsverordnung nach NKF), Eigenbetriebsverordnung, Gemeindefinanzierungsgesetz, Finanzstatistik, Landeshaushaltsverordnung, (Gemeindekassenverordnung,) Kommunalabgabengesetz, Satzungen, Solidarbeitragsgesetz, Gemeindefinanzreformgesetz, Zuschussrichtlinien, Runderlasse des Innenministeriums betreffend der Kreditwirtschaft, Dienstanweisungen, Verdingungsordnungen, Erlasse, ESTG, Verwaltungsvollstreckungsgesetz, Zwangsversteigerungsgesetz, Konkursordnung, Insolvenzordnung, Abgabenordnung, Zivilprozessordnung, Gewerbesteuergegesetz, Abgabenordnung, Satzungsrecht, Grundsteuergesetz, Bewertungsgesetz.

Zielgruppen

Gemeinderat, Fachbereiche, Eigenbetriebe, Einwohner und sonstige Dritte, Abgabepflichtige, Zahlungsempfänger/ -pflichtige Landesrechnungshof, Verwaltungsführung, Aufsichtsbehörde, Gemeindeprüfungsanstalt, Einwohner und Betriebe die der Steuerpflicht in der Gemeinde Morsbach unterliegen.

Ziele

Rechtmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit der Haushaltsführung.
Erreichen des Haushaltsausgleiches.

Maßnahmen

Sicherstellung einer unterjährigen Berichtserstattung
Optimierung des Beteiligungsmanagement und Beteiligungscontrolling.
Rechtmäßiger, vollständiger und wirtschaftlicher Kassenbetrieb.
Rechtmäßige, termingerechte und wirtschaftliche Steuer- und Abgabenabwicklung.
Förderung der Transparenz der kommunalen Dienstleistung im Bereich Abgaben.

Kennzahlen

Anzahl Quartalsberichte.
Anzahl Klagen gegen Abgabenbescheid.
Aufwand je Einwohner.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Neuhoff, Klaus

1.11 Innere Verwaltung**1.11.09 Finanzmanagement und Rechnungswesen**

Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	2					
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-89.999	-88.200	-89.000	-89.890	-90.789	-91.697
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-333.354	-34.300	-34.400	-34.400	-34.400	-34.400
10	= Ordentliche Erträge	-423.351	-122.500	-123.400	-124.290	-125.189	-126.097
11	- Personalaufwendungen	612.399	607.300	644.664	651.112	657.625	664.203
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	31.911	33.000	33.003	33.333	33.666	34.003
14	- Bilanzielle Abschreibungen	5.243	4.608	4.608	383		
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	49.901	55.238	54.806	53.695	53.785	53.875
17	= Ordentliche Aufwendungen	699.453	700.146	737.081	738.523	745.076	752.081
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	276.102	577.646	613.681	614.233	619.887	625.984
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	276.102	577.646	613.681	614.233	619.887	625.984
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	276.102	577.646	613.681	614.233	619.887	625.984
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-362.862	-664.769	-693.835	-694.760	-700.564	-707.738
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	94.760	87.123	80.154	80.527	80.677	81.754
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	8.000					

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Neuhoff, Klaus

1.11 Innere Verwaltung

1.11.09 Finanzmanagement und Rechnungswesen



Die **Kostenerstattungen** (insbes. Personalkostenerstattungen) für die Leistungen der Gemeindekasse, aber auch die kaufmännische Leitung durch die Eigenbetriebe werden hier gebucht.

Sonstige ordentliche Erträge setzen sich aus Vollstreckungsgebühren, Mahngebühren und Stundungszinsen zusammen. Das Ergebnis 2009 ist höher, da die Neubewertung der Mitgliedschaft des Zweckverbandes der Förderschulen zu einer Zuschreibung in Höhe von 305.000 EUR führte.

Unter **Sach- und Dienstleistungen** wird die Nutzung externer DV-Systeme (hier: SAP) gebucht.

Bilanzielle Abschreibungen fallen für den Werteverzehr der 2007 erworbenen SAP Lizenzen an – deren Nutzungsdauer 2012 endet, entsprechend entfallen die Abschreibungen für 2013.

Bankgebühren sowie Versicherungsleistungen werden unter der Position **sonstige ordentliche Aufwendungen** geführt. Außerdem sind externe Prüfungskosten des Jahresabschlusses durch einen Dritten und die überörtliche Prüfung durch die Gemeindeprüfungsanstalt enthalten (Bildung von Rückstellungen). Dieser Ansatz musste aufgrund der erstmaligen Prüfung des Gesamtabchlusses ab 2010 erhöht werden.

Auch hier erfolgt im Wege der **internen Leistungsverrechnung** eine vollständige Entlastung der Produktgruppe.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Neuhoff, Klaus

1.11 Innere Verwaltung**1.11.09 Finanzmanagement und Rechnungswesen**

Stellenplanauszug	Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
Beamte (PRS)	4,00	5,00	5,00	5,00	5,00	5,00
tariflich Beschäftigte (PRS)	6,00	6,00	6,00	6,00	6,00	6,00
Mitarbeiter (PRS)	10,00	11,00	11,00	11,00	11,00	11,00
Plan VZ-Stellen Beamte (MAS)		5,00	5,00	5,00	5,00	5,00
Plan VZ-Stellen TVöD (MAS)		5,65	5,65	5,65	5,65	5,65
Planstellen (MAS)		10,65	10,65	10,65	10,65	10,65

Statistische Kennzahlen		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
1	Einwohner (PRS)		11.000	11.100	11.100	11.100	11.100

**Beschreibung**

Die Produktgruppe „Technikunterstützte Informationsverarbeitung“ umfasst alle Maßnahmen der Beratung der Fachbereiche in EDV-Fragen, der Betreuung aller technischen Geräte und alle Tätigkeiten zu Netzwerk, Hard- und Software.

Auftragsgrundlage

Gewährleistung der Softwareunterstützung.

Gewährleistung eines störungsfreien Betriebs der IT-Landschaft.

Zielgruppen

Fachbereiche, alle MitarbeiterInnen der Verwaltung, Eigenbetriebe und Eigengesellschaft, Schulverwaltung.

Ziele

Gewährleistung eines störungsfreien Betriebs der IT-Landschaft.

Maßnahme

Gewährleistung der Softwareunterstützung. Sicherstellung und planvoller Ausbau der technischen Integration.

Gewährleistung des second level support für die Morsbacher Schulen.

Durchführung von Einzel- und Gruppenschulungen.

Kennzahlen

Anzahl der betreuten PCs und Server.

Stunden second level support.

Anzahl Schulungen.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Leopold, Waldemar

1.11 Innere Verwaltung**1.11.10 Technikunterstützte Informationsverarb.**

Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-346	-281	-130			
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-3.480	-7.300	-7.300	-7.373	-7.447	-7.521
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-12.355	-13.000	-13.260	-13.393	-13.527	-13.662
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-188					
10	= Ordentliche Erträge	-16.369	-20.581	-20.690	-20.766	-20.974	-21.183
11	- Personalaufwendungen	102.621	108.390	108.411	109.495	110.589	111.694
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	59.081	60.740	59.200	59.792	60.390	60.994
14	- Bilanzielle Abschreibungen	7.083	7.868	20.259	17.871	17.649	16.458
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	2.684	4.411	3.193	3.225	3.257	3.289
17	= Ordentliche Aufwendungen	171.469	181.409	191.063	190.383	191.885	192.435
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	155.100	160.828	170.373	169.617	170.911	171.252
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	155.100	160.828	170.373	169.617	170.911	171.252
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	155.100	160.828	170.373	169.617	170.911	171.252
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-163.804	-168.771	-175.999	-175.271	-176.561	-176.998
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	8.703	7.943	5.626	5.654	5.650	5.746

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Leopold, Waldemar

1.11 Innere Verwaltung

1.11.10 Technikunterstützte Informationsverarb.



Mit den Schulen der Gemeinde wurden Vereinbarungen über Dienstleistungen im EDV-Bereich getroffen. Hierfür entrichten die Schulen **Privatrechtliche Leistungsentgelte**. In 2010 wurde mit allen 4 Schulen eine sog. Service- und Supportvereinbarungen getroffen.

Leistungen der IT-Abteilung für die Eigenbetriebe werden unter **Erträge aus Kostenerstattungen** gebucht.

Bei den **Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen** handelt es sich überwiegend um die Bereitstellungskosten der gemeinsamen EDV-Anlage (Großrechner) und die Dienstleistungen, die vom Rechenzentrum Siegburg in Anspruch genommen werden. Der Ansatz für die Nutzung externer DV-Systeme beinhaltet ab 2011 das Benutzerservice-Angebot 1, die Inanspruchnahme des Formularservers und die virtuelle Poststelle, die 2010 auf Grund der Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie eingerichtet werden musste.

Bilanzielle Abschreibungen resultieren aus der Abbildung des Werteverzehrs des vorhandenen Inventars (Betriebs- und Geschäftsausstattung und GWG). Die geplante Anschaffung eines neuen Servers führt ab 2011 zu deutlich höheren Abschreibungen.

Die **sonstigen ordentlichen Aufwendungen** beinhalten insbesondere Aufwendungen für Fortbildungen, Verbrauchsmaterial sowie Versicherungen.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Leopold, Waldemar

1.11 Innere Verwaltung**1.11.10 Technikunterstützte Informationsverarb.**

Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflich- tungs- ermäch- tigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereit- gestellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahl- ungen/ -auszahl- ungen
2	- Summe der investiven Auszahlungen	12.676	20.000	24.600		10.000	10.000	12.600	110.876	168.076
3	= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	12.676	20.000	24.600		10.000	10.000	12.600	110.876	168.076

Für die turnusmäßige Erneuerung der IT-Ausstattung im Rathaus ist für das Haushaltsjahr 2011 und die Folgejahre je ein Betrag von 10.000 EUR berücksichtigt. Es handelt sich hierbei um Geringwertige Wirtschaftsgüter welche im Zugangsmonat sofort abgeschrieben werden.

Darüber hinaus sollen 2011 Updatelizenzen zur Antiviren- und Telefonsoftware sowie eine Exchangelizenz erworben werden (Immaterielle Vermögensgegenstände 11.000 EUR). Außer dem ist die Beschaffung eines NAS Systems zur Datensicherung geplant (Betriebs- und Geschäftsausstattung 3.600 EUR).

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Leopold, Waldemar

1.11 Innere Verwaltung**1.11.10 Technikunterstützte Informationsverarb.**

Stellenplanauszug	Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
tariflich Beschäftigte (PRS)	2,00	2,00	2,00	2,00	2,00	2,00
Mitarbeiter (PRS)	2,00	2,00	2,00	2,00	2,00	2,00
Plan VZ-Stellen TVöD (MAS)		2,00	2,00	2,00	2,00	2,00
Planstellen (MAS)		2,00	2,00	2,00	2,00	2,00

Statistische Kennzahlen		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
1	Betreute PCs & Server Verw. & Außenst. (ST)	72	75	82	82	82	82
2	Anz.der betreuten PCs&Server in Schulen (ANZ)	237	235	235	235	235	235

Die Berechnung dieser Kennzahlen umfassen sämtliche Bildschirmarbeitsplätze der Verwaltung, der ARGE, der Schulen und Außenstellen.

**Beschreibung**

Die Produktgruppe „Recht“ umfasst alle Angelegenheiten der Rechtsberatung und -vertretung sowie im Rahmen der Versicherungsangelegenheiten alle Angelegenheiten der Risikovorsorge und Schadensregulierung.

Auftragsgrundlage

Zuweisung durch den Bürgermeister nach Bedarf (BRAG §§20 Abs.1 S.1 und 118); ZPO, StGB, VwGO.
Freiwillige Versicherungsabschlüsse, Pflichtversicherungsgesetz, Reichsversicherungsordnung,
§§ 823 ff. BGB und § 39 OBG.

Zielgruppen

Verwaltung, Rat, Rechtsanwälte, Gemeinde Morsbach als juristische Person des öffentlichen Rechts, Schädiger bzw. Geschädigte und Versicherungsgesellschaften.

Ziele

Sicherstellung eines rechtssicheren Verwaltungshandelns.
Wirtschaftliche Risikovorsorge.

Maßnahmen

Optimaler Versicherungsschutz.
Vertretung der gemeindlichen Interessen im Rechtsstreit.
Individuelle und umfangreiche Beratung bei Beschwerden.

Kennzahlen

Unterlegene Rechtsstreitigkeiten.
Versicherungsaufwand pro Einwohner.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Bukowski, Jörg

1.11 Innere Verwaltung**1.11.11 Recht**

Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	57	60	60	61	62	63
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	45.462	56.100	59.700	60.298	60.902	61.511
17	= Ordentliche Aufwendungen	45.519	56.160	59.760	60.359	60.964	61.574
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	45.519	56.160	59.760	60.359	60.964	61.574
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	45.519	56.160	59.760	60.359	60.964	61.574
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	45.519	56.160	59.760	60.359	60.964	61.574
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-45.678	-71.612	-77.082	-77.716	-78.509	-79.366
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	159	15.452	17.322	17.357	17.545	17.792

Unter **Sach- und Dienstleistungen** befinden sich die Kosten für die Nutzung externer DV Systeme.

Sachverständigen-, Gerichtskosten und ähnliche Kosten werden unter der Position **sonstige ordentliche Aufwendungen** mit 10 TEUR zentral veranschlagt. Die folgenden Versicherungen werden hier erfasst: Haftpflichtversicherung (25,6 TEUR), gesetzliche Unfallversicherung für fremde Versicherte (15 TEUR), Eigenschaden- (4,1 TEUR) und Strafrechtsversicherung (1,3 TEUR). In den Folgejahren wurde eine 1%tige Beitragserhöhung einkalkuliert.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Mauelshagen, Johannes

1.11 Innere Verwaltung

1.11.13 Grundstücks- und Gebäudemanagement



Beschreibung

Die Produktgruppe „Grundstücks- und Gebäudemanagement“ umfasst alle Maßnahmen der zweckgerichteten Grundstücksbeschaffung/ -abgabe, der Baulandumlegung und Grenzenlegung, der Pflege der Grundstücksbewerberliste sowie Maßnahmen zu Hochbauten und betriebstechnischen Anlagen, der Raumvermietung, -anmietung und -vermittlung und des Gebäudebetriebes (Zentrales Gebäudemanagement).

Auftragsgrundlage

Art. 28 GG, § 28 GO NW, Straßen- und Wegegesetz NW, BauGB, Flurbereinigungsgesetz, Beschlüsse politischer Gremien.
Vorgaben der Verwaltungsführung, Vereinbarungen mit den Fachbereichen.

Zielgruppen

(Bauwillige) Bürger der Gemeinde Morsbach und Gleichgestellte, Grundstückseigentümer, Verwaltungsführung und Fachbereiche, Landwirte, Kleingartenvereine, Auskiesunternehmen, Jagdgenossenschaften, Eigentümer von Immobilien, Energieversorger, Unternehmer, Privatpersonen.
Verwaltung, Schulen, Kindergärten, Dritte, Verwaltungsführung in Bezug auf Energiekonzepte, Feuerwehr, Dorfgemeinschaften, Asylbewerberunterkunft, Obdachlosenunterkunft.

Ziele

Wirtschaftliche und zweckgemäße Gebäudeunterhaltung.

Maßnahmen

Schaffung von preiswertem Wohnraum für Morsbacher Bürger und Gleichgestellte.
Wirtschaftliche Bewirtschaftung des gemeindlichen Grundvermögens.
Optimierung der Personaleinsatzzeiten und –gebiete.
Einführung von Stunden- und/oder Auftragszetteln.
Energiebericht.
Aufbau eines aktiven Flächenmanagements.

Kennzahlen

Anzahl der erledigten Aufträge.
Anzahl der Arbeitsstunden.
Energie-/ Wasserverbräuche.
Unterhaltungsaufwand pro m² Bruttogrundfläche
Unterhaltungsaufwand / Gebäudewert

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Mauelshagen, Johannes

1.11 Innere Verwaltung**1.11.13 Grundstücks- und Gebäudemanagement**

Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-9.882	-1.246	-417	-418	-417	-418
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-18					
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-58.279	-56.900	-62.000	-62.130	-62.261	-62.394
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-18.530	-14.300	-18.480	-18.648	-18.818	-18.989
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-156.739	-25.000	-25.000	-25.000	-25.000	-25.000
8	+ Aktivierte Eigenleistungen			-51.617			
10	= Ordentliche Erträge	-243.447	-97.446	-157.514	-106.196	-106.496	-106.801
11	- Personalaufwendungen	283.786	283.088	339.705	343.102	297.969	300.948
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	12.687	25.926	18.050	16.478	16.624	16.770
14	- Bilanzielle Abschreibungen	10.300	7.764	6.601	7.041	7.041	7.041
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	9.268	35.449	35.723	35.051	35.119	35.187
17	= Ordentliche Aufwendungen	316.040	352.227	400.079	401.672	356.753	359.946
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	72.593	254.781	242.565	295.476	250.257	253.145
19	+ Finanzerträge	-16					
21	= Finanzergebnis (= Zeilen 19 u. 20)	-16					
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	72.577	254.781	242.565	295.476	250.257	253.145
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	72.577	254.781	242.565	295.476	250.257	253.145
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-175.863	-325.084	-341.510	-387.456	-345.476	-348.855

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Mauelshagen, Johannes

1.11 Innere Verwaltung**1.11.13 Grundstücks- und Gebäudemanagement**

Teilergebnisplan			Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
28	-	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	43.404	43.863	54.137	51.965	51.357	51.852
29	=	Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	-59.882	-26.441	-44.808	-40.016	-43.863	-43.858

Bei den **Zuwendungen und allgemeinen Umlagen** handelt es sich um die Auflösung von Sonderposten.

Die **privatrechtlichen Leistungsentgelte** enthalten Miet- und Pachteinkünfte der Gemeinde Morsbach für Gebäude und Liegenschaften (bis auf die Pachten der Kindergärten, die in die entsprechende Produktgruppe 1.36.02 - Kindertageseinrichtungen gebucht werden). Die Mietwohnung in Wallerhausen soll in 2011 wieder neu vermietet werden.

Die Mietkosten-Erstattungen durch die Eigenbetriebe für die Büroräume im Rathaus werden als **Kostenerstattung** von verbundenen Unternehmen erfasst.

Unter **sonstigen ordentlichen Erträgen** wird ein pauschaler Ansatz zentral für die Abwicklung von Schadensfällen an Gebäuden eingestellt. Das Ergebnis 2009 resultiert aus dem Verkauf von Grundstücken im GE Lichtenberg.

Die **aktivierten Eigenleistungen** fallen im Rahmen des Mensabaus für die Betreuung der Baumaßnahme an.

Die Veränderung bei den **Personlaufwendungen** resultiert aus der Einstellung eines neuen Mitarbeiters im Bereich Zentrales Gebäudemanagement im August 2010.

Die Bewirtschaftungs- und Unterhaltungskosten der Mietwohnungen/-häuser werden unter **Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen** berücksichtigt. Die Erstattung erfolgt über die Abrechnung der Mietnebenkosten.

Die unaufschiebbare Sanierungsmaßnahme (Erneuerung Dachfenster und Neuanstrich Treppenhaus) an der Mietwohnung im Feuerwehrgerätehaus Lichtenberg führte 2010 zu einer Erhöhung des Ansatzes.

Versicherungen und Grundsteuer der Mietwohnungen/-häuser sowie der Ansatz für Schadensfälle (25 TEUR) bilden den Posten **sonstige ordentliche Aufwendungen**. Auf Grund der zentralen Veranschlagung der Schadensfälle in dieser Produktgruppe ist das Ergebnis meistens geringer, da die tatsächlich eintretenden Schadensfälle den jeweiligen Verantwortungs-/Produktbereichen zugeordnet werden.

Die externen Leistungen des Zentralen Gebäudemanagements und Liegenschaftsmanagements werden nicht auf die übrigen externen Produkte verteilt, sondern bleiben in dieser Produktgruppe stehen. Daher ergibt sich ein positives Ergebnis nach **interner Leistungsverrechnung**.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Mauelshagen, Johannes

1.11 Innere Verwaltung**1.11.13 Grundstücks- und Gebäudemanagement**

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgest ellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlung en / - auszahlung en
5100036 Allgemeines Grundvermögen										
2	- Einzahlungen aus Veräußerungen von Sachanlagen	-42.301	-121.700	-5.000		-5.000	-5.000	-5.000	-422.206	-442.206
6	= Summe Einzahlungen	-42.301	-121.700	-5.000		-5.000	-5.000	-5.000	-422.206	-442.206
7	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken / Gebäuden	23.407	15.900	15.000		15.000	15.000	15.000	41.913	101.913
13	= Summe Auszahlungen	23.407	15.900	15.000		15.000	15.000	15.000	41.913	101.913
14	= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-18.894	-105.800	10.000		10.000	10.000	10.000	-380.292	-340.292

Für 2011 und die Folgejahre erfolgt hier eine pauschale Veranschlagung zu den **Grundstücksveräußerungen** des allgemeinen Grundvermögens in Höhe von jährlich 5.000 EUR.

Hinzu kommt ein pauschaler Ansatz in Höhe von 15.000 EUR für den Erwerb von Grundstücken (insbesondere für Straßenflächen).

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Mauelshagen, Johannes

1.11 Innere Verwaltung**1.11.13 Grundstücks- und Gebäudemanagement**

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgest ellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlung en / - auszahlung en
5100106 Erwerb Gelände Ehem. "Haus im Kurpark"										
2	- Einzahlungen aus Veräußerungen von Sachanlagen			-150.000						-150.000
6	= Summe Einzahlungen			-150.000						-150.000
7	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken / Gebäuden	115.967							115.967	115.967
13	= Summe Auszahlungen	115.967							115.967	115.967
14	= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	115.967		-150.000					115.967	-34.033

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgest ellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlung en / - auszahlung en
5100117 Liquidation MEG Baugebiet Hemmerholz										
2	- Einzahlungen aus Veräußerungen von Sachanlagen			-70.000						-70.000
6	= Summe Einzahlungen			-70.000						-70.000
7	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken / Gebäuden		873.300						873.300	873.300
13	= Summe Auszahlungen		873.300						873.300	873.300
14	= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)		873.300	-70.000					873.300	803.300

Aus der Übernahme der Wohnbaugrundstücke durch die Gemeinde in Folge der Liquidation der MEG Morsbacher Entwicklungsgesellschaft mbH i.L. wird der Verkauf eines Grundstücks im Haushaltsjahr 2011 eingeplant.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Mauelshagen, Johannes

1.11 Innere Verwaltung**1.11.13 Grundstücks- und Gebäudemanagement**

Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflich- tungs- ermäch- tigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereit- gestellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahl- ungen/ -auszahl- ungen
2	- Summe der investiven Auszahlungen	150		1.500					11.550	13.050
3	= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	150		1.500					11.550	13.050

Für 2011 ist der Erwerb der Zeichensoftware AutoCAD geplant.

Aus dieser Investitionsmaßnahme ergeben sich pro Haushaltsjahr Abschreibungen in Höhe von 300 EUR.

Für 2011 sind die Abschreibungen nur für ein halbes Jahr berücksichtigt, weil pauschal im Haushaltsplan von einer Aktivierung der Anlagen Mitte des Jahres ausgegangen wird.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Mauelshagen, Johannes

1.11 Innere Verwaltung**1.11.13 Grundstücks- und Gebäudemanagement**

Stellenplanauszug	Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
tariflich Beschäftigte (PRS)	5,00	6,00	7,00	6,00	6,00	6,00
Mitarbeiter (PRS)	5,00	6,00	7,00	6,00	6,00	6,00
Plan VZ-Stellen Beamte (MAS)		1,00	1,00	1,00	1,00	1,00
Plan VZ-Stellen TVöD (MAS)		5,66	5,66	5,66	5,66	5,66
Planstellen (MAS)		6,66	6,66	6,66	6,66	6,66

Statistische Kennzahlen		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
1	Anzahl Gebäude (ST)	26	26	27	27	27	27
2	qm der Fremdreinigung (M2)	17.064	17.064	18.387	18.387	18.387	18.387
3	Mietwohnungen (ANZ)	5	5	5	5	5	5
4	erledigte Aufträge im ZGM (ANZ)	110	110	110	110	110	110
5	Arbeitsstunden im ZGM (STD)	3.500	3.500	3.500	3.500	3.500	3.500
6	Gebäudefläche (Nutzfläche)		25.732				
7	umbauter Raum (Gebäude)		113.380				

**Beschreibung**

Unterhaltungsmaßnahmen an öffentlichen Straßen, Wirtschaftswegen, Wanderwegen und Plätzen; Durchführung der Straßenreinigung und des Winterdienstes auf öffentlichen Straßen und Plätzen; Pflege und Erhaltung der öffentlichen Park- und Gartenanlagen, Unterhaltung von Grünflächen und Bäumen im öffentlichen Verkehrsraum sowie Pflege von Außenanlagen an öffentlichen Gebäuden; Aufstellen von Verkehrszeichen im öffentlichen Verkehrsraum, Unterhaltung von Spielplätzen einschließlich Rasenflächen, Gehölzflächen, Platz- und Wegeflächen und der Ausstattungsgegenstände; Unterhaltungs-, Sanierungs- und Substanzerhaltungsarbeiten in und an öffentlichen Gebäuden und Einrichtungen; Unterhaltungsarbeiten an Buswartehäuschen, Grill- und Schutzhütten; Unterhaltungs- und Sanierungsarbeiten am öffentlichen Wasser- und Abwassernetz; Einsatz und Betreuung von Teilnehmern im Rahmen der Maßnahme zur Schaffung von Arbeitsgelegenheiten (sog. 1-Euro-Jobs); Beschilderungsmaßnahmen anlässlich Veranstaltungen (Kirmes, Karneval), Ausführung von Arbeitsaufträgen für andere Ämter der Verwaltung, Erfassung und Abrechnung der Bauhofleistungen

Auftragsgrundlage

Rats- und Ausschussbeschlüsse, Aufträge der Verwaltungsführung und anderer Fachämter, Straßen- und Wegegesetz NW, Straßenreinigungssatzung, Straßenverkehrsordnung, Unfallverhütungsvorschriften, Technische Richtlinien und Verordnungen, DIN-Normen

Zielgruppen

Bürgerinnen und Bürger, Anlieger an Gemeindestraßen, Verkehrsteilnehmer, andere Fachämter

Ziele

Wirtschaftliche und bedarfsgerechte Serviceleistungen für gemeindliche Einrichtungen.

Maßnahmen

Kooperation mit Dorfgemeinschaften und Vereinen.

Patenschaften Dritter.

Einführung von Stunden- und/oder Auftragszetteln.

Herstellung und Erhaltung der Verkehrssicherheit auf öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen; Erhaltung des verkehrssicheren Zustandes und der Einsatzfähigkeit der Fahrzeuge, Maschinen und Geräte des Bauhofes;

Erhalt des Freizeit- und Erholungsangebotes im Gemeindegebiet; ordnungsgemäße Instandsetzungsarbeiten in öffentlichen Gebäuden und Einrichtungen.

Verbesserung der Kosten- und Leistungsrechnung.

Kennzahlen

Anzahl der erledigten Aufträge.

Anzahl der Arbeitsstunden.

Stundensatz.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Reifenrath, Andreas

1.11 Innere Verwaltung**1.11.26 Baubetriebshof**

Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-13.126	-13.125	-13.126	-13.125	-13.126	-11.770
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-1.000					
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-11.571	-12.000	-12.000	-12.120	-12.241	-12.363
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-11.999	-1.000	-1.000	-1.010	-1.020	-1.030
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	-608		-1.000	-1.000	-1.000	-1.000
10	= Ordentliche Erträge	-38.303	-26.125	-27.126	-27.255	-27.387	-26.163
11	- Personalaufwendungen	661.916	657.481	689.437	696.333	703.296	710.329
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	66.573	82.405	87.485	76.724	77.492	78.263
14	- Bilanzielle Abschreibungen	55.334	65.055	58.654	61.770	61.048	59.728
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	31.286	29.366	28.662	28.947	29.232	29.520
17	= Ordentliche Aufwendungen	815.110	834.307	864.238	863.774	871.068	877.840
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	776.807	808.182	837.112	836.519	843.681	851.677
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	776.807	808.182	837.112	836.519	843.681	851.677
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	776.807	808.182	837.112	836.519	843.681	851.677
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-818.552	-856.662	-886.372	-885.897	-893.178	-901.294
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	50.352	36.522	36.535	36.537	36.539	36.540
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	8.606	-11.958	-12.725	-12.841	-12.958	-13.077



Die **Zuwendungen und allgemeinen Umlagen** beinhalten die Auflösung von Sonderposten.

Unter **Kostenerstattungen und -umlagen** sind grundsätzlich alle Abrechnungen gegenüber den Eigenbetrieben veranschlagt (wie Miete für die Nutzung von Räumlichkeiten im Baubetriebshof und Inanspruchnahme von Bauhofleistungen).

Sonstige ordentliche Erträge weisen einen pauschalen Ansatz für Erstattungen bei Schadensfällen aus. In 2009 konnte der JBC verkauft werden.

Die **Aktivierten Eigenleistungen** zeigen den Einsatz des Bauhofs zur Erstellung von Anlagegütern der Gemeindeverwaltung an.

Bei den **Sach- und Dienstleistungen** handelt es sich überwiegend um die Unterhaltung und Bewirtschaftung der Bauhoffahrzeuge (30 TEUR für Fahrzeugunterhaltung und 34 TEUR für Benzinkosten) sowie des Bauhofgebäudes. Die Energiekosten (insbes. Heizölverbrauch) werden den Durchschnittswerten der Vorjahre angepasst. In 2011 stehen einige Reifenerneuerungen an Bauhoffahrzeugen an.

Die Veränderungen bei den **Bilanziellen Abschreibungen** kommen einerseits durch die geplanten Investitionen zu Stande (siehe investive Auszahlungen), andererseits gibt es Verringerungen nach Ablauf der Nutzungsdauer von Anlagegütern.

Die **sonstigen ordentlichen Aufwendungen** beinhalten zum einen die Kfz-Versicherungsbeiträge sowie Leasingbeiträge für Fahrzeuge, zum anderen die Veranschlagung der Schadensfälle. Weiterhin wird die Ausstattung der Bauhofmitarbeiter mit neuer Schutzkleidung (Sicherheitsschuhe, Schutzhelme) veranschlagt.

Nach der **internen Leistungsverrechnung** verbleibt ein Ertrag, da nur die internen Leistungen verrechnet werden. Aus der Abrechnung der Leistungen an die Eigenbetriebe ergibt sich ein „Überschuss“.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Reifenrath, Andreas

1.11 Innere Verwaltung**1.11.26 Baubetriebshof**

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgest ellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlung en / - auszahlung en
5000051 Ersatzbeschaffung Radlader										
2	- Einzahlungen aus Veräußerungen von Sachanlagen					-15.000				-15.000
6	= Summe Einzahlungen					-15.000				-15.000
9	- Auszahlungen für den Erwerb von bewegl. Anlagevermögen				60.000	60.000				60.000
13	= Summe Auszahlungen				60.000	60.000				60.000
14	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)				60.000	45.000				45.000

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgest ellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlung en / - auszahlung en
5000052 Schlepper mit Mulcher, Bauhof										
9	- Auszahlungen für den Erwerb von bewegl. Anlagevermögen	157.027							157.027	157.027
13	= Summe Auszahlungen	157.027							157.027	157.027
14	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	157.027							157.027	157.027

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Reifenrath, Andreas

1.11 Innere Verwaltung**1.11.26 Baubetriebshof**

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgest ellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlung en / - auszahlung en
5000080 Kaltasphalt-Spritzmaschine										
9	- Auszahlungen für den Erwerb von bewegl. Anlagevermögen		10.000						10.000	10.000
13	= Summe Auszahlungen		10.000						10.000	10.000
14	= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)		10.000						10.000	10.000

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgest ellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlung en / - auszahlung en
5000085 Erwerb Pritschenwagen GM- 2667										
9	- Auszahlungen für den Erwerb von bewegl. Anlagevermögen			10.400						10.400
13	= Summe Auszahlungen			10.400						10.400
14	= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)			10.400						10.400

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Reifenrath, Andreas

1.11 Innere Verwaltung**1.11.26 Baubetriebshof**

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgest ellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlung en / - auszahlung en
5000086 Erwerb Pritschenwagen GM-MB 8151										
9	- Auszahlungen für den Erwerb von bewegl. Anlagevermögen					11.200				11.200
13	= Summe Auszahlungen					11.200				11.200
14	= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)					11.200				11.200

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Reifenrath, Andreas

1.11 Innere Verwaltung**1.11.26 Baubetriebshof**

Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflich- tungs- ermäch- tigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereit- gestellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahl- ungen/ -auszahl- ungen
1	+ Summe der investiven Einzahlungen	-12.000							-12.000	-12.000
2	- Summe der investiven Auszahlungen	14.204	7.200	5.000		2.500	2.500	2.500	41.022	53.522
3	Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	2.204	7.200	5.000		2.500	2.500	2.500	29.022	41.522

Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze**Bauhof insgesamt**

Für den Baubetriebshof sollen im Jahr 2011 drei Ersatzbeschaffungen getätigt werden:

Erwerb Freischneider 1.000 EUR

Erwerb Rasenmäher 2.000 EUR

Erwerb Fassanwärmeverrichtung für Spritzmaschine 2.000 EUR

Aus dieser Investitionsmaßnahme ergeben sich pro Haushaltsjahr Abschreibungen in Höhe von 1.000 EUR.

Für 2011 sind die Abschreibungen nur für ein halbes Jahr berücksichtigt, weil pauschal im Haushaltsplan von einer Aktivierung der Anlage Mitte des Jahres ausgegangen wird.

Ab 2012 pauschaler Ansatz für Ersatzbeschaffungen von 2.500 EUR jährlich.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Reifenrath, Andreas

1.11 Innere Verwaltung**1.11.26 Baubetriebshof**

Stellenplanauszug	Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
tariflich Beschäftigte (PRS)	16,00	16,00	16,00	16,00	16,00	16,00
Mitarbeiter (PRS)	16,00	16,00	16,00	16,00	16,00	16,00
Plan VZ-Stellen TVöD (MAS)		15,50	15,50	15,50	15,50	15,50
Planstellen (MAS)		15,50	15,50	15,50	15,50	15,50

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Bukowski, Jörg**1.12 Sicherheit und Ordnung**

PRODUKTBEREICH		PRODUKTGRUPPE		PRODUKT / TEILPRODUKT
1.12 Sicherheit und Ordnung	1.12.01	Allgemeine Sicherheit und Ordnung	1.12.01.01	Ordnungswesen (allg. Sicherheit+Ordnung)
	1.12.02	Gewerbewesen	1.12.02.01	Gewerbewesen (+Überwachung v. Betrieben)
	1.12.07	Verkehrsangelegenheiten	1.12.07.01	Verkehrsanliegenheiten
	1.12.10	Einwohnerangelegenheiten	1.12.10.01	Einwohner-/Meldeangelegenheiten
	1.12.11	Personenstandswesen	1.12.11.01	Personenstandswesen
	1.12.14	Wahlen	1.12.14.01	Durchführung von Wahlen
	1.12.15	Gefahrenabwehr und -vorbeugung	1.12.15.01	FFw Morsbach, Gefahrenabwehr etc.
			1.12.15.01.01	Löschzug Morsbach, Gefahrenabwehr etc.
			1.12.15.01.02	Löschzug Lichtenberg, Gefahrenabw. etc.
			1.12.15.01.03	Löschgrp.Wendershagen, Gefahrenabw.etc.
			1.12.15.01.04	Löschgruppe Holpe, Gefahrenabwehr etc.

Haushaltsplan 2011**1.12 Sicherheit und Ordnung**

verantwortlich:

Bukowski, Jörg



Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-52.863	-52.114	-56.424	-56.086	-53.973	-49.113
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-68.579	-68.400	-90.600	-90.600	-90.600	-90.600
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-783	-1.000	-1.000	-1.000	-1.000	-1.000
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-65.293	-18.600	-10.600	-10.600	-21.100	-24.400
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-41.025	-32.100	-31.500	-31.500	-31.500	-31.500
10	= Ordentliche Erträge	-228.543	-172.214	-190.124	-189.786	-198.173	-196.613
11	- Personalaufwendungen	227.881	270.601	332.019	335.340	329.680	332.977
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	150.433	149.747	156.646	135.487	136.472	137.426
14	- Bilanzielle Abschreibungen	128.370	150.120	152.499	184.781	184.502	169.938
15	- Transferaufwendungen	4.933					
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	80.799	74.825	71.354	72.343	88.684	89.535
17	= Ordentliche Aufwendungen	592.417	645.293	712.518	727.951	739.338	729.876
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	363.873	473.079	522.394	538.165	541.165	533.263
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	363.873	473.079	522.394	538.165	541.165	533.263
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	363.873	473.079	522.394	538.165	541.165	533.263
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-22.384	-23.176	-23.614	-23.716	-23.822	-23.829
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	320.343	223.949	198.093	186.608	179.670	190.447

Haushaltsplan 2011**1.12 Sicherheit und Ordnung**

verantwortlich:

Bukowski, Jörg



Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	661.832	673.852	696.873	701.057	697.013	699.881



**Beschreibung**

Die Produktgruppe „Allgemeine Sicherheit und Ordnung“ umfasst alle ordnungsbehördlichen Maßnahmen, alle Angelegenheiten der Sicherheit und Ordnung sowie die Leistungen der Schiedsleute.

Auftragsgrundlage

Sonn- und Feiertagsgesetz, Ordnungsbehördengesetz, Verwaltungsverfahrensgesetz, Jugendschutzgesetz, Umweltschutzgesetz, Landesfischereigesetz, Bundes- und Landesjagdgesetz, BGB, Landeshundegesetz, Nichtraucherschutzgesetz, Landesimmissionsgesetz, Ordnungsbehördliche Verordnung.

Zielgruppen

Allgemeinheit, Jugendliche, Fischereischeinbewerber, Jagdpächter, durch Wildschaden Geschädigte, Finder- und Verlierer von Fundsachen.

Ziele

Sicherstellung eines gedeihlichen Miteinanders.

Akzeptanz des Ordnungsamtes.

Maßnahmen

Einhaltung angemessener Sicherheitsstandards im Gemeindegebiet.

Imageverbesserung für staatliche Eingriffsaufgaben.

Verbesserung der Lebensqualität für Familien mit Kindern durch Tätigwerden im Hinblick auf wilde Müllablagerungen, Eingriffe nach dem Landeshundegesetz und auf Grund anderer Ordnungswidrigkeiten.

Steigerung des Sicherheitsgefühls der Morsbacher Bürger.

Beschäftigung eines Wachdienstes.

Kontrollen im Rahmen der Ordnungspartnerschaft mit der Kreispolizeibehörde.

Kennzahlen

Anzahl der Ordnungswidrigkeiten-Fälle.

Anzahl der Kontrollen im Rahmen der Ordnungspartnerschaft.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Hermann, Stefan

1.12 Sicherheit und Ordnung**1.12.01 Allgemeine Sicherheit und Ordnung**

Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-3.131	-2.900	-3.100	-3.100	-3.100	-3.100
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-53.500	-5.600	-3.600	-3.600	-3.600	-3.600
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-1.664	-900	-500	-500	-500	-500
10	= Ordentliche Erträge	-58.294	-9.400	-7.200	-7.200	-7.200	-7.200
11	- Personalaufwendungen	76.810	115.010	138.487	139.871	141.269	142.682
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	32.994	9.700	8.800	8.888	8.977	9.067
14	- Bilanzielle Abschreibungen	1.200	610	1.356	1.355	1.356	1.355
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	3.968	2.598	2.202	2.222	2.242	2.262
17	= Ordentliche Aufwendungen	114.973	127.918	150.845	152.336	153.844	155.366
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	56.678	118.518	143.645	145.136	146.644	148.166
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	56.678	118.518	143.645	145.136	146.644	148.166
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	56.678	118.518	143.645	145.136	146.644	148.166
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-52.552	-59.282	-71.268	-71.885	-72.512	-73.195
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	57.989	44.086	42.842	40.790	39.370	41.843
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	62.115	103.322	115.219	114.041	113.503	116.814

Verwaltungsgebühren (hier insbesondere die Gebühren für die Ausstellung von Fischereischein) werden unter der Position **öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte** gebucht.



Bei den **Kostenerstattungen** handelt es sich im Wesentlichen um Erstattungen vom Oberbergischen Kreis für Zwangsstilllegungen und auch Erstattungen für durchgeführte ordnungsbehördliche Beerdigungen.

In 2009 gab es im Ergebnis eine einmalige Erstattung i. H. v. 50 TEUR von der Deutschen Post AG auf Grund der Übernahme eines Beamten.

Ordnungsrechtliche Entgelte (Buß- und Verwarngelder) sind im Ansatz **sonstige ordentliche Erträge** berücksichtigt. Im Ergebnis 2009 ist zudem die Auflösung von Wertberichtigungen auf Forderungen gebucht.

Durch eine geänderte Zuordnung einer Mitarbeiterin zur Produktgruppe erhöhen sich die **Personalaufwendungen** deutlich.

Die **Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen** beinhalten einen Ansatz für sonstige ordnungsbehördliche Maßnahmen, wie z. B. die Durchführung ordnungsbehördlicher Beerdigungen oder auch die Unterbringung streunender Tiere.

Im Jahr 2009 wurde eine Erstattung an die Deutsche Post AG i. H. v. 24 TEUR für Personalabordnung (bis zur Übernahme des Beamten) fällig.

Unter den **sonstigen ordentlichen Aufwendungen** finden sich u. a. die Kosten für den Bereitschaftsdienst (Anschluss Leitstelle), Fortbildungen sowie Fachzeitschriften / Literatur.

In dieser Produktgruppe befinden sich außerdem auch die Aufwendungen für die Schiedsleute (Aufwandsentschädigung, Lehrgangskosten u. a.).

Die **interne Leistungsverrechnung** berücksichtigt insbesondere die Personal- und Sachkostenverteilung auf andere Produkte (Fach-Umlage), da die (Organisations-)Kostenstelle „Ordnungswesen und Gewerberecht“ ihre Kosten zunächst vollständig in diese Produktgruppe abrechnet.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Hermann,Stefan

1.12 Sicherheit und Ordnung**1.12.01 Allgemeine Sicherheit und Ordnung**

Stellenplanauszug	Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
Beamte (PRS)	1,00	1,00	2,00	2,00	2,00	2,00
tariflich Beschäftigte (PRS)	1,00	1,00				
Mitarbeiter (PRS)	2,00	2,00	2,00	2,00	2,00	2,00
Plan VZ-Stellen Beamte (MAS)		1,00	2,00	2,00	2,00	2,00
Plan VZ-Stellen TVöD (MAS)		1,17	0,40	0,40	0,40	0,40
Planstellen (MAS)		2,17	2,40	2,40	2,40	2,40

Statistische Kennzahlen		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
1	Ordnungsbehördliche Beerdigungen (ANZ)	5	6	4	4	4	4



Beschreibung

Die Produktgruppe „Gewerbewesen“ umfasst alle allgemeinen Gewerbeangelegenheiten sowie alle Maßnahmen der Überwachung von Gaststätten und Betrieben.

Auftragsgrundlage

Gewerbeordnung, Sonn- und Feiertagsgesetz, Ladenschlussgesetz, Gesetz zur Bekämpfung der Schwarzarbeit, Weisungen der Aufsichtsbehörde, Gaststättengesetz, Preisangabenverordnung.

Zielgruppen

Gewerbetreibende, Betriebspersonal, BürgerInnen / Allgemeinheit, öffentliche Stellen, Behörden.

Ziele

Steigerung der Kundenzufriedenheit.

Maßnahmen

Eingangsbestätigung innerhalb von 3 Arbeitstagen.

Schriftliche Verfahrensinformationen innerhalb von 7 Arbeitstagen.

Bezahlung von Kreditorenrechnungen innerhalb von 15 Arbeitstagen.

Kennzahlen

Abweichung Eingangsbestätigung < 10%.

Abweichung schriftlicher Verfahrensinformationen < 10%

Abweichung Bezahlung von Kreditorenrechnungen < 15%

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Hermann, Stefan

1.12 Sicherheit und Ordnung**1.12.02 Gewerbewesen**

Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-12.679	-7.500	-13.000	-13.000	-13.000	-13.000
10	= Ordentliche Erträge	-12.679	-7.500	-13.000	-13.000	-13.000	-13.000
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	906	1.220	1.150	1.162	1.174	1.186
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	1.147	1.040	600	607	614	621
17	= Ordentliche Aufwendungen	2.053	2.260	1.750	1.769	1.788	1.807
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	-10.626	-5.240	-11.250	-11.231	-11.212	-11.193
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	-10.626	-5.240	-11.250	-11.231	-11.212	-11.193
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	-10.626	-5.240	-11.250	-11.231	-11.212	-11.193
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	10.203	9.973	11.088	10.972	10.908	11.227
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	-423	4.733	-162	-259	-304	34

Die Verwaltungsgebühren werden unter der Position **öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte** gebucht.

Durch den Anstieg der Gaststättenkonzessionen im Ergebnis 2009 und der Entwicklung im lfd. Jahr 2010 wurde der Ansatz für 2011 und die Folgejahre erneut erhöht.

Erstattungen an den Bund für Auskünfte aus dem Bundeszentralregister sowie die Nutzung externer DV Systemen werden als **Sach- und Dienstleistungen** veranschlagt. Seit dem Haushaltsjahr 2010 ist das neue Gewerbeverfahren "Migewa" im Einsatz.

Die **sonstige ordentliche Aufwendungen** beinhalten Kosten wie Fortbildungen, Drucksachen und Fachzeitschriften / Literatur. Durch organisatorische Umgliederungen ergab sich im Haushaltsjahr 2010 ein erhöhter Schulungsbedarf.

Die wesentliche Belastung beruht auf Kosten (Personal- und Sachkosten), die primär der Produktgruppe 1.12.01 zugeordnet und dann erst bei der **internen Leistungsverrechnung** verteilt wurden.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Hermann,Stefan

1.12 Sicherheit und Ordnung**1.12.02 Gewerbewesen**

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgest ellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlung en / - auszahlung en
5000074 Erwerb Lizenz Migewa										
12	- Sonstige Investitionsauszahlungen		6.100						6.100	6.100
13	= Summe Auszahlungen		6.100						6.100	6.100
14	= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)		6.100						6.100	6.100

Statistische Kennzahlen		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
1	Einwohner (PRS)	11.099	11.000	11.000	11.000	11.000	11.000
2	Anzahl Gewerbetreibende (PRS)	948	900	900	900	900	900
3	Anzahl Gaststätten und Betriebe (ST)	25	22	23	23	23	23
4	Gewerbezentralregistrauskünfte (ST)	30	35	50	50	50	50



Beschreibung

Die Produktgruppe „Verkehrsangelegenheiten“ umfasst alle Maßnahmen der Verkehrslenkung und -regelung sowie der Überwachung des ruhenden Verkehrs.
NEUE STELLE "Verkehrslenkung"

Auftragsgrundlage

Straßenverkehrsordnung, Straßen- und Wegegesetz, Ordnungswidrigkeitengesetz.

Zielgruppen

Verkehrsteilnehmer, Anwohner, Allgemeinheit.

Ziele

Gewährleistung der Verkehrssicherheit.

Maßnahmen

Entschärfung von Unfallschwerpunkten.

Verkehrslenkende Maßnahmen durchführen.

Reduzierung von Verwarnungs- und Bußgeldern bei gleichbleibender Anzahl von Kontrollstunden im ruhenden Verkehr.

Kennzahlen

Anzahl durchgeführter Verkehrssicherungsmaßnahmen.

Anzahl der Verwarnungs- und Bußgelder.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Hermann, Stefan

1.12 Sicherheit und Ordnung**1.12.07 Verkehrsangelegenheiten**

Teilergebnisplan			Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
7	+	Sonstige ordentliche Erträge	-33.360	-31.200	-31.000	-31.000	-31.000	-31.000
10	=	Ordentliche Erträge	-33.360	-31.200	-31.000	-31.000	-31.000	-31.000
11	-	Personalaufwendungen	11.432	12.600	12.600	12.726	12.853	12.982
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	16.802	25.846	21.450	1.364	1.378	1.392
14	-	Bilanzielle Abschreibungen	208	277	277	277	278	68
16	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	4.625	1.960	2.550	2.576	2.602	2.628
17	=	Ordentliche Aufwendungen	33.067	40.683	36.877	16.943	17.111	17.070
18	=	Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	-293	9.483	5.877	-14.057	-13.889	-13.930
22	=	Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	-293	9.483	5.877	-14.057	-13.889	-13.930
26	=	Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	-293	9.483	5.877	-14.057	-13.889	-13.930
27	+	Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-208	-277	-277	-277	-278	-68
28	-	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	37.612	39.704	42.203	38.903	38.661	39.801
29	=	Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	37.111	48.910	47.803	24.569	24.494	25.803

Die Verwarn- und Bußgelder, die im Rahmen der Überwachung des ruhenden Verkehrs ausgesprochen werden, werden unter **sonstigen ordentlichen Erträgen** ausgewiesen.

Die Mitarbeiter zur Überwachung des ruhenden Verkehrs werden im **Personalaufwand** an dieser Stelle berücksichtigt.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Hermann,Stefan**1.12 Sicherheit und Ordnung****1.12.07 Verkehrsangelegenheiten**

Kosten für die Nutzung externer DV-Systeme befinden sich unter **Sach- und Dienstleistungen**. Außerdem fällt unter diese Position der Ansatz für Erstattungen an Gemeinden - hier die anteiligen Kosten für Verkehrslenkung auf Grund der öffentlich rechtlichen Vereinbarung mit der Gemeinde Reichshof. Die öffentlich rechtliche Vereinbarung mit Reichshof ist wegen des HSK im Haushaltsjahr 2010 gekündigt worden und läuft 2011 aus. Entsprechend entfällt der Ansatz ab 2012.

Die **sonstige ordentlichen Aufwendungen** ergeben sich überwiegend aus Reisekosten (Fahrtkostenerstattungen) sowie aus Telefongebühren, da die Erfassung der Verwarnungstatbestände seit 2009 über ein Mobiltelefon erfolgt. Im Ergebnis 2009 sind zusätzliche Kosten im Bereich Aus- und Fortbildung angefallen, da die neue Software "WINOWIG" für die Bearbeitung von Verkehrs- und allgemeine Ordnungswidrigkeiten eingeführt wurde.

Im Übrigen erfolgt noch eine sekundäre Belastung mit Kosten (Personal- und Sachkostenanteile), die primär der Produktgruppe 1.12.01 zugeordnet und dann erst verteilt werden.

Statistische Kennzahlen		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
1	Einwohner (PRS)	11.099	11.000	11.100	11.100	11.100	11.100
2	Verwarnungen (ST)	2.451	2.700	2.200	2.200	2.200	2.200
3	Bußgelder (ST)	329	250	300	300	300	300
4	Kontrollstunden (STD)	720	70	70	70	70	70
5	Mitarbeiter Überwachung ruhender Verkehr (PRS)	2	2	2	2	2	2



Beschreibung

Die Produktgruppe „Einwohnerangelegenheiten“ umfasst alle Meldeangelegenheiten, die Ausweis- und Passangelegenheiten, die Bearbeitung sonstiger Dokumente und Anträge sowie Staatsangehörigkeitsangelegenheiten.

Auftragsgrundlage

Meldegesetz, Passgesetz, Personalausweisgesetz, Datenschutzgesetz, Ausländergesetz, Einkommenssteuergesetz, Wehrpflichtgesetz, Erfassungsrichtlinien, Registriergesetz, Straßenverkehrsgesetz, Ausländergesetz, Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz, Gesetz zur Regelung von Staatsangehörigkeitsausweisen.

Zielgruppen

Einwohner, Bürger, Behörden, Institutionen, Lohnsteuerpflichtige, Wehrpflichtige der Gemeinde Morsbach, Einbürgerungsbewerber, Spätaussiedler.

Ziele

Rechtssichere Bearbeitung der Begehren, Fragen und Wünsche der Bürgerinnen und Bürger in angemessener und zumutbarer Zeit.

Maßnahmen

Bereitstellung von Infobroschüren für zugezogene Bürger und insbesondere für Familien.
Umfrage zur Kundenzufriedenheit.

Kennzahlen

Ergebnis der Kundenzufriedenheitsumfrage.
Durchschnittliche Wartezeiten.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Molzberger, Ursula

1.12 Sicherheit und Ordnung**1.12.10 Einwohnerangelegenheiten**

Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-35.965	-41.000	-57.500	-57.500	-57.500	-57.500
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-1.423					
10	= Ordentliche Erträge	-37.387	-41.000	-57.500	-57.500	-57.500	-57.500
11	- Personalaufwendungen	83.299	84.953	122.882	124.112	116.341	117.504
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	32.722	35.300	51.243	51.365	51.489	51.614
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	1.231	1.121	1.263	1.276	1.289	1.302
17	= Ordentliche Aufwendungen	117.252	121.374	175.388	176.753	169.119	170.420
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	79.865	80.374	117.888	119.253	111.619	112.920
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	79.865	80.374	117.888	119.253	111.619	112.920
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	79.865	80.374	117.888	119.253	111.619	112.920
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	77.812	60.359	71.674	68.361	63.021	67.008
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	157.678	140.733	189.562	187.614	174.640	179.928

Allgemeine Verwaltungsgebühren des Einwohnermeldeamtes, Verwaltungsgebühren für Führungszeugnisse, für Personalausweise und Reisepässe sowie für Führerscheinanträge sind unter der Position **öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte** berücksichtigt. Auf Grund des neuen Personalausweises steigen die Ansätze ab 2010.

Auf Grund der Aufstockung der Wochenstunden zweier Teilzeitkräfte steigen die **Personalaufwendungen** an.

Bei den **Aufwendungen aus Sach- und Dienstleistungen** handelt es sich um die Beschaffung der Ausweise bei der Bundesdruckerei sowie um die Kosten für die Nutzung externer DV-Systeme.

Die Ausgaben für Büromaterial, für Zeitungen und Fachliteratur sowie die anteilige Unfallversicherung wird unter **sonstige ordentliche Aufwendungen** gebucht.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Molzberger, Ursula

1.12 Sicherheit und Ordnung**1.12.10 Einwohnerangelegenheiten**

Stellenplanauszug	Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
Beamte (PRS)	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00
tariflich Beschäftigte (PRS)	2,00	2,00	2,00	2,00	2,00	2,00
Mitarbeiter (PRS)	3,00	3,00	3,00	3,00	3,00	3,00
Plan VZ-Stellen Beamte (MAS)		0,50	0,78	0,78	0,78	0,78
Plan VZ-Stellen TVöD (MAS)		1,23	1,32	1,32	1,32	1,32
Planstellen (MAS)		1,73	2,10	2,10	2,10	2,10

Statistische Kennzahlen		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
1	Personalausweise und vorl. Personalausw. (ST)	1.455	1.600	1.600	1.600	1.600	1.600
2	Reisepässe und vorläufige Reisepässe (ST)	252	300	300	300	300	300
3	Kinderausweise (ST)	144	160	120	120	120	120
4	Führungszeugnisse (ST)	358	380	450	450	450	450
5	Anzahl Ausländer (PRS)	536	540	540	540	540	540

**Beschreibung**

Die Produktgruppe „Personenstandswesen“ umfasst alle Maßnahmen bezogen auf den Personenstand wie die Beurkundung von Geburten und Sterbefällen, Eheschließungen, sonstige Beurkundungen und öffentliche Beglaubigungen sowie behördliche Namensänderungen.

Auftragsgrundlage

Personenstandsgesetz, -verordnung, BGB, EGBGB.

Zielgruppen

BürgerInnen der Gemeinde.

Ziele

Rechtssichere Bearbeitung der Begehren, Fragen und Wünsche der Bürgerinnen und Bürger in angemessener und zumutbarer Zeit.
Erhaltung eines attraktiven Umfeldes für Eheschließungen.

Maßnahmen

Ansprechendes Angebot für Eheschließungen außerhalb der normalen Dienstzeiten (ein Samstag im Monat).

Kennzahlen

Eheschließungen an Samstagen.
Eheschließungen im Ortsteil Rom.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Marciniak, Ulrich

1.12 Sicherheit und Ordnung**1.12.11 Personenstandswesen**

Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-6.070	-7.000	-7.000	-7.000	-7.000	-7.000
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-783	-1.000	-1.000	-1.000	-1.000	-1.000
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-121					
10	= Ordentliche Erträge	-6.974	-8.000	-8.000	-8.000	-8.000	-8.000
11	- Personalaufwendungen	56.340	58.038	58.050	58.631	59.217	59.809
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	3.200	3.720	3.690	3.712	3.734	3.756
14	- Bilanzielle Abschreibungen		130				
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	3.551	2.901	3.691	3.712	3.733	3.754
17	= Ordentliche Aufwendungen	63.091	64.789	65.431	66.055	66.684	67.319
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	56.117	56.789	57.431	58.055	58.684	59.319
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	56.117	56.789	57.431	58.055	58.684	59.319
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	56.117	56.789	57.431	58.055	58.684	59.319
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-21.390	-21.888	-21.850	-21.932	-22.016	-22.217
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	43.745	36.992	32.829	31.201	29.968	31.501
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	78.472	71.893	68.409	67.325	66.635	68.603

Die Standesamtsgebühren sind unter dem Posten **öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte** gebucht.

Privatrechtliche Leistungsentgelte werden im Rahmen des Verkaufs von Stammbüchern erhoben.



Die Auflösung von Rückstellungen ist im Jahr 2009 unter den **sonstigen ordentlichen Erträgen** ausgewiesen.

Unter den **Sach- und Dienstleistungen** wird die Anschaffung der Stammbücher, die Kosten für die Nutzung externer DV-Systeme (Betriebskosten AutiSta/ ePr-Server) sowie ab 2010 das Einbinden der Personenstandsbücher (als sonstige Dienstleistung) gebucht. Da noch ein Restbestand an Stammbüchern vorhanden ist, wird hier der Ansatz reduziert.

In 2010 ist für die neu angeschaffte Verwaltungslizenz "ePr- Server" (Elektronisches Personenstandsregister) die **bilanziellen Abschreibungen** nur für ein halbes Jahr berücksichtigt worden, weil pauschal im Haushaltsplan von einer Aktivierung der Anlage Mitte des Jahres ausgegangen wird. Für die Folgejahre wird die Abschreibung unter IT-Ausstattung ausgewiesen.

Die **sonstigen ordentlichen Aufwendungen** beinhalten die Kosten für Fortbildungsmaßnahmen, das Softwareprodukt und Fachliteratur im Standesamt. Auf Grund der Pflege der Formulare von AutiSta sowie für die Softwarepflege von AutiSta und ePr-Server erhöht sich die Veranschlagung ab 2011. Notwendige Schulungen der Standesbeamten führten zu erhöhtem Fortbildungsaufwand in 2010.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Marciniak, Ulrich

1.12 Sicherheit und Ordnung**1.12.11 Personenstandswesen**

Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflich- tungs- ermäch- tigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereit- gestellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahl- ungen/ -auszahl- ungen
2	- Summe der investiven Auszahlungen	4.229	1.300						5.529	5.529
3	= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	4.229	1.300						5.529	5.529

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Marciniak, Ulrich

1.12 Sicherheit und Ordnung**1.12.11 Personenstandswesen**

Stellenplanauszug	Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
tariflich Beschäftigte (PRS)	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00
Mitarbeiter (PRS)	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00
Plan VZ-Stellen TVöD (MAS)		1,00	1,00	1,00	1,00	1,00
Planstellen (MAS)		1,00	1,00	1,00	1,00	1,00

Statistische Kennzahlen		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
1	Eheschließungen (ANZ)	41	45	45	45	45	45
2	Verkauf von Stammbüchern (ST)	33	45	45	45	45	45
3	Beurkundung von Sterbefällen (ST)	64	80	80	80	80	80

**Beschreibung**

Die Produktgruppe „Wahlen“ umfasst alle Maßnahmen im Hinblick auf die Durchführung von Wahlen (Bundestags-, Europa-, Landtags- und Kommunalwahlen) inkl. der Wahlvorbereitung, der Organisation des Wahltags, der Auszählung durch den Wahlvorstand, statistische Erhebungen, Weiterleitung der Ergebnisse sowie die Prüfung des Wahlrechts).

Auftragsgrundlage

Grundgesetz, Europawahlgesetz, Europawahlordnung, Bundeswahlgesetz, Bundeswahlordnung, Landeswahlgesetz, Landeswahlordnung, Kommunalwahlgesetz, Kommunalwahlordnung, GO.

Zielgruppen

BürgerInnen, Parteien/ Fraktionen .

Ziele

Rechtmäßige, ordnungsgemäße und effektive Vorbereitung und Durchführung der Wahlen.

Maßnahmen

Durchführung von Briefwahlen.

Kennzahlen

Anzahl von Briefwählern.
Aufwand je Einwohner.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Neuhoff, Anita

1.12 Sicherheit und Ordnung**1.12.14 Wahlen**

Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-4.000	-6.000			-10.500	-13.800
10	= Ordentliche Erträge	-4.000	-6.000			-10.500	-13.800
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	834	735	700	700	740	740
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	16.714	5.650		300	15.950	16.105
17	= Ordentliche Aufwendungen	17.547	6.385	700	1.000	16.690	16.845
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	13.547	385	700	1.000	6.190	3.045
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	13.547	385	700	1.000	6.190	3.045
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	13.547	385	700	1.000	6.190	3.045
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	90.289	26.830	105	161	2.634	2.727
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	103.836	27.215	805	1.161	8.824	5.772

In 2010 wurden die Landtagswahlen durchgeführt.

In 2013 findet planmäßig die Wahl zum Deutschen Bundestag statt und in 2014 findet die Kommunal- und Europawahl.

Die Beträge wurden anhand der Ergebniswerte der vorangegangenen Wahlen unter Berücksichtigung einer prozentualen Steigerung festgelegt.

Veranschlagt sind unter den **Kostenerstattungen** die Erstattungen von Bund und Land für die jeweiligen Wahlen.

Unter **Sach- und Dienstleistungen** befinden sich die Kosten für die Nutzung externer DV-Systeme sowie für Gebäudereinigung. Die Aufwendungen für die Nutzung externer DV-Systeme fallen jährlich an. Anbieter dieser Leistungen ist die Civitec.

Die Entschädigungen für die ehrenamtlichen Wahlhelfer, die Miete des Pfarrheims in Lichtenberg, der Druck und das Versenden der Wahlunterlagen sowie die Seminare zur Durchführung der jeweiligen Wahlen (die üblicherweise im Herbst des Vorjahres angeboten werden) werden in der Position **sonstige ordentliche Aufwendungen** berücksichtigt.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Neuhoff, Anita

1.12 Sicherheit und Ordnung**1.12.14 Wahlen**

Statistische Kennzahlen		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
1	Einwohner (PRS)	11.099	11.000	11.100	11.100	11.100	11.100
2	Durchgeführte Wahlen (ANZ)	3	1	0	0	1	2

**Beschreibung**

Die Produktgruppe „Gefahrenabwehr und -vorbeugung“ umfasst alle Maßnahmen der Gefahrenabwehr, die durch die Einrichtung einer Freiwilligen Feuerwehr erledigt werden. In der Gemeinde Morsbach gibt es insgesamt 4 Feuerwehreinheiten.

Auftragsgrundlage

Feuerschutzgesetz NRW, Feuerwehrgebührensatzung, Katastrophenschutzgesetz, Brandschutzbedarfsplan.

Zielgruppen

Bevölkerung (betroffene Personen / Allgemeinheit).

Ziele

Einhaltung der Schutzziele gemäß Brandschutzbedarfsplan unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten.

Maßnahmen

Unterhaltung einer wirtschaftlichen und leistungsfähigen Feuerwehr.

Sicherstellung einer bedarfsgerechten Löschwasserversorgung.

Erhöhung der Anzahl der aktiven Feuerwehrleute.

Übung von Großschadensereignissen.

Werbemaßnahmen für die Feuerwehr (Einführung von Vergünstigungen, etc.).

Aufstellung eines Krisenbedarfsplanes.

Kennzahlen

Anzahl der Übungen.

Anzahl Einsatzstunden.

Anzahl der aktiven Feuerwehrleute.

Aufwand je Einwohner.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Hermann,Stefan

1.12 Sicherheit und Ordnung**1.12.15 Gefahrenabwehr und -vorbeugung**

Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-52.863	-52.114	-56.424	-56.086	-53.973	-49.113
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-10.734	-10.000	-10.000	-10.000	-10.000	-10.000
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-7.793	-7.000	-7.000	-7.000	-7.000	-7.000
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-4.459					
10	= Ordentliche Erträge	-75.849	-69.114	-73.424	-73.086	-70.973	-66.113
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	62.975	73.226	69.613	68.296	68.980	69.671
14	- Bilanzielle Abschreibungen	126.962	149.103	150.866	183.149	182.868	168.515
15	- Transferaufwendungen	4.933					
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	49.563	59.555	61.048	61.650	62.254	62.863
17	= Ordentliche Aufwendungen	244.434	281.884	281.527	313.095	314.102	301.049
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	168.585	212.770	208.103	240.009	243.129	234.936
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	168.585	212.770	208.103	240.009	243.129	234.936
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	168.585	212.770	208.103	240.009	243.129	234.936
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	54.458	64.277	67.133	66.596	66.091	67.991
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	223.043	277.047	275.236	306.605	309.220	302.927

Unter **Zuwendungen und allgemeinen Umlagen** werden Anteile aus der Auflösung von Sonderposten ausgewiesen (Zuweisungen des Landes für abgeschlossene Investitionen, die über Jahre aufgelöst werden).



Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte werden in Form von Benutzungsgebühren für die kostenpflichtigen Einsätze der Feuerwehren erhoben. Der Ansatz wurde als Durchschnittswert aus Vorjahren ermittelt.

Die **Erträge aus Kostenerstattungen** beinhalten Kosten für bestimmte Lehrgänge der Feuerwehrleute, die vom Land erstattet werden. Der Ansatz entspricht dem der "Aufwendungen für Aus- und Fortbildung" in diesem Bereich.

In dem Bereich der **sonstigen ordentlichen Erträge** fallen zum einen Erträge aus Schadensersatzleistungen an, sowie die Auflösung von Wertberichtigungen auf Forderungen.

Die **Sach- und Dienstleistungen** untergliedern sich u. a. in die Unterhaltung der Fahrzeuge sowie die Unterhaltung und Bewirtschaftung der Grundstücke und Gebäude (Feuerwehrgerätehäuser). Die Ansätze wurden durch Hochrechnung bzw. anhand des durchschnittlichen Verbrauchs der Vorjahre ermittelt. Im Ergebnis 2009 ist ein höherer Anteil an sog. festwertrelevanten Anschaffungen, also Vermögensgegenständen, die mit einem Festwert in der Anlagenbuchhaltung erfasst sind, und daher hier als Aufwand gebucht werden. Alle drei Jahre erfolgt anhand dieser Aufwendungen eine Überprüfung des Festwertes.

Der Ansatz für festwertrelevante Anschaffungen (für Schläuche, Atemluftflaschen, Rufmeldeempfänger und Feuerwehrbekleidung) wurde für 2011 und die Folgejahre reduziert.

Auf Grund des Auslaufens von Nutzungsdauern der Fahrzeuge in der Anlagenbuchhaltung sind auch stärkere Schwankungen in den **bilanziellen Abschreibungen** zu erkennen. Die Steigerung in den Folgejahren ergibt sich aus den investiven Maßnahmen (gemäß Brandschutzbedarfsplan), wobei sich die exakten Werte erst nach Durchführung der konkreten Maßnahmen im Einzelfall ergeben. Aufgrund des in 2010 neu angeschafften Wechselladerfahrzeugs der Feuerwehr Morsbach, entstehen jährlich höhere Abschreibungen.

Unter **Transferaufwendungen** werden bis 2009 die anteilige Weiterleitung der Erstattungsbeträge für kostenpflichtige Einsätze an die Feuerwehreinheiten gebucht. Infolge der vereinbarten Kostenerstattung nach § 12 Abs. 6 FSHG unmittelbar an die aktiven Feuerwehrleute der freiwilligen Feuerwehr Morsbach, entfällt diese Weiterleitung.

Hierdurch bedingt erhöht sich der Ansatz für die Aufwandsentschädigung für ehrenamtliche Tätigkeiten unter der Position **Sonstige Ordentliche Aufwendungen** um 20 TEUR.

Die **sonstigen ordentlichen Aufwendungen** enthalten ferner die Ansätze für die Aufwandsentschädigung der Wehrführung, den Verdienstausfall bei Einsätzen, für Aus- und Fortbildung, Dienst- und Schutzkleidung sowie Versicherungskosten.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Hermann,Stefan

1.12 Sicherheit und Ordnung**1.12.15 Gefahrenabwehr und -vorbeugung**

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgest ellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlung en / - auszahlung en
5000025 Feuerwehrpauschale										
1	- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	-37.288	-37.400	-37.400		-37.400	-37.400	-37.400	-222.747	-372.347
6	= Summe Einzahlungen	-37.288	-37.400	-37.400		-37.400	-37.400	-37.400	-222.747	-372.347
14	= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-37.288	-37.400	-37.400		-37.400	-37.400	-37.400	-222.747	-372.347

Feuerwehrpauschale

Das Innenministerium stellt den Städten, Gemeinden und Kreisen seit dem Jahr 2002 **Zuwendungen aus der Feuerschutzsteuer als Investitionspauschale** direkt zur Verfügung. Eine Projektförderung entfällt damit. Nicht verbrauchte Mittel der Investitionspauschale sind ansparfähig. Der Betrag errechnet sich nach Einwohnern und Flächengröße der Gemeinde. Die Pauschale kann für investive Maßnahmen eingesetzt werden und wird dabei als Sonderposten über die Nutzungsdauer des jeweils angeschafften Anlagegutes ertragswirksam aufgelöst. (Siehe auch Übersicht über die Verwendung der Pauschalen im **Vorbericht**).

Pro Jahr erhält die Gemeinde einen Betrag von 37.400 EUR. Hieraus resultieren Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit jährlich 3.740 EUR.

Für 2011 sind die Auflösungen nur für ein halbes Jahr berücksichtigt, weil pauschal im Haushaltsplan von einer Aktivierung der zuwendungsfinanzierten Anlagen Mitte des Jahres ausgegangen wird.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Hermann,Stefan

1.12 Sicherheit und Ordnung**1.12.15 Gefahrenabwehr und -vorbeugung**

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgest ellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlung en / - auszahlung en
5000068 Feuerwehrfahrzeuge Neuanschaffung										
9	- Auszahlungen für den Erwerb von bewegl. Anlagevermögen	5.050							37.644	37.644
13	= Summe Auszahlungen	5.050							37.644	37.644
14	= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	5.050							37.644	37.644

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgest ellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlung en / - auszahlung en
5100073 Brandschutzmaßnahmen										
7	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken / Gebäuden	49								
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	268.586	97.000	10.000		22.000			469.145	501.145
12	- Sonstige Investitionsauszahlungen	3.072							3.122	3.122
13	= Summe Auszahlungen	271.708	97.000	10.000		22.000			472.267	504.267
14	= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	271.708	97.000	10.000		22.000			472.267	504.267

Brandschutzmaßnahmen

Für 2011 sind lediglich Nachträgliche Anschaffungs- und Herstellungskosten zu folgenden Maßnahmen veranschlagt:

Löschwasserbehälter Halle 3.000 EUR

Löschwasserbehälter Wittershagen 3.000 EUR

Löschwasserbehälter Oberwarnsbach 4.000 EUR

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Hermann,Stefan

1.12 Sicherheit und Ordnung**1.12.15 Gefahrenabwehr und -vorbeugung**

Für 2012 ist die Installation eines **Löschwasserentnahmeschachtes im Heinrich Halberstadt Weg** geplant. (Investitionsvolumen: 22.000 EUR)

Aus dieser Investitionsmaßnahme ergeben sich pro Haushaltsjahr Abschreibungen i. H. v. 1.100 EUR.

Für 2012 sind die Abschreibungen nur für ein halbes Jahr berücksichtigt, weil pauschal im Haushaltsplan von einer Aktivierung der Anlage Mitte des Jahres ausgegangen wird.

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgest ellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlung en / - auszahlung en
5100081 Anbau FwGH Holpe										
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	3.958							22.680	22.680
13	= Summe Auszahlungen	3.958							22.680	22.680
14	= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	3.958							22.680	22.680

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgest ellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlung en / - auszahlung en
5100082 Mehrzweckfahrzeug FW										
9	- Auszahlungen für den Erwerb von bewegl. Anlagevermögen	102.615						60.000	102.615	162.615
13	= Summe Auszahlungen	102.615						60.000	102.615	162.615
14	= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	102.615						60.000	102.615	162.615

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Hermann,Stefan

1.12 Sicherheit und Ordnung**1.12.15 Gefahrenabwehr und -vorbeugung**

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgest ellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlung en / - auszahlung en
5100096 Erweiterung Feuerwehrgerätehaus Morsbach										
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	5.181							5.181	5.181
13	= Summe Auszahlungen	5.181							5.181	5.181
14	= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	5.181							5.181	5.181

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgest ellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlung en / - auszahlung en
5100109 Ersatzbeschaffung TLF 19/25 Morsbach										
9	- Auszahlungen für den Erwerb von bewegl. Anlagevermögen				270.000	270.000				270.000
13	= Summe Auszahlungen				270.000	270.000				270.000
14	= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)				270.000	270.000				270.000

Ersatzbeschaffung TLF 19/25 Morsbach 2012

Die im bisherigen Brandschutzbedarfsplan für Jahr 2011 vorgesehene Ersatzbeschaffung des Tanklöschfahrzeugs für die Einheit in Morsbach wird nach 2012 geschoben (Ansatz 2012 270.000 EUR), da zunächst die Fortschreibung des Brandschutzbedarfsplans beschlossen werden muss. Für das Fahrzeug ist in 2011 eine Verpflichtungsermächtigung eingetragen, so dass das Fahrzeug in 2011 bereits bestellt werden kann.

Aus dieser Investitionsmaßnahme ergeben sich pro Haushaltsjahr Abschreibungen i. H. v. 27.000 EUR.

Für 2012 sind die Abschreibungen nur für ein halbes Jahr berücksichtigt, weil pauschal im Haushaltsplan von einer Aktivierung der Anlage Mitte des Jahres ausgegangen wird.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Hermann,Stefan

1.12 Sicherheit und Ordnung**1.12.15 Gefahrenabwehr und -vorbeugung**

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgest ellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlung en / - auszahlung en
5100110 Ersatzbeschaffung Kommandowagen Morsbach										
9	- Auszahlungen für den Erwerb von bewegl. Anlagevermögen		35.000						35.000	35.000
13	= Summe Auszahlungen		35.000						35.000	35.000
14	= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)		35.000						35.000	35.000

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgest ellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlung en / - auszahlung en
5100111 Ersatzbeschaffung TSF Holpe										
9	- Auszahlungen für den Erwerb von bewegl. Anlagevermögen				80.000	80.000				80.000
13	= Summe Auszahlungen				80.000	80.000				80.000
14	= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)				80.000	80.000				80.000

Ersatzbeschaffung TSF Holpe 2012

Im Jahr 2012 ist für die Einheit in Holpe die Anschaffung eines Tragkraftspritzenfahrzeugs erforderlich. (Investitionsvolumen 80.000 EUR)

Aus dieser Investitionsmaßnahme ergeben sich pro Haushaltsjahr Abschreibungen i. H. v. 8.000 EUR.

Für 2012 sind die Abschreibungen nur für ein halbes Jahr berücksichtigt, weil pauschal im Haushaltsplan von einer Aktivierung der Anlage Mitte des Jahres ausgegangen wird.

Auch hier ermöglicht die eingetragene Verpflichtungsermächtigung die Bestellung des Fahrzeugs im Haushaltsjahr 2011.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Hermann,Stefan

1.12 Sicherheit und Ordnung**1.12.15 Gefahrenabwehr und -vorbeugung**

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgest ellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlung en / - auszahlung en
5100112 Ersatzbeschaffung MTF Wendershagen										
9	- Auszahlungen für den Erwerb von bewegl. Anlagevermögen				43.000	43.000				43.000
13	= Summe Auszahlungen				43.000	43.000				43.000
14	= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)				43.000	43.000				43.000

Ersatzbeschaffung MTF Wendershagen 2012

Im Jahr 2012 ist für die Einheit in Wendershagen die Anschaffung eines Mannschaftstransportfahrzeugs erforderlich. (Investitionsvolumen 43.000 EUR)

Aus dieser Investitionsmaßnahme ergeben sich pro Haushaltsjahr Abschreibungen i. H. v. 4.300 EUR.

Für 2012 sind die Abschreibungen nur für ein halbes Jahr berücksichtigt, weil pauschal im Haushaltsplan von einer Aktivierung der Anlage Mitte des Jahres ausgegangen wird.

Aufgrund der geplanten Verpflichtungsermächtigung kann das Fahrzeug bereits im Haushaltsjahr 2011 bestellt werden.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Hermann,Stefan

1.12 Sicherheit und Ordnung**1.12.15 Gefahrenabwehr und -vorbeugung**

Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze			Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungs-ermäch-tigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereit-gestellt (einschl. Sp.2)	Gesamt-einzahl-ungen/-auszahl-ungen
1	+	Summe der investiven Einzahlungen		-2.500	-2.500		-14.500	-2.500	-4.500	-10.901	-34.901
2	-	Summe der investiven Auszahlungen	22.756	25.000	19.000		31.000	19.000	19.000	133.313	221.313
3	=	Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	22.756	22.500	16.500		16.500	16.500	14.500	122.412	186.412

Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze

Unter **den investiven Einzahlungen** unterhalb der Wertgrenze wird die jährliche **Zuwendung der Provinzial** in Höhe von 2.500 EUR abgebildet.

Hieraus resultieren Erträge aus der Auflösung von Sonderposten von 500 EUR pro Jahr.

Für 2011 sind die Auflösungen nur für ein halbes Jahr berücksichtigt, weil pauschal im Haushaltsplan von einer Aktivierung der zuwendungsfinanzierten Anlagen Mitte des Jahres ausgegangen wird.

Außerdem sind für 2012 12.000 EUR und für 2014 2.000 EUR an **Verkaufserlösen** für ersatzbeschaffte Feuerwehrfahrzeuge eingeplant.

Für die Anschaffung von **Betriebs- und Geschäftsausstattung** und **geringwertigen Wirtschaftsgütern** (GWG) der vier Feuerwehreinheiten sind insgesamt 19.000 EUR veranschlagt

Aus diesen Investitionsmaßnahmen (BuG) ergeben sich pro Haushaltsjahr Abschreibungen i. H. v. 2.800 EUR.

Für 2011 sind die Abschreibungen nur für ein halbes Jahr berücksichtigt, weil pauschal im Haushaltsplan von einer Aktivierung der Anlage Mitte des Jahres ausgegangen wird.

Darüber hinaus wird hierunter für 2012 der Erwerb je einer **Abgasabsauganlage** im **Feuerwehrgerätehaus Holpe** (Ansatz 2012 6.000 EUR) und im **Feuerwehrgerätehaus Wendershagen** (Ansatz 2012 6.000 EUR) veranschlagt.

Aus diesen Investitionsmaßnahmen ergeben sich pro Anlage und Haushaltsjahr Abschreibungen i. H. v. 429 EUR.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Hermann,Stefan

1.12 Sicherheit und Ordnung**1.12.15 Gefahrenabwehr und -vorbeugung**

Statistische Kennzahlen		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
1	Einwohner (PRS)	11.099	11.000	11.100	11.100	11.100	11.100
2	Anzahl Fahrzeuge Feuerwehr (ST)	15	15	15	15	15	14
3	Brandeinsätze (ST)	21	25	25	25	25	25
4	Sonstige Einsätze (ST)	80	90	90	90	90	90
5	aktive Feuerwehrmitglieder (PRS)	127	125	120	120	120	120

Haushaltsplan 2011**1.21 Schulträgeraufgaben**

verantwortlich:

Bukowski, Jörg



PRODUKTBEREICH	PRODUKTGRUPPE		PRODUKT / TEILPRODUKT	
1.21 Schulträgeraufgaben	1.21.01	Bereitstellung von Grundschulen	1.21.01.01	GGs Morsbach, Schulische Einrichtung
			1.21.01.02	GGs Holpe, Schulische Einrichtung
			1.21.01.03	GGs Lichtenberg, Schulische Einrichtung
	1.21.02	Bereitstellung der Hauptschule	1.21.02.01	Hauptschule, Schulische Einrichtung
	1.21.03	Bereitstellung der Realschule	1.21.03.01	Realschule, Schulische Einrichtung
	1.21.04	Gymnasien, fremder Schulträger	1.21.04.01	Gymnasium Wissen (Pendler)
	1.21.05	Bereitstellung der Gesamtschule	1.21.05.01	Gesamtschule, Schulische Einrichtung
	1.21.06	Förderschule, fremder Schulträger	1.21.06.01	Förderschulen Waldbröl (ZV) und Wissen
	1.21.07	Berufskolleg, fremder Schulträger	1.21.07.01	Fachschule Wissen
	1.21.08	Schülerbeförderung, Verwaltungsaufgaben	1.21.08.01	Schülerbeförderung, Verwaltungsaufgaben
	1.21.10	Zent. schulbez. Leistung d. Schulträger	1.21.10.01	Sonstige schulischen Aufgaben
			1.21.10.02	Offene Ganztagschulen Morsbach

Haushaltsplan 2011**1.21 Schulträgeraufgaben**

verantwortlich:

Bukowski, Jörg



Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-357.046	-362.220	-411.447	-498.237	-587.954	-620.965
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-54.933	-54.605	-60.580	-60.580	-60.580	-60.580
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-34.653	-39.040	-43.870	-43.870	-43.870	-43.870
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-11.712					
10	= Ordentliche Erträge	-458.343	-455.865	-515.897	-602.687	-692.404	-725.415
11	- Personalaufwendungen	138.267	192.419	177.786	179.564	195.023	196.974
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	980.921	1.119.025	1.188.049	1.139.640	1.231.680	1.111.190
14	- Bilanzielle Abschreibungen	430.333	440.332	519.796	580.169	577.340	572.632
15	- Transferaufwendungen	146.900	165.300	160.500	160.500	160.500	160.500
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	141.216	108.605	94.489	93.403	93.820	93.842
17	= Ordentliche Aufwendungen	1.837.638	2.025.681	2.140.620	2.153.276	2.258.363	2.135.138
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	1.379.294	1.569.816	1.624.724	1.550.589	1.565.959	1.409.723
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	1.379.294	1.569.816	1.624.724	1.550.589	1.565.959	1.409.723
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	1.379.294	1.569.816	1.624.724	1.550.589	1.565.959	1.409.723
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-8.730	-14.896	-14.973	-15.114	-16.351	-17.327
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	498.264	594.442	606.058	603.882	596.972	591.995
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	1.868.828	2.149.361	2.215.809	2.139.356	2.146.580	1.984.390



**Beschreibung**

Die Produktgruppe „Bereitstellung von Grundschulen“ umfasst die schulischen Einrichtungen Gemeinschaftsgrundschule Morsbach, Standorte Morsbach und Holpe und Gemeinschaftsgrundschule Lichtenberg. Hierunter fallen die Beschaffung von Einrichtungsgegenständen, allgemeine Angelegenheiten des Schulträgers, Errichtung und Änderung von Schulen sowie die Sicherung der Schulwege.

Auftragsgrundlage

Schulverwaltungsgesetz NW, Schulfinanzgesetz, Schülerfahrtkostenverordnung, Lernmittelfreiheitsgesetz.

Zielgruppen

Eltern, SchülerInnen.

Ziele

Sicherstellung und Weiterentwicklung eines angemessenen und bedarfsgerechten Schulangebots.

Sicherung der Schulstandorte.

Maßnahmen

Vorhalten einer modernen Schulausstattung.

Sicherstellung einer wohnortsnahen Beschulung.

Kennzahlen

Anzahl der Grundschüler.

Verhältniszahl PC pro Schüler/innen.

Übergangsquoten zu weiterführenden Schulen (Hauptschule, Realschule, Gymnasium).

Aufwendungen je Schüler.

Auszahlungen je Schüler.

Schülerzahl der Einzelstandorte.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Mauelshagen, Anni

1.21 Schulträgeraufgaben**1.21.01 Bereitstellung von Grundschulen**

Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-50.539	-47.392	-55.032	-70.969	-104.214	-121.177
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-351	-125	-125	-125	-125	-125
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-820					
10	= Ordentliche Erträge	-51.711	-47.517	-55.157	-71.094	-104.339	-121.302
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	124.228	147.615	156.958	137.231	260.985	138.071
14	- Bilanzielle Abschreibungen	132.621	134.474	154.379	160.573	163.377	166.290
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	49.369	37.798	37.281	37.187	37.350	36.962
17	= Ordentliche Aufwendungen	306.218	319.887	348.618	334.991	461.712	341.323
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	254.508	272.370	293.461	263.897	357.373	220.021
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	254.508	272.370	293.461	263.897	357.373	220.021
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	254.508	272.370	293.461	263.897	357.373	220.021
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	157.624	225.593	224.729	220.384	237.632	225.403
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	412.132	497.963	518.189	484.281	595.005	445.424

Unter **Zuwendungen und allgemeine Umlagen** befinden sich Positionen aus der Auflösung von Sonderposten (insbesondere Schulpauschale). Durch Veränderungen in der Zuordnung zu den einzelnen Schularten (und insbesondere den investiven Maßnahmen) je nach Investitions- bzw. Sanierungsschwerpunkt entstehen auch die Schwankungen in den Jahren.

Für die Nutzung von Räumlichkeiten durch die Kreisvolkshochschule werden **Kostenerstattungen** erwartet.



Im Ergebnis 2009 wurden unter den **sonstigen ordentlichen Erträgen** Schadenersatzleistungen vereinnahmt.

Sämtliche Gebäudekosten (Unterhaltung und Bewirtschaftung) der Grundschulen Morsbach, Lichtenberg und Holpe werden hier bei **Sach- und Dienstleistungen** gebucht. Andererseits auch die Kosten für Lehr- und Unterrichtsmaterial und die Lernmittel nach Lernmittelfreiheitsgesetz u. a..

Eine Aufstellung über die Zusammensetzung des Schulbudgets ist dem **Vorbericht** zum Haushaltsplan zu entnehmen.

Die Energiekosten werden den Durchschnittswerten der Vorjahre (incl. angekündigte Preissteigerungen) angepasst.

Die Ansätze für Lehr- und Unterrichtsmittel usw. reduzieren sich auf Grund des Rückgangs der Schülerzahlen kontinuierlich.

Daneben sind folgende Unterhaltungs-/Sanierungsmaßnahmen geplant:

Dichtheitsprüfung der Schulgebäude (9.500 EUR), Anstricharbeiten GGS Lichtenberg (900 EUR), Einbau von vier Rauchschutztüren in der GGS Morsbach (6.000 EUR) auf dringende Empfehlung der Bauaufsicht, Anstricharbeiten und Einbau eines neuen Heizkessels am Standort Holpe der GGS Morsbach. In 2013 Sanierung/Erneuerung des Bodenbelags in der GGS Morsbach.

In der Position **sonstige ordentliche Aufwendungen** sind insbesondere Kosten für Versicherungen (29 TEUR), für die Miete der Kopiergeräte, für Büromaterial und Fachliteratur sowie Gästebewirtung und Repräsentation enthalten.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Mauelshagen, Anni

1.21 Schulträgeraufgaben**1.21.01 Bereitstellung von Grundschulen**

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgest ellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlun- gen / - auszahlun- gen
5100083 GGS Morsbach Sanierungsmaßnahmen										
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	5.560		28.000					5.560	33.560
13	= Summe Auszahlungen	5.560		28.000					5.560	33.560
14	= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	5.560		28.000					5.560	33.560

Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflich- tungs- ermäch- tigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereit- gestellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahl- ungen/ -auszahl- ungen
2	- Summe der investiven Auszahlungen	16.511	28.011	89.064		23.893	23.482	21.986	81.125	239.550
3	= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	16.511	28.011	89.064		23.893	23.482	21.986	81.125	239.550

Das Budget der Schulen wurde mit Einführung der sog. Schulpauschale auch auf vermögenswirksame Anschaffungen ausgeweitet und soll so zukünftig sämtliche Einrichtungsgegenstände (inkl. Mobiliar in den Klassenräumen) umfassen. Der Ansatz 2011 umfasst z.T. auch angesparte Beträge aus den Vorjahren. Zur Berechnung des Ansatzes wird auf die Übersichten im **Vorbericht** verwiesen.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Mauelshagen, Anni

1.21 Schulträgeraufgaben**1.21.01 Bereitstellung von Grundschulen**

Statistische Kennzahlen		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
1	Anzahl Schüler (PRS)	504	475	471	449	434	400

**Beschreibung**

Die Produktgruppe „Bereitstellung der Hauptschule“ umfasst alle Angelegenheiten der Sicherung des Schul- und Unterrichtsbetriebes durch Schaffung der räumlichen, sächlichen und personellen Voraussetzungen für die Erfüllung der Aufgabe als Schulträger sowie die Sicherung der Schulwege. Hierzu gehören auch die Beschaffung von Einrichtungsgegenständen, allgemeine Angelegenheiten des Schulträgers sowie die Errichtung und Änderung von Schulen.

Auftragsgrundlage

Schulverwaltungsgesetz NW, Schulfinanzgesetz, Schülerfahrtkostenverordnung, Lernmittelfreiheitsgesetz.
Ratsbeschluss zur Einrichtung einer Gesamtschule.

Zielgruppen

Eltern, Schüler (Bevölkerung), SchülerInnen, deren Schulweg die Zumutbarkeitsgrenze für fußläufige Erreichbarkeit der Schule überschreitet.

Ziele

Sicherstellung und Weiterentwicklung eines angemessenen und bedarfsgerechten Schulangebots.
Sicherung des Schulstandortes durch Einrichtung einer Gesamtschule.

Maßnahmen

Vorhalten einer modernen Schulausstattung.
Randstundenbetreuungsprogramm "Geld oder Stelle".
Ganztägige Betreuung.

Kennzahlen

Anzahl der Schüler.
Anzahl der Schüler aus Morsbach, die Hauptschulen in anderen Kommunen besuchen.
Anzahl Schulabbrecher.
Ausbildungsquote der Schulabgänger.
Verhältniszahl PC pro Schüler/innen.
Aufwendungen je Schüler.
Auszahlungen je Schüler.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Mauelshagen, Anni

1.21 Schulträgeraufgaben**1.21.02 Bereitstellung der Hauptschule**

Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-64.691	-70.102	-68.976	-84.188	-115.177	-130.817
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-879	-5.120	-6.400	-6.400	-6.400	-6.400
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-236	-150	-150	-150	-150	-150
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-3.521					
10	= Ordentliche Erträge	-69.328	-75.372	-75.526	-90.738	-121.727	-137.367
11	- Personalaufwendungen	4.064	6.600	4.650	4.697	4.744	4.792
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	104.230	126.939	143.670	152.690	117.105	115.813
14	- Bilanzielle Abschreibungen	145.813	146.294	153.870	159.839	153.731	150.976
15	- Transferaufwendungen	28.401	40.000	35.000	35.000	35.000	35.000
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	29.833	19.390	18.960	18.425	17.930	17.492
17	= Ordentliche Aufwendungen	312.342	339.223	356.150	370.651	328.510	324.073
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	243.014	263.851	280.624	279.913	206.783	186.706
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	243.014	263.851	280.624	279.913	206.783	186.706
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	243.014	263.851	280.624	279.913	206.783	186.706
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	309	-2.129	-1.691	-1.708	-1.726	-1.743
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	132.466	161.869	161.344	163.082	153.295	157.057
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	375.789	423.591	440.277	441.287	358.352	342.020

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Mauelshagen, Anni

1.21 Schulträgeraufgaben

1.21.02 Bereitstellung der Hauptschule



Die Auflösung von Sonderposten aus Zuweisungen für Investitionen vergangener Jahre sowie insbesondere die Auflösung der Schulpauschale werden unter **Zuwendungen und allgemeine Umlagen** dargestellt. Durch unterschiedliche Zuordnung und Inanspruchnahme kommt es hier zu Schwankungen.

Das Essensgeld sowie die Einnahmen aus dem Landesfonds "Kein Kind ohne Mahlzeit" werden unter den **öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelten** ausgewiesen. Die Ansätze für 2011 ff. wurden auf der Grundlage der zu erwartenden Teilnehmerzahl (Hochrechnung der Teilnehmerzahlen der Schuljahre 2009/10 und 2010/11) ermittelt.

Für die Nutzung der Räumlichkeiten durch die Kreisvolkshochschule werden **Kostenerstattungen** erwartet.

In den **sonstigen ordentlichen Erträgen** wurden im Ergebnis 2009 Erträge aus Schadensersatzleistungen ausgewiesen.

Personalaufwendungen fallen durch das Angebot der Mensa-Verpflegung für die Nachmittagsbetreuung an.

Sämtliche Gebäudekosten (Unterhaltung und Bewirtschaftung der Hauptschule) werden bei **Sach- und Dienstleistungen** gebucht. Weiter steigende Energiekosten mussten berücksichtigt werden. Andererseits sind auch die Kosten für Lehr- und Unterrichtsmaterial und die Lernmittel nach Lernmittelfreiheitsgesetz u. a. enthalten. Eine Aufstellung hierzu ist dem **Vorbericht** zum Haushaltsplan zu entnehmen.

Daneben sind folgende Sanierungsmaßnahmen geplant:

Reparatur von ca. 10 Sonnenschutzanlagen (3.000 EUR), neue Heizkörper mit Metalltechnikraum (800 EUR).

2012 Erneuerung des Sonnenschutzes an der Südfassade (33.500 EUR).

Zusätzlich sind die Kosten für die Verpflegung in der Mensa i. H. v. 9 TEUR eingeplant.

Die Ansätze für 2011 ff. wurden auf der Grundlage der zu erwartenden Teilnehmerzahl (Hochrechnung der Teilnehmerzahlen der Schuljahre 2009/10 und 2010/11) ermittelt.

Unter **Transferaufwendungen** wird die Weiterleitung der Mittel aus dem Landesprogramm "Geld oder Stelle" an den Förderverein gebucht.

In der Position **sonstige ordentliche Aufwendungen** sind insbesondere Kosten für Versicherungen (15 TEUR) u. a. enthalten.

Die **Erträge aus internen Leistungsbeziehungen** resultieren aus einer Verrechnung von Kosten des BHKW, dessen Leistungen auch anderen Gebäuden (Kostenstellen in anderen Produktgruppen) zugute kommen.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Mauelshagen, Anni

1.21 Schulträgeraufgaben**1.21.02 Bereitstellung der Hauptschule**

Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflich- tungs- ermäch- tigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereit- gestellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahl- ungen/ -auszahl- ungen
1	+ Summe der investiven Einzahlungen								-60	-60
2	- Summe der investiven Auszahlungen	12.785	19.233	67.797		10.820	7.226	5.660	105.421	196.924
3	Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	12.785	19.233	67.797		10.820	7.226	5.660	105.362	196.865

Das Budget der Schulen wurde mit Einführung der sog. Schulpauschale auch auf vermögenswirksame Anschaffungen ausgeweitet und soll so zukünftig sämtliche Einrichtungsgegenstände (inkl. Mobiliar in den Klassenräumen) umfassen. Der Ansatz 2011 umfasst auch die angesparten Mittel aus Vorjahren. Zur Berechnung des Ansatzes wird auf die Übersichten im **Vorbericht** verwiesen.

Statistische Kennzahlen		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
1	Anzahl Schüler (PRS)	231	219	230	215	200	195

**Beschreibung**

Die Produktgruppe „Bereitstellung der Realschule“ umfasst alle Angelegenheiten der Sicherung des Schul- und Unterrichtsbetriebes durch Schaffung der räumlichen, sächlichen und personellen Voraussetzungen für die Erfüllung der Aufgabe als Schulträger sowie die Sicherung der Schulwege. Hierzu gehören auch die Beschaffung von Einrichtungsgegenständen, allgemeine Angelegenheiten des Schulträgers sowie die Errichtung und Änderung von Schulen.

Auftragsgrundlage

Schulverwaltungsgesetz NW, Schulfinanzgesetz, Schülerfahrtkostenverordnung, Lernmittelfreiheitsgesetz.

Zielgruppen

Eltern, Schüler (Bevölkerung), SchülerInnen deren Schulweg die Zumutbarkeitsgrenze für fußläufige Erreichbarkeit der Schule überschreitet.

Ziele

Sicherstellung und Weiterentwicklung eines angemessenen und bedarfsgerechten Schulangebots.

Sicherung des Schulstandortes durch Einrichtung einer Gesamtschule.

Maßnahmen

Vorhalten einer modernen Schulausstattung.

Randstundenbetreuungsprogramm "Geld oder Stelle".

Ganztägige Betreuung.

Kennzahlen

Anzahl der Schüler.

Anzahl der Schüler aus Morsbach, die Realschulen in anderen Kommunen besuchen.

Anzahl Schulabbrecher.

Ausbildungsquote der Schulabgänger.

Verhältniszahl PC pro Schüler/innen.

Aufwendungen je Schüler.

Auszahlungen je Schüler.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Mauelshagen, Anni

1.21 Schulträgeraufgaben**1.21.03 Bereitstellung der Realschule**

Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-64.954	-63.570	-68.060	-81.706	-107.728	-120.951
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-160	-100	-100	-100	-100	-100
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-5.245					
10	= Ordentliche Erträge	-70.359	-63.670	-68.160	-81.806	-107.828	-121.051
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	101.673	111.232	140.358	98.949	94.932	91.016
14	- Bilanzielle Abschreibungen	126.805	134.592	143.695	148.574	147.667	143.049
15	- Transferaufwendungen	13.240	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	48.120	31.556	31.027	30.227	29.466	28.806
17	= Ordentliche Aufwendungen	289.838	297.380	335.080	297.750	292.065	282.871
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	219.479	233.710	266.920	215.944	184.237	161.820
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	219.479	233.710	266.920	215.944	184.237	161.820
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	219.479	233.710	266.920	215.944	184.237	161.820
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	143.178	156.680	158.751	151.979	149.034	152.310
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	362.656	390.390	425.671	367.923	333.272	314.130

Die Auflösung von Sonderposten aus Zuweisungen für Investitionen vergangener Jahre sowie insbesondere die Auflösung der Schulpauschale werden unter **Zuwendungen und allgemeine Umlagen** dargestellt. Auf Grund der unterschiedlichen Zuordnung und Inanspruchnahme kommt es hier zu Schwankungen.

Für die Nutzung der Räumlichkeiten durch die Kreisvolkshochschule werden **Kostenerstattungen** erwartet.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Mauelshagen, Anni

1.21 Schulträgeraufgaben

1.21.03 Bereitstellung der Realschule



Unter den **sonstigen ordentlichen Erträgen** finden sich Versicherungsleistungen aus der Abwicklung von Schadensfällen (im Ergebnis 2009).

Sämtliche Gebäudekosten (Unterhaltung und Bewirtschaftung der Realschule) werden hier bei **Sach- und Dienstleistungen** gebucht. Ferner sind hierin die Kosten für Lehr- und Unterrichtsmaterial und die Lernmittel nach Lernmittelfreiheitsgesetz u. a. enthalten. Eine Aufstellung hierzu ist dem **Vorbericht** zum Haushaltsplan zu entnehmen.

Die Energiekosten wurden den Durchschnittswerten der Vorjahre (incl. angekündigte Preissteigerungen) angepasst.

Daneben sind folgende Sanierungsmaßnahmen geplant:

Erweiterung der CES-Schließanlage (4.000 EUR), Geländererhöhung des Treppengeländers im Treppenhaus (2.800 EUR), Erneuerung von vier Flurabschlusstüren einschließlich feststehenden Elementen (je 6.000 EUR), Einbau von drei neuen Klassenraumtüren (3.000 EUR), Dichtheitsprüfung des Schulgebäudes (5.865 EUR).

Die Mittel zur Durchführung von Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Landesprogramm "Geld oder Stelle" werden an die Fördervereine unter den **Transferaufwendungen** weitergeleitet.

In der Position **sonstige ordentliche Aufwendungen** sind insbesondere Kosten für Versicherungen (ca. 26 TEUR) u. a. enthalten.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Mauelshagen, Anni

1.21 Schulträgeraufgaben**1.21.03 Bereitstellung der Realschule**

Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflich- tungs- ermäch- tigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereit- gestellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahl- ungen/ -auszahl- ungen
2	- Summe der investiven Auszahlungen	47.020	25.218	73.782		19.727	15.057	10.559	191.651	310.776
3	= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	47.020	25.218	73.782		19.727	15.057	10.559	191.651	310.776

Das Budget der Schulen wurde mit Einführung der sog. Schulpauschale auch auf vermögenswirksame Anschaffungen ausgeweitet und soll so zukünftig sämtliche Einrichtungsgegenstände (inkl. Mobiliar in den Klassenräumen) umfassen. Der Ansatz 2011 umfasst auch angesparte Mittel aus Vorjahren. Zur Berechnung des Ansatzes wird auf die Übersichten im **Vorbericht** verwiesen.

Statistische Kennzahlen		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
1	Anzahl Schüler (PRS)	436	427	415	395	380	365



Beschreibung

Die Produktgruppe „Gymnasien, fremder Schulträger“ umfasst alle Angelegenheiten bezüglich der Inanspruchnahme von gymnasialen Schulstandorten außerhalb von Nordrhein-Westfalen.

Auftragsgrundlage

Schulgesetz NW, Schülerfahrkostenverordnung, Lernmittelfreiheitsgesetz.

Zielgruppen

Schüler, die ein Gymnasium besuchen und deren Eltern.

Ziele

Eigenes Angebot in der Sekundarstufe II durch Einrichtung einer Gesamtschule.

Kennzahlen

Auspendler Gymnasium Wissen.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Mauelshagen, Anni

1.21 Schulträgeraufgaben**1.21.04 Gymnasien, fremder Schulträger**

Teilergebnisplan			Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-24.094	-27.000	-29.050	-29.050	-29.050	-29.050
10	=	Ordentliche Erträge	-24.094	-27.000	-29.050	-29.050	-29.050	-29.050
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	24.094	27.000	29.050	29.050	29.050	29.050
17	=	Ordentliche Aufwendungen	24.094	27.000	29.050	29.050	29.050	29.050
28	-	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	6.531	6.297	6.638	6.918	6.975	7.297
29	=	Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	6.531	6.297	6.638	6.918	6.975	7.297

Das Land NW trägt gemäß Runderlass des Kultusministers vom 29.03.1971 für Schüler, die ihren Wohnsitz in NRW haben und von dort aus täglich Schulen in einem Nachbarland besuchen (sog. Pendler), die nötigen Schülerfahrtskosten und die notwendigen Kosten für die Beschaffung der Lernmittel. Die Wohnsitzgemeinde tritt für diese Kosten in Vorleistung und erhält anschließend eine Erstattung durch das Land.

Die Finanzstatistik sieht eine Einrichtung dieser eigenen Produktgruppe vor.

Statistische Kennzahlen		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
1	Auspendler Gymnasien (Waldbröl)	255	255	240	240	240	240
2	Auspendler Gymnasium Wissen (PRS)	46	40	50	50	50	50

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Hammer, Susanne

1.21 Schulträgeraufgaben**1.21.05 Bereitstellung der Gesamtschule**

Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen			-41.989	-83.980	-83.980	-83.980
10	= Ordentliche Erträge			-41.989	-83.980	-83.980	-83.980
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen			5.123	8.676	16.410	23.887
14	- Bilanzielle Abschreibungen			42.978	86.303	88.895	92.675
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	6.527	5.500	1.168	1.493	2.985	4.475
17	= Ordentliche Aufwendungen	6.527	5.500	49.269	96.472	108.290	121.037
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	6.527	5.500	7.280	12.492	24.310	37.057
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	6.527	5.500	7.280	12.492	24.310	37.057
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	6.527	5.500	7.280	12.492	24.310	37.057
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	1.204	3.001	1.098	2.014	3.830	5.992
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	7.731	8.501	8.377	14.506	28.140	43.049

Die Auflösung der Pauschalen zur Finanzierung des Mensabaus wird **unter Zuwendungen und allgemeine Umlagen** dargestellt.

Unterhaltung Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie die Kosten für Lehr- und Unterrichtsmaterial und die Lernmittel nach Lehrmittelfreiheitsgesetz sind bei **Sach- und Dienstleistungen** enthalten. Eine Aufstellung hierzu ist dem **Vorbericht** zum Haushaltsplan zu entnehmen.

In der Position **sonstige ordentliche Aufwendungen** sind Kosten für Miete von Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie Drucksachen enthalten.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Hammer, Susanne

1.21 Schulträgeraufgaben**1.21.05 Bereitstellung der Gesamtschule**

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgest ellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlung en / - auszahlung en
5100102 Bau Mensa / Aula Schulzentrum										
1	- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen		-1.278.761	-738.500					-1.278.761	-2.017.261
6	= Summe Einzahlungen		-1.278.761	-738.500					-1.278.761	-2.017.261
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	60.792	1.364.900	2.807.000					1.453.181	4.260.181
13	= Summe Auszahlungen	60.792	1.364.900	2.807.000					1.453.181	4.260.181
14	= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	60.792	86.139	2.068.500					174.420	2.242.920

Umbau Schulzentrum

Mit dem Umbau des Schulzentrums wurde im Jahr 2010 begonnen. Die Fertigstellung erfolgt voraussichtlich 2011.

Die zu dieser Maßnahmen veranschlagten **investiven Einzahlungen** resultieren aus den folgenden Investitionszuwendungen:

KP II: Bildungsinfrastruktur-Schwerpunkt	634.573 EUR
KP II: Infrastruktur-Schwerpunkt	444.188 EUR
Zuwendung 1.000-Schulen-Programm	200.000 EUR

Da in 2010 voraussichtlich nicht alle Mittel auf Grund des Baufortschritts abgerufen werden, wurde ein Restbetrag i.H.v. 738.500 EUR in 2011 neu veranschlagt.

Weiterhin ist vorgesehen die folgenden Mittel zur Finanzierung der Maßnahme einzusetzen:

Allgemeine Investitionspauschale	1.156.959 EUR
Schulpauschale	937.361 EUR

Insgesamt belaufen sich die Investitionszuwendungen in Höhe der Gesamtbaukosten von 3.373.081 EUR.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Hammer, Susanne

1.21 Schulträgeraufgaben

1.21.05 Bereitstellung der Gesamtschule



Infolge des derzeitigen Baufortschritts wird davon ausgegangen, dass bis Ende 2010 ca. 510 TEUR von den geschätzten Gesamtbaukosten verausgabt sein werden, so dass der Restbetrag für 2011 neu veranschlagt wurde.

Eine detaillierte Übersicht über die Verwendung der Pauschalen ist dem **Vorbericht** zu entnehmen.

In Höhe der Investitionszuwendung wird ein **Sonderposten** gebildet, dieser wird über die Nutzungsdauer des zuwendungsfinanzierten Vermögensgegenstandes ertragswirksam aufgelöst.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Hammer, Susanne

1.21 Schulträgeraufgaben**1.21.05 Bereitstellung der Gesamtschule**

Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflich- tungs- ermäch- tigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereit- gestellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahl- ungen/ -auszahl- ungen
2	- Summe der investiven Auszahlungen			2.807		4.940	12.918	19.120		39.785
3	= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)			2.807		4.940	12.918	19.120		39.785

Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze

Mit der Einrichtung der Gesamtschule wird für das Schuljahr 2011/12 gerechnet.

Entsprechend der zu erwartenden Schülerzahl, errechnet sich das Budget für den Erwerb von Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie von Geringwertigen Wirtschaftsgütern.

Zur Berechnung des Ansatzes wird auf die Übersichten im **Vorbericht** verwiesen.

**Beschreibung**

Die Produktgruppe „Förderschule, fremder Schulträger“ umfasst alle Angelegen bezüglich der Inanspruchnahme von Förderschulen (Waldbröl und Wissen), die einem fremden Schulträger angehören.

Auftragsgrundlage

Schulgesetz NW, Schülerfahrkostenverordnung, Lernmittelfreiheitsgesetz; Satzung des Zweckverbandes der Förderschulen (Förderschwerpunkt lernen).

Zielgruppen

Schüler, die eine Förderschule besuchen und deren Eltern.

Ziele

Sicherstellung und Optimierung der Nutzungsmöglichkeit von Förderschulen.

Maßnahmen

Wirtschaftliche, sichere und zeitgerechte Schülerbeförderung.

Reduzierung der Bearbeitungszeit für Erstattungsanträge Schülerfahrkosten und Lernmittel.

Kennzahlen

Auspendler Förderschule Wissen.

Anzahl Schüler Förderschule Waldbröl.

Zweckverbandsumlage je Schüler.

Bearbeitungszeit je Erstattungsantrag.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Mauelshagen, Anni

1.21 Schulträgeraufgaben**1.21.06 Förderschulen, fremde Schulträger**

Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-814	-2.120	-2.500	-2.500	-2.500	-2.500
10	= Ordentliche Erträge	-814	-2.120	-2.500	-2.500	-2.500	-2.500
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	766	2.120	2.500	2.500	2.500	2.500
15	- Transferaufwendungen	105.259	105.300	105.500	105.500	105.500	105.500
17	= Ordentliche Aufwendungen	106.025	107.420	108.000	108.000	108.000	108.000
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	105.211	105.300	105.500	105.500	105.500	105.500
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	105.211	105.300	105.500	105.500	105.500	105.500
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	105.211	105.300	105.500	105.500	105.500	105.500
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	25.044	18.069	18.552	19.670	19.434	20.079
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	130.255	123.369	124.052	125.170	124.934	125.579

In den vergangenen Jahren besuchten durchschnittlich 40 SchülerInnen aus der Gemeinde Morsbach die Förderschule in Waldbröl. Auf Grund des gestiegenen Umlagebedarfs infolge der kreditfinanzierten Erweiterung der Förderschule stieg schon in der Vergangenheit die Zweckverbandsumlage für die Gemeinde Morsbach, die unter **Transferaufwendungen** ausgewiesen wird.

Die übrigen Positionen stellen die Abwicklung der Schülerfahrkostenerstattung (durch das Land) für SchülerInnen der Sonderschule in Wissen dar.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Mauelshagen, Anni

1.21 Schulträgeraufgaben**1.21.06 Förderschulen, fremde Schulträger**

Statistische Kennzahlen		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
1	Auspendler Förderschule Wissen, Waldbröl (PRS)	42	42	42	42	42	42



Beschreibung

Die Produktgruppe „Berufskolleg, fremder Schulträger“ umfasst alle Angelegenheiten bezüglich der Inanspruchnahme von Berufskollegstandorten außerhalb von Nordrhein-Westfalen.

Auftragsgrundlage

Schulgesetz NW, Schülerfahrkostenverordnung, Lernmittelfreiheitsgesetz.

Zielgruppen

Schüler die ein Berufskolleg besuchen und deren Eltern.

Ziele

Sicherstellung und Optimierung der Nutzungsmöglichkeit von Berufskollegs.

Wirtschaftliche, sichere und zeitgerechte Schülerbeförderung.

Maßnahmen

Reduzierung der Bearbeitungszeit für Erstattungsanträge Schülerfahrkosten und Lernmittel.

Kennzahlen

Anzahl der Schüler Berufskolleg Wissen.

Bearbeitungszeit je Erstattungsantrag.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Mauelshagen, Anni

1.21 Schulträgeraufgaben**1.21.07 Berufskolleg, fremder Schulträger**

Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-382	-3.100	-6.500	-6.500	-6.500	-6.500
10	= Ordentliche Erträge	-382	-3.100	-6.500	-6.500	-6.500	-6.500
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	382	3.100	6.500	6.500	6.500	6.500
17	= Ordentliche Aufwendungen	382	3.100	6.500	6.500	6.500	6.500
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	1.733	2.799	3.235	3.276	3.416	3.647
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	1.733	2.799	3.235	3.276	3.416	3.647

Das Land NW trägt gemäß Runderlass des Kultusministers vom 29.03.1971 für Schüler, die ihren Wohnsitz in NRW haben und von dort aus täglich Schulen in einem Nachbarland besuchen (sog. Pendler), die nötigen Schülerfahrtkosten und die notwendigen Kosten für die Beschaffung der Lernmittel. Die Wohnsitzgemeinde tritt für diese Kosten in Vorleistung und erhält anschließend eine Erstattung durch das Land.

Die Finanzstatistik sieht eine Einrichtung dieser eigenen Produktgruppe vor.

Ab 2011 fallen zusätzlich Kosten für die Schüler des neuen Wirtschaftsgymnasiums in Wissen an.

Statistische Kennzahlen		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
1	Auspendler Berufskolleg Wissen (PRS)	4	4	4	4	4	4

**Beschreibung**

Die Produktgruppe „Schülerbeförderung, Verwaltungsaufgaben“ umfasst die Planung und Organisation der Beförderung von Schülern, deren Schulweg die Zumutbarkeitsgrenze für die fußläufige Erreichbarkeit der Schule überschreitet sowie von Einpendlern und Auspendlern.

Auftragsgrundlage

Schülerfahrtkostenverordnung

Zielgruppen

Schüler, deren Schulweg die Zumutbarkeitsgrenze für die fußläufige Erreichbarkeit der Schule überschreitet, Einpendler und Auspendler sowie deren Eltern, Beförderungsunternehmen.

Ziele

Sichere und zeitgerechte Beförderung der Schüler zu wirtschaftlichen Konditionen.

Kennzahlen

Anzahl der Fahrschüler.

Aufwand pro Fahrschüler.

Anzahl der "freiwillig" beförderten Fahrschüler.

Aufwand der "freiwillig" beförderten Fahrschüler.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Mauelshagen, Anni

1.21 Schulträgeraufgaben**1.21.08 Schülerbeförderung, Verwaltungsaufgaben**

Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-50	-100	-50	-50	-50	-50
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-5.171	-3.000	-2.000	-2.000	-2.000	-2.000
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-229					
10	= Ordentliche Erträge	-5.449	-3.100	-2.050	-2.050	-2.050	-2.050
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	413.998	450.000	440.000	440.000	440.000	440.000
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	218					
17	= Ordentliche Aufwendungen	414.215	450.000	440.000	440.000	440.000	440.000
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	408.766	446.900	437.950	437.950	437.950	437.950
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	408.766	446.900	437.950	437.950	437.950	437.950
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	408.766	446.900	437.950	437.950	437.950	437.950
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	89.150	115.105	113.721	117.814	119.643	125.721
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	497.916	562.005	551.671	555.764	557.593	563.671

Für die erneute Ausstellung von verlorenen Fahrberechtigungsausweisen werden Verwaltungsgebühren als **öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte** erhoben.

Die Erstattungsleistungen bei der Schülerbeförderung werden zentral an dieser Stelle gebucht unter **Kostenerstattungen und -umlagen**.

Durch eine Rabattgewährung der OVAG bei den Schülerjahrestickets und Reduzierung der Nachmittagsbetreuung in der Hauptschule, hat sich der **Aufwand für Sach- und Dienstleistungen** gegenüber dem Vorjahr um 10.000 EUR reduziert.

Im Rahmen der **internen Kosten- und Leistungsrechnung** werden weitere Belastungen, insbesondere Personal- und Sachkosten, noch in diese Gruppe gebucht.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Mauelshagen, Anni

1.21 Schulträgeraufgaben**1.21.08 Schülerbeförderung, Verwaltungsaufgaben**

Statistische Kennzahlen		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
1	Anzahl Schüler (PRS)	1.171	1.121	1.116	1.059	1.014	960
2	Fahrschüler (PRS)	767	767	750	730	700	670

**Beschreibung**

Die Produktgruppe „Zentrale schulbezogene Leistungen der Schulträger“ umfasst alle Angelegenheiten der Steuerung von schulbezogenen Leistungen, so z. B. die Schulentwicklungsplanung, die Sprachförderung im Elementarbereich und die Organisation der Überlassung von Schulräumen an Dritte, die Lehrerfortbildung sowie die Offene Ganztagsgrundschule.

Auftragsgrundlage

Schulverwaltungsgesetz

Zielgruppen

Schulen, Schüler, Eltern, Vereine, Verbände, KVHS, Musikschule, Bevölkerung.

Ziele

Erreichen einer Stärke von min. 25 Kindern je OGS-Gruppe.

Maßnahmen

Teilnahme am Programm "Kein Kind ohne Mahlzeit".

Die Gemeinde übernimmt zusätzlich für einkommensschwache Familien den Eigenanteil für das Mittagessen bis auf 50 Cent/Mahlzeit.

Abfrage der Zufriedenheit der Eltern und Kinder mit der OGS.

Werbemaßnahmen.

Die Gemeinde zahlt pro OGS-Gruppe zusätzlich 2000€ für die qualifizierte Hausaufgabenbetreuung.

Bedarfsgerechtes außerunterrichtliches Betreuungsangebot (Offene Ganztagschule).

Kennzahlen

Anzahl der Kinder in den einzelnen OGS-Standorten.

Ergebnis der Zufriedenheitsabfrage.

Verhältnis Grundschüler/Kinder in der OGS.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Mauelshagen, Anni

1.21 Schulträgeraufgaben**1.21.10 Zent. schulbez. Leistung d. Schulträger**

Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-176.861	-181.156	-177.389	-177.394	-176.855	-164.040
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-54.004	-49.385	-54.130	-54.130	-54.130	-54.130
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-3.445	-3.445	-3.445	-3.445	-3.445	-3.445
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-1.897					
10	= Ordentliche Erträge	-236.206	-233.986	-234.964	-234.969	-234.430	-221.615
11	- Personalaufwendungen	134.203	185.819	173.136	174.867	190.279	192.182
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	211.550	251.019	263.890	264.044	264.198	264.353
14	- Bilanzielle Abschreibungen	25.095	24.972	24.874	24.880	23.670	19.642
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	7.149	14.361	6.053	6.071	6.089	6.107
17	= Ordentliche Aufwendungen	377.997	476.171	467.953	469.862	484.236	482.284
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	141.790	242.185	232.989	234.893	249.806	260.669
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	141.790	242.185	232.989	234.893	249.806	260.669
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	141.790	242.185	232.989	234.893	249.806	260.669
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-107.538	-163.195	-167.376	-168.948	-183.790	-195.490
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	39.833	55.457	72.087	74.286	72.877	74.394
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	74.086	134.448	137.699	140.231	138.893	139.573

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Mauelshagen, Anni

1.21 Schulträgeraufgaben

1.21.10 Zent. schulbez. Leistung d. Schulträger



Die **Zuwendungen und allgemeinen Umlagen** beinhalten hier Sonderposten aus früheren Zuweisungen des Landes und andere Zuschüsse, die noch ertragswirksam aufgelöst werden können.

Im Übrigen sind hier die Zuwendungen des Landes NRW und des Oberbergischen Kreises für die Betreuungsmaßnahme "Offene Ganztagsgrundschule" (OGS) veranschlagt. Die Pro-Kopf Förderung des Landes für die Durchführung der OGS beträgt pro Kind 820 EUR. Der Kreiszuschuss ist mit 12 TEUR pro Gruppe eingeplant. Hinzu kommt noch eine Betreuungspauschale (früher für Programm "Schule von 8 bis 1") i. H. v. 5.500 EUR pro Gruppe.

Die Elternbeiträge (für die OGS mit mehr als 18 TEUR) sind unter **öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelten** eingerechnet worden. Außerdem werden hier auch das Essensgeld (23 TEUR) und die Einnahmen aus dem Landesfonds "Kein Kind ohne Mahlzeit" (12 TEUR) ausgewiesen.

Die Betreuung von 8-1 wird ab dem Schuljahr 2009/10 nicht mehr angeboten.

Unter **Kostenerstattungen und -umlagen** werden die Erstattungen des Landes für die Lehrerfortbildungen gebucht.

Im Zusammenhang mit der Änderung der Organisationsstruktur der Verwaltung wurde zum Ende des Haushaltsjahres 2009, ein neuer Fachbereich aufgestellt. Auf Grund der Neustrukturierung haben sich die **Personalaufwendungen** deutlich erhöht. In 2011 wegen personeller Veränderungen wieder leicht rückgängig.

Unter den **Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen** wird insbesondere die Beauftragung eines Generalanbieters für die Betreuung von mittlerweile 4 Gruppen der Offenen Ganztagsgrundschulen mit 200 TEUR (zzgl. der Verpflegungskosten i. H. v. 48 TEUR) berücksichtigt. Weitere Kosten sind hier u. a. auch die Bewirtschaftungskosten für die OGS-Gebäudeteile.

Bei den **sonstigen ordentlichen Aufwendungen** handelt es sich um Ansätze für Büromaterial und Versicherungen. Die Lehrerfortbildung, die durch das Land gefördert wird, ist ebenfalls unter dieser Position veranschlagt. Im Ansatz 2010 umfasste der Ansatz auch angesparte Mittel aus Vorjahren.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Mauelshagen, Anni

1.21 Schulträgeraufgaben**1.21.10 Zent. schulbez. Leistung d. Schulträger**

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgest ellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlung en / - auszahlung en
5000026 Schulpauschale										
1	- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	-287.073	-285.000	-285.181		-276.911	-285.772	-297.488	-1.298.150	-2.443.502
6	= Summe Einzahlungen	-287.073	-285.000	-285.181		-276.911	-285.772	-297.488	-1.298.150	-2.443.502
14	= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-287.073	-285.000	-285.181		-276.911	-285.772	-297.488	-1.298.150	-2.443.502

Die sog. **Schulpauschale** hat die Einzelförderung von Schulbaumaßnahmen der vergangenen Jahre abgelöst. Der Betrag errechnet sich anhand der Schülerzahlen multipliziert mit einem Pro-Kopf-Betrag. Die Pauschale kann eingesetzt werden sowohl für investive Maßnahmen als auch für Sanierungsmaßnahmen. Im Zusammenhang mit investiven Maßnahmen erfolgt eine Passivierung der Schulpauschale als Sonderposten der ratierlich ertragswirksam aufgelöst wird. Wird die Schulpauschale für Unterhaltungsaufwendungen verwendet, erfolgt eine ertragswirksame Auflösung in voller Höhe des verwendeten Anteils. Die Verwendung der Schulpauschale ist im **Vorbericht** dargestellt.

Die Bildung und ertragswirksame Auflösung erfolgt analog der Aktivierung und Abschreibung der Zuwendungsfinanzierten Vermögensgegenstände in den jeweiligen Produktgruppen.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Mauelshagen, Anni

1.21 Schulträgeraufgaben**1.21.10 Zent. schulbez. Leistung d. Schulträger**

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgest ellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlung en / - auszahlung en
5100118 Investprogr. Zukunft Bildung Betreuung										
1	- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	-100.000							-100.000	-100.000
6	= Summe Einzahlungen	-100.000							-100.000	-100.000
9	- Auszahlungen für den Erwerb von bewegl. Anlagevermögen		112.000						112.000	112.000
13	= Summe Auszahlungen		112.000						112.000	112.000
14	= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-100.000	112.000						12.000	12.000

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Mauelshagen, Anni

1.21 Schulträgeraufgaben

1.21.10 Zent. schulbez. Leistung d. Schulträger



Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflich- tungs- ermäch- tigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereit- gestellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahl- ungen/ -auszahl- ungen
1	+ Summe der investiven Einzahlungen	-2.662							-8.640	-8.640
2	- Summe der investiven Auszahlungen	97							77.577	77.577
3	Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-2.565							68.936	68.936

Stellenplanauszug	Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
Beamte (PRS)	1,00	2,00	2,00	2,00	2,00	2,00
tariflich Beschäftigte (PRS)	3,00	3,00	3,00	3,00	3,00	3,00
Mitarbeiter (PRS)	4,00	5,00	5,00	5,00	5,00	5,00
Plan VZ-Stellen Beamte (MAS)		1,30	1,30	1,30	1,30	1,30
Plan VZ-Stellen TVöD (MAS)		2,31	2,31	2,31	2,31	2,31
Planstellen (MAS)		3,61	3,61	3,61	3,61	3,61

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Mauelshagen, Anni

1.21 Schulträgeraufgaben**1.21.10 Zent. schulbez. Leistung d. Schulträger**

Statistische Kennzahlen		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
1	Anzahl Schüler (PRS)	1.171	1.121	1.116	1.059	1.014	960
2	Kinder in der OGS (PRS)	76	100	77	100	100	100

Haushaltsplan 2011**1.25 Kultur**

verantwortlich:

Hammer, Susanne



PRODUKTBEREICH		PRODUKTGRUPPE		PRODUKT / TEILPRODUKT
1.25 Kultur	1.25.02	Kulturförderung	1.25.02.01	Heimat- und Kulturpflege
	1.25.08	Bibliothek	1.25.08.01	Dienstleistungen der Bücherei

Haushaltsplan 2011**1.25 Kultur**

verantwortlich:

Hammer, Susanne



Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-834	-522	-320	-320	-320	-320
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-3.441	-3.500	-4.500	-4.500	-4.500	-4.500
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-386	-200	-400	-400	-400	-400
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-1.506	-700	-1.200	-1.200	-1.200	-1.200
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-3.995	-200	-200	-200	-200	-200
10	= Ordentliche Erträge	-10.163	-5.122	-6.620	-6.620	-6.620	-6.620
11	- Personalaufwendungen	33.347	34.448	34.454	34.799	35.147	35.498
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	11.370	6.680	8.300	8.353	8.406	8.459
14	- Bilanzielle Abschreibungen	4.827	1.479	1.223	809	794	794
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	2.262	3.271	3.241	3.263	3.285	3.307
17	= Ordentliche Aufwendungen	51.807	45.878	47.218	47.224	47.632	48.058
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	41.644	40.756	40.598	40.604	41.012	41.438
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	41.644	40.756	40.598	40.604	41.012	41.438
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	41.644	40.756	40.598	40.604	41.012	41.438
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen			-9.095	-9.003	-8.974	-9.049
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	94.084	78.495	61.770	59.411	57.768	59.861
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	135.728	119.251	93.273	91.013	89.806	92.250



**Beschreibung**

Die Produktgruppe „Kulturförderung“ umfasst im Rahmen der Heimat- und Kulturpflege alle kulturellen Dienstleistungen wie die Förderung kultureller Aktionen und Einrichtungen (GKV; Musikschule), die Herausgabe heimatkundlichen Schrifttums, kommunale Veranstaltungen und Projekte, die Bereitstellung von Festplätzen und Versammlungsstätten, sowie die Heimatpflege (Unterhaltung von Brunnenanlagen).

Auftragsgrundlage

Freiwillige Aufgabe.

Zielgruppen

BürgerInnen, Verbände, Vereine, Urlauber und Gäste.

Ziele

Erhalt und Pflege der kulturellen Vereinslandschaft.

Sicherstellung und Unterstützung eines bedarfsgerechten kulturellen Angebotes unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten.

Maßnahmen

Bereitstellung von Ausstellungsflächen im Rathaus.

(Ideelle) Unterstützung der kulturellen Vereine.

Kennzahlen

Kunstaussstellungen im Rathaus.

Bauhofstunden für kulturelle Veranstaltungen.

Anzahl unterstützter Veranstaltungen.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Buchen, Christoph

1.25 Kultur**1.25.02 Kulturförderung**

Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-357	-148	-148	-148	-148	-148
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-111		-200	-200	-200	-200
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-1.506	-700	-1.200	-1.200	-1.200	-1.200
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-3.527					
10	= Ordentliche Erträge	-5.502	-848	-1.548	-1.548	-1.548	-1.548
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	6.938	3.680	5.300	5.353	5.406	5.459
14	- Bilanzielle Abschreibungen	3.739	154	154	154	154	154
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	413	60	60	60	60	60
17	= Ordentliche Aufwendungen	11.090	3.894	5.514	5.567	5.620	5.673
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	5.589	3.046	3.966	4.019	4.072	4.125
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	5.589	3.046	3.966	4.019	4.072	4.125
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	5.589	3.046	3.966	4.019	4.072	4.125
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	29.370	21.538	21.132	20.806	20.669	21.266
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	34.958	24.584	25.098	24.825	24.741	25.391

Die Auflösung von Sonderposten (Investitionszuschüssen aus der Vergangenheit) wird in der Zeile **Zuwendungen und allgemeine Umlagen** ausgewiesen.

Der Ansatz unter **privatrechtlichen Leistungsentgelten** bezieht sich auf den Verkauf von Büchern („Alt Morsbach“).

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Buchen, Christoph

1.25 Kultur

1.25.02 Kulturförderung



Die **Kostenerstattungen** werden bei Nutzung des Festplatzes in der Wisseraue (z. B. Karneval, Circus etc.) erhoben.

Die Bewirtschaftungskosten (Strom und Wasser) der Kulturobjekte (wie z. B. Brunnenanlagen o. ä.) werden bei den **Sach- und Dienstleistungen** berücksichtigt. In 2011 ist ein Ansatz von 1 TEUR für die Unterhaltung (Abdichtung und kleinere Reparaturarbeiten) der Brunnen auf dem Milly-la-Foret-Platz und in der Kirchstraße veranschlagt.

Die Ansätze für die Energiekosten (Strom, Wasser etc.) wurden anhand des durchschnittlichen Verbrauchs der Vorjahre ermittelt.

Unter **sonstigen ordentlichen Aufwendungen** werden die Beiträge zum Bergischen Geschichtsverein und Förderverein Bergbau Grube Silberhardt gebucht.

Der Anteil aus der **internen Leistungsverrechnung** beruht auf Personal- und Sachkosten für die Sachbearbeitung im Zusammenhang mit Kulturförderung in der Gemeinde Morsbach sowie aus allgemeinen Umlagen.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Buchen, Christoph

1.25 Kultur**1.25.02 Kulturförderung**

Statistische Kennzahlen		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
1	Einwohner (PRS)		11.000	11.100	11.100	11.100	11.100

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Braun, Lydia

1.25 Kultur

1.25.08 Bibliothek



Beschreibung

Die Produktgruppe „Bibliothek“ umfasst alle Dienstleistung der Bücherei, wie die Vermittlung von Medien und Informationen, die Durchführung von Veranstaltungen und Ausstellungen und die Bereitstellung eines öffentlichen Zugangs zu neuen Medien (Internetcafé).

Auftragsgrundlage

Freiwillige Leistung der Gemeinde Morsbach.

Zielgruppen

Bevölkerung, Kinder, Jugendliche, Familien.

Ziele

Sicherstellung eines zeitgemäßen Angebotes an Medien für jedes Alter (insbesondere Büchern).

Mehr Nutzer der Bücherei und damit verbunden auch höhere Erträge aus Benutzungsgebühren (höherer Kostendeckungsgrad).

Maßnahmen

Leseförderung für Kinder durch Schaffung geeigneter Medienangebote und durch die Kooperation mit Schulen, Kindergärten und anderen Einrichtungen der Leseerziehung.

Steigerung der Ausleihzahlen durch ein erweitertes Angebot für Schulen und Kindergärten.

Erhöhung der Anzahl der Klassen- und Kindergartenführungen.

Erhöhung der Anzahl von Lesereisen für Erwachsene und Leseabenteuer für Kinder..

Längere Öffnungszeiten.

Einführung von Seniorenveranstaltungen, um ein lebenslanges Lernen zu gewährleisten und um sie am gesellschaftlichen und kulturellen Leben teilhaben zu lassen.

Angebot von aktuellen und kundenorientierten Medien.

Zielgruppenorientiertes Angebot an alle Schulen und Kindergärten.

Ausbau des Veranstaltungsangebots.

Zusätzliche Fortbildungen für das Personal.

Interkommunale Kooperation mit Bibliothek.

Kennzahlen

Anzahl der Nutzer.

Anzahl der Ausleihen.

Anzahl der Medien.

Anzahl der Klassen- und Kindergartenführungen.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Braun, Lydia

1.25 Kultur

1.25.08 Bibliothek



Anzahl der Lesereisen.
Anzahl der Leseabenteuer.
Besuche je Einwohner pro Jahr.
Aufwand je Einwohner.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Braun, Lydia

1.25 Kultur**1.25.08 Bibliothek**

Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-477	-374	-172	-172	-172	-172
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-3.441	-3.500	-4.500	-4.500	-4.500	-4.500
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-275	-200	-200	-200	-200	-200
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-468	-200	-200	-200	-200	-200
10	= Ordentliche Erträge	-4.661	-4.274	-5.072	-5.072	-5.072	-5.072
11	- Personalaufwendungen	33.347	34.448	34.454	34.799	35.147	35.498
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	4.432	3.000	3.000	3.000	3.000	3.000
14	- Bilanzielle Abschreibungen	1.088	1.325	1.069	655	640	640
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	1.849	3.211	3.181	3.203	3.225	3.247
17	= Ordentliche Aufwendungen	40.716	41.984	41.704	41.657	42.012	42.385
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	36.055	37.710	36.632	36.585	36.940	37.313
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	36.055	37.710	36.632	36.585	36.940	37.313
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	36.055	37.710	36.632	36.585	36.940	37.313
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen			-9.095	-9.003	-8.974	-9.049
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	64.714	56.957	40.638	38.605	37.099	38.595
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	100.770	94.667	68.176	66.187	65.065	66.859

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Braun, Lydia

1.25 Kultur

1.25.08 Bibliothek



Grundsätzlich besteht die Möglichkeit, dass das Land - für interkommunale Projekte der oberbergischen Büchereien - Gelder zur Verfügung stellt. Diese Zuweisung ist aber nicht gesichert, so dass keine höheren Ansätze unter den **Zuwendungen und allgemeinen Umlagen** veranschlagt werden.

Die Benutzungsgebühren (Jahresbeiträge) und auch Verwaltungsgebühren (Mahngelder) für die Bücherei stellen **öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte** dar. Ab 2011 ist eine leichte Anhebung der Benutzungsgebühren vorgesehen.

Privatrechtliche Leistungsentgelte werden für den Verkauf alter Medien erhoben.

Schadensersatzleistungen für abhanden gekommene bzw. nicht zurückgegebene Bücher sind im Ansatz **sonstige ordentliche Erträge** berücksichtigt.

Für die Anschaffung neuer Medien zur Bestandssicherung und Attraktivitätssteigerung der Bücherei stehen Mittel und **Sach- und Dienstleistungen** zur Verfügung.

Für Büromaterial und Aufwendungen für die Nutzung der Software „Digitale Bibliothek“ sind Kosten unter den **sonstigen ordentlichen Aufwendungen** berücksichtigt. Ebenfalls wurden Mittel für Autorenlesungen im Rahmen der „Lesereisen“ und andere Veranstaltungen für Kinder und Schulklassen veranschlagt.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Braun, Lydia

1.25 Kultur

1.25.08 Bibliothek



Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflich- tungs- ermäch- tigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereit- gestellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahl- ungen/ -auszahl- ungen
1	+ Summe der investiven Einzahlungen								-3.107	-3.107
2	- Summe der investiven Auszahlungen		1.600						8.345	8.345
3	= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)		1.600						5.239	5.239

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Braun, Lydia

1.25 Kultur**1.25.08 Bibliothek**

Stellenplanauszug	Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
tariflich Beschäftigte (PRS)	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00
Mitarbeiter (PRS)	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00
Plan VZ-Stellen TVöD (MAS)		0,74	0,74	0,74	0,74	0,74
Planstellen (MAS)		0,74	0,74	0,74	0,74	0,74

Statistische Kennzahlen		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
1	Öffnungszeiten Bücherei Stunden (STD)	799	700	700	700	700	700
2	Ausleihen (ST)	30.070	30.000	32.000	33.000	34.000	34.000
3	Anzahl Besucher Gemeindebücherei (PRS)	10.976	12.000	12.000	13.000	14.000	14.000
4	Printmedien (ST)	12.576	11.000	11.000	12.000	12.000	12.000
5	Neue Medien (CD-ROM, DVD u.a.)	2.335	3.000	4.000	4.000	5.000	5.000
6	Nutzer Gemeindebücherei (PRS)	681	700	750	800	800	800

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Hammer, Susanne**1.31 Soziale Hilfen**

PRODUKTBEREICH	PRODUKTGRUPPE		PRODUKT / TEILPRODUKT	
1.31 Soziales	1.31.05	Sozialhilfeleistungen	1.31.05.01	Sozialhilfeleistungen
	1.31.06	Hilfe für Asylbewerber	1.31.06.01	Hilfe nach Asylbewerberleistungsgesetz
	1.31.07	Soziale Einrichtungen	1.31.07.01	Asylbewerberunterkunft -Bereitstellung und Betrieb
			1.31.07.02	Obdachlosenunterkunft -Bereitstellung und Betrieb
	1.31.17	Sonstige soziale Hilfen und Leistungen	1.31.17.01	Sonstige soziale Hilfen und Leistungen

Haushaltsplan 2011**1.31 Soziale Hilfen**

verantwortlich:

Hammer, Susanne



Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-57.243	-56.959	-23.077	-23.654	-24.245	-24.851
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-17.133	-16.620	-16.720	-16.720	-16.720	-16.720
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-16.942	-17.100	-13.410	-13.544	-13.679	-13.815
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-101.581	-105.000	-138.900	-140.798	-142.728	-144.689
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-2.826	-100	-400	-400	-400	-400
10	= Ordentliche Erträge	-195.725	-195.779	-192.507	-195.116	-197.772	-200.475
11	- Personalaufwendungen	124.075	126.837	129.516	130.811	132.120	133.441
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	27.366	31.804	26.506	26.268	26.532	26.798
14	- Bilanzielle Abschreibungen	17.387	12.609	12.745	12.609	12.581	12.439
15	- Transferaufwendungen	116.680	134.200	115.841	118.738	121.706	124.748
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	4.871	4.337	2.930	2.960	2.990	3.020
17	= Ordentliche Aufwendungen	290.380	309.787	287.538	291.386	295.929	300.446
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	94.655	114.008	95.031	96.270	98.157	99.971
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	94.655	114.008	95.031	96.270	98.157	99.971
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	94.655	114.008	95.031	96.270	98.157	99.971
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	164.741	156.480	139.596	136.963	134.103	140.904
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	259.396	270.488	234.627	233.233	232.260	240.875



**Beschreibung**

Die Produktgruppe „Sozialhilfeleistungen“ umfasst alle Angelegenheiten der Sozialhilfe, die nach der Einführung von „Hartz IV“ und den Neuregelungen, insbesondere im Sozialgesetzbuch II nicht durch die ARGE (Oberbergischer Kreis) wahrgenommen werden, unter anderem die Hilfe zum Lebensunterhalt, die Hilfe zur Pflege, die Hilfe zur Gesundheit, die Hilfe in besonderen Lebenslagen, die Hilfe im Alter bei Erwerbsminderung sowie die Grundsicherung. Neu ist der Bereich der Pflegeberatung hinzugekommen. Aufgabe ist es, durch intensive Beratung und Hilfestellungen den Verbleib in der häuslichen Umgebung so lange wie möglich sicherzustellen und einen hierfür menschenwürdigen Rahmen entsprechend zuschaffen. Gleichzeitig soll Angehörigen alles Wissenswerte vermittelt werden, um die häusliche Pflege zu gewährleisten, es sollen finanzielle Hilfen angeboten werden und ehrenamtliche Helfer vermittelt werden. Auch enger Kontakt zu den Pflegediensten soll hergestellt werden.

Auftragsgrundlage

Grundgesetz, Gesetz über die Hilfen für Blinde und Gehörlose (GHBG), Gesetz zur Sicherung der Eingliederung Schwerbehinderter in Arbeit, Beruf und Gesellschaft (SchbG), Wohngeldgesetz, Bundesversorgungsgesetz, Opferentschädigungsgesetz, BGB, SGB, Mietrecht, RVO, AVG, ArVNG, AnVNG, FRG, VuVO, KLG, HEZG, Verordnung über die Befreiung von der Rundfunkgebührenpflicht, SGB I-XI

Zielgruppen

Alle Personen, die nicht arbeitsfähig sind und Hilfe zum Lebensunterhalt benötigen, der Personenkreis der behinderten Menschen und alle Personen die Hilfe zur Pflege und/oder Eingliederungshilfe benötigen, sowie der Personenkreis derer, die soziale Schwierigkeiten zu überwinden haben. Auch die Hilfen zur Gesundheit fallen hierunter. Auskunftssuchende und potenzielle Hilfeempfänger.

Ziele

Optimierung der Unterstützungsleistungen in allen Angelegenheiten der Sozialhilfe und der Grundsicherung, der gesetzlichen Rentenversicherung sowie der Pflegeberatung.

Maßnahmen

Sicherstellung der medizinisch notwendigen Versorgung und Pflege.

Reduzierung der Heimunterbringungen.

Gewährleistung einer Unterstützung bei einem Wiedereinstieg in das Berufsleben.

Kennzahlen

Anzahl der Heimunterbringungen.

Erfolgreiche Wiedereinstiegsquote.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Görres, Sylke

1.31 Soziale Hilfen**1.31.05 Sozialhilfeleistungen**

Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-33.900	-33.900				
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-17	-20	-20	-20	-20	-20
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen			-33.900	-34.748	-35.617	-36.507
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-754	-100	-100	-100	-100	-100
10	= Ordentliche Erträge	-34.672	-34.020	-34.020	-34.868	-35.737	-36.627
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	2.173	1.240	1.375	1.389	1.403	1.417
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	764	850	654	661	668	675
17	= Ordentliche Aufwendungen	2.937	2.090	2.029	2.050	2.071	2.092
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	-31.735	-31.930	-31.991	-32.818	-33.666	-34.535
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	-31.735	-31.930	-31.991	-32.818	-33.666	-34.535
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	-31.735	-31.930	-31.991	-32.818	-33.666	-34.535
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	121.750	109.157	104.845	103.391	102.633	105.465
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	90.015	77.227	72.854	70.573	68.967	70.930

Verwaltungsgebühren die im Zusammenhang mit der Festsetzung von Zwangsgeldern anfallen werden unter **öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte** gebucht.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Görres, Sylke

1.31 Soziale Hilfen

1.31.05 Sozialhilfeleistungen



Da der Oberbergische Kreis Träger der Sozialhilfe, und auch zuständig für die Pflegeberatung ist, werden für die übernommenen Aufgaben Kosten an die Gemeinde erstattet. Die Zuweisung des Kreises für die Pflegeberatung ergibt sich u.a. aus dem %-Anteil der Sachbearbeiterinnen zur Gesamtstundenzahl sowie der entsprechenden Personalkostentabelle der KGSt und wird neu unter **Erträge aus Kostenerstattung und -umlage** ausgewiesen (vorher **Zuweisung vom Land unter Zuwendungen und allgemeine Umlage**).

Im Bereich der Unterhaltsüberprüfung kann es zur Festsetzung von Zwangsgeldern kommen, um die Forderungen durchzusetzen. Diese sind als **sonstige ordentliche Erträge** berücksichtigt.

Unter **Sach- und Dienstleistungen** werden die Kosten für die Nutzung externer DV-Systeme gebucht.

Die **sonstigen ordentlichen Aufwendungen** beinhalten die Kosten für Aus- und Fortbildung, Zeitungen und Fachliteratur und Gästebewirtung (hier Arbeitstreffen und Dienstbesprechungen der Pflegeberaterinnen).

Die Aufgaben werden von MitarbeiterInnen aus anderen Aufgabenbereichen mit übernommen und im Wege der **Leistungsverrechnung** hier mit sekundären Kosten abgerechnet.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Görres, Sylke

1.31 Soziale Hilfen**1.31.05 Sozialhilfeleistungen**

Statistische Kennzahlen		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
1	Einwohner (PRS)	11.099	11.000	11.100	11.100	11.100	11.100
2	Rentenanträge (ANZ)	142	140	165	165	165	165
3	Grundsicherungsfälle, SGB XII Kap. 4 (ANZ)	81	63	68	68	68	68
4	Sozialhilfefälle, SGB XII Kap. 3 (ANZ)	17	26	19	19	19	19



Beschreibung

Die Produktgruppe „Hilfe für Asylbewerber“ umfasst alle Angelegenheiten der Hilfen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, so z. B. die Hilfe für Aussiedler und die Hilfe für Flüchtlinge / Asylbewerber.

Auftragsgrundlage

BVFG, Flüchtlingsaufnahmegesetz, Asylbewerberleistungsgesetz, Ausführungsgesetz zum Asylbewerberleistungsgesetz, SGB XII.

Zielgruppen

Spätaussiedler, Vertriebene, Asylbewerber, Geduldete Ausländer, Geduldete Flüchtlinge, die Grundleistungen nach AsylbLG erhalten.

Ziele

Optimierung der Integration von Spätaussiedlern und Asylbewerbern / Flüchtlingen.

Maßnahmen

Sicherung eines menschenwürdigen Daseins für Spätaussiedler und Asylbewerber / Flüchtlinge.

Mithilfe bei den Vorbereitungen zur Rückkehr in das Heimatland der abgelehnten Asylbewerber.

Breites Angebot an gemeinnütziger Arbeit und Sprachkursen.

Möglichkeit eines Schulbesuchs für Kinder.

Mithilfe bei der Anerkennung, Integration und Eingliederung in das gesellschaftliche Leben.

Kennzahlen

Anzahl der Asylbewerber.

Aufwand pro Asylbewerber.

Anzahl schulpflichtiger Kinder von Asylbewerbern.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Görres, Sylke

1.31 Soziale Hilfen**1.31.06 Hilfe für Asylbewerber**

Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-23.059	-23.059	-23.077	-23.654	-24.245	-24.851
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-503					
10	= Ordentliche Erträge	-23.562	-23.059	-23.077	-23.654	-24.245	-24.851
11	- Personalaufwendungen	60.648	61.974	64.639	65.285	65.939	66.598
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	340	180	265	268	271	274
14	- Bilanzielle Abschreibungen	170	170	170	170	141	
15	- Transferaufwendungen	116.680	134.000	115.841	118.738	121.706	124.748
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	301	130				
17	= Ordentliche Aufwendungen	178.139	196.454	180.915	184.461	188.057	191.620
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	154.576	173.395	157.838	160.807	163.812	166.769
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	154.576	173.395	157.838	160.807	163.812	166.769
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	154.576	173.395	157.838	160.807	163.812	166.769
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-53.085	-53.492	-55.074	-55.555	-56.020	-56.443
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	33.460	29.989	26.197	27.497	27.252	28.634
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	134.952	149.891	128.961	132.749	135.044	138.960

Die **Zuwendungen und allgemeinen Umlagen** ergeben sich aus den pauschalen Sätzen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, die vom Land für die Erfüllung der Aufgaben "Aufnahme und Unterbringung" des Personenkreises der Asylbewerber und ausl. Flüchtlinge erstattet wird. Die Haushaltsmittel werden entsprechend

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Görres, Sylke

1.31 Soziale Hilfen

1.31.06 Hilfe für Asylbewerber



der jährlich neu festzulegenden Zuweisungsschlüssel an die Gemeinden verteilt und sind u.a. auch von der Gesamtzahl der Flüchtlinge im Bundesgebiet abhängig. Für 2011 ist der Zuwendungsschlüssel noch nicht bekannt, so dass zunächst der Betrag in Anlehnung an das Ergebnis 2009 als Ansatz gewählt wurde.

Unter **Sach- und Dienstleistungen** befinden sich die Kosten für die Nutzung externer DV-Systeme.

Bilanziellen Abschreibungen resultieren aus der Softwarelizenz Open-Prosoz.

Für Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz werden die Aufwendungen als **Transferaufwendungen** dargestellt. Die Anzahl ausländischer Flüchtlinge steigt langsamer als angenommen. Zurzeit sind 16 Flüchtlinge in der Betreuung und erhalten Hilfe nach dem AsylbLG. Die Ansätze entsprechen Hochrechnungen auf Grund der aktuellen Zahlen. Die Krankenhilfe für Asylbewerber wird zentral durch die Stadt Gummersbach für alle Kommunen des Oberbergischen Kreises bearbeitet und im Wege der Solidargemeinschaft anteilig umgelegt. Die Krankenhilfekosten sind aufgrund schwerwiegender Fälle gestiegen.

In der Position **sonstige ordentliche Aufwendungen** sind 2009 Kosten für Zeitungen und Fachliteratur und die Unfallversicherung enthalten.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Görres, Sylke

1.31 Soziale Hilfen**1.31.06 Hilfe für Asylbewerber**

Stellenplanauszug	Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
Beamte (PRS)	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00
Mitarbeiter (PRS)	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00
Plan VZ-Stellen Beamte (MAS)		1,00	1,00	1,00	1,00	1,00
Planstellen (MAS)		1,00	1,00	1,00	1,00	1,00

Statistische Kennzahlen		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
1	Asylbewerber (PRS)	16	18	16	16	16	16

**Beschreibung**

Die Produktgruppe „Soziale Einrichtungen“ umfasst alle Angelegenheiten der Bereitstellung und des Betriebes der Obdachlosenunterkunft und des Asylbewerberwohnheims.

Auftragsgrundlage

Ordnungsbehördengesetz, Verwaltungsverfahrensgesetz, Asylbewerberleistungsgesetz, Ausführungsgesetz zum Asylbewerberleistungsgesetz, **SGB XII**, Flüchtlingsaufnahmegesetz.

Zielgruppen

Allgemeinheit, Obdachlose, Asylbewerber, geduldete Ausländer, geduldete Flüchtlinge, die Grundleistungen nach AsylbLG erhalten.

Ziele

Angemessene und wirtschaftliche Unterbringung der Obdachlosen, Aussiedler und Flüchtlingen/ Asylbewerber.

Maßnahmen

Obdachlosenwohnheim: Verkürzung der Verweildauer von untergebrachten Personen.
Senkung der Obdachlosenzahlen.

Kennzahlen

Anzahl der Obdachlosen.
Verweildauer der Obdachlosen.
qm-Wohnfläche pro Asylbewerber.
Energieverbrauch pro Asylbewerber.
Wasserverbrauch pro Asylbewerber.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Görres, Sylke

1.31 Soziale Hilfen**1.31.07 Soziale Einrichtungen**

Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-284					
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-17.115	-16.600	-16.700	-16.700	-16.700	-16.700
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-16.942	-17.100	-13.410	-13.544	-13.679	-13.815
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-757		-300	-300	-300	-300
10	= Ordentliche Erträge	-35.098	-33.700	-30.410	-30.544	-30.679	-30.815
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	24.659	30.184	24.766	24.510	24.756	25.004
14	- Bilanzielle Abschreibungen	17.217	12.439	12.575	12.439	12.440	12.439
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	2.801	2.080	1.239	1.252	1.265	1.278
17	= Ordentliche Aufwendungen	44.677	44.703	38.580	38.201	38.461	38.721
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	9.579	11.003	8.170	7.657	7.782	7.906
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	9.579	11.003	8.170	7.657	7.782	7.906
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	9.579	11.003	8.170	7.657	7.782	7.906
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	22.833	40.107	38.493	38.209	37.908	39.001
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	32.412	51.110	46.663	45.866	45.690	46.907

Für die Unterbringung im Asylbewerberwohnheim bzw. in der Obdachlosenunterkunft werden Benutzungsgebühren als **öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte** berechnet. Beide Einrichtungen befinden sich seit September 2010 im Gebäude des Asylbewerberwohnheims.

Außerdem sind von den Bewohnern die Nebenkosten zu erstatten (als „Mietnebenkosten“ handelt es sich um **privatrechtliche Leistungsentgelte**).



Unter den **sonstigen ordentlichen Erträgen** werden pauschal Erstattungen für Schadensfälle veranschlagt.

Die Bewirtschaftungs- und Unterhaltungskosten für das Asylbewerberwohnheim und die Obdachlosenunterkunft werden unter den **Sach- und Dienstleistungen** ausgewiesen. Die unterschiedliche Betragshöhe ergibt sich u. a. aus Unterhaltungs- und Sanierungsmaßnahmen sowie dem Energieverbrauch.

In der Zeile **sonstige ordentliche Aufwendungen** befinden sich die Kosten für Telefon und Gebäudeversicherungen.

Personalkosten werden über die Aufwendungen aus **internen Leistungsverrechnungen** als sekundäre Kosten angezeigt.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Görres, Sylke

1.31 Soziale Hilfen**1.31.07 Soziale Einrichtungen**

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgest ellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlung en / - auszahlung en
5100101 Veräußerung Obdachlosenwohnheim										
2	- Einzahlungen aus Veräußerungen von Sachanlagen		-188.494	-183.408					-188.494	-371.902
6	= Summe Einzahlungen		-188.494	-183.408					-188.494	-371.902
14	= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)		-188.494	-183.408					-188.494	-371.902

Veräußerung Obdachlosenwohnheim

Für 2011 wird angestrebt die Obdachlosenunterkunft Am Eichhölzchen 33 zu **veräußern**. Auf Grundlage der Zeitwerte der Gebäude- und Grundstücksanlagen zum 01.01.2011 werden folgende Werte veranschlagt:

Gebäude	163.168 €
Grundstück	20.240 €
Summe	<u>183.408 €</u>

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Görres, Sylke

1.31 Soziale Hilfen**1.31.07 Soziale Einrichtungen**

Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungs-ermäch-tigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereit-gestellt (einschl. Sp.2)	Gesamt-einzahl-ungen/-auszahl-ungen
2	- Summe der investiven Auszahlungen	191	500	500		500	500	500	2.537	4.537
3	= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	191	500	500		500	500	500	2.537	4.537

Investitionen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze

Für Ausstattungsgegenstände, die für das Asylbewerberwohnheim oder die Obdachlosenunterkunft angeschafft werden müssen, sind pauschal zusammen 500 EUR veranschlagt worden.

Statistische Kennzahlen		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
1	Asylbewerber (PRS)	14	12	10	10	10	10
2	Untergebrachte Obdachlose (PRS)	2	2	2	2	2	2
3	Aufnahmekapazität (Soll/Ist)	0	9	0	0	0	0

Die Kennzahl erfasst nur die Asylbewerber, die in der Unterkunft wohnen. Zwei Familien leben in privaten Wohnungen. (Daher 16 Asylbewerber insgesamt, und 10 Personen im Asylbewerberwohnheim.)

**Beschreibung**

Die Produktgruppe „Sonstige soziale Hilfen und Leistungen“ umfasst die sonstigen Angelegenheiten der sozialen Beratung und Betreuung.
Die Gemeinde stellt der ARGE (Arbeitsgemeinschaft Oberbergischer Kreis und Bundesanstalt für Arbeit) im Rathaus Räumlichkeiten zur Verfügung. Zudem wird ein Mitarbeiter, der bisher zur Gemeindeverwaltung gehörte, bei der ARGE beschäftigt.

Zielgruppen

ARGE

Ziel

Schneller und ortsnaher Bürgerservice

Maßnahmen

Weiterhin Bereitstellung der Räumlichkeiten.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Hammer, Susanne

1.31 Soziale Hilfen**1.31.17 Sonstige soziale Hilfen und Leistungen**

Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-101.581	-105.000	-105.000	-106.050	-107.111	-108.182
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-811					
10	= Ordentliche Erträge	-102.393	-105.000	-105.000	-106.050	-107.111	-108.182
11	- Personalaufwendungen	63.427	64.863	64.877	65.526	66.181	66.843
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	195	200	100	101	102	103
15	- Transferaufwendungen		200				
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	1.005	1.277	1.037	1.047	1.057	1.067
17	= Ordentliche Aufwendungen	64.627	66.540	66.014	66.674	67.340	68.013
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	-37.765	-38.460	-38.986	-39.376	-39.771	-40.169
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	-37.765	-38.460	-38.986	-39.376	-39.771	-40.169
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	-37.765	-38.460	-38.986	-39.376	-39.771	-40.169
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	39.783	30.720	25.135	23.422	22.329	24.247
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	2.018	-7.741	-13.851	-15.954	-17.442	-15.922

Die **Erträge aus Kostenerstattung** beinhalten die Personalkosten für einen Mitarbeiter, der aus der Gemeindeverwaltung in den Bereich der ARGE gewechselt ist. Hinzu kommt noch die Sachkostenerstattung des Oberbergischen Kreises für die ARGE, die im Rathaus untergebracht ist.

Für die Aktivitäten des Sozialamtes bzw. Familienbüros stehen Mittel unter **Sach- und Dienstleistungen** zur Verfügung.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Hammer, Susanne

1.31 Soziale Hilfen**1.31.17 Sonstige soziale Hilfen und Leistungen**

Die **Transferaufwendungen** beinhalten 2010 den Zuschuss an den Kreuzbund, der in der Vergangenheit unter 1.11.07 gebucht wurde und für 2011 ff. auf Grund von Sparmaßnahmen ruhend gestellt wird.

Die Kosten für Aus- und Fortbildung und öffentliche Bekanntmachungen etc. sind unter den **sonstigen ordentlichen Aufwendungen** berücksichtigt.

Stellenplanauszug	Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
tariflich Beschäftigte (PRS)	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00
Mitarbeiter (PRS)	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00
Plan VZ-Stellen TVöD (MAS)		1,00	1,00	1,00	1,00	1,00
Planstellen (MAS)		1,00	1,00	1,00	1,00	1,00

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Hammer, Susanne

1.36 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

PRODUKTBEREICH	PRODUKTGRUPPE		PRODUKT / TEILPRODUKT	
1.36 Jugend	1.36.01	Förderung von Kindern in Tagesbetreuung	1.36.01.02	Förderung v. Kindern in Kindertageseinr.
			1.36.01.02.01	KiGa JUH Pusteblume Morsbach
			1.36.01.02.02	KiGa JUH Holpe
			1.36.01.02.03	KiGa DRK Lichtenberg
			1.36.01.02.04	KiGa Morsbach/kath. Kirchengemeinde
			1.36.01.02.05	KiGa Kleine Freunde Morsbach
			1.36.01.02.06	KiGa AWO Morsbach
	1.36.02	Kindertageseinrichtungen	1.36.02.01	Kindertageseinrichtungen
	1.36.03	Kinder- und Jugendarbeit	1.36.03.01	Kinder- und Jugendarbeit
	1.36.04	Jugendeinrichtungen	1.36.04.01	Jugendeinrichtungen

Haushaltsplan 2011**1.36 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe**

verantwortlich:

Hammer, Susanne



Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-22.777	-30.781	-34.413	-38.896	-38.854	-38.852
3	+ Sonstige Transfererträge	-8.791					
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-62					
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-59.824	-85.700	-112.030	-112.046	-112.062	-112.079
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-11.893					
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-1.379					
10	= Ordentliche Erträge	-104.726	-116.481	-146.443	-150.942	-150.916	-150.931
11	- Personalaufwendungen	85.465	89.683	94.000	94.939	95.888	96.847
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	9.041	6.859	10.255	8.326	8.397	8.469
14	- Bilanzielle Abschreibungen	18.361	31.426	31.828	35.934	35.888	35.884
15	- Transferaufwendungen	21.184	14.000	23.500	23.500	23.500	23.500
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	6.146	6.491	26.551	26.581	26.611	26.641
17	= Ordentliche Aufwendungen	140.198	148.460	186.134	189.280	190.284	191.341
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	35.472	31.979	39.691	38.338	39.368	40.410
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	35.472	31.979	39.691	38.338	39.368	40.410
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	35.472	31.979	39.691	38.338	39.368	40.410
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-9.159	-9.460	-9.595	-9.674	-9.754	-9.846

Haushaltsplan 2011**1.36 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe**

verantwortlich:

Hammer, Susanne



Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	90.360	79.025	77.916	75.456	73.846	77.857
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	116.673	101.545	108.012	104.120	103.460	108.421



Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Groß, Iris

1.36 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

1.36.01 Förderung von Kindern in Tagesbetreuung



Beschreibung

Die Produktgruppe „Förderung von Kindern in Tagesbetreuung“ umfasst die Förderung in Kindertageseinrichtungen für die Altersklassen 2–6 Jahre durch das zur Verfügung Stellen von Betreuungsplätzen in den Kindergärten Morsbach, Holpe, Lichtenberg, katholischer Kindergarten Morsbach, Kindergarten Kleine Freunde und AWO-Kindergarten. Die Kindergärten in der Gemeinde Morsbach werden durch fremde Träger (Kirchen und soziale Einrichtungen) geführt, die von der Gemeinde Zuschüsse erhalten.

Auftragsgrundlage

Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG), Kinderbildungsgesetz (KiBiz).

Zielgruppen

Kinder, Eltern, Familien

Ziele

Rechtmäßige Beitragsabrechnung.

Maßnahmen

Frühzeitige Bereitstellung von Informationsmaterial.

Abfrage des Betreuungsbedarfs.

Individuelle Beratungen.

Kennzahlen

Anzahl der Kindergartenplätze.

Anzahl der Kindergartenkinder.

Anzahl Widersprüche.

Anzahl Beratungen.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Groß, Iris

1.36 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe**1.36.01 Förderung von Kindern in Tagesbetreuung**

Teilergebnisplan			Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
3	+	Sonstige Transfererträge	-8.791					
4	+	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-62					
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-11.893					
7	+	Sonstige ordentliche Erträge	-964					
10	=	Ordentliche Erträge	-21.710					
11	-	Personalaufwendungen	42.414	43.708	43.711	44.148	44.590	45.036
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	1.183	1.200	1.215	1.227	1.239	1.251
15	-	Transferaufwendungen	20.684					
16	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	321	161	231	233	235	237
17	=	Ordentliche Aufwendungen	64.602	45.069	45.157	45.608	46.064	46.524
18	=	Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	42.892	45.069	45.157	45.608	46.064	46.524
22	=	Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	42.892	45.069	45.157	45.608	46.064	46.524
26	=	Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	42.892	45.069	45.157	45.608	46.064	46.524
27	+	Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-9.159	-9.460	-9.595	-9.674	-9.754	-9.846
28	-	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	25.203	30.412	27.824	26.561	25.813	27.210
29	=	Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	58.935	66.021	63.386	62.495	62.123	63.888

Die Verwaltungs- und Betriebskosten der Kindergärten werden seit 2009 vollständig durch den Oberbergischen Kreis selber abgerechnet.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Groß, Iris

1.36 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

1.36.01 Förderung von Kindern in Tagesbetreuung



Auf Grund der bisherigen Regelung bei der Abrechnung der Zuschüsse an fremde Kindergartenträger erfolgte eine **Kostenerstattung** durch den Oberbergischen Kreis.

In 2009 wurden periodenfremde Rückerstattungen aus der Betriebskostenabrechnung 2007 gebucht.

Die Kosten für die Nutzung externer DV-Systeme befinden sich unter **Sach- und Dienstleistungen**.

Die entsprechenden Aufwendungen für die Betriebs- und Verwaltungskostenzuschüsse an die Kindergartenträger wurden bisher als **Transferaufwendungen** dargestellt. Im Ergebnis 2009 handelt es sich noch um die Abrechnung der Betriebskosten 2007 und 2008.

Unter den **sonstige ordentliche Aufwendungen** sind die Kosten für die Unfallversicherung veranschlagt.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Groß, Iris

1.36 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe**1.36.01 Förderung von Kindern in Tagesbetreuung**

Stellenplanauszug	Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
tariflich Beschäftigte (PRS)	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00
Mitarbeiter (PRS)	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00
Plan VZ-Stellen TVöD (MAS)		1,00	1,00	1,00	1,00	1,00
Planstellen (MAS)		1,00	1,00	1,00	1,00	1,00

Statistische Kennzahlen		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
1	Kindergartenkinder (PRS)	327	320	335	335	335	335
2	Veranlagungen zum Kindergartenbeitrag (ANZ)	209	215	231	231	231	231
3	Kindergartenplätze (ST)	320	320	335	335	335	335



Beschreibung

Die Produktgruppe „Kindertageseinrichtungen“ umfasst alle Angelegenheiten bezüglich der Inanspruchnahme von Kindertageseinrichtungen, welche durch fremde Träger (Kirchen und andere Institutionen) betrieben werden.

Auftragsgrundlage

Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG), Kinderbildungsgesetz (KiBiz).

Zielgruppen

Träger der freien Jugendhilfe, Kirchen, Jugendamt.

Ziele

Wirtschaftliche Bereitstellung von Kindertageseinrichtungen.

Maßnahmen

Kennzahlen

Energieverbrauch pro qm³ umbauten Raum.

Unterhaltungskosten pro m².

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Groß, Iris

1.36 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe**1.36.02 Kindertageseinrichtungen**

Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen		-8.104	-12.110	-16.681	-16.681	-16.681
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-59.824	-85.700	-112.030	-112.046	-112.062	-112.079
10	= Ordentliche Erträge	-59.824	-93.804	-124.140	-128.727	-128.743	-128.760
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	4.694	1.520	3.000	1.515	1.530	1.545
14	- Bilanzielle Abschreibungen	12.868	26.268	26.460	31.005	31.005	31.005
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	1.989	1.650	1.660	1.676	1.692	1.708
17	= Ordentliche Aufwendungen	19.551	29.438	31.120	34.196	34.227	34.258
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	-40.273	-64.366	-93.020	-94.531	-94.516	-94.502
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	-40.273	-64.366	-93.020	-94.531	-94.516	-94.502
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	-40.273	-64.366	-93.020	-94.531	-94.516	-94.502
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	2.315	3.122	2.869	2.829	2.769	2.845
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	-37.958	-61.244	-90.152	-91.702	-91.747	-91.657

Die **Zuwendungen und allgemeinen Umlagen** beinhalten die Auflösung von Sonderposten.

Die **privatrechtlichen Leistungsentgelte** beinhalten die Pachteinahmen für die Kindergärten.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Groß, Iris

1.36 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

1.36.02 Kindertageseinrichtungen



Da die Gemeinde für die Kindergarten-Gebäude zuständig ist, wurden auch Ansätze für Unterhaltung und Gebäudebewirtschaftung unter den Aufwendungen für **Sach- und Dienstleistungen** berücksichtigt. Der in 2009 geplante Austausch des PVC-Bodenbelags im Turnraum wurde nicht durchgeführt, hierfür ist eine Rückstellung gebildet worden.

Der Austausch soll 2010 im Zusammenhang mit der Umstellung auf eine Pelletheizung erfolgen. In 2011 ist die Dichtheitsprüfung der Kindergarten-Gebäude veranschlagt (je 500 EUR).

Die Gebäudeversicherung ist unter den **sonstigen ordentlichen Aufwendungen** veranschlagt.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Groß, Iris

1.36 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe**1.36.02 Kindertageseinrichtungen**

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgest ellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlung en / - auszahlung en
5100103 Umbau Kindergarten Morsbach U3 Betreuung										
1	- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen		-210.249	-210.249					-210.249	-420.498
6	= Summe Einzahlungen		-210.249	-210.249					-210.249	-420.498
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	2.207	210.249	204.888					212.456	417.344
13	= Summe Auszahlungen	2.207	210.249	204.888					212.456	417.344
14	= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	2.207		-5.361					2.207	-3.154

Umbau Kindergarten Morsbach U 3 Betreuung

Für den geplanten und beantragten Um- und Anbau des Kindergartens "Pustebblume" wurde zwischenzeitlich der Bewilligungsbescheid erteilt und die Baugenehmigung beantragt. Mit dem Baubeginn ist jedoch erst in 2011 zu rechnen. Daher erfolgt eine Neuveranschlagung. In 2010 sind bereits Planungsleistungen abgerechnet worden, so dass die ebenfalls in 2011 veranschlagte Investitionszuwendung höher erscheint als die Auszahlung 2011.

Für den An- und Umbau des Kindergartens erhält die Gemeinde Morsbach eine **Investitionszuwendung**.

In Höhe der Zuwendung wird bei Aktivierung der zuwendungsfinanzierten Anlage ein Sonderposten gebildet welcher über die Nutzungsdauer des zuwendungsfinanzierten Vermögensgegenstandes ertragswirksam aufgelöst wird.

Aus der Auflösung des Sonderpostens resultieren Auflösungsbeträge von 5.006 EUR jährlich.

Für 2011 sind die Auflösungen für ein halbes Jahr berücksichtigt, weil pauschal im Haushaltsplan von einer Aktivierung der zuwendungsfinanzierten Anlagen Mitte des Jahres ausgegangen wird.

Aus dieser **Investitionsmaßnahme** ergeben sich pro Haushaltsjahr Abschreibungen i. H. v. 5.006 EUR.

Für 2011 sind die Abschreibungen für ein halbes Jahr berücksichtigt, weil pauschal im Haushaltsplan von einer Aktivierung der Anlage Mitte des Jahres ausgegangen wird.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Groß, Iris

1.36 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe**1.36.02 Kindertageseinrichtungen**

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgest ellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlung en / - auszahlung en
5100104 Umbau Kindergarten Lichtenberg U3 Betr.										
1	- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen		-173.348						-173.348	-173.348
6	= Summe Einzahlungen		-173.348						-173.348	-173.348
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	2.207	173.348						175.555	175.555
13	= Summe Auszahlungen	2.207	173.348						175.555	175.555
14	= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	2.207							2.207	2.207

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgest ellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlung en / - auszahlung en
5100105 Umbau Kindergarten Holpe U3 Betreuung										
1	- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen		-254.113	-254.113					-254.113	-508.226
6	= Summe Einzahlungen		-254.113	-254.113					-254.113	-508.226
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	2.207	254.113	248.752					256.320	505.072
13	= Summe Auszahlungen	2.207	254.113	248.752					256.320	505.072
14	= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	2.207		-5.361					2.207	-3.154

Umbau Kindergarten Holpe U 3 Betreuung

Mit Baubeginn des geplanten Um- und Anbau des Kindergartens in Holpe ist erst in 2011 zu rechnen. Daher erfolgt eine Neuveranschlagung. In 2010 sind bereits Planungsleistungen abgerechnet worden, so dass die ebenfalls in 2011 veranschlagte Investitionszuwendung höher erscheint als die Auszahlung 2011.

Für den An- und Umbau des Kindergartens erhält die Gemeinde Morsbach eine **Investitionszuwendung**.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Groß, Iris

1.36 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe**1.36.02 Kindertageseinrichtungen**

In Höhe der Zuwendung wird bei Aktivierung der zuwendungsfinanzierten Anlage ein Sonderposten gebildet welcher über die Nutzungsdauer des zuwendungsfinanzierten Vermögensgegenstandes ertragswirksam aufgelöst wird.

Aus der Auflösung des Sonderpostens resultieren Auflösungsbeträge von 4.099 EUR jährlich.

Für 2011 sind die Auflösungen für ein halbes Jahr berücksichtigt, weil pauschal im Haushaltsplan von einer Aktivierung der zuwendungsfinanzierten Anlagen Mitte des Jahres ausgegangen wird.

Aus dieser **Investitionsmaßnahme** ergeben sich pro Haushaltsjahr Abschreibungen i. H. v. 4.099 EUR.

Für 2011 sind die Abschreibungen für ein halbes Jahr berücksichtigt, weil pauschal im Haushaltsplan von einer Aktivierung der Anlage Mitte des Jahres ausgegangen wird.

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgest ellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlung en / - auszahlung en
5100114 Liquid. MEG Erw. Kindergarten Hahner Str										
7	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken / Gebäuden		730.116						730.116	730.116
13	= Summe Auszahlungen		730.116						730.116	730.116
14	= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)		730.116						730.116	730.116

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Groß, Iris

1.36 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

1.36.02 Kindertageseinrichtungen



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgest ellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlung en / - auszahlung en
5100116 Holzpellettheizungsanl. KiGa Lichtenberg										
1	- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	-3.000	-43.000						-46.000	-46.000
6	= Summe Einzahlungen	-3.000	-43.000						-46.000	-46.000
9	- Auszahlungen für den Erwerb von bewegl. Anlagevermögen		65.135						65.135	65.135
13	= Summe Auszahlungen		65.135						65.135	65.135
14	= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-3.000	22.135						19.135	19.135



Beschreibung

Die Produktgruppe „Kinder- und Jugendarbeit“ umfasst alle Maßnahmen der Kinder- und Jugendarbeit, außerhalb von Einrichtungen (u. a. Unterstützung der Jugendarbeit in den Vereinen) sowie des Kinder- und Jugendschutzes.

Auftragsgrundlage

Freiwillige Aufgaben, Beschlussfassungen gemeindlicher Gremien (HuFA, Rat).

Zielgruppen

Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene.

Maßnahmen

Versorgung der Öffentlichkeit mit Informationen über die Angebote und Leistungen.
Bereitstellung von Mitteln zur Unterstützung der Jugendarbeit in den Vereinen.

Kennzahlen

Anzahl der Kinder und Jugendlichen in Kultur- und Sportvereinen.
Zuschuss pro Kind/Jugendlichen

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Mauelshagen, Anni

1.36 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe**1.36.03 Kinder- und Jugendarbeit**

Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-500	-500	-500	-500	-500	-500
10	= Ordentliche Erträge	-500	-500	-500	-500	-500	-500
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	15					
15	- Transferaufwendungen	500	10.500	20.500	20.500	20.500	20.500
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen		60	20.000	20.000	20.000	20.000
17	= Ordentliche Aufwendungen	515	10.560	40.500	40.500	40.500	40.500
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	15	10.060	40.000	40.000	40.000	40.000
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	15	10.060	40.000	40.000	40.000	40.000
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	15	10.060	40.000	40.000	40.000	40.000
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	83.893	84.183	90.132	89.544	89.331	92.168
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	83.908	94.243	130.132	129.544	129.331	132.168

Unter **Zuwendungen und allgemeinen Umlagen** ist die Zuwendung vom Kreis für die Ferienspaß-Aktionen veranschlagt.

Im Rahmen der Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen wurde beschlossen, einem evtl. Trägerverein für das Freibad maximal einen Betrag von 30 TEUR als Zuschuss für den Badbetrieb zur Verfügung zu stellen. Da ein Trägerverein nicht gegründet werden konnte, soll das Freibad nun geschlossen werden und der zugesagte Zuschussbetrag i.H.v. 30 TEUR der Kinder- und Jugendarbeit zu Gute kommen.

Aus diesem Grund ist unter der Position **Transferaufwendungen** wieder ein Betrag von 20 TEUR (+10 TEUR gegenüber 2010) für die Jugendarbeit in den Vereinen vorgesehen (500 EUR stehen für die Ferienspaß-Aktion).

Daneben wurde für eine zusätzliche ehrenamtliche Jugendarbeit erstmals 20 TEUR unter **sonstige ordentliche Aufwendungen** veranschlagt.

**Beschreibung**

Die Produktgruppe „Jugendeinrichtungen“ umfasst alle Angelegenheiten im Zusammenhang mit der Bereitstellung und dem Betrieb des Morsbacher Jugendzentrums „Highlight“. Daneben auch die Bereitstellung von Kinderspielplätzen im Gemeindegebiet.

Auftragsgrundlage

Freiwillige Aufgabe, Beschlussfassungen gemeindlicher Gremien (HuFA, Rat), Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG), Landesjugendplan (LJPI), Gemeindejugendplan.

Zielgruppen

Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene.

Ziele

Vorhalten eines bedarfsgerechten und attraktiven Freizeitangebotes.

Maßnahmen

Steigerung der Anzahl der Besucher des Jugendzentrums bedarfsgerechte und attraktive Angebote.

Kinderspielplätze unter Einbindung der Dorfgemeinschaften in einem ordnungsgemäßen und sicheren Zustand vorhalten.

Kennzahlen

Anzahl Kinderspielplätze.

Unterhaltungsaufwand je Spielplatz.

Anzahl Besucher Jugendzentrum.

Anzahl Veranstaltungen im Jugendzentrum.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Mauelshagen, Anni

1.36 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe**1.36.04 Jugendeinrichtungen**

Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-22.277	-22.177	-21.803	-21.715	-21.673	-21.671
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-414					
10	= Ordentliche Erträge	-22.691	-22.177	-21.803	-21.715	-21.673	-21.671
11	- Personalaufwendungen	43.051	45.975	50.289	50.791	51.298	51.811
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	3.150	4.139	6.040	5.584	5.628	5.673
14	- Bilanzielle Abschreibungen	5.493	5.158	5.368	4.929	4.883	4.879
15	- Transferaufwendungen		3.500	3.000	3.000	3.000	3.000
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	3.835	4.620	4.660	4.672	4.684	4.696
17	= Ordentliche Aufwendungen	55.529	63.393	69.357	68.976	69.493	70.059
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	32.838	41.216	47.554	47.261	47.820	48.388
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	32.838	41.216	47.554	47.261	47.820	48.388
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	32.838	41.216	47.554	47.261	47.820	48.388
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-45.804	-48.416	-52.800	-53.304	-53.813	-54.328
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	24.753	9.725	9.892	9.826	9.746	9.962
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	11.788	2.525	4.646	3.783	3.753	4.022

Für die Jugendarbeit in der Gemeinde Morsbach gewähren das Land aus dem Landesjugendplan und der Kreis aus dem Jugendförderplan Zuweisungen. Die Veranschlagung wird unter **Zuwendungen und allgemeinen Umlagen** vorgenommen.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Mauelshagen, Anni

1.36 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

1.36.04 Jugendeinrichtungen



Alle Kosten (incl. Personalaufwendungen) im Zusammenhang mit dem Betrieb des Jugendzentrums werden seit 2009 komplett in dieser Produktgruppe ausgewiesen.

Die Unterhaltung und Bewirtschaftung des Jugendzentrums „Highlight“ wird in dieser Produktgruppe unter **Sach- und Dienstleistungen** dargestellt. Für die Einrichtung des Jugendzentrums und Anschaffung von Spielen u. ä. sowie zur Durchführung von Ausflügen / Aktionen sind ebenfalls Mittel berücksichtigt (1.000 EUR). Für die Unterhaltung der Kinderspielplätze u.a. der Freizeitpark, werden ebenfalls 1.000 EUR für Ersatzbeschaffungen, Verschleißteile und gestiegene Energiekosten veranschlagt. Die Energiekosten werden den Durchschnittswerten der Vorjahre und Preissteigerungen angepasst.

Die **bilanziellen Abschreibungen** resultieren aus dem neu hergestellten Spielplatz im Kurpark.

Für die **Transferaufwendungen** gilt der Ratsbeschluss, dass die einzelnen Dorfgemeinschaften bzw. Spielplatzträger bis zu 250 EUR jährlich erhalten (gegen einen entsprechenden Nachweis über die Herstellung der Verkehrssicherheit der Spielgeräte). Zu diesem Zweck werden für die 12 Spielplätze im Gemeindegebiet insgesamt 3.000 EUR im Haushalt bereitgestellt. Im Ansatz 2010 war zusätzlich ein Verpflegungskosten-Zuschuss für das Jugendzentrum eingeplant, der über einen Handvorschuss abgewickelt wird und daher bisher nie in Anspruch genommen wurde.

Die Aufwendungen für ehrenamtlich Tätige zur Unterstützung im Jugendtreff (3 TEUR) werden im Bereich der **sonstigen ordentlichen Aufwendungen** gebucht. Weiterhin Kosten für Telefon, Unfall- und Gebäudeversicherung, aber auch z. B. Pachten für Spielplatzgrundstücke.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Mauelshagen, Anni

1.36 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe**1.36.04 Jugendeinrichtungen**

Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflich- tungs- ermäch- tigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereit- gestellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahl- ungen/ -auszahl- ungen
1	+ Summe der investiven Einzahlungen								-200	-200
2	- Summe der investiven Auszahlungen	1.246	500	500		500	500	500	21.069	23.069
3	Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	1.246	500	500		500	500	500	20.869	22.869

Für **geringwertige Wirtschaftsgüter** (60 EUR – 410 EUR), die für das Jugendzentrum angeschafft werden, sind pauschal 500 EUR veranschlagt worden.

Stellenplanauszug	Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
tariflich Beschäftigte (PRS)	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00
Mitarbeiter (PRS)	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00
Plan VZ-Stellen TVöD (MAS)		1,00	1,00	1,00	1,00	1,00
Planstellen (MAS)		1,00	1,00	1,00	1,00	1,00

Haushaltsplan 2011

1.41 Gesundheitsdienste

verantwortlich:

Hammer, Susanne



PRODUKTBEREICH

PRODUKTGRUPPE

PRODUKT / TEILPRODUKT

1.41 Gesundheitsdienste

1.41.05

Krankenhausfinanzierung

1.41.05.01

Krankenhausumlage

Haushaltsplan 2011**1.41 Gesundheitsdienste**

verantwortlich:

Hammer, Susanne



Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
15	- Transferaufwendungen	126.313	130.000	130.000	130.000	130.000	130.000
17	= Ordentliche Aufwendungen	126.313	130.000	130.000	130.000	130.000	130.000
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	126.313	130.000	130.000	130.000	130.000	130.000
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	126.313	130.000	130.000	130.000	130.000	130.000
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	126.313	130.000	130.000	130.000	130.000	130.000
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	126.313	130.000	130.000	130.000	130.000	130.000



Beschreibung

Nach der Neufassung des § 19 Abs.1 Krankenhausgesetz NRW vom 19.12.2001 werden die Gemeinden an den im Haushaltsplan des zuständigen Ministeriums veranschlagten Haushaltsbeiträgen der förderfähigen Investitionsmaßnahmen nach § 9 Abs.1 in Höhe von 40% beteiligt.

Auftragsgrundlage

Krankenhausgesetz NRW (§ 19 Abs.1), Krankenhausfinanzierungsgesetz (§ 9 Abs. 1).

Zielgruppen

Gemeinde Morsbach, zuständiges Ministerium, Krankenhäuser.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Neuhoff, Klaus

1.41 Gesundheitsdienste**1.41.05 Krankenhausfinanzierung**

Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
15	- Transferaufwendungen	126.313	130.000	130.000	130.000	130.000	130.000
17	= Ordentliche Aufwendungen	126.313	130.000	130.000	130.000	130.000	130.000
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	126.313	130.000	130.000	130.000	130.000	130.000
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	126.313	130.000	130.000	130.000	130.000	130.000
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	126.313	130.000	130.000	130.000	130.000	130.000
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	126.313	130.000	130.000	130.000	130.000	130.000

Nach § 19 Abs. 1 Krankenhausgesetz NRW vom 19.12.2001 werden die Gemeinden an den im Haushaltsplan des zuständigen Ministeriums veranschlagten Haushaltsbeträgen der förderfähigen Investitionsmaßnahmen nach § 9 Abs. 1 Krankenhausfinanzierungsgesetz beteiligt. Die Beteiligung wurde 2007 von 20 % auf 40 % angehoben! Für die Heranziehung ist die Einwohnerzahl maßgebend.

Statistische Kennzahlen		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
1	Einwohner (PRS)	11.099	11.000	11.100	11.100	11.100	11.100

Haushaltsplan 2011**1.42 Sportförderung**

verantwortlich:

Hammer, Susanne



PRODUKTBEREICH	PRODUKTGRUPPE		PRODUKT / TEILPRODUKT	
1.42 Sportförderung	1.42.01	Sportanlagen, Bereitstellung + Betrieb	1.42.01.01	Turn-/Sporthallen, Bereitstell.+Betrieb
			1.42.01.03	Sportaußenanlagen, Bereitstell.+Betrieb
	1.42.03	Bereitstellung und Betrieb von Bädern	1.42.03.01	Freibad, Bereitstellung und Betrieb
			1.42.03.02	Hallenbad, Bereitstellung und Betrieb

Haushaltsplan 2011**1.42 Sportförderung**

verantwortlich:

Hammer, Susanne



Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-68.054	-97.348	-95.145	-109.657	-114.794	-112.870
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-27.197	-27.500	-21.100	-21.100	-21.100	-21.100
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-10.601	-6.000	-6.000	-6.000	-6.000	-6.000
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-763	-100	-200	-200	-200	-200
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-12.061					
10	= Ordentliche Erträge	-118.675	-130.948	-122.445	-136.957	-142.094	-140.170
11	- Personalaufwendungen	90.927	93.598	93.944	94.884	95.833	96.792
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	184.239	222.766	195.680	187.429	189.305	191.201
14	- Bilanzielle Abschreibungen	237.659	241.340	240.781	240.389	238.929	233.795
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	45.969	8.518	6.825	6.893	6.961	7.030
17	= Ordentliche Aufwendungen	558.793	566.222	537.230	529.595	531.028	528.818
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	440.118	435.274	414.785	392.638	388.934	388.648
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	440.118	435.274	414.785	392.638	388.934	388.648
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	440.118	435.274	414.785	392.638	388.934	388.648
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-181	-300	-420	-424	-428	-432
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	205.080	200.272	185.018	181.072	177.537	184.798
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	645.018	635.245	599.383	573.286	566.043	573.014



**Beschreibung**

Die Produktgruppe „Sportanlagen, Bereitstellung und Betrieb“ umfasst alle Angelegenheiten der Bereitstellung und des Betriebes von Turn-/Sporthallen und Sportaußenanlagen. Im Gemeindegebiet gibt es 4 Sporthallen und 4 Sportplätze, diese werden vom Schulsport und von den Vereinen genutzt. Die Unterhaltung der Sportplätze wurde den Sportvereinen übertragen.

Auftragsgrundlage

§ 30 SchVG, Ratsbeschluss

Zielgruppen

Schulen, Vereine und sportinteressierte Bürger.

Ziele

Bedarfsgerechtes Sport- und Freizeitangebot.

Maßnahmen

Zielgerichtete und wirtschaftliche Versorgung der Schulen und Sportvereine sowie der sportinteressierten Bürger mit Sportmöglichkeiten.
Unterstützung von Vereinen und Gemeinschaften.
Nutzung der Turnhalle 'A' auch für kulturelle Veranstaltungen.

Kennzahlen

Anzahl Schulsport-Stunden.
Anzahl Vereinssport-Stunden.
Nutzungsstunden außerhalb des Sports.
Aufwand pro Nutzungsstunde.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Mauelshagen, Anni

1.42 Sportförderung**1.42.01 Sportanlagen, Bereitstellung + Betrieb**

Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-63.497	-73.053	-91.144	-105.864	-111.000	-109.477
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-855	-500	-100	-100	-100	-100
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-1					
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-709	-100	-200	-200	-200	-200
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-11.240					
10	= Ordentliche Erträge	-76.301	-73.653	-91.444	-106.164	-111.300	-109.777
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	92.742	118.379	116.365	111.107	112.219	113.343
14	- Bilanzielle Abschreibungen	185.552	190.071	190.067	190.416	189.102	187.571
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	42.561	5.922	5.252	5.304	5.356	5.409
17	= Ordentliche Aufwendungen	320.855	314.372	311.684	306.827	306.677	306.323
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	244.554	240.719	220.240	200.663	195.377	196.546
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	244.554	240.719	220.240	200.663	195.377	196.546
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	244.554	240.719	220.240	200.663	195.377	196.546
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-181	-300	-420	-424	-428	-432
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	96.202	94.974	91.659	90.003	88.218	91.380
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	340.576	335.393	311.479	290.242	283.167	287.494

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Mauelshagen, Anni

1.42 Sportförderung

1.42.01 Sportanlagen, Bereitstellung + Betrieb



Die **Zuwendungen und allgemeinen Umlagen** beinhalten die Auflösung von Sonderposten (investive Zuweisungen von Dritten, insbesondere die Sportstättenpauschale des Landes).
(Im Übrigen wird auf die Übersicht im **Vorbericht** verwiesen.)

Für die Nutzung der Sporthallen durch auswärtige Vereine werden Benutzungsgebühren erhoben, die **öffentliche- rechtliche Leistungsentgelte** darstellen.

Unter **Sach- und Dienstleistungen** werden die Energiekosten, Unterhaltungsaufwendungen und Reinigungskosten der Turnhallen veranschlagt. Die Energiekosten wurden den durchschnittlichen Vorjahreswerten incl. Kostensteigerungen angepasst. Für 2011 ist die Erneuerung einer Zwischentüre der Halle B vorgesehen (4.000 EUR).

Bei den **sonstigen ordentlichen Aufwendungen** handelt es sich im Wesentlichen um die Gebäudeversicherungen. Im Zusammenhang mit der Nutzungsänderung der Turnhalle A (vorübergehende Nutzung als Versammlungsstätte) wurde in 2009 ein Brandschutzgutachten angefertigt. Zusätzlich zu dem Brandschutzgutachten wurde in 2009 ein Materialprüfungsgutachten erstellt. Außerdem wurde 2009 der Aschefußballplatz in Holpe außerplanmäßig abgeschrieben, weil er unter Beteiligung Dritter in einen Kunstrasenplatz umgebaut wurde.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Mauelshagen, Anni

1.42 Sportförderung**1.42.01 Sportanlagen, Bereitstellung + Betrieb**

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze			Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgest ellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlung en / - auszahlung en
5000024 Sportstättenpauschale											
1	-	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	-40.000	-40.000	-40.000		-40.000	-40.000	-40.000	-200.000	-360.000
6	=	Summe Einzahlungen	-40.000	-40.000	-40.000		-40.000	-40.000	-40.000	-200.000	-360.000
14	=	Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-40.000	-40.000	-40.000		-40.000	-40.000	-40.000	-200.000	-360.000

Die sog. **Sportstättenpauschale** hat die Einzelförderung von Sportstättenbauten der vergangenen Jahre abgelöst. Der Betrag entspricht auf Grund der Gemeindegröße dem Mindestbetrag an Fördermitteln. Er kann eingesetzt werden für investive Maßnahmen und wird dabei als Sonderposten über die Nutzungsdauer des Anlagegutes ertragswirksam aufgelöst. (siehe auch Übersicht im Vorbericht)

Aus dieser Zuweisung ergeben sich pro Haushaltsjahr Erträge aus der Auflösung von Sonderposten i. H. v. 13.334 EUR.

Für 2011 ist die Auflösung der Sonderposten nur für ein halbes Jahr berücksichtigt, weil pauschal im Haushaltsplan von einer Passivierung des Sonderpostens Mitte des Jahres ausgegangen wird.

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgest ellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlung en / - auszahlung en
5100100 Investitionszuwendung Sportplatz Holpe										
11	-	Auszahlung für aktivierbare Zuwendungen	126.000						126.000	126.000
13	=	Summe Auszahlungen	126.000						126.000	126.000
14	=	Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	126.000						126.000	126.000

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Mauelshagen, Anni

1.42 Sportförderung**1.42.01 Sportanlagen, Bereitstellung + Betrieb**

Statistische Kennzahlen		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
1	Einwohner (PRS)	11.099	11.000	11.100	11.100	11.100	11.100
2	Schulsport - Stunden (STD)	6.874	6.000	6.500	6.500	6.500	6.500
3	Vereinssport - Stunden (STD)	5.728	6.000	6.000	6.000	6.000	6.000

**Beschreibung**

Die Produktgruppe „Bereitstellung und Betrieb von Bädern“ umfasst alle Angelegenheiten im Zusammenhang mit der Bereitstellung und dem Betrieb von Freibad und Lehrschwimmbecken. Die Nutzung erfolgt sowohl durch die Schulen (Schulschwimmen) und Vereine als auch im öffentlichen Badebetrieb.

Die Bäder der Gemeinde Morsbach sind als „Betriebe gewerblicher Art“ anerkannt und somit vorsteuerabzugsberechtigt. Sie werden zusammen mit dem Wasserwerk zur Umsatzsteuer veranlagt.

Auftragsgrundlage

Schulschwimmen: Richtlinien, Lehrpläne.

Öffentlicher Badebetrieb: freiwillige Leistungen.

Zielgruppen

Bevölkerung, Schulen, Vereine.

Ziele

Zielgerichtete, bedarfsgerechte und wirtschaftliche Bereitstellung von Freizeitangeboten.

Maßnahmen

Durchführung von besonderen Aktionen (Poolparty etc.)

Unterstützung von Vereinen und Gemeinschaften.

Steigerung der Besucherzahlen im öffentlichen Badebetrieb.

Kennzahlen

Anzahl Hallenbad-Besucher (öff. Badebetrieb).

Anzahl Hallenbad-Besucher (Vereine).

Anzahl Schüler (Schulschwimmen).

Zukunftsbedarf je Einwohner.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Mauelshagen, Anni

1.42 Sportförderung**1.42.03 Bereitstellung und Betrieb von Bädern**

Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-4.558	-24.295	-4.001	-3.793	-3.794	-3.393
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-26.342	-27.000	-21.000	-21.000	-21.000	-21.000
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-10.600	-6.000	-6.000	-6.000	-6.000	-6.000
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-54					
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-821					
10	= Ordentliche Erträge	-42.375	-57.295	-31.001	-30.793	-30.794	-30.393
11	- Personalaufwendungen	90.927	93.598	93.944	94.884	95.833	96.792
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	91.496	104.387	79.315	76.322	77.086	77.858
14	- Bilanzielle Abschreibungen	52.107	51.269	50.714	49.973	49.827	46.224
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	3.408	2.596	1.573	1.589	1.605	1.621
17	= Ordentliche Aufwendungen	237.938	251.850	225.546	222.768	224.351	222.495
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	195.563	194.555	194.545	191.975	193.557	192.102
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	195.563	194.555	194.545	191.975	193.557	192.102
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	195.563	194.555	194.545	191.975	193.557	192.102
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	108.878	105.297	93.359	91.069	89.319	93.418
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	304.441	299.852	287.904	283.044	282.876	285.520

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Mauelshagen, Anni

1.42 Sportförderung

1.42.03 Bereitstellung und Betrieb von Bädern



Um das Freibad in Zukunft öffnen zu können, wären aufwändige Sanierungsmaßnahmen i.H.v. 500 TEUR notwendig. Dies ist jedoch wirtschaftlich nur zu vertreten, wenn die Sanierung und der anschließende Betrieb durch einen Trägerverein unter Gewährung eines jährlichen gemeindlichen Zuschusses i.H.v. max. 30 TEUR übernommen würde.

Da ein Trägerverein trotz intensiver Bemühungen nicht gegründet werden konnte, soll das Freibad ab 2011 geschlossen bleiben.

Bei den **Zuwendungen und allgemeinen Umlagen** handelt es sich um Anteile aus der eingesetzten Sportpauschale, die ertragswirksam über Jahre aufgelöst werden. In 2010 umfasste die Veranschlagung auch einen angestrebten Zuschuss von privaten Sponsoren zur Unterhaltung des Freibads, der jedoch nicht erzielt werden konnte.

Unter den **öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte** werden ab 2011 nur noch die Benutzungsgebühren für das Hallenbad dargestellt, die jedoch zum 01.01.2011 moderat erhöht werden sollen.

Für die Aqua-Cyling-Kurse werden Kursgebühren incl. Eintrittsgelder erhoben, die den **privatrechtlichen Leistungsentgelten** zugeordnet sind.

Bewirtschaftungs- und Unterhaltungskosten des Hallenbades sind unter **Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen** zusammengefasst. Im Ansatz 2011 ist die Erneuerung des Hydraulikaggregats für den Hubboden enthalten. Die Bewirtschaftungs- und Unterhaltungskosten für das Freibad entfallen.

Unter den **sonstigen ordentlichen Aufwendungen** befinden sich neben den Versicherungsleistungen u. a. noch Gebühren für Wasseruntersuchungen sowie Entschädigungen für die Kassenmitarbeiterinnen.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Mauelshagen, Anni

1.42 Sportförderung**1.42.03 Bereitstellung und Betrieb von Bädern**

Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflich- tungs- ermäch- tigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereit- gestellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahl- ungen/ -auszahl- ungen
1	+	Summe der investiven Einzahlungen							-2.387	-2.387
2	-	Summe der investiven Auszahlungen	8.000	1.900	1.000	500	500	500	31.448	33.948
3	=	Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	8.000	1.900	1.000	500	500	500	29.061	31.561

Für die Ausstattung (**Betriebs- und Geschäftsausstattung BUG**) des Hallenbads ist ein Betrag von 1.000 EUR für 2011 und von 500 EUR für die Folgejahre berücksichtigt, um kleinere Neuanschaffungen im Bedarfsfall tätigen zu können.

Aus dieser Investitionsmaßnahme ergeben sich pro Haushaltsjahr Abschreibungen in Höhe von 200 EUR.

Für 2011 sind die Abschreibungen nur für ein halbes Jahr berücksichtigt, weil pauschal im Haushaltsplan von einer Aktivierung der Anlage Mitte des Jahres ausgegangen wird.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Mauelshagen, Anni

1.42 Sportförderung**1.42.03 Bereitstellung und Betrieb von Bädern**

Stellenplanauszug	Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
tariflich Beschäftigte (PRS)	2,00	2,00	2,00	2,00	2,00	2,00
Mitarbeiter (PRS)	2,00	2,00	2,00	2,00	2,00	2,00
Plan VZ-Stellen TVöD (MAS)		2,00	2,00	2,00	2,00	2,00
Planstellen (MAS)		2,00	2,00	2,00	2,00	2,00

Statistische Kennzahlen		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
1	Anzahl Schüler (Schulschwimmen)	8.396	9.000	8.500	8.500	8.500	8.500
2	Hallenbad-Besucher (öff. Badebetrieb)	8.078	7.000	7.500	7.500	7.500	7.500
3	Hallenbad-Besucher (Vereine,Org.)	8.311	8.500	8.500	8.500	8.500	8.500
4	Freibad-Besucher (PRS)	6.376	6.500	0	0	0	0

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Bukowski, Jörg

1.51 Räumliche Planung und Entwicklung



PRODUKTBEREICH		PRODUKTGRUPPE		PRODUKT / TEILPRODUKT
1.51 Räumliche Planung und Entwicklung	1.51.01	Räumliche Planung	1.51.01.01	Bauleitplanung (BPläne, FNP etc.)

Haushaltsplan 2011**1.51 Räumliche Planung und Entwicklung**

verantwortlich:

Bukowski, Jörg



Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-1.308		-1.300	-1.300	-1.300	-1.300
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-10.712	-4.000	-8.000	-4.000	-4.000	-4.000
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-101					
10	= Ordentliche Erträge	-12.120	-4.000	-9.300	-5.300	-5.300	-5.300
11	- Personalaufwendungen	93.106	94.603	97.681	98.658	119.202	120.394
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	9.559	42.000	32.000	32.020	12.040	12.060
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	4.458	4.361	4.631	4.642	4.653	4.664
17	= Ordentliche Aufwendungen	107.123	140.964	134.312	135.320	135.895	137.118
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	95.003	136.964	125.012	130.020	130.595	131.818
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	95.003	136.964	125.012	130.020	130.595	131.818
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	95.003	136.964	125.012	130.020	130.595	131.818
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-54.991	-56.727	-55.109	-55.572	-66.210	-66.842
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	89.813	80.762	66.658	65.135	63.393	66.199
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	129.825	160.999	136.561	139.583	127.778	131.175



**Beschreibung**

Die Produktgruppe „Räumliche Planung und Entwicklung“ umfasst alle Angelegenheiten der Bauleitplanung wie z. B. die Aufstellung und Änderung des Flächennutzungsplanes, von Bebauungsplänen und anderen Satzungen gemäß Baugesetzbuch sowie alle Maßnahmen der Dorf- und Gemeindeerneuerung

Auftragsgrundlage

Beschlüsse politischer Gremien, Satzungen, BauGB, BauO NRW, LPIG, Bodenschutzgesetz.

Sanierungssatzung(en), Förderprogramme des Landes / Bundes, Förderrichtlinien Gemeindeerneuerung Bund / Land, Landschaftsgesetz, Landschaftsplan, Baunutzungsverordnung.

Zielgruppen

Bevölkerung im Allgemeinen, andere Behörden, Träger öffentlicher Belange und Verbände, Verkehrsträger, private und öffentliche Grundstückseigentümer / Bauherren, Investoren, Grundstückspächter, -mieter, Betreiber von Geschäften u.a., Natur- und Umweltschutzverbände und betroffene Träger, Bewohner, BürgerInnen, Banken, andere Fachbereiche / Abteilungen, Verkehrs- und Versorgungsträger, Politik, Gewerbetreibende.

Ziele

Darstellung einer dem Wohl der Allgemeinheit dienenden Regelung der Boden- und Flächennutzung.

Maßnahmen

Pflege und Weiterentwicklung des Geoinformationssystems.

Bauleitplanerische Sicherung eines ausreichenden Wohnbauflächen- und Gewerbeflächenangebots.

Konzentration der Bauflächenentwicklung auf Ortschaften mit vorhandener Infrastruktur.

Entwicklung einer rechtssicheren Bauleitplanung.

Kennzahlen

Anzahl der Planänderungsverfahren.

Mitwirkung bei Planung anderer Behörden (Anzahl).

Anzahl der Satzungen nach § 34 und 35 BauGB.

Angebot an Wohnbauflächen.

Angebot an gewerblichen Bauflächen.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Mauelshagen, Johannes

1.51 Räumliche Planung und Entwicklung**1.51.01 Räumliche Planung und Entwicklung**

Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-1.308		-1.300	-1.300	-1.300	-1.300
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-10.712	-4.000	-8.000	-4.000	-4.000	-4.000
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-101					
10	= Ordentliche Erträge	-12.120	-4.000	-9.300	-5.300	-5.300	-5.300
11	- Personalaufwendungen	93.106	94.603	97.681	98.658	119.202	120.394
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	9.559	42.000	32.000	32.020	12.040	12.060
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	4.458	4.361	4.631	4.642	4.653	4.664
17	= Ordentliche Aufwendungen	107.123	140.964	134.312	135.320	135.895	137.118
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	95.003	136.964	125.012	130.020	130.595	131.818
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	95.003	136.964	125.012	130.020	130.595	131.818
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	95.003	136.964	125.012	130.020	130.595	131.818
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-54.991	-56.727	-55.109	-55.572	-66.210	-66.842
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	89.813	80.762	66.658	65.135	63.393	66.199
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	129.825	160.999	136.561	139.583	127.778	131.175

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Mauelshagen, Johannes

1.51 Räumliche Planung und Entwicklung

1.51.01 Räumliche Planung und Entwicklung



Unter der Position **öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte** sind die Verwaltungsgebühren berücksichtigt.

Der Ansatz für **Kostenerstattungen** beinhaltet insbesondere die für Dritte kostenpflichtigen Planänderungsverfahren (z. B. für öffentliche Bekanntmachungen und sonstigen Kostenersatz). Für 2011 ist ein Ansatz für die Restabwicklung des Vorhaben- und Erschließungsplans Seniorenwohnanlage Seifen und für den Vorhaben- und Erschließungsplan des Kurhausgeländes gebildet worden.

Für die Bauleitplanung sind Ansätze unter **Sach- und Dienstleistungen** veranschlagt.

In 2011 ist das Gemeindeentwicklungskonzept vorgesehen, sowie die städtebauliche Rahmenplanung für das Quartier Bachstr./ Alzener Weg. Hinzu kommen die Maßnahmen BP 23B Gewerbegebiet Lichtenberg, der Vorhaben- und Erschließungsplan des Kurhausgeländes und die Fortschreibung des Einzelhandelskonzepts.

Die Buchungen unter **sonstigen ordentlichen Aufwendungen** beziehen sich u. a. auf Auskünfte über ALB-Daten vom Katasteramt des Oberbergischen Kreises u. ä., die als "Gebühren" zu buchen sind.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Mauelshagen, Johannes

1.51 Räumliche Planung und Entwicklung**1.51.01 Räumliche Planung und Entwicklung**

Stellenplanauszug	Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
Beamte (PRS)	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00
tariflich Beschäftigte (PRS)		1,00	1,00	1,00	1,00	1,00
Mitarbeiter (PRS)	1,00	2,00	2,00	2,00	2,00	2,00
Plan VZ-Stellen Beamte (MAS)		1,00	1,00	1,00	1,00	1,00
Plan VZ-Stellen TVöD (MAS)			1,00	1,00	1,00	1,00
Planstellen (MAS)		1,00	2,00	2,00	2,00	2,00

Statistische Kennzahlen		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
1	Planänderungsverfahren (FNP)	6	4	2	2	2	2
2	Mitwirkung bei Planung anderer Behörden (ANZ)	11	10	10	10	10	10
3	Satzungen nach § 34 + 35 BauGB (ST)	0	1	1	1	1	1

Haushaltsplan 2011**1.52 Bauen und Wohnen**

verantwortlich:

Bukowski, Jörg

PRODUKTBEREICH	PRODUKTGRUPPE		PRODUKT / TEILPRODUKT	
1.52 Bauen und Wohnen	1.52.01	Maßnahmen der Bauaufsicht	1.52.01.01	Örtliche Bauaufsicht und Bauordnung
	1.52.03	Denkmalschutz und Denkmalpflege	1.52.03.01	Aufgaben der unteren Denkmalbehörde
	1.52.04	Wohnungsbauförderung	1.52.04.01	Wohnungsbauförderung
	1.52.05	Subjektbezogene Förderung für Wohnraum	1.52.05.01	Leistungen der Wohngeldstelle

Haushaltsplan 2011**1.52 Bauen und Wohnen**

verantwortlich:

Bukowski, Jörg



Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-2.169	-4.255	-2.555	-2.555	-2.555	-2.555
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-250					
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-976	-540				
10	= Ordentliche Erträge	-3.395	-4.795	-2.555	-2.555	-2.555	-2.555
11	- Personalaufwendungen	158.514	194.544	195.625	197.581	166.341	168.004
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	1.296	1.500	1.450	1.465	1.480	1.495
14	- Bilanzielle Abschreibungen	284	341	341	341	340	56
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	2.614	2.071	2.013	2.034	2.055	2.076
17	= Ordentliche Aufwendungen	162.708	198.456	199.429	201.421	170.216	171.631
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	159.313	193.661	196.874	198.866	167.661	169.076
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	159.313	193.661	196.874	198.866	167.661	169.076
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	159.313	193.661	196.874	198.866	167.661	169.076
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-55.017	-56.340	-56.992	-57.419	-57.853	-58.397
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	107.769	97.465	99.428	94.375	76.052	80.182
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	212.064	234.786	239.311	235.821	185.860	190.861





Beschreibung

Die Produktgruppe „Bauordnungsrechtliche Maßnahmen“ umfasst alle Angelegenheiten der örtlichen Bauordnung wie z. B. Stellungnahmen im förmlichen Baugenehmigungsverfahren in planrechtlicher und erschließungstechnischer Hinsicht und Erteilung von allgemeinen Auskünften zum Bau- und Planungsrecht.

Auftragsgrundlage

BauO NRW, BNVO, Gemeindeordnung NRW, Wohnungseigentumsgesetz, BauGB, Baunebenrecht, VwVfG und VwGO, Satzungen der Gemeinde, Flächennutzungspläne.

Zielgruppen

Bauherren, Antragsteller, am Bau beteiligte, Grundstückseigentümer, Notare, Wohnungseigentümer / Mieter, Behörden, andere Fachbereiche, Architekten.

Ziele

Gewährleistung einer umfassenden und individuellen Beratung unter Beachtung der städtebaulichen Ziele.

Maßnahmen

Rechtmäßige, effektive und effiziente Aufgabenerfüllung.
Kurze Bearbeitungszeiten.

Kennzahlen

Anzahl genehmigungsfreie Bauantragsverfahren.
Anzahl genehmigungspflichtige Bauantragsverfahren.
Durchschnittliche Bearbeitungsdauer genehmigungsfreier Bauantragsverfahren.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Mauelshagen, Johannes

1.52 Bauen und Wohnen**1.52.01 Maßnahmen der Bauaufsicht**

Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-1.965	-4.000	-2.000	-2.000	-2.000	-2.000
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-250					
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-608					
10	= Ordentliche Erträge	-2.822	-4.000	-2.000	-2.000	-2.000	-2.000
11	- Personalaufwendungen	94.609	97.831	96.225	97.187	98.158	99.139
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	811	921	863	872	881	890
17	= Ordentliche Aufwendungen	95.420	98.752	97.088	98.059	99.039	100.029
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	92.597	94.752	95.088	96.059	97.039	98.029
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	92.597	94.752	95.088	96.059	97.039	98.029
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	92.597	94.752	95.088	96.059	97.039	98.029
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-58.651	-60.061	-60.755	-61.211	-61.674	-62.253
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	50.253	41.655	44.134	42.345	39.114	40.896
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	84.199	76.346	78.467	77.193	74.479	76.671

Bauverwaltungsgebühren werden unter den **öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelten** veranschlagt. Die Ansätze wurden auf Grund der tatsächlichen Einnahmen aus den Jahren 2009 und 2010 angepasst.

Da es sich um einen typischen Dienstleistungsbereich der Verwaltung handelt, entstehen im Wesentlichen "nur" **Personalaufwendungen**.
Im **sonstigen ordentlichen Aufwand** stehen Beiträge zur Unfallversicherung sowie Kosten für Zeitungen und Fachliteratur.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Mauelshagen, Johannes

1.52 Bauen und Wohnen**1.52.01 Maßnahmen der Bauaufsicht**

Stellenplanauszug	Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
tariflich Beschäftigte (PRS)	2,00	2,00	2,00	2,00	2,00	2,00
Mitarbeiter (PRS)	2,00	2,00	2,00	2,00	2,00	2,00
Plan VZ-Stellen TVöD (MAS)		1,90	1,90	1,90	1,90	1,90
Planstellen (MAS)		1,90	1,90	1,90	1,90	1,90

Statistische Kennzahlen		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
1	Genehmigungsfreie Bauantragsverfahren (ST)	8	15	15	15	15	15
2	Genehmigungspflichtige Bauantragsverf. (ST)	66	80	80	80	80	80
3	Vorkaufsrechtsverfahren (ST)	83	110	100	100	100	100

**Beschreibung**

Die Produktgruppe „Denkmalschutz und Denkmalpflege“ umfasst die Aufgaben als Untere Denkmalbehörde wie z. B. die Erhaltung und Pflege der historischen Bausubstanz in der Gemeinde Morsbach.

Auftragsgrundlage

Denkmalschutzgesetz.

Zielgruppen

Bevölkerung, Denkmaleigentümer.

Ziele

Erhaltung der historischen Identität in den Ortsteilen der Gemeinde Morsbach.

Maßnahmen

Prüfung des rechtlichen Bestands von Steuerbescheinigungen.
Schutz und Pflege der Denkmäler der Gemeinde.
Fachliche Unterstützung der Denkmaleigentümer.
Bereitstellung von ausreichend Informationsmaterial.

Kennzahlen

Anzahl der Denkmäler.
Anzahl der denkmalrechtlichen Erlaubnisse.
Anzahl der Steuerbescheinigungen.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Sonntag-Grothe, Frank

1.52 Bauen und Wohnen**1.52.03 Denkmalschutz und Denkmalpflege**

Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			-300	-300	-300	-300
10	= Ordentliche Erträge			-300	-300	-300	-300
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)			-300	-300	-300	-300
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)			-300	-300	-300	-300
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)			-300	-300	-300	-300
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	6.294	5.890	6.006	5.907	5.554	5.714
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	6.294	5.890	5.706	5.607	5.254	5.414

Nach den Vorgaben aus dem NKF und zur Bedienung der Finanzstatistik ist die Abbildung in einer eigenständigen Produktgruppe erforderlich.

Es handelt sich um einen reinen Dienstleistungsbereich mit Beratungsleistungen, ohne dass, neben anteiligen Personalkosten, weitere Kosten oder Erlöse anfallen.

Unter den **öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelten** werden die Gebühren für die Ausstellung einer "Bescheinigung für steuerliche Zwecke" gem. § 40 DSchG NW angesetzt. Mit einer derartigen Bescheinigung, hat der Denkmaleigentümer die Möglichkeit seine Investitionen steuerlich geltend zu machen.

Statistische Kennzahlen		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
1	Anzahl Denkmäler (ST)	64	64	64	64	64	64

**Beschreibung**

Die Produktgruppe „Wohnungsbauförderung“ umfasst alle Leistungen der Wohnungsbauförderung unter anderem durch die Bereitstellung von aktuellen und umfassenden Informationen über den Wohnungsmarkt in Morsbach.

Auftragsgrundlage

Wohnungsbindungsgesetz, 1.ZinsVO, Gesetz zur Regelung der Miethöhe, WFB NRW, Wohnungsgesetz NW, Ratsbeschluss, vertragliche Belegungsrechte im Grundbuch, Zweites Wohnungsbaugesetz (Insb. § 88), § 5 des Wirtschaftsstrafgesetz, Ordnungswidrigkeitengesetz.

Zielgruppen

Haus-/Wohnungseigentümer öffentlich geförderter Objekte, Personen / Familien, die die Einkommensgrenze des § 25 II. WoBauG einhalten, Mieter und Eigentümer nicht öffentlich geförderter Wohnungen bzw. deren Rechtsvertreter, andere Abteilungen und Gerichte.

Verwaltung, Wohnungspolitik, private Investoren und sonstige am Wohnungsmarktgeschehen Beteiligte, bauwillige und interessierte Personen, Eigentümer von Wohnraum, Käufer von Wohneigentum, Wohnungssuchende mit WBS, von Obdachlosigkeit bedrohte Personen, Vermieter von öffentlich geförderten Wohnungen, sonstige Vermieter, Mieter mit zu hohen Mietkosten, Verfügungsberechtigte von geförderten Wohnungen.

Maßnahmen

Unterstützung und Beratung bei der Zusammenstellung der Unterlagen.

Zuverlässige und vollständige Weiterleitung der Unterlagen.

Bereitstellung von aktuellen und umfassenden Informationen über den Wohnungsmarkt Morsbach.

Vermittlung von familien- und behindertenfreundlichen Wohnraum.

Sicherung einer guten Wohnortqualität zu einem attraktiven Preis und einer ausgewogenen Dienstleistungsstruktur.

Kennzahlen

Angebot an Wohnbauflächen.

Anzahl Informationsbroschüren.

Anzahl Beratungsgespräche.

Anzahl Neuansiedlungen.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Sonntag-Grothe, Frank

1.52 Bauen und Wohnen**1.52.04 Wohnungsbauförderung**

Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-205	-205	-205	-205	-205	-205
10	= Ordentliche Erträge	-205	-205	-205	-205	-205	-205
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	-205	-205	-205	-205	-205	-205
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	-205	-205	-205	-205	-205	-205
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	-205	-205	-205	-205	-205	-205
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	-205	-205	-205	-205	-205	-205

Die Einrichtung dieser Produktgruppe ist nach den Vorgaben des NKF bzw. der Finanzstatistik erforderlich.

Abgebildet wird hier lediglich die Erstattung von Verwaltungsgebühren aus Verträgen über zwei Wohnungsbaudarlehen, die im Jahr 1999 gewährt wurden.

**Beschreibung**

Die Produktgruppe „Subjektbezogene Förderung für Wohnraum“ umfasst die Leistungen der Wohngeldstelle. Es handelt sich hierbei um eine Aufgabe des Landes, das sich aber der Kommunen in der Ausführung bedient. Die Abrechnung von Maßnahmen erfolgt allerdings unmittelbar aus dem Landeshaushalt.

Auftragsgrundlage

Wohngeldgesetz, Wohngeld-VO, II. Wohnbaugesetz, Sozialgesetzbuch, Wohngeldverwaltungsvorschriften.

Zielgruppen

Mieter von Wohnraum und Eigentümer von selbstgenutztem Wohnraum (mit geringem Einkommen) sowie Heimbewohner. Inhaber von öffentlich geförderten Wohnungen und Inhabern von mit Wohnungsfürsorgemitteln geförderten Wohnungen, deren Einkommen die Einkommensgrenze des sozialen Wohnungsbaus übersteigt und deren Wohnung in der Gemeinde liegt.

Ziele

Freundlicher, schneller und diskreter Bürgerservice. Rechtmäßige, effektive und effiziente Aufgabenerfüllung. Sicherstellung eines angemessenen und familiengerechten Wohnens für einkommensschwache Haushalte.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Lünenschloß, Margit

1.52 Bauen und Wohnen**1.52.05 Subjektbezogene Förderung für Wohnraum**

Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte		-50	-50	-50	-50	-50
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-368	-540				
10	= Ordentliche Erträge	-368	-590	-50	-50	-50	-50
11	- Personalaufwendungen	63.905	96.713	99.400	100.394	68.183	68.865
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	1.296	1.500	1.450	1.465	1.480	1.495
14	- Bilanzielle Abschreibungen	284	341	341	341	340	56
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	1.803	1.150	1.150	1.162	1.174	1.186
17	= Ordentliche Aufwendungen	67.288	99.704	102.341	103.362	71.177	71.602
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	66.920	99.114	102.291	103.312	71.127	71.552
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	66.920	99.114	102.291	103.312	71.127	71.552
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	66.920	99.114	102.291	103.312	71.127	71.552
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	54.856	53.641	53.052	49.914	35.205	37.429
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	121.776	152.755	155.343	153.226	106.332	108.981

Die Aufgaben im Bereich der Wohngeldstelle werden für das Land ausgeführt, so dass keine weiteren nennenswerten Kosten und/oder Erlöse zu veranschlagen sind. Die Höhe der Veranschlagungen beruhen auf Vorjahreswerten.

Als Dienstleistungsbereich bleiben die **Personalaufwendungen** als hauptsächlicher Kostenfaktor stehen. Durch eine andere Zuordnung einer Mitarbeiterin in eine andere Produktgruppe erhöhen sich die Personalaufwendungen ab 2010.

Unter **Sach- und Dienstleistungen** sind die Kosten für die Nutzung externer DV-Systeme gebucht, aufgrund der personellen Veränderung in 2009 haben sich die Kosten durch den Einsatz einer zweiten Lizenz erhöht.

In der Position **sonstige ordentliche Aufwendungen** sind Kosten für Fortbildung, Fachliteratur oder auch Drucksachen / Vordrucke geplant.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Lünenschloß, Margit

1.52 Bauen und Wohnen**1.52.05 Subjektbezogene Förderung für Wohnraum**

Stellenplanauszug	Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
Beamte (PRS)	1,00	2,00	1,00	1,00	1,00	1,00
Mitarbeiter (PRS)	1,00	2,00	1,00	1,00	1,00	1,00
Plan VZ-Stellen Beamte (MAS)		1,54	1,00	1,00	1,00	1,00
Planstellen (MAS)		1,54	1,00	1,00	1,00	1,00

Statistische Kennzahlen		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
1	Bewilligungen Lastenzuschuss (ANZ)	101	87	96	90	90	90
2	Bewilligungen Mietzuschuss (ANZ)	437	634	488	450	450	450
3	Wohngeldberechnungen (ANZ)	708	708	688	650	650	650

Haushaltsplan 2011**1.53 Ver- und Entsorgung**

verantwortlich:

Bukowski, Jörg

PRODUKTBEREICH	PRODUKTGRUPPE		PRODUKT / TEILPRODUKT	
1.53 Ver- und Entsorgung	1.53.01	Elektrizitätsversorgung	1.53.01.01	Elektrizitätsversorg., Konzessionsvertr.
	1.53.02	Gasversorgung	1.53.02.01	Gasversorgung, Konzessionsvertrag
	1.53.06	Abfallwirtschaft	1.53.06.01	Aufgaben der Abfallwirtschaft

Haushaltsplan 2011**1.53 Ver- und Entsorgung**

verantwortlich:

Bukowski, Jörg



Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-781.063	-645.856	-672.258	-654.329	-660.873	-667.482
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-8.012	-6.300	-7.850	-6.363	-6.427	-6.491
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-447.269	-367.800	-377.800	-377.800	-377.800	-377.800
10	= Ordentliche Erträge	-1.236.344	-1.019.956	-1.057.908	-1.038.492	-1.045.100	-1.051.773
11	- Personalaufwendungen	23.247	24.086	24.091	24.332	24.576	24.823
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	571.814	557.100	586.532	539.676	545.073	550.524
14	- Bilanzielle Abschreibungen	13.728	14.230	13.726	13.731	13.726	13.596
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	35.511	6.063	11.382	6.262	6.268	6.274
17	= Ordentliche Aufwendungen	644.301	601.479	635.731	584.001	589.643	595.217
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	-592.043	-418.477	-422.177	-454.491	-455.458	-456.556
19	+ Finanzerträge	-23.650	-500	-33.500	-33.505	-33.510	-33.515
21	= Finanzergebnis (= Zeilen 19 u. 20)	-23.650	-500	-33.500	-33.505	-33.510	-33.515
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	-615.692	-418.977	-455.677	-487.996	-488.968	-490.071
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	-615.692	-418.977	-455.677	-487.996	-488.968	-490.071
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-3.993	-4.234	-4.281	-4.300	-4.318	-4.331
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	166.272	165.488	167.978	164.308	162.033	167.875
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	-453.413	-257.723	-291.980	-327.988	-331.252	-326.528





Beschreibung

Die Produktgruppe „Elektrizitätsversorgung“ umfasst alle Angelegenheiten der Abwicklung und Abrechnung von Konzessionsverträgen mit dem RWE.

Auftragsgrundlage

Konzessionsverträge mit den Energieversorgern. Konzessionsabgabenordnung.

Zielgruppen

EinwohnerInnen, Verwaltung, Energieversorger.

Ziele

Sicherstellung einer zukunftsorientierten und wirtschaftlichen Energieversorgung.

Maßnahmen

Verhandlungen mit dem RWE, Agger Energie und anderen Kommunen mit dem Ziel einer Eigenständigen regionalen Energieversorgung.

Reduzierung der Energiekostenbelastung für die Bürger und Unternehmen.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Neuhoff, Klaus

1.53 Ver- und Entsorgung**1.53.01 Elektrizitätsversorgung**

Teilergebnisplan			Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
7	+	Sonstige ordentliche Erträge	-430.427	-355.000	-365.000	-365.000	-365.000	-365.000
10	=	Ordentliche Erträge	-430.427	-355.000	-365.000	-365.000	-365.000	-365.000
16	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	4.815	5.000	5.000			
17	=	Ordentliche Aufwendungen	4.815	5.000	5.000			
18	=	Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	-425.613	-350.000	-360.000	-365.000	-365.000	-365.000
22	=	Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	-425.613	-350.000	-360.000	-365.000	-365.000	-365.000
26	=	Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	-425.613	-350.000	-360.000	-365.000	-365.000	-365.000
29	=	Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	-425.613	-350.000	-360.000	-365.000	-365.000	-365.000

Es handelt sich hierbei um die Veranschlagung der Konzessionsabgaben des RWE und der AggerEnergie für die Elektrizitätsversorgung im Gemeindegebiet. Auf Grund der Novellierung des Energiewirtschaftsrechts wurde auch die Konzessionsabgabenverordnung (KAV) neu gefasst. Grundlage für die Berechnung der Konzessionsabgabe sind u. a. die Stromverbräuche der Tarif- und Sondervertragskunden. Mit jedem Wechsel vom bisherigen Grundversorger zu einem Alternativenanbieter verliert gemäß der neuen KAV ein weiterer Kunde seine Tarifikundeneigenschaft. Die Zahl der Tarifikunden wird somit aller Voraussicht nach von Jahr zu Jahr abnehmen.

Das Ergebnis 2009 lag mit Abschlagszahlungen für 2007 und 2008 bei Endabrechnungen von 430 TEUR. Es wird mit einer durchschnittlichen Konzessionsabgabe von 365 TEUR gerechnet. Daraus resultieren die **sonstigen ordentlichen Erträge**.

Der in 2010 gebildete Ansatz unter **sonstige ordentlichen Aufwendungen** stand für die Machbarkeitsstudie zur Rekommunalisierung des Stromnetzes durch ein externes Beratungsunternehmen. Für eine weitergehende Untersuchung werden für 2011 erneut Beratungskosten veranschlagt.



Beschreibung

Die Produktgruppe „Gasversorgung“ umfasst alle Angelegenheiten der Abwicklung und Abrechnung des Konzessionsvertrages mit der Gasgesellschaft Aggertal.

Auftragsgrundlage

Konzessionsvertrag mit der Gasgesellschaft Aggertal.

Zielgruppen

EinwohnerInnen, Verwaltung, Gasgesellschaft Aggertal.

Ziele

Sicherstellung einer zukunftsorientierten und wirtschaftlichen Energieversorgung.

Maßnahmen

Verhandlungen mit dem RWE, Agger Energie und anderen Kommunen mit dem Ziel einer eigenständigen und regionalen Energieversorgung.

Reduzierung der Energiekostenbelastung für die Bürger und Unternehmen.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Neuhoff, Klaus

1.53 Ver- und Entsorgung**1.53.02 Gasversorgung**

Teilergebnisplan			Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
7	+	Sonstige ordentliche Erträge	-12.804	-12.800	-12.800	-12.800	-12.800	-12.800
10	=	Ordentliche Erträge	-12.804	-12.800	-12.800	-12.800	-12.800	-12.800
16	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	2.320		5.225	5.225	5.225	5.225
17	=	Ordentliche Aufwendungen	2.320		5.225	5.225	5.225	5.225
18	=	Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	-10.483	-12.800	-7.575	-7.575	-7.575	-7.575
19	+	Finanzerträge	-23.175		-33.000	-33.000	-33.000	-33.000
21	=	Finanzergebnis (= Zeilen 19 u. 20)	-23.175		-33.000	-33.000	-33.000	-33.000
22	=	Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	-33.659	-12.800	-40.575	-40.575	-40.575	-40.575
26	=	Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	-33.659	-12.800	-40.575	-40.575	-40.575	-40.575
29	=	Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	-33.659	-12.800	-40.575	-40.575	-40.575	-40.575

Es handelt sich hierbei um die Veranschlagung der Konzessionsabgaben (**sonstige ordentliche Erträge**) der AggerEnergie (früher: Gasgesellschaft Aggertal) für die Gasversorgung im Gemeindegebiet. Auf Grund der Novellierung des Energiewirtschaftsrechts wurde auch die Konzessionsabgabenverordnung (KAV) neu gefasst. Grundlage für die Berechnung der Konzessionsabgabe sind u. a. die Gasverbräuche der Tarif- und Sondervertragskunden. Mit jedem Wechsel vom bisherigen Grundversorger zu einem Alternativenanbieter verliert gemäß der neuen KAV ein weiterer Kunde seine Tarifikundeneigenschaft. Die Zahl der Tarifikunden wird somit aller Voraussicht nach von Jahr zu Jahr abnehmen.

Die Änderungen im Konzessionsrecht haben seit Jahren stagnierende Erträge zur Folge.

Für die zu erwartenden Gewinnausschüttungen der AggerEnergie an die Gesellschafter muss die Gemeinde Kapitalertragssteuer bezahlen. Auf die Kapitalerträge für jur. Personen des öffentlichen Rechts werden 3/5 von 25% Kapitalertragssteuer (=15%) berechnet (**sonstige ordentliche Aufwendungen**). Auf den Kapitalertragssteuerbetrag werden 5,5% Soli-Zuschlag erhoben.

Die noch in 2010 erwartete Klagewelle gegen die AggerEnergie ist nicht eingetreten. Es wird daher wieder ab 2011 mit einer steigenden Gewinnausschüttung (**Finanzerträge**) gerechnet. Für den Ansatz wurde der Durchschnitt der letzten sechs Jahre zu Grunde gelegt.

**Beschreibung**

Die Produktgruppe „Abfallwirtschaft“ umfasst alle Aufgaben der Abfallwirtschaft, so z. B. der Abfallvermeidung und der Abfallentsorgung. Mit der Abfallentsorgung ist die AVEA beauftragt.

Auftragsgrundlage

Kreislaufwirtschaftsgesetz, Landesabfallgesetz, Satzungsrecht.

Zielgruppen

Einwohner, Gewerbetreibende.

Ziele

Freundlicher Bürgerservice. Rechtmäßige, effektive und effiziente Aufgabenerfüllung. Unterstützung und Fortentwicklung des gesetzlich normierten Auftrages einer größtmöglichen Abfallvermeidung.

Umfangreiche Verwertung von Abfällen zur Rückführung der Wertstoffe in die Kreislaufwirtschaft. Schadlose und umweltverträgliche Entsorgung von Restabfällen. Gebührenstabilität.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Peitsch, Christa

1.53 Ver- und Entsorgung**1.53.06 Abfallwirtschaft**

Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-781.063	-645.856	-672.258	-654.329	-660.873	-667.482
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-8.012	-6.300	-7.850	-6.363	-6.427	-6.491
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-4.039					
10	= Ordentliche Erträge	-793.113	-652.156	-680.108	-660.692	-667.300	-673.973
11	- Personalaufwendungen	23.247	24.086	24.091	24.332	24.576	24.823
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	571.814	557.100	586.532	539.676	545.073	550.524
14	- Bilanzielle Abschreibungen	13.728	14.230	13.726	13.731	13.726	13.596
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	28.377	1.063	1.157	1.037	1.043	1.049
17	= Ordentliche Aufwendungen	637.166	596.479	625.506	578.776	584.418	589.992
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	-155.947	-55.677	-54.602	-81.916	-82.883	-83.981
19	+ Finanzerträge	-474	-500	-500	-505	-510	-515
21	= Finanzergebnis (= Zeilen 19 u. 20)	-474	-500	-500	-505	-510	-515
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	-156.421	-56.177	-55.102	-82.421	-83.393	-84.496
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	-156.421	-56.177	-55.102	-82.421	-83.393	-84.496
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-3.993	-4.234	-4.281	-4.300	-4.318	-4.331
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	166.272	165.488	167.978	164.308	162.033	167.875
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	5.858	105.077	108.595	77.587	74.323	79.047

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Peitsch, Christa

1.53 Ver- und Entsorgung

1.53.06 Abfallwirtschaft



Die Benutzungsgebühren für die Abfallentsorgung in der Gemeinde Morsbach werden als **öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte** gebucht. Sie werden auf der Grundlage einer Gebührenkalkulation separat durch den Rat beschlossen.

Die Stellplatzmiete der Abfallberatung wird als **Kostenerstattung** gebucht.

Im Ergebnis 2009 unter **sonstige ordentliche Erträge** sind die Auflösung von Rückstellungen sowie die Auflösung von Wertberichtigungen auf Forderungen gebucht.

Die Umlage an den Bergischen Abfallwirtschaftsverband (BAV) wird mit in den **Sach- und Dienstleistungen** aufgeführt. Darüber hinaus sind hier u. a. die Kosten für Sammlung und Transport geplant sowie die Beseitigung wilder Müllablagerungen.

Ab 2011 entfallen bei den Deponiegebühren die Gebühren für die Windsäcke und die Grünabfallcontainer, da es sich um freiwillige Aufwendungen handelt die aufgrund der Haushaltssituation nicht mehr angeboten werden können. In 2010 bereits zur Hälfte.

Bei den **sonstige ordentliche Aufwendungen** sind die Mietkosten für die Müllgefäße enthalten.

Die **bilanziellen Abschreibungen** kommen von den Müllgefäßen, die 2007 und 2008 angeschafft wurden.

Bei den **Finanzerträgen** sind die Zinseinnahmen aus dem Sonderrücklagenbestand berücksichtigt.

Im Ergebnis bleibt ein Betrag aus der sog. Serviceprodukt-Umlage (Saldo), der alle Kosten des Produktbereichs „Innere Verwaltung“ abräumt und auf alle externen Produkte verteilt. Die Kosten werden bei der Gebührenkalkulation und dem Gebührenaussgleich der kostenrechnenden Einrichtung nicht mit angesetzt.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Peitsch, Christa

1.53 Ver- und Entsorgung
1.53.06 Abfallwirtschaft


Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgest ellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlung en / - auszahlung en
5000065 Erwerb Abfallbehälter										
2	- Einzahlungen aus Veräußerungen von Sachanlagen	-6.994							-6.994	-6.994
6	= Summe Einzahlungen	-6.994							-6.994	-6.994
9	- Auszahlungen für den Erwerb von bewegl. Anlagevermögen	5.569							103.099	103.099
13	= Summe Auszahlungen	5.569							103.099	103.099
14	= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-1.425							96.105	96.105

Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflich- tungs- ermäch- tigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereit- gestellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahl- ungen/ -auszahl- ungen
2	- Summe der investiven Auszahlungen		500						1.710	1.710
3	= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)		500						1.710	1.710

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Peitsch, Christa

1.53 Ver- und Entsorgung**1.53.06 Abfallwirtschaft**

Stellenplanauszug	Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
tariflich Beschäftigte (PRS)	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00
Mitarbeiter (PRS)	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00
Plan VZ-Stellen TVöD (MAS)		0,50	0,50	0,50	0,50	0,50
Planstellen (MAS)		0,50	0,50	0,50	0,50	0,50

Statistische Kennzahlen		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
1	Einwohner (PRS)	11.099	11.000	11.100	11.100	11.100	11.100
2	Abfallmenge Graue MGB (TO)	1.474	1.550	1.550	1.550	1.550	1.550
3	Abfallmenge Grüne MBG (TO)	796	800	800	800	800	800
4	Abfallmenge Sperrmüll (TO)	398	380	380	380	380	380

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Bukowski, Jörg**1.54 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV**

PRODUKTBEREICH	PRODUKTGRUPPE		PRODUKT / TEILPRODUKT	
1.54 Verkehrsflächen und –anlagen, ÖPNV	1.54.01	Öffentliche Verkehrsflächen	1.54.01.01	Straßenunterhaltung+Erschließungsanlagen
			1.54.01.08	Straßenbeleuchtung, Bereitst.+Betrieb
			1.54.01.09	Verkehrssteuerung-inkl.ÖPNV+Wartehallen
	1.54.05	Parkeinrichtungen	1.54.05.01	Parkplatzbereitstellung und Unterhaltung
	1.54.17	Straßenreinigung und Winterdienst	1.54.17.02	Winterdienst

Haushaltsplan 2011**1.54 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV**

verantwortlich:

Bukowski, Jörg



Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-234.702	-224.058	-222.379	-209.908	-174.716	-173.212
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-180.985	-305.426	-327.258	-202.067	-207.207	-210.945
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-5.855	-51.000	-51.300	-7.373	-7.447	-7.521
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-3.605					
10	= Ordentliche Erträge	-425.147	-580.484	-600.937	-419.348	-389.370	-391.678
11	- Personalaufwendungen	59.133	67.721	73.388	74.122	74.864	75.612
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	1.096.679	791.880	664.139	650.581	657.087	663.657
14	- Bilanzielle Abschreibungen	1.097.143	1.087.127	1.094.653	1.114.728	1.132.020	1.131.789
15	- Transferaufwendungen	3.605	24.600	18.000	10.000		
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	52.137	25.000	22.976	13.093	13.211	13.329
17	= Ordentliche Aufwendungen	2.308.698	1.996.328	1.873.156	1.862.524	1.877.182	1.884.387
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	1.883.551	1.415.844	1.272.219	1.443.176	1.487.812	1.492.709
19	+ Finanzerträge	-938					
21	= Finanzergebnis (= Zeilen 19 u. 20)	-938					
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	1.882.613	1.415.844	1.272.219	1.443.176	1.487.812	1.492.709
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	1.882.613	1.415.844	1.272.219	1.443.176	1.487.812	1.492.709
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	672.754	952.381	925.088	921.456	914.020	940.998
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	2.555.367	2.368.225	2.197.307	2.364.632	2.401.832	2.433.707



**Beschreibung**

Die Produktgruppe „Öffentliche Verkehrsflächen“ umfasst die Angelegenheiten der Straßenunterhaltung und Erschließungsanlagen, der Bereitstellung und des Betriebs der Straßenbeleuchtung sowie der Verkehrssteuerung inklusive ÖPNV, Wartehallen und Bürgerbus.

Auftragsgrundlage

Ausschussbeschlüsse, Rat; VOB, Baugesetzbuch, Verkehrsgesetze, Verordnungen, Beschlüsse politischer Gremien, Planfeststellungsverfahren, BlmschG, BlmSchV, Beschlüsse politischer Gremien.

Zielgruppen

Fußgänger, Kinder, Gewerbetreibende bei Sondernutzungen, Straßenverkehrsteilnehmer, ÖPNV-Nutzer.

Ziele

Freundlicher Bürgerservice. Zeitnahe und korrekte Beitragsermittlung unter Erreichung eines hohen Kostendeckungsgrades. Sichere Verkehrslenkung aller Straßenverkehrsteilnehmer. Ökologische Ausleuchtung von Verkehrsflächen.

Kostengünstige Herstellung von Verkehrsflächen. Verbesserung der Verkehrssicherheit.

Herstellung, Erhaltung und Gewährleistung der Sicherheit und Flüssigkeit des Verkehrs.

Bedarfsgerechtes ÖPNV-Angebot im Gemeindegebiet.

Guter Zustand des Straßen- und Wegenetzes, das dem erschließungsbedingten Bedarf angepasst ist.

Wirtschaftliche Ausführung bei der Instandhaltung und Investition.

Anbindung des Zentralortes an das überörtliche Straßennetz.

Sicherstellung der Grundversorgung in allen Ortschaften.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Mauelshagen, Johannes

1.54 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV**1.54.01 Öffentliche Verkehrsflächen**

Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-234.702	-224.058	-222.379	-209.908	-174.716	-173.212
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-180.868	-268.926	-263.858	-155.367	-160.507	-164.245
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-5.855	-51.000	-51.300	-7.373	-7.447	-7.521
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-3.345					
10	= Ordentliche Erträge	-424.770	-543.984	-537.537	-372.648	-342.670	-344.978
11	- Personalaufwendungen	59.133	67.721	73.388	74.122	74.864	75.612
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	958.330	596.630	573.889	559.428	565.022	570.671
14	- Bilanzielle Abschreibungen	1.097.143	1.087.127	1.094.653	1.114.728	1.132.020	1.131.789
15	- Transferaufwendungen	3.605	24.600	18.000	10.000		
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	50.299	23.550	19.850	9.949	10.049	10.149
17	= Ordentliche Aufwendungen	2.168.512	1.799.628	1.779.780	1.768.227	1.781.955	1.788.221
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	1.743.742	1.255.644	1.242.243	1.395.579	1.439.285	1.443.243
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	1.743.742	1.255.644	1.242.243	1.395.579	1.439.285	1.443.243
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	1.743.742	1.255.644	1.242.243	1.395.579	1.439.285	1.443.243
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	661.798	1.026.033	946.166	943.134	936.479	963.051
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	2.405.540	2.281.677	2.188.409	2.338.712	2.375.763	2.406.294

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Mauelshagen, Johannes

1.54 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

1.54.01 Öffentliche Verkehrsflächen



Die ertragswirksame Auflösung von Sonderposten aus (investiven) Zuweisungen des Landes oder Bundes ist unter **Zuwendungen und allgemeine Umlagen** berücksichtigt. Die Maßnahmen mit Bundes- oder Landeszuschüssen gehen in den Folgejahren zurück.

Gemäß den Zuordnungsvorschriften nach NKF werden die KAG- und BauGB-Beiträge als Auflösung von Sonderposten aus Erschließungsbeiträgen und aus Straßenbaubeiträgen dem Bereich **öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte** zugeordnet. Im Ansatz 2010 waren zusätzlich ältere Maßnahmen veranschlagt, wo die entsprechenden Sonderposten aus Beiträgen in der Vergangenheit bereits gebildet wurden. In 2011 sind die Erstattungen für diese Straßen (Gehweg Krottorfer Straße 16 TEUR und Gehwege Waldbröler Straße 98 TEUR) nochmals veranschlagt, da eine Abrechnung in 2010 noch nicht erfolgen konnte.

Bei den **Kostenerstattungen** handelt es sich um die Personalsachbearbeitung in Beitragsangelegenheiten auch für die Gemeindewerke, die von einem Verwaltungsmitarbeiter erledigt werden und von den Eigenbetrieben anteilig zu erstatten sind. Im Ansatz 2010 war die endgültige Abrechnung der Maßnahme "Kreisverkehr Morsbach" mit dem Landesbetrieb Straßen NRW mit 44 TEUR veranschlagt, die ebenfalls für 2011 neu veranschlagt werden musste.

Im Ergebnis 2009 befindet sich die Auflösung von Wertberichtigungen auf Forderungen und eine Schadensersatzleistung unter der Position **sonstige ordentliche Erträge**.

Die **Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen** enthalten im Wesentlichen die Kosten für die Straßenentwässerung sowie die gestiegenen Kosten für die Unterhaltung des Infrastrukturvermögens (66 TEUR für Straßenunterhaltung sowie 20 TEUR zur Unterhaltung von Pflasterflächen in Straßen, außerdem noch 134 TEUR für die Unterhaltung der Straßenbeleuchtung).

Die Stromkosten für die Straßenbeleuchtung (40 TEUR) sind hier ebenfalls mit veranschlagt. Für die in 2009 auf der Basis von Brückenbauwerksprüfungen vorgesehenen Sanierungsmaßnahmen an Brücken wurden zum Jahresabschluss 2009 Rückstellungen i.H.v. 462 TEUR gebildet, so dass sich der Ansatz ab 2010 verringert. Weitere Prüfungen können jedoch in der Zukunft zu entsprechend höheren Sanierungsmaßnahmen führen.

Der Ansatz für Abwasser erhöht sich ab dem Haushaltsjahr 2011, da zwei neue Flächen (Fläche am Sportplatz Bahnhofstraße / Fläche am Schulzentrum Hahner Str.) hinzukommen.

Transferaufwendungen: Es handelt sich hier um Zuschüsse an private Unternehmen (RWE) für die Errichtung neuer Straßenbeleuchtungsanlagen. Die Schwankungen resultieren aus der Abhängigkeit von den jeweiligen Baumaßnahmen. Ein Rückkauf der Straßenbeleuchtung könnte nach Beendigung des Vertrages mit RWE 2012 erfolgen.

Der Rat der Gemeinde Morsbach hat in seiner Sitzung am 15.12.2009 beschlossen, nach erfolgreicher Aufnahme des Bürgerbusbetriebes, evtl. entstehende Defizite hieraus bis zu einer Höhe von 10 TEUR jährlich für zunächst zwei Jahre zu übernehmen. Voraussichtlich werden in 2010 noch keine Mittel abgerufen, so dass für die Jahre 2011 und 2012 die Veranschlagung aufgenommen wurde.

Unter den **sonstigen ordentlichen Aufwendungen** werden u. a. Kosten für Prüfung und Beratung durch Dritte gebucht. In 2010 war ein höherer Ansatz für die Begutachtung der Brückenbauwerke enthalten und in 2011 ist ein Ansatz für ein Gutachten zur Übernahme der Straßenbeleuchtung veranschlagt. Die Pflege der Software INGRADA, INGRADA web und GEOgraf wird ebenfalls unter der Position gebucht.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Mauelshagen, Johannes

1.54 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV**1.54.01 Öffentliche Verkehrsflächen**

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgest ellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlung en / - auszahlung en
5100000 Erneuerung Bahnhofstraße (Gehwege)										
1	- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	-50.000	-140.000			-288.200			-265.000	-553.200
4	- Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten		-110.000			-41.000			-110.000	-151.000
6	= Summe Einzahlungen	-50.000	-250.000			-329.200			-375.000	-704.200
7	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken / Gebäuden	2.241		35.000					4.102	39.102
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	8.955	29.000			364.200			52.137	416.337
12	- Sonstige Investitionsauszahlungen			125.000						125.000
13	= Summe Auszahlungen	11.196	29.000	160.000		364.200			56.239	580.439
14	= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-38.804	-221.000	160.000		35.000			-318.761	-123.761

Gehweg Bahnhofstraße

Für die Deckensanierung der Landstraße und die Kostenbeteiligung am kombinierten Rad-Gehweg können 180.200 EUR **Investitionszuschuss vom Landesbetrieb** einkalkuliert werden. Darüber hinaus werden eine **Landeszuwendung** in Höhe von 108.000 EUR und **Straßenbaubeiträge** in Höhe von 41.000 EUR veranschlagt.

Wegen laufender Grundstücksverhandlungen verschiebt sich der vermutliche Baubeginn auf 2012.

Im Ansatz 2012 stehen die Gesamtbaukosten (einschl. Anteil des Landesbetriebes). Für 2011 sind weitere Grunderwerbskosten vorgesehen.

Die bereits in 2007 und 2009 vereinnahmten Anzahlungen des Landesbetriebs Straßenbau sollen in 2011 für eine weitere Deckensanierung in der Waldbröler Straße verwendet werden. Buchungstechnisch ist dieser Zahlungsvorgang als Rückzahlung von Investitionseinzahlungen zu behandeln und mit der Rechnung für die Deckensanierung aufzurechnen.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Mauelshagen, Johannes

1.54 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV**1.54.01 Öffentliche Verkehrsflächen**

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgest ellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlun gen / - auszahlun gen
5100003 Deckenerneuerung Gemeindestraßen										
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen		198.500			145.000	130.000	130.000	198.847	603.847
13	= Summe Auszahlungen		198.500			145.000	130.000	130.000	198.847	603.847
14	= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)		198.500			145.000	130.000	130.000	198.847	603.847

Deckenerneuerung auf Gemeindestraßen

Für 2011 sind keine Deckenverstärkungsmaßnahmen vorgesehen, weil die Haushaltsmittel in diesem Jahr auf die Sanierung der Brückenbauwerke konzentriert werden. 2012 werden Deckenverstärkungen im Umfang von 145.000 EUR realisiert. Ab 2013 wird ein Pauschalbetrag von 130.000 EUR jährlich für Deckenerneuerungsmaßnahmen eingestellt. Die Einzelmaßnahmen werden gemäß Priorisierung im Straßenkataster bzw. nach aktueller Notwendigkeit festgelegt. Aus der Investitionsmaßnahme 2012 ergeben sich pro Haushaltsjahr Abschreibungen i. H. v. 5.800 EUR.

Für 2012 sind die Abschreibungen nur für ein halbes Jahr berücksichtigt, weil pauschal im Haushaltsplan von einer Aktivierung der Anlage Mitte des Jahres ausgegangen wird.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Mauelshagen, Johannes

1.54 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV**1.54.01 Öffentliche Verkehrsflächen**

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgest ellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlung en / - auszahlung en
5100004 Herstellung der EA im BP 14 Erblingen										
4	- Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten					-45.000				-45.000
6	= Summe Einzahlungen					-45.000				-45.000
7	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken / Gebäuden	875							14.761	14.761
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	546				187.000			106.206	293.206
13	= Summe Auszahlungen	1.421				187.000			120.967	307.967
14	= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	1.421				142.000			120.967	262.967

BP 14 Erblingen, Erschließungsmaßnahme

Es hat sich keine weitere Bautätigkeit auf den Grundstücken eingestellt. Auf Grund der zahlreichen, noch unbebauten Grundstücke (11 Stück) im Erschließungsgebiet wird der Fertigausbau um ein weiteres Jahr nach 2012 verlegt. Die angesetzten **Baukosten** unterteilen sich auf den 'Blütenweg' (55.000 EUR) und 'Im Schönblick' (115.000 EUR). Im Ansatz sind weiterhin 10.000 EUR für Planungs- und Ingenieurleistungen enthalten. Aktivierte Eigenleistungen sind in Höhe von 7.000 EUR im Ansatz.

Außerdem werden **Beiträge nach BauGB** in Höhe von 45.000 EUR für 2012 veranschlagt.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Mauelshagen, Johannes

1.54 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV**1.54.01 Öffentliche Verkehrsflächen**

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgest ellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzah- lung en / - auszahl- ung en
5100005 Straßenbaumaßnahme "Auf der Hütte"										
4	- Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten						-171.500			-171.500
6	= Summe Einzahlungen						-171.500			-171.500
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	50				17.000	236.000		50	253.050
13	= Summe Auszahlungen	50				17.000	236.000		50	253.050
14	= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	50				17.000	64.500		50	81.550

Auf der Hütte, Straßenbaumaßnahme

Die Ausführungsplanung der Maßnahme soll im Jahr 2012 ausgearbeitet werden, so dass der Straßenausbau 'Auf der Hütte' im Jahr 2013 durchgeführt werden kann. Die Beitragsabrechnung erfolgt dann ebenfalls 2013.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Mauelshagen, Johannes

1.54 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV**1.54.01 Öffentliche Verkehrsflächen**

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgest ellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlung en / - auszahlung en
5100006 Herstell. EA im BP 24 EA Appenham										
2	- Einzahlungen aus Veräußerungen von Sachanlagen								-276	-276
6	= Summe Einzahlungen								-276	-276
7	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken / Gebäuden	560							1.288	1.288
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen								147	147
13	= Summe Auszahlungen	560							1.435	1.435
14	= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	560							1.159	1.159

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Mauelshagen, Johannes

1.54 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV**1.54.01 Öffentliche Verkehrsflächen**

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgest ellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlung en / - auszahlung en
5100008 Wartehallen-Erneuerung										
1	- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen			-34.486						-34.486
6	= Summe Einzahlungen			-34.486						-34.486
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen								5.412	5.412
9	- Auszahlungen für den Erwerb von bewegl. Anlagevermögen			40.572					20.646	61.218
13	= Summe Auszahlungen			40.572					26.058	66.630
14	= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)			6.086					26.058	32.144

Erneuerung der Wartehallen

Für 2011 wird der Erwerb von 16 Wartehallen veranschlagt. Darüber hinaus wird eine Zuwendung des Zweckverbandes Nahverkehr Rheinland einkalkuliert (Förderanteil 85 %).

Aus dieser Investitionsmaßnahme ergeben sich Abschreibungen i. H. v. 4.057 EUR und Erträge aus der Auflösung von Sonderposten i. H. v. 3.449 EUR.

Für 2011 sind die Abschreibungen und Auflösungserträge für ein halbes Jahr berücksichtigt, weil pauschal im Haushaltsplan von einer Aktivierung der Anlagen Mitte des Jahres ausgegangen wird.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Mauelshagen, Johannes

1.54 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV**1.54.01 Öffentliche Verkehrsflächen**

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgest ellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlung en / - auszahlung en
5100012 Gehweg L 333										
1	- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	-4.000							-28.200	-28.200
4	- Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten		-45.000						-45.000	-45.000
6	= Summe Einzahlungen	-4.000	-45.000						-73.200	-73.200
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	2.364							85.876	85.876
13	= Summe Auszahlungen	2.364							85.876	85.876
14	= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-1.636	-45.000						12.676	12.676

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Mauelshagen, Johannes

1.54 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV**1.54.01 Öffentliche Verkehrsflächen**

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgest ellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlung en / - auszahlung en
5100021 Im alten Ort Erblingen- Straßenbaumaßn.										
2	- Einzahlungen aus Veräußerungen von Sachanlagen	-428							-428	-428
4	- Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten								-512	-512
6	= Summe Einzahlungen	-428							-940	-940
7	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken / Gebäuden	252							7.419	7.419
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen								134	134
13	= Summe Auszahlungen	252							7.553	7.553
14	= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-175							6.614	6.614

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Mauelshagen, Johannes

1.54 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV**1.54.01 Öffentliche Verkehrsflächen**

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgest ellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlung en / - auszahlung en
5100022 Straßenausbau in Überholz- Straßenfeld										
4	- Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten								-214.045	-214.045
6	= Summe Einzahlungen								-214.045	-214.045
7	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken / Gebäuden	909							21.560	21.560
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	5.093	1.000						170.768	170.768
13	= Summe Auszahlungen	6.002	1.000						192.328	192.328
14	= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	6.002	1.000						-21.717	-21.717

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Mauelshagen, Johannes

1.54 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV**1.54.01 Öffentliche Verkehrsflächen**

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgest ellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlung en / - auszahlung en
5100034 Herstellung der EA im BP 22										
4	- Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten	-127.760						-65.250	-404.713	-469.963
6	= Summe Einzahlungen	-127.760						-65.250	-404.713	-469.963
7	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken / Gebäuden	-1.598							40.936	40.936
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	1.086						170.000	189.385	359.385
13	= Summe Auszahlungen	-512						170.000	230.321	400.321
14	= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-128.272						104.750	-174.392	-69.642

BP 22 Alzen, Erschließungsmaßnahme

Im Jahr 2010 hat sich keine weitere Bautätigkeit auf den Grundstücken eingestellt. Auf Grund der zahlreichen, noch unbebauten Grundstücke im Erschließungsgebiet wird der Fertigausbau nach 2014 verlegt.

Der Ansatz für das Jahr 2014 beinhaltet:

Baukosten in Höhe von 150.000,- EUR

Planungskosten in Höhe von 17.500,- EUR

Aktivierete Eigenleistungen in Höhe von 2.500,- EUR

Außerdem werden für 2014 Erschließungsbeiträge i. H. V. 65.250 EUR veranschlagt.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Mauelshagen, Johannes

1.54 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV**1.54.01 Öffentliche Verkehrsflächen**

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgest ellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlung en / - auszahlung en
5100035 Verl. Einmünd. "Im Alten Ort" Appenhagen										
1	- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen		-37.470	-37.470		-37.470	-37.470		-20.432	-132.842
6	= Summe Einzahlungen		-37.470	-37.470		-37.470	-37.470		-20.432	-132.842
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	135							61.496	61.496
13	= Summe Auszahlungen	135							61.496	61.496
14	= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	135	-37.470	-37.470		-37.470	-37.470		41.064	-71.346

Verlegung der Einmündung Im alten Ort Appenhagen

Eine Erstattungsleistung des Landesbetriebs Straßen NRW wird bereits als Forderung in der Bilanz aufgeführt und die Einzahlung erfolgt nun in fünf gleichen Jahresraten bis 2013.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Mauelshagen, Johannes

1.54 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV**1.54.01 Öffentliche Verkehrsflächen**

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgest ellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlung en / - auszahlung en
5100041 Herstellung der EA im BP 38										
1	-	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	-15.222						-15.222	-15.222
4	-	Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten							1.627	1.627
6	=	Summe Einzahlungen	-15.222						-13.595	-13.595
7	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken / Gebäuden	4.897						6.881	6.881
13	=	Summe Auszahlungen	4.897						6.881	6.881
14	=	Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-10.325						-6.714	-6.714
Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgest ellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlung en / - auszahlung en
5100042 Bau der G 103 Morsbach- Ellingen										
1	-	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	-100.587						-100.587	-100.587
6	=	Summe Einzahlungen	-100.587						-100.587	-100.587
7	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken / Gebäuden							133	133
13	=	Summe Auszahlungen							133	133
14	=	Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-100.587						-100.454	-100.454

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Mauelshagen, Johannes

1.54 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV**1.54.01 Öffentliche Verkehrsflächen**

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgest ellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlung en / - auszahlung en
5100043 Erneuerung Gehwege Waldbröler Straße										
7	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken / Gebäuden	2.088							27.424	27.424
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	397							760	760
13	= Summe Auszahlungen	2.486							28.184	28.184
14	= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	2.486							28.184	28.184

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgest ellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlung en / - auszahlung en
5100053 Herbertshagener Str. in Rhein - Ausbau										
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	85						52.000	1.032	53.032
13	= Summe Auszahlungen	85						52.000	1.032	53.032
14	= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	85						52.000	1.032	53.032

Herbertshagener Straße, Straßenbaumaßnahme

Bohrkernuntersuchungen haben ergeben, dass die vorhandene Straßensubstanz keine Deckensanierung zulässt.

Die Planung der Maßnahme ist für das Jahr 2014 vorgesehen. Der Straßenausbau kann dann im Jahr 2015 erfolgen. Der Ansatz für das Jahr 2014 berücksichtigt die Kosten für die Planung bis zur Ausführungsplanung, die Entwurfsvermessung und die Grenzpunktanzeige vor Baubeginn in Höhe von 52.000 EUR.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Mauelshagen, Johannes

1.54 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV**1.54.01 Öffentliche Verkehrsflächen**

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgest ellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlung en / - auszahlung en
5100064 Gehweganlage in Holpe Erneuerung										
1	- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen		-7.900	-7.900					-37.900	-45.800
6	= Summe Einzahlungen		-7.900	-7.900					-37.900	-45.800
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	12.059		20.200					42.059	62.259
13	= Summe Auszahlungen	12.059		20.200					42.059	62.259
14	= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	12.059	-7.900	12.300					4.159	16.459

Neue Gehweganlage Holpe

Die Maßnahme wurde im Jahr 2009 fertig gestellt und abgenommen. Nach Auskunft des zuständigen Bauleiters vom Landesbetrieb wird die Schlussabrechnung erst 2010 erfolgen. Für das Jahr 2011 sind die restlichen Baukosten in Höhe von 20.200 EUR zu veranschlagen. Außerdem ist der Investitionszuschuss vom Land in Höhe von 7.900 EUR einzuplanen.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Mauelshagen, Johannes

1.54 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV**1.54.01 Öffentliche Verkehrsflächen**

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgest ellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlung en / - auszahlung en
5100072 EA "Auf dem Kamp" in Holpe										
4	- Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten							-193.130		-193.130
6	= Summe Einzahlungen							-193.130		-193.130
7	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken / Gebäuden		300						300	300
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	1.788	26.000				33.000	235.000	27.788	295.788
13	= Summe Auszahlungen	1.788	26.300				33.000	235.000	28.088	296.088
14	= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	1.788	26.300				33.000	41.870	28.088	102.958

Erschließungsanlage "Auf dem Kamp" in Holpe

Der Straßenausbaumaßnahme ist für 2014 vorgesehen. Der geplante Straßenausbau erfolgt von der Dorfstraße bis zum Parkplatz Kirche. 2013 werden die Planungskosten (Ausführungsplanung, Vermessung, Bauleitung und Schlussvermessung) i. H. v. 33.000 EUR und 2014 werden die Baukosten i. H. v. 235.000 EUR veranschlagt. Außerdem werden 2014 KAG Beiträge mit 193.130 EUR eingeplant.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Mauelshagen, Johannes

1.54 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV**1.54.01 Öffentliche Verkehrsflächen**

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgest ellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlung en / - auszahlung en
5100074 Erneuerung Leitplanken Gemeindestraßen										
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen		15.000	10.000		10.000	10.000	10.000	25.143	65.143
13	= Summe Auszahlungen		15.000	10.000		10.000	10.000	10.000	25.143	65.143
14	= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)		15.000	10.000		10.000	10.000	10.000	25.143	65.143

Erneuerung von Leitplanken

Die Leitplanken im Gemeindegebiet sind sanierungsbedürftig und sollen aus diesem Grund in den nächsten Jahren ausgetauscht werden.

Aus dieser Investitionsmaßnahme ergeben sich pro Haushaltsjahr Abschreibungen i. H. v. 400 EUR.

Für 2011 sind die Abschreibungen für ein halbes Jahr berücksichtigt, weil pauschal im Haushaltsplan von einer Aktivierung der Anlage Mitte des Jahres ausgegangen wird.

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgest ellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlung en / - auszahlung en
5100075 OVS Ellingen - Korseifen Deckenverstärk.										
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	51.821							106.821	106.821
13	= Summe Auszahlungen	51.821							106.821	106.821
14	= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	51.821							106.821	106.821

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Mauelshagen, Johannes

1.54 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV**1.54.01 Öffentliche Verkehrsflächen**

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgest ellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlung en / - auszahlung en
5100090 Bachstraße - Erneuerung Stützmauer										
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	1.639	10.000						11.639	11.639
13	= Summe Auszahlungen	1.639	10.000						11.639	11.639
14	= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	1.639	10.000						11.639	11.639

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgest ellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlung en / - auszahlung en
5100097 Ausbau Radwegenetz Regionale 2010										
1	- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen		-26.300	-26.300					-26.300	-52.600
6	= Summe Einzahlungen		-26.300	-26.300					-26.300	-52.600
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen		33.000	33.000					33.000	66.000
13	= Summe Auszahlungen		33.000	33.000					33.000	66.000
14	= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)		6.700	6.700					6.700	13.400

Ausbau Radwegenetz

Im Rahmen der Regionale 2010 fördert das Land mit 80 % die Ausstattung des Radwegenetzes mit Rastmöglichkeiten und Informationstafeln. Zur Förderung angemeldet ist ein Rastplatz oberhalb Wendershagen sowie Informationstafeln in der Mohrenbach, in Morsbach, Lichtenberg, Holpe und Volperhausen.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Mauelshagen, Johannes

1.54 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV**1.54.01 Öffentliche Verkehrsflächen**

Aus dieser Investitionsmaßnahme ergeben sich pro Haushaltsjahr Abschreibungen i. H. v. 3.300 EUR sowie aus der Investitionsförderung Erträge aus der Auflösung von Sonderposten in Höhe von 2.630 EUR.

Für 2011 sind die Abschreibungen und Auflösungserträge nur für ein halbes Jahr berücksichtigt, weil pauschal im Haushaltsplan von einer Aktivierung der Anlage Mitte des Jahres ausgegangen wird.

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgest ellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlung en / - auszahlung en
5100107 Ellingen - Brunnenhof Deckenverstärkung										
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	103.044							103.044	103.044
13	= Summe Auszahlungen	103.044							103.044	103.044
14	= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	103.044							103.044	103.044

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Mauelshagen, Johannes

1.54 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV**1.54.01 Öffentliche Verkehrsflächen**

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgest ellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlung en / - auszahlung en
5100108 Straßenvollausbau Hochstr. Wallerhausen										
4	- Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten					-438.802				-438.802
6	= Summe Einzahlungen					-438.802				-438.802
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen			60.000		633.000	5.000			698.000
13	= Summe Auszahlungen			60.000		633.000	5.000			698.000
14	= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)			60.000		194.198	5.000			259.198

Straßenvollausbau Hochstr. Wallerhausen

Für das Jahr 2012 ist der Ausbau der Hochstr. vorgesehen. Bei der Hochstr. handelt es sich um eine Haupteerschließungsstraße.

Das Schadensbild der Hochstraße aber auch die fehlende Straßenentwässerung im unteren Bereich der Hochstraße rechtfertigen einen Straßenausbau.

Planungskosten sind in Höhe von 60.000 EUR im Jahr 2011 einzuplanen, für den Ausbau im Jahr 2012 sind Kosten in Höhe von 633.000 EUR kalkuliert. Die Schlussvermessung ist für das Jahr 2013 mit 5.000 EUR gerechnet worden.

Beiträge nach KAG sind für das Jahr 2012 mit 438.802 EUR veranschlagt.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Mauelshagen, Johannes

1.54 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV**1.54.01 Öffentliche Verkehrsflächen**

Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflich- tungs- ermäch- tigungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereit- gestellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahl- ungen/ -auszahl- ungen
1	+ Summe der investiven Einzahlungen	-39.923							-225.496	-225.496
2	- Summe der investiven Auszahlungen								69.919	69.919
3	= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-39.923							-155.577	-155.577

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Mauelshagen, Johannes

1.54 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV**1.54.01 Öffentliche Verkehrsflächen**

Stellenplanauszug	Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
Beamte (PRS)	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00
Mitarbeiter (PRS)	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00
Plan VZ-Stellen Beamte (MAS)		1,00	1,00	1,00	1,00	1,00
Planstellen (MAS)		1,00	1,00	1,00	1,00	1,00

Statistische Kennzahlen		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
1	Kilometer Gemeindestraßen (KM)	150	150	150	150	150	150
2	Straßenunterhaltung - Bauhofstunden (STD)	6.468	7.800	9.800	9.800	9.800	9.800
3	Anzahl Buswartehäuser (ST)	65	65	65	65	65	65



Beschreibung

Die Produktgruppe „Parkeinrichtungen“ umfasst alle Angelegenheiten der Parkplatzbereitstellung und der Unterhaltung.

Auftragsgrundlage

Ausschussbeschlüsse, Rat; VOB.

Zielgruppen

Straßenverkehrsteilnehmer.

Ziele

Wirtschaftliche und ausreichende Bereitstellung und Unterhaltung von Parkplätzen.

Kennzahlen

Anzahl qm Parkfläche.

Anzahl Parkplätze.

Aufwand pro qm Parkfläche.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Mauelshagen, Johannes

1.54 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV**1.54.05 Parkeinrichtungen**

Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	28	250	250	253	256	259
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	1.059	1.450	1.326	1.326	1.326	1.326
17	= Ordentliche Aufwendungen	1.088	1.700	1.576	1.579	1.582	1.585
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	1.088	1.700	1.576	1.579	1.582	1.585
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	1.088	1.700	1.576	1.579	1.582	1.585
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	1.088	1.700	1.576	1.579	1.582	1.585
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	184	249	238	255	250	257
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	1.272	1.949	1.814	1.834	1.832	1.842

Die **Aufwendungen** entstehen aus Unterhaltung, Grundsteuer und Anpachtung für Parkflächen im Gemeindegebiet.

Statistische Kennzahlen		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
1	Anzahl Parkplätze (ST)	29	29	29	29	29	29

**Beschreibung**

Die Produktgruppe „Straßenreinigung und Winterdienst“ umfasst alle Angelegenheiten bezogen auf den Winterdienst im Gemeindegebiet. Es handelt sich hier um eine „gebührenrechnende Einrichtung“, die jährlich entsprechende Gebühren festsetzt, die von Anliegern an die Gemeinde zu entrichten sind. Die Ausführung des Winterdienstes erfolgt durch den Baubetriebshof und teilweise auch durch Dritte.

Auftragsgrundlage

Zuständigkeit der Gemeinde für die Verkehrssicherheit und den ordnungsgemäßen Zustand der Gemeindestraßen auch im Winter, Straßenreinigungsgesetz, Satzung, KAG.

Zielgruppen

VerkehrsteilnehmerInnen, BürgerInnen.

Ziele

Wirtschaftliche Durchführung des Winterdienstes unter Beachtung der Verkehrssicherheit.

Maßnahmen

Tägliche Anordnung des Bereitschaftsdienstes nach Bedarf.
Fremdvergabe des Räum- und Streudienstes.
Gewährleistung der Verkehrssicherheit gemäß der Prioritätenliste.

Kennzahlen

Anzahl der Stunden für Winterdienst durch Dritte.
Anzahl Straßenkilometer Winterdienst.
Anzahl gebührenpflichtige Frontmeter.
Aufwand pro Straßenkilometer.
Aufwand pro Frontmeter.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Osinski, Klaus

1.54 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV**1.54.17 Straßenreinigung und Winterdienst**

Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-117	-36.500	-63.400	-46.700	-46.700	-46.700
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-260					
10	= Ordentliche Erträge	-377	-36.500	-63.400	-46.700	-46.700	-46.700
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	138.321	195.000	90.000	90.900	91.809	92.727
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	778		1.800	1.818	1.836	1.854
17	= Ordentliche Aufwendungen	139.099	195.000	91.800	92.718	93.645	94.581
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	138.721	158.500	28.400	46.018	46.945	47.881
19	+ Finanzerträge	-938					
21	= Finanzergebnis (= Zeilen 19 u. 20)	-938					
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	137.784	158.500	28.400	46.018	46.945	47.881
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	137.784	158.500	28.400	46.018	46.945	47.881
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-79.898	-112.379	-52.904	-53.433	-53.968	-54.507
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	90.669	38.478	31.588	31.501	31.259	32.197
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	148.555	84.599	7.084	24.085	24.237	25.571

Die **öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelte** beinhalten die Benutzungsgebühren für den Winterdienst.

Die Jahresabschlüsse 2007 und 2008 wiesen insgesamt einen Überschuss von mehr als 87 TEUR aus.

In 2009 wurde daraufhin auf eine Gebührenerhebung verzichtet.

Für das Haushaltsjahr 2011 wird infolge des strengen und lang anhaltenden Winters 2009/2010 mit steigenden Gebühren gerechnet.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Osinski, Klaus

1.54 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV**1.54.17 Straßenreinigung und Winterdienst**

In den **Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen** befinden sich die primären Kosten für Streugut und die Beauftragung Dritter im Rahmen der Durchführung des Winterdienstes. Die Kosten wurden anhand der Durchschnittswerte der letzten vier Jahre ermittelt. Grundsätzlich wird mit geringeren Aufwendungen gegenüber dem Winter 2009/2010 kalkuliert.

In der Position **sonstige ordentliche Aufwendungen** sind Kosten für die Miete von Winterdienstfahrzeugen sowie für öffentliche Bekanntmachungen enthalten.

Hinzuzurechnen sind sekundäre Kosten aus der **internen Leistungsverrechnung**. Hierunter fallen insbesondere die Bauhofleistungen.

Statistische Kennzahlen		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
1	Winterdienst - Bauhofstunden (STD)	1.696	1.000	1.200	1.200	1.200	1.200
2	Straßenkilometer Winterdienst (KM)	142	142	142	142	142	142
3	gebührenpflichtige Frontmeter in km (KM)	11	124	124	124	124	124

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Mauelshagen, Johannes**1.55 Natur- und Landschaftspflege**

PRODUKTBEREICH		PRODUKTGRUPPE		PRODUKT / TEILPRODUKT
1.55 Natur- und Landschaftspflege	1.55.01	Öffentliches Grün	1.55.01.01	Unterhaltung Park-/Grünanlagen u.a.
	1.55.03	Wald, Forst- und Landwirtschaft	1.55.03.01	Aufgaben der Wald und Forstwirtschaft
	1.55.04	Wasser und Wasserbau	1.55.04.01	Maßnahmen d. Wasserwirtschaft/Wasserbau
	1.55.06	Friedhofswesen	1.55.06.01	Friedhofswesen / Ehrenfriedhöfe

Haushaltsplan 2011**1.55 Natur- und Landschaftspflege**

verantwortlich:

Mauelshagen, Johannes



Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-19.539	-33.630	-23.231	-23.231	-23.230	-23.230
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-40.608	-38.640	-20.000	-20.000	-20.000	-20.000
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-4.540					
10	= Ordentliche Erträge	-64.688	-72.270	-43.231	-43.231	-43.230	-43.230
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	50.275	87.660	33.050	33.381	33.716	34.053
14	- Bilanzielle Abschreibungen	293.009	170.988	164.855	164.762	164.614	164.584
15	- Transferaufwendungen	154.356	156.600	160.273	161.480	162.699	163.930
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	2.731	3.610	3.590	3.612	3.634	3.656
17	= Ordentliche Aufwendungen	500.372	418.858	361.768	363.235	364.663	366.223
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	435.685	346.588	318.537	320.004	321.433	322.993
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	435.685	346.588	318.537	320.004	321.433	322.993
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	435.685	346.588	318.537	320.004	321.433	322.993
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	438.553	344.221	334.560	332.569	330.427	339.966
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	874.237	690.809	653.097	652.573	651.860	662.959





Beschreibung

Die Produktgruppe „Öffentliches Grün“ umfasst alle Angelegenheiten der Bereitstellung und Unterhaltung von Park- und Grünanlagen.

Auftragsgrundlage

Zuständigkeit der Gemeinde für die Sauberkeit und den ordnungsgemäßen Zustand der Anlagen.

Zielgruppen

EinwohnerInnen.

Ziele

Wirtschaftliche und ordnungsgemäße Pflege der Anlagen.

Maßnahmen

Sicherstellung eines sauberen und ordnungsgemäßen Zustandes.

Kennzahlen

Anzahl Bauhofstunden zur Unterhaltung der Park- und Grünanlagen.

Fläche Park- und Grünanlagen.

Aufwand je qm Grünfläche.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Steinhauer, Manfred

1.55 Natur- und Landschaftspflege**1.55.01 Öffentliches Grün**

Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-208	-208	-208	-208	-208	-208
10	= Ordentliche Erträge	-208	-208	-208	-208	-208	-208
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	139	3.210	1.000	1.010	1.020	1.030
14	- Bilanzielle Abschreibungen	1.953	1.740	1.740	1.740	1.740	1.740
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	220					
17	= Ordentliche Aufwendungen	2.312	4.950	2.740	2.750	2.760	2.770
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	2.104	4.742	2.532	2.542	2.552	2.562
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	2.104	4.742	2.532	2.542	2.552	2.562
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	2.104	4.742	2.532	2.542	2.552	2.562
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	82.523	43.737	43.099	42.180	41.283	42.460
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	84.628	48.479	45.631	44.722	43.835	45.022

Die Auflösung von Sonderposten (Allgemeine Investitionspauschale) ergibt die Ansätze unter der Position **Zuwendungen und allgemeine Umlagen**.

Die **Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen** beziehen sich auf die Unterhaltung der Park- und Gartenanlagen. In 2011 sind nur kleinere Instandsetzungsarbeiten in der Parkanlage notwendig.

Die **bilanziellen Abschreibungen** kommen von der Erneuerung der Beleuchtungsanlage im Kurpark und den neu angeschafften Basketballkörben.

Insbesondere die Arbeiten des Baubetriebshofs in diesem Bereich werden im Rahmen der **internen Leistungsverrechnung** berücksichtigt.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Steinhauer, Manfred

1.55 Natur- und Landschaftspflege**1.55.01 Öffentliches Grün**

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgest ellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlung en / - auszahlung en
5100011 Umgestaltung Freizeitpark										
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen								3.012	3.012
9	- Auszahlungen für den Erwerb von bewegl. Anlagevermögen	10.356							10.356	10.356
13	= Summe Auszahlungen	10.356							13.368	13.368
14	= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	10.356							13.368	13.368

Statistische Kennzahlen		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
1	Unterhalt. Park-/Grünanl. - Bauhofstd. (STD)	666	400	400	400	400	400
2	Fläche Park- u. Grünanlagen in m² (M2)	79.160	79.160	79.160	79.160	79.160	79.160



Beschreibung

Die Produktgruppe „Wald-, Forst- und Landwirtschaft“ umfasst alle Aufgaben der Wald- und Forstwirtschaft, der Holzwirtschaft und des Ökosystemmanagement im Wald.

Auftragsgrundlage

Bundes-/Landeswaldgesetz, Landschaftsgesetz, Landesforstgesetz, Betriebsleitungs- und Beförsterungsvertrag, Vertrag zwischen der Gemeinde und dem staatlichen Forstamt (Forsteinrichtungswerk für die Gemeinde Morsbach).

Zielgruppen

Holzkäufer, BürgerInnen, Schulen.

Ziele

Nachhaltige und naturgemäße Bewirtschaftung des Waldes.

Naturverträgliche Erholungsnutzung.

Nutzung vorhandener Energieressourcen.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Hombach, Uwe

1.55 Natur- und Landschaftspflege**1.55.03 Wald, Forst- und Landwirtschaft**

Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-17.590	-31.891	-21.492	-21.492	-21.491	-21.492
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-40.608	-38.640	-20.000	-20.000	-20.000	-20.000
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-4.540					
10	= Ordentliche Erträge	-62.739	-70.531	-41.492	-41.492	-41.491	-41.492
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	47.961	43.400	21.000	21.210	21.423	21.637
14	- Bilanzielle Abschreibungen	234.480	112.784	106.983	106.953	106.984	106.958
15	- Transferaufwendungen	30.900	30.900	30.900	30.900	30.900	30.900
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	2.426	2.560	2.540	2.552	2.564	2.576
17	= Ordentliche Aufwendungen	315.767	189.644	161.423	161.615	161.871	162.071
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	253.029	119.113	119.931	120.123	120.380	120.579
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	253.029	119.113	119.931	120.123	120.380	120.579
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	253.029	119.113	119.931	120.123	120.380	120.579
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	317.463	258.784	248.746	245.647	245.036	252.006
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	570.492	377.897	368.677	365.770	365.416	372.585

In 2010 war unter der Position **Zuwendungen und allgemeine Umlagen** die Bezuschussung für die geplante Kalkung der Wälder veranschlagt und die Auflösung des Sonderpostens Wiederherstellung von Wald-Wirtschaftswegen (Landeszuschuss für Investitionsmaßnahmen Waldwege) gebucht. Für 2011 ist eine Förderung vom Land für die Aufforstung von Laubwald eingeplant.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Hombach, Uwe

1.55 Natur- und Landschaftspflege

1.55.03 Wald, Forst- und Landwirtschaft



Die **privatrechtlichen Leistungsentgelte** setzen sich aus den Verkaufserlösen im Bereich des Gemeindewaldes und dem Jagdpachtanteil für Forstgrundstücke zusammen. In 2011 wird mit weniger Einschlag gerechnet.

Die Aufstellung der Windräder in Wendershagen erforderte eine Eintragung einer Grunddienstbarkeit, woraus 2009 die **sonstigen ordentlichen Erträge** resultieren.

Die Unterhaltung der Wirtschaftswege und Bewirtschaftung des Gemeindewaldes stellen den Ansatz für **Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen** dar. Das Ergebnis 2009 beinhaltet hauptsächlich Aufwendungen für Freischneide- und Häckslerarbeiten. In 2010 sind die Waldwege an die Forstbetriebsgemeinschaften abgegeben worden. Im Ansatz 2010 ist ein Betrag von 37 TEUR für die Durchführung forstwirtschaftlicher Arbeiten durch Dritte vorgegeben, der sich in den Folgejahren auf 10 TEUR jährlich reduziert. Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen sind insbesondere vom Einschlag abhängig, somit kann es hier immer wieder zu Schwankungen kommen.

Die Forstbetriebsgemeinschaften werden für die Unterhaltung der Wirtschaftswege mit 30.900 EUR bezuschusst (**Transferaufwendungen**).

Unfallversicherungsbeiträge und einige kleinere Aufwandspositionen (Mitgliedsbeiträge u. a.) sind Bestandteil der Position **sonstige ordentliche Aufwendungen**.

Auch in diesem Bereich sind die Arbeiten des Bauhofs durch die Aufwendungen aus **interner Leistungsverrechnung** als sekundäre Kosten abgebildet.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Hombach, Uwe

1.55 Natur- und Landschaftspflege**1.55.03 Wald, Forst- und Landwirtschaft**

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgest ellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlung en / - auszahlung en
5100061 Ausbau von Wirtschaftswegen										
1	- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	-99.173							-279.738	-279.738
6	= Summe Einzahlungen	-99.173							-279.738	-279.738
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	168.595							368.425	368.425
13	= Summe Auszahlungen	168.595							368.425	368.425
14	= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	69.421							88.687	88.687

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgest ellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlung en / - auszahlung en
5100065 Bahntrasse, Erwerb u. Herrichtung										
7	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken / Gebäuden	11.361							11.846	11.846
13	= Summe Auszahlungen	11.361							11.846	11.846
14	= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	11.361							11.846	11.846

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Hombach, Uwe

1.55 Natur- und Landschaftspflege**1.55.03 Wald, Forst- und Landwirtschaft**

Statistische Kennzahlen		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
1	Unterh. Wald-/Wirtschaftswege- Bauhofstd. (STD)	3.137	2.800	300	300	500	500
2	Anzahl Schutzhütten (ST)	9	11	11	11	11	11
3	Kilometer Wald- und Wirtschaftswege (KM)	406	406	406	406	406	406
4	Waldfläche in km² (KM2)	1	1	1	1	1	1



Beschreibung

Die Produktgruppe „Wasser und Wasserbau“ umfasst alle Maßnahmen der Wasserwirtschaft und des Wasserbaus wie z. B. die Gewässerunterhaltung, die Mitwirkung bei wasserrechtlichen Erlaubnis-Anträgen, die Unterhaltung der Bachverrohrungen sowie Maßnahmen zum Schutz der Oberflächengewässer und Maßnahmen zum Schutz des Grundwassers.

Auftragsgrundlage

Beschlüsse der politischen Gremien, Landeswassergesetz, Wasserhaushaltsgesetz, Wasserrahmenrichtlinien.

Zielgruppen

BürgerInnen; Angler, Landwirte.

Ziele

Sicherstellung der wirtschaftlichen Unterhaltung der Wasserläufe unter Beachtung des Hochwasserschutzes und der Wasserrahmenrichtlinien.

Maßnahmen

Überprüfung und Sicherung der Wasserläufe und -durchlässe und Bachverrohrungen.

Kennzahlen

Anzahl Kilometer Wasserläufe.

Aufwand pro Kilometer Wasserläufe.

Anzahl Bachdurchlässe.

Aufwand pro Bachdurchlässe.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Schneider, Detlef

1.55 Natur- und Landschaftspflege**1.55.04 Wasser und Wasserbau**

Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-261	-261	-261	-261	-261	-260
10	= Ordentliche Erträge	-261	-261	-261	-261	-261	-260
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	1.246	40.000	10.000	10.100	10.201	10.303
14	- Bilanzielle Abschreibungen	56.576	56.464	56.132	56.069	55.890	55.886
15	- Transferaufwendungen	114.756	117.000	120.673	121.880	123.099	124.330
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	85	1.050	1.050	1.060	1.070	1.080
17	= Ordentliche Aufwendungen	172.663	214.514	187.855	189.109	190.260	191.599
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	172.402	214.253	187.594	188.848	189.999	191.339
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	172.402	214.253	187.594	188.848	189.999	191.339
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	172.402	214.253	187.594	188.848	189.999	191.339
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	26.797	30.497	31.747	33.865	33.325	34.412
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	199.199	244.750	219.341	222.713	223.324	225.751

Die Unterhaltung der Wasserläufe wird unter **Sach- und Dienstleistungen** gebucht. Ein Ansatz von 10 TEUR dient dazu, Notmaßnahmen an Gewässerverrohrungen und Bachdurchlässen durchführen zu können. Die untere Wasserbehörde forderte die Erneuerung eines Durchlasses am Hof Ritterseifen, woraufhin der Ansatz 2010 deutlich erhöht wurde.

Unter **Transferaufwendungen** befinden sich die Ansätze der Aggerverbandsumlage für die Gewässerunterhaltung (ca. 113 TEUR) und der Anteil für Kosten des Gewässerschutzbeauftragten (ca. 7 TEUR).

Ein Ansatz von 1 TEUR unter den **sonstigen ordentlichen Aufwendungen** dient dazu, den Zustand von Gewässerverrohrungen zu erfassen.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Schneider, Detlef

1.55 Natur- und Landschaftspflege

1.55.04 Wasser und Wasserbau



Statistische Kennzahlen		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
1	Kilometer Wasserläufe (KM)	63	63	63	63	63	63
2	Unterhaltung Wasserläufe - Bauhofstunden (STD)	28	20	20	20	20	20

**Beschreibung**

Die Produktgruppe „Friedhofswesen“ umfasst alle Angelegenheiten bezogen auf die gemeindlichen Friedhöfe sowie die Ehrenfriedhöfe. Die Friedhöfe werden von fremden Trägern (Kirchen) geführt und verwaltet. Diese fremden Friedhofsträger erhalten von der Gemeinde einen Zuschuss.

Auftragsgrundlage

Ratsbeschluss.

Zielgruppen

Bevölkerung, fremde Friedhofsträger.

Ziele

Pflege von Kriegsgräbern.

Unterstützung der fremden Friedhofsträger.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Solbach, Mechtild

1.55 Natur- und Landschaftspflege

1.55.06 Friedhofswesen



Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-1.480	-1.270	-1.270	-1.270	-1.270	-1.270
10	= Ordentliche Erträge	-1.480	-1.270	-1.270	-1.270	-1.270	-1.270
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	929	1.050	1.050	1.061	1.072	1.083
15	- Transferaufwendungen	8.700	8.700	8.700	8.700	8.700	8.700
17	= Ordentliche Aufwendungen	9.629	9.750	9.750	9.761	9.772	9.783
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	8.149	8.480	8.480	8.491	8.502	8.513
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	8.149	8.480	8.480	8.491	8.502	8.513
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	8.149	8.480	8.480	8.491	8.502	8.513
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	11.770	11.203	10.969	10.877	10.783	11.089
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	19.919	19.683	19.449	19.368	19.285	19.602

Als Ertrag aus **Zuwendungen und allgemeinen Umlagen** wird die Landeszuweisung für Kriegsgräber gebucht. In 2009 wurde die Berechnungsgrundlage pro Grab erhöht und nachträglich eine Nachzahlung gewährt.

Die Unterhaltung der Ehrenfriedhöfe ist den **Sach- und Dienstleistungen** zugeordnet.

Unter **Transferaufwendungen** erscheinen die Zuschüsse an fremde Friedhofsträger.

Die Kosten für die Arbeiten des Bauhofs sind mit unter den Aufwendungen aus **internen Leistungsbeziehungen** enthalten. Die Verteilung der Kosten erfolgt noch auf der Grundlage einer prozentualen Aufteilung (errechnet aus dem Durchschnitt der Vorjahre), daher stehen die Veranschlagungen nicht im richtigen Verhältnis zu den statistischen Kennzahlen (Bauhofstunden).

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Solbach, Mechtild

1.55 Natur- und Landschaftspflege**1.55.06 Friedhofswesen**

Statistische Kennzahlen		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
1	Unterhaltung Friedhöfe - Bauhofstunden (STD)	165	100	100	100	100	100
2	Kriegsgräber (ANZ)	67	67	67	67	67	67

Haushaltsplan 2011

1.56 Umweltschutz

verantwortlich:

Mauelshagen, Johannes



PRODUKTBEREICH	PRODUKTGRUPPE		PRODUKT / TEILPRODUKT	
1.56 Umweltschutz	1.56.02	Dienstleistungen im Umweltmanagement	1.56.02.01	Umweltmanagement
	1.56.10	Regenerative Energienutzung	1.56.10.01	Photovoltaikanlage Rathaus

Haushaltsplan 2011**1.56 Umweltschutz**

verantwortlich:

Mauelshagen, Johannes



Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-3.969	-3.969	-3.969	-3.969	-3.969	-3.969
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-28.344	-23.200	-27.450	-27.610	-27.772	-27.936
10	= Ordentliche Erträge	-32.313	-27.169	-31.419	-31.579	-31.741	-31.905
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	32.744	14.000	8.100	8.181	8.263	8.346
14	- Bilanzielle Abschreibungen	3.969	3.969	3.969	3.969	3.969	3.969
15	- Transferaufwendungen	1.200					
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	13.181	9.475	9.575	9.657	9.740	9.824
17	= Ordentliche Aufwendungen	51.093	27.444	21.644	21.807	21.972	22.139
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	18.780	275	-9.775	-9.772	-9.769	-9.766
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	18.780	275	-9.775	-9.772	-9.769	-9.766
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	18.780	275	-9.775	-9.772	-9.769	-9.766
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	24.515	21.179	20.193	20.181	20.544	21.157
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	43.295	21.454	10.418	10.409	10.775	11.391





Beschreibung

Die Produktgruppe „Dienstleistungen in Umweltmanagement“ umfasst alle Maßnahmen im Umweltschutz, der Lokalen Agenda sowie der Förderung regenerativer Energien.

Auftragsgrundlage

Freiwillige Aufgabe, Richtlinien zur Förderung umweltverträglicher Energienutzung.

Zielgruppen

BürgerInnen, Wirtschaftsunternehmen.

Ziele

Gewährleistung eines schonenden Umgangs mit Umweltressourcen.

Maßnahmen

Realisierung von ökologischen Ausgleichsmaßnahmen im Rahmen des gemeindlichen Ökokontos.
Unterstützung innovativer Ansätze zur Energieversorgung.

Kennzahlen

Anzahl qm ökologischer Ausgleichsflächen.
Aufwand pro qm ökologischer Ausgleichsflächen.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Sonntag-Grothe, Frank

1.56 Umweltschutz**1.56.02 Dienstleistungen im Umweltmanagement**

Teilergebnisplan			Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-18.624	-11.500	-16.000	-16.160	-16.322	-16.486
10	=	Ordentliche Erträge	-18.624	-11.500	-16.000	-16.160	-16.322	-16.486
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	32.744	14.000	8.100	8.181	8.263	8.346
15	-	Transferaufwendungen	1.200					
16	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	12.963	9.250	9.350	9.430	9.511	9.593
17	=	Ordentliche Aufwendungen	46.906	23.250	17.450	17.611	17.774	17.939
18	=	Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	28.283	11.750	1.450	1.451	1.452	1.453
22	=	Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	28.283	11.750	1.450	1.451	1.452	1.453
26	=	Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	28.283	11.750	1.450	1.451	1.452	1.453
28	-	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	24.623	21.146	20.159	20.144	20.508	21.120
29	=	Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	52.905	32.896	21.609	21.595	21.960	22.573

Die Gemeinde ist verpflichtet, ein sog. Öko-Konto zu führen, d. h. Ausgleichsflächen im Gemeindegebiet vorzuhalten, die ggf. auch für Bauvorhaben Dritter eingesetzt werden können; dabei erfolgt dann eine Abgabe von Ökopunkten. Die Gemeinde ist danach zur Unterhaltung dieser Flächen verpflichtet und bekommt als „Entschädigung“ einen Beitrag von Dritten. Diese Zahlungen werden zunächst als Anzahlungen gebucht und in gleicher Höhe wie die angefallenen Unterhaltungs- und Betreuungskosten für die "Öko-Fläche" im Rahmen der Jahresabschlussarbeiten ertragswirksam als **privatrechtliche Leistungsentgelte** aufgelöst.

Die entsprechenden Aufwendungen aus dem "Öko-Konto" für die Herrichtung und Unterhaltung der Flächen werden unter den **Sach- und Dienstleistungen** veranschlagt.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Sonntag-Grothe, Frank

1.56 Umweltschutz**1.56.02 Dienstleistungen im Umweltmanagement**

Unter den **Transferaufwendungen** war bisher die Förderung regenerativer Energienutzung berücksichtigt. Aufgrund der angespannten Haushaltssituation muss auf die Förderung regenerativer Energien verzichtet werden.

Um das Thema "Klimakonzeption" weiter zu verfolgen ist die Verwaltung Mitglied in der überregionalen Arbeitsgruppe "Netzwerk Klimakommunen". Hierfür fallen Kosten als **sonstige ordentliche Aufwendungen** in Höhe eines Mitgliedbeitrags von 1.250 EUR an.

Es wird davon ausgegangen, dass für die Planung, Betreuung und Überwachung sowie die Führung des "Öko-Kontos" Zahlungen in Höhe von 2.000 EUR pro Quartal an die Bergische Agentur Kulturlandschaft (BAK) zu leisten sind.

Bei den **internen Leistungsbeziehungen** werden Tätigkeiten des Ordnungsamtes im Bereich Umweltschutz (Umweltverschmutzungsdelikte) oder des Bauamtes im Bereich der Bauleitplanung (z. B. sog. Öko-Konto) berücksichtigt.

Statistische Kennzahlen		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
1	Einwohner (PRS)		11.000				

**Beschreibung**

Die Produktgruppe „Regenerative Energienutzung“ umfasst die Maßnahmen der solaren Energiegewinnung. Der stetig zunehmende Energiebedarf und die zunehmende Umweltbelastung durch die Verbrennung fossiler Energieträger, veranlasste die Gemeinde Morsbach in Sonnenenergie zu investieren. Deshalb wurde auf dem Rathausdach eine Photovoltaikanlage errichtet und im Hallenbad ein BHKW installiert.

Auftragsgrundlage

Richtlinien zur Förderung von Maßnahmen zur Nutzung erneuerbarer Energien, EEG, Beschlüsse politischer Gremien, Vorgaben der Verwaltungsführung, Vereinbarungen mit den Fachbereichen, Auflagen der Versorgungsunternehmen.

Zielgruppen

Gemeindeverwaltung, Umweltschutz, Bürgerschaft.

Ziele

Wirtschaftliche und umweltverträgliche Energienutzung.

Maßnahmen

Sicherstellung des Betriebes und der Wirtschaftlichkeit von energietechnischen Anlagen.

Kennzahlen

Produzierte kWh.

Nettoertrag pro kWh.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Steinhauer, Manfred

1.56 Umweltschutz**1.56.10 Regenerative Energienutzung**

Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-3.969	-3.969	-3.969	-3.969	-3.969	-3.969
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-9.721	-11.700	-11.450	-11.450	-11.450	-11.450
10	= Ordentliche Erträge	-13.690	-15.669	-15.419	-15.419	-15.419	-15.419
14	- Bilanzielle Abschreibungen	3.969	3.969	3.969	3.969	3.969	3.969
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	218	225	225	227	229	231
17	= Ordentliche Aufwendungen	4.187	4.194	4.194	4.196	4.198	4.200
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	-9.503	-11.475	-11.225	-11.223	-11.221	-11.219
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	-9.503	-11.475	-11.225	-11.223	-11.221	-11.219
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	-9.503	-11.475	-11.225	-11.223	-11.221	-11.219
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	-107	33	34	36	36	37
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	-9.610	-11.442	-11.191	-11.187	-11.185	-11.182

Die Auflösung des Sonderpostens aus der Zuweisung des Landes für die Photovoltaikanlage auf dem Rathausdach wird unter **Zuwendungen und allgemeinen Umlagen** dargestellt.

Aus der Einspeisevergütung ins allgemeine Stromnetz durch das BHKW im Schulzentrum und die Photovoltaikanlage auf dem Rathausdach werden **privatrechtliche Leistungsentgelte** i. H. v. 11.450 TEUR erwartet. Die Hochrechnung basiert auf den Abschlägen 2010 der RWE.

Für die Photovoltaikanlage auf dem Rathausdach entstehen entsprechende jährliche **bilanzielle Abschreibungen**.

Außerdem fallen Telefongebühren für eine spezielle Leitung zur Übertragung der Messwerte an (**sonstige ordentliche Aufwendungen**).

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Mauelshagen, Johannes**1.57 Wirtschaftsförderung und Tourismus**

PRODUKTBEREICH		PRODUKTGRUPPE		PRODUKT / TEILPRODUKT
1.57 Wirtschaftsförderung und Tourismus	1.57.01	Wirtschaftsförderung	1.57.01.01	Maßnahmen der Wirtschaftsförderung
	1.57.03	Öffentliche Einrichtungen	1.57.03.01	Öff. Einrichtungen, Bereitstell.+Betrieb

Haushaltsplan 2011**1.57 Wirtschaftsförderung und Tourismus**

verantwortlich:

Mauelshagen, Johannes



Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-10.594	-23.195	-23.194	-10.595	-10.594	-10.595
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-630	-700				
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-850	-2.200	-1.730	-1.730	-1.730	-1.730
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-2.208	-1.500	-2.210	-2.210	-2.210	-2.210
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-196.527					
10	= Ordentliche Erträge	-210.809	-27.595	-27.134	-14.535	-14.534	-14.535
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	5.069	9.818	24.044	3.074	3.104	3.134
14	- Bilanzielle Abschreibungen	16.273	16.273	16.273	16.273	16.273	16.272
15	- Transferaufwendungen		325	325	325	325	325
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	2.403	19.675	19.677	5.685	5.693	5.701
17	= Ordentliche Aufwendungen	23.745	46.091	60.319	25.357	25.395	25.432
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	-187.064	18.496	33.185	10.822	10.861	10.897
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	-187.064	18.496	33.185	10.822	10.861	10.897
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	-187.064	18.496	33.185	10.822	10.861	10.897
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	62.142	65.643	68.070	61.957	63.424	65.251
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	-124.922	84.139	101.255	72.779	74.285	76.148



**Beschreibung**

Die Produktgruppe „Wirtschaftsförderung“ umfasst alle Maßnahmen der kommunalen Wirtschaftsförderung. Hierunter fallen insbesondere unternehmens- und beschäftigungsorientierte Dienstleistungen wie z. B. Hilfe und Unterstützung im Verwaltungsverfahren sowie Ansiedlungsförderung.

Auftragsgrundlage

Beschlüsse der politischen Gremien, Trägerschaftsverträge mit OAG; regionale Initiativen sowie Förderrichtlinien.

Zielgruppen

EinwohnerInnen, ansässige Unternehmen, neue Unternehmen, Arbeitnehmer.

Ziele

Sicherung von Arbeitsplätzen in Wohnortnähe und Sicherstellung der unternehmerischen Wettbewerbsfähigkeit.

Maßnahmen

Besiedlung der ausgewiesenen Gewerbegebiete.

Ansiedlung/ Standortsicherung von Gewerbebetrieben.

Schaffung neuer Arbeitsplätze.

Enger Kontakt zu den ansässigen Unternehmen.

Ausgewogener Branchenmix bei den Gewerbeunternehmen.

Ausgewogene Einzelhandels- und Dienstleistungsstruktur mit einem bedarfsgerechten Leistungsangebot.

Kennzahlen

Umfang der gewerblich genutzten Fläche.

Arbeitsplatzangebot.

Angebot an gewerblichen Bauflächen.

Anzahl Gewerbebranchen.

Anzahl der Unternehmenszugänge.

Anzahl der Unternehmensabgänge.

Anzahl Einpendler.

Anzahl Auspendler.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Mauelshagen, Johannes

1.57 Wirtschaftsförderung und Tourismus**1.57.01 Wirtschaftsförderung**

Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen		-12.600	-12.600			
10	= Ordentliche Erträge		-12.600	-12.600			
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	2.772	120	20.113	114	115	116
15	- Transferaufwendungen		325	325	325	325	325
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	1.690	18.950	18.950	4.950	4.950	4.950
17	= Ordentliche Aufwendungen	4.462	19.395	39.388	5.389	5.390	5.391
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	4.462	6.795	26.788	5.389	5.390	5.391
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	4.462	6.795	26.788	5.389	5.390	5.391
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	4.462	6.795	26.788	5.389	5.390	5.391
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	58.285	45.899	49.561	43.865	45.465	46.780
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	62.747	52.694	76.349	49.254	50.855	52.171

Der Ansatz 2011 unter **Zuwendungen und allgemeinen Umlagen** steht für die 90%tige Landesförderung zur Durchführung eines Interessenbekundungsverfahrens zur Breitbandversorgung, das bereits für 2010 vorgesehen war, aber infolge weiterer LTE -Anbieter in das Jahr 2011 geschoben werden soll.

Unter den **Sach- und Dienstleistungen** befinden sich die Kosten für die Nutzung externer DV-Systeme. In 2011 sind 20 TEUR für die externe Erstellung eines Einzelhandelskonzepts veranschlagt.

Bei den **Transferaufwendungen** handelt es sich um einen Zuschuss zur Markierung der Wanderwege im Gemeindegebiet, der bereits im Ansatz 2010 enthalten war (hier veranschlagt, da nach NKF-Zuordnung auch "Tourismus" i. w. mit unter Wirtschaftsförderung zu subsumieren ist).

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Mauelshagen, Johannes

1.57 Wirtschaftsförderung und Tourismus**1.57.01 Wirtschaftsförderung**

Die **sonstigen ordentlichen Aufwendungen** beinhalten die Beiträge für die Mitgliedschaft im Touristikverband Oberberg und der Werbegemeinschaft „Wir für Morsbach“. Im Ansatz 2011 sind 14 TEUR für die Durchführung des o.g. Interessenbekundungsverfahrens enthalten. Ferner wird hier jeweils ein Betrag von max. 3.250 EUR für Verlustübernahme auf Grund der Beteiligung am Gründer- und TechnologieCetrum (GTC) Gummersbach einkalkuliert.

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgest ellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlung en / - auszahlung en
5100013 Gewerbegebiet Lichtenberg										
2	- Einzahlungen aus Veräußerungen von Sachanlagen	-1.040.004							-2.082.564	-2.082.564
6	= Summe Einzahlungen	-1.040.004							-2.082.564	-2.082.564
7	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken / Gebäuden								54.549	54.549
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	80.159	122.000				250.000		1.141.136	1.391.136
13	= Summe Auszahlungen	80.159	122.000				250.000		1.195.685	1.445.685
14	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	-959.845	122.000				250.000		-886.879	-636.879

Gewerbegebiet Lichtenberg

2013 wird ein Ansatz in Höhe von 250.000 € für die Neuanlage von ökol. Ausgleichsflächen, Vermessungsarbeiten und die Kanalleitungsverlegung für den 2. Bauabschnitt benötigt.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Mauelshagen, Johannes

1.57 Wirtschaftsförderung und Tourismus**1.57.01 Wirtschaftsförderung**

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgest ellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlung en / - auszahlung en
5100113 BP 23 GE Lichtenberg Investition										
2	- Einzahlungen aus Veräußerungen von Sachanlagen		-160.000			-350.000			-160.000	-510.000
6	= Summe Einzahlungen		-160.000			-350.000			-160.000	-510.000
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen		4.000			350.000			4.000	354.000
13	= Summe Auszahlungen		4.000			350.000			4.000	354.000
14	= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)		-156.000						-156.000	-156.000

BP 23 GE Lichtenberg

In 2012 soll eine Fläche, die durch die 2.Änderung des BP 23 bebaubar geworden ist, erschlossen (Ansatz für Planung und Erschließung 350.000 EUR) und verkauft (Verkaufserlöse 350.000 EUR) werden.

Statistische Kennzahlen		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
1	Einwohner (PRS)		11.000				
2	Angesiedelte Unternehmen (Industrie)	29	29	29	29	29	29



Beschreibung

Die Produktgruppe „Öffentliche Einrichtungen“ umfasst die Bereitstellung und den Betrieb von öffentlichen Einrichtungen wie z. B. Dorfgemeinschaftshäuser.

Auftragsgrundlage

Gemeindeordnung NRW (speziell § 8), Versammlungsstättenverordnung, Bauordnung.

Zielgruppen

EinwohnerInnen.

Ziele

Bedarfsgerechte und wirtschaftliche Bereitstellung von Begegnungsstätten und Marktplätzen.

Maßnahmen

Finanzielle Unterstützung der Dorfgemeinschaften und Trägervereine von Dorfgemeinschaftshäusern.

Unterstützung bei der Durchführung von Jahrmärkten (Kirmes).

Kennzahlen

Bauhofstunden Kirmes.

Zuschuss pro Dorfgemeinschaftshaus.

Zuschuss für Kirmes (incl. Bauhof).

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Hermann, Stefan

1.57 Wirtschaftsförderung und Tourismus**1.57.03 Öffentliche Einrichtungen**

Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-10.594	-10.595	-10.594	-10.595	-10.594	-10.595
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-630	-700				
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-850	-2.200	-1.730	-1.730	-1.730	-1.730
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-2.208	-1.500	-2.210	-2.210	-2.210	-2.210
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-196.527					
10	= Ordentliche Erträge	-210.809	-14.995	-14.534	-14.535	-14.534	-14.535
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	2.297	9.698	3.931	2.960	2.989	3.018
14	- Bilanzielle Abschreibungen	16.273	16.273	16.273	16.273	16.273	16.272
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	713	725	727	735	743	751
17	= Ordentliche Aufwendungen	19.283	26.696	20.931	19.968	20.005	20.041
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	-191.526	11.701	6.397	5.433	5.471	5.506
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	-191.526	11.701	6.397	5.433	5.471	5.506
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	-191.526	11.701	6.397	5.433	5.471	5.506
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	3.857	19.744	18.509	18.092	17.959	18.471
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	-187.669	31.445	24.906	23.525	23.430	23.977

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Hermann, Stefan

1.57 Wirtschaftsförderung und Tourismus

1.57.03 Öffentliche Einrichtungen



Die **Zuwendungen und allgemeinen Umlagen** beinhalten lediglich die Auflösung von Sonderposten aus vergangenen Zuweisungen und Zuschüssen.

Marktstandsgelder werden ab 2011 nicht mehr in der Position **öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte** sondern unter privatrechtlichen Leistungsentgelten gebucht.

Die Pachteinnahmen aus der Durchführung der Kirmes, Verkaufsstände auf öffentlichen Flächen und die Miete für Reklameflächen im Gemeindegebiet werden unter den **privatrechtlichen Leistungsentgelten** ausgewiesen. Die Ansätze für 2011 und die Folgejahre werden dem Ergebnis 2009 angepasst. Hinzu kommen noch die durchschnittlichen Marktstandsgelder.

Für die privaten Träger der Dorfgemeinschaftshäuser Siedenberg und Wallerhausen sowie des Bürgerhauses Ellingen werden die Gebäudeversicherungen zunächst von der Gemeinde bezahlt und dann erstattet (**Kostenerstattungen**). Daneben werden bei anderen Dorfgemeinschaftshäusern teilweise auch Nebenkosten an die Gemeinde erstattet.

Im Jahr 2009 wurde die Auflösung von Rückstellungen für die Sanierungsmaßnahme Grube Magdalena unter **sonstige ordentliche Erträge** gebucht.

Die **Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen** setzen sich aus den Bewirtschaftungs- und Unterhaltungskosten der Dorfgemeinschaftshäuser zusammen.

2010: 6 TEUR DGH Wallerhausen für Außenanstrich, Fenster und Ortgänge / Gesims

2011: 1 TEUR Dichtheitsprüfung (500 EUR / DGH)

Die Gebäudeversicherungen werden unter **sonstigen ordentlichen Aufwendungen** ausgewiesen.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Hermann,Stefan

1.57 Wirtschaftsförderung und Tourismus**1.57.03 Öffentliche Einrichtungen**

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgest ellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlung en / - auszahlung en
5100070 Stollen Magdalena (inv. Sanierung)										
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	17.365							206.486	206.486
13	= Summe Auszahlungen	17.365							206.486	206.486
14	= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	17.365							206.486	206.486

Statistische Kennzahlen		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
1	Dorfgemeinschaftshäuser (ANZ)	2	2	2	2	2	2
2	Gebäudefläche (Nutzfläche)	25.732		27.015	27.015	27.015	27.015
3	umbauter Raum (Gebäude)	113.380		120.794	120.794	120.794	120.794

Haushaltsplan 2011**1.61 Allgemeine Finanzwirtschaft**

verantwortlich:

Neuhoff, Klaus



PRODUKTBEREICH		PRODUKTGRUPPE		PRODUKT / TEILPRODUKT
1.61 Allgemeine Finanzwirtschaft	1.61.01	Steuern, allg. Zuweisungen, Umlagen	1.61.01.01	Steuern, allg. Zuweisungen, Umlagen
	1.61.02	Sonstige allg. Finanzwirtschaft	1.61.02.01	Sonstige allg. Finanzwirtschaft

Haushaltsplan 2011**1.61 Allgemeine Finanzwirtschaft**

verantwortlich:

Neuhoff, Klaus



Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
1	Steuern und ähnliche Abgaben	-7.867.245	-10.889.600	-11.575.100	-12.333.100	-13.192.100	-13.878.100
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-1.723.605	-2.679.314	-3.405.593	-1.523.907	-1.380.965	-1.276.011
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-1					
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-60.565	-10.000	-10.000	-10.000	-10.000	-10.000
10	= Ordentliche Erträge	-9.651.417	-13.578.914	-14.990.693	-13.867.007	-14.583.065	-15.164.111
14	- Bilanzielle Abschreibungen	17.008					
15	- Transferaufwendungen	8.109.484	8.297.432	9.152.080	9.071.142	9.293.612	9.568.869
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	20.616	5.015	3.015	3.015	3.015	3.015
17	= Ordentliche Aufwendungen	8.147.108	8.302.447	9.155.095	9.074.157	9.296.627	9.571.884
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	-1.504.309	-5.276.467	-5.835.598	-4.792.850	-5.286.438	-5.592.227
19	+ Finanzerträge	-32.723	-156.020	-83.020	-79.520	-77.020	-76.520
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	194.196	208.100	206.000	209.900	214.325	223.091
21	= Finanzergebnis (= Zeilen 19 u. 20)	161.473	52.080	122.980	130.380	137.305	146.571
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	-1.342.836	-5.224.387	-5.712.618	-4.662.470	-5.149.133	-5.445.656
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	-1.342.836	-5.224.387	-5.712.618	-4.662.470	-5.149.133	-5.445.656
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	-1.342.836	-5.224.387	-5.712.618	-4.662.470	-5.149.133	-5.445.656



**Beschreibung**

Die Produktgruppe „Steuern, allgemeine Zuweisungen, Umlagen“ umfasst auf der Einnahmeseite alle Steuern, die von Unternehmen, Bürgerinnen und Bürgern zu entrichten sind (insbesondere Grundsteuern und Gewerbesteuer), die Investitionspauschale, die Schulpauschale, investive Schlüsselzuweisungen und die Sportstättenpauschale sowie auf der Ausgabenseite insbesondere die Kreis- und die Jugendamtsumlage.

Auftragsgrundlage

Gemeindefinanzierungsgesetz. Gemeindeordnung (GO).

Zielgruppen

Verwaltung, EinwohnerInnen.

Ziele

Sicherstellung der Finanzkraft der Gemeinde Morsbach.

Kennzahlen

Anzahl der Gewerbesteuerpflichtigen.

Anzahl Fälle Hundesteuer.

Anzahl Fälle Grundsteuer A.

Anzahl Fälle Grundsteuer B.

Steuerlast pro Einwohner.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Neuhoff, Klaus

1.61 Allgemeine Finanzwirtschaft**1.61.01 Steuern, allg. Zuweisungen, Umlagen**

Teilergebnisplan		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
1	Steuern und ähnliche Abgaben	-7.867.245	-10.889.600	-11.575.100	-12.333.100	-13.192.100	-13.878.100
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-1.723.605	-2.679.314	-3.405.593	-1.523.907	-1.380.965	-1.276.011
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-1					
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-60.548	-10.000	-10.000	-10.000	-10.000	-10.000
10	= Ordentliche Erträge	-9.651.400	-13.578.914	-14.990.693	-13.867.007	-14.583.065	-15.164.111
14	- Bilanzielle Abschreibungen	17.008					
15	- Transferaufwendungen	8.109.484	8.297.432	9.152.080	9.071.142	9.293.612	9.568.869
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	20.601	5.000	3.000	3.000	3.000	3.000
17	= Ordentliche Aufwendungen	8.147.093	8.302.432	9.155.080	9.074.142	9.296.612	9.571.869
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	-1.504.307	-5.276.482	-5.835.613	-4.792.865	-5.286.453	-5.592.242
22	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	-1.504.307	-5.276.482	-5.835.613	-4.792.865	-5.286.453	-5.592.242
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	-1.504.307	-5.276.482	-5.835.613	-4.792.865	-5.286.453	-5.592.242
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	-1.504.307	-5.276.482	-5.835.613	-4.792.865	-5.286.453	-5.592.242

Weitere Erläuterungen sind auch dem **Vorbericht** zu entnehmen!

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Neuhoff, Klaus

1.61 Allgemeine Finanzwirtschaft**1.61.01 Steuern, allg. Zuweisungen, Umlagen**

Hier noch eine detaillierte Aufstellung der Steuererträge:

	Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
401100 Grundsteuer A	-54.444	-54.500	-54.500	-54.500	-54.500	-54.500
401200 Grundsteuer B	-1.244.486	-1.260.000	-1.285.000	-1.311.000	-1.437.000	-1.466.000
401300 Gewerbesteuer	-2.833.302	-6.000.000	-6.588.000	-7.122.000	-7.656.000	-8.138.000
402100 Gemeindeanteil Einkommens	-2.811.040	-2.781.000	-2.738.000	-2.911.000	-3.094.000	-3.249.000
402200 Gemeindeanteil Umsatzsteuer	-522.059	-491.000	-500.000	-512.000	-523.000	-536.000
403200 Sonstige Vergnügungssteuer	-2.975	-2.400	-2.400	-2.400	-2.400	-2.400
403300 Hundesteuer	-57.731	-58.000	-62.000	-62.000	-62.000	-62.000
403500 Zweitwohnungssteuer	-27.719	-27.700	-27.200	-27.200	-27.200	-27.200
403900 Sonstige Steuern	-3					
405100 Kompensationszahlung	-313.487	-353.000	-318.000	-331.000	-336.000	-343.000
* Steuern und ähnliche Abgaben	-7.867.245	-11.027.600	-11.575.100	-12.333.100	-13.192.100	-13.878.100

Bei der Grundsteuer A wird nicht mit Steigerungen gerechnet, so dass man für die Zukunft stabile gleichbleibende Beträge einkalkuliert.

Für die Grundsteuer B wurden die Steigerungsraten der Orientierungsdaten zu Grunde gelegt und für 2013 eine Anhebung des Hebesatzes auf 430 % einkalkuliert.

Die Ansätze der Gewerbe-, Einkommens- und Umsatzsteuer basieren auf der Berechnung der November-Steuerschätzung.

Bei der Vergnügungssteuer ergeben sich keine nennenswerten Änderungen.

Ab 2011 ist eine moderate Anhebung des Hundesteuersatzes auf die durchschnittlichen Werte im Oberbergischen Kreis vorgesehen.

Die Ansätze für die Kompensationszahlungen und die Schlüsselzuweisungen wurden anhand von Orientierungsdaten ermittelt.

Die Schlüsselzuweisungen des Landes und die Auflösung des Sonderpostens der Allgemeinen Investitionspauschale (IVP) werden unter

Zuwendungen und allgemeinen Umlagen gebucht:

	Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
411100 Schlüsselzuweisungen vom	-1.723.605	-2.645.994	-3.405.593	-1.514.842	-1.353.480	-1.229.434

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Neuhoff, Klaus

1.61 Allgemeine Finanzwirtschaft**1.61.01 Steuern, allg. Zuweisungen, Umlagen**

416210 Aufl. Zu. Land-P. Zu., gep	0	0	0	-9.065	-27.485	-46.577
417100 Allgemeine Umlagen Land	0	-33.320	0	0		
* Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-1.723.605	-2.679.314	-3.405.593	-1.523.907	-1.380.965	-1.276.011

Der Ansatz **sonstige ordentliche Erträge** beinhaltet die Nachforderungszinsen Gewerbesteuer. Dieser wurde auf Grund des aktuellen Stands als Durchschnittswert mit 10 TEUR veranschlagt.

Bei den **bilanziellen** Abschreibungen in 2009 handelt es sich um Abschreibungen auf Forderungen.

Bei den **Transferaufwendungen** handelt es sich im Einzelnen um:

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
534100 Gewerbesteuerumlage	217.351,00	466.667,00	512.400,00	553.933,00	595.467,00	632.956,00
534200 Finanzierungsbeteiligung	230.936,00	480.000,00	527.040,00	553.933,00	595.467,00	614.871,00
537210 Kreisumlage	4.895.480,00	4.839.971,00	5.328.917,00	5.292.293,00	5.454.061,00	5.662.706,00
537220 Jugendamtsumlage	2.765.717,00	2.510.794,00	2.783.723,00	2.670.983,00	2.648.617,00	2.658.336,00
* Transferaufwendungen	8.109.484,00	8.297.432,00	9.152.080,00	9.071.142,00	9.293.612,00	9.568.869,00

Die Veranschlagungen der Gewerbesteuerumlage und der Finanzierungsbeteiligung orientieren sich an den erwarteten Zahlungseingängen zur Gewerbesteuer und berücksichtigen einen Hebesatz von insgesamt 71 Prozent auf den Grundbetrag (Gewerbesteueristaufkommen geteilt durch örtlichen Hebesatz).

Zur Berechnung der Belastungen aus der Kreis- und Jugendamtsumlage wurden die Hebesätze des Entwurfs des Kreishaushalts 2011 zu Grunde gelegt. Diese sehen bei der allg. Kreisumlage einen Hebesatz für 2011 und die Folgejahre von 45,5 % vor. Gegenüber 2010 steigt dieser damit um 4,63 Prozentpunkte (=11,33 %).

Insgesamt (mit differenzierten Umlagen) steigen damit die Zahlungsanforderungen des Kreises um 11,9 % auf einen Gesamthebesatz von 73,2396 %.

Trotz gesunkener Steuerkraft und damit verringerter Umlagegrundlage der Gemeinde Morsbach steigt die Zahlungsverpflichtung hierdurch gegenüber dem Kreis um ca. 762 TEUR.

Der Ansatz unter **sonstigen ordentlichen Aufwendungen** (Erstattungszinsen für zuviel gezahlte Gewerbesteuervorauszahlung) wurde an die Vorjahresergebnisse angepasst. Im Ergebnis 2009 wurden hier unter anderem die Wertberichtigungen auf Forderungen gebucht.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Neuhoff, Klaus

1.61 Allgemeine Finanzwirtschaft**1.61.01 Steuern, allg. Zuweisungen, Umlagen**

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgest ellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlung en / - auszahlung en
5000023 Investitionspauschale										
1	- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	-417.024	-373.000	-373.400		-362.600	-374.200	-389.500	-2.181.904	-3.681.604
6	= Summe Einzahlungen	-417.024	-373.000	-373.400		-362.600	-374.200	-389.500	-2.181.904	-3.681.604
14	= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-417.024	-373.000	-373.400		-362.600	-374.200	-389.500	-2.181.904	-3.681.604

Die **allgemeine Investitionspauschale** (IVP) wird gemäß den Orientierungsdaten des Landes NRW veranschlagt. Sie muss über Jahre in Bezug auf einzelne investive Maßnahmen entsprechend deren Nutzungsdauer ertragswirksam aufgelöst werden.

Für die Jahre 2009 bis 2011 wurde die IVP komplett dem Bau der Mensa zugeordnet, so dass die entsprechenden Erträge aus der Auflösung in der Produktgruppe 1.21.05 zu finden sind.

Statistische Kennzahlen		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
1	Einwohner (PRS)	11.099	11.000	11.100	11.100	11.100	11.100
2	Gewerbsteuerpflichtige (PRS)	134	366	382	390	400	400
3	Anzahl Fälle GrSt. A (ST)	1.368	1.362	1.370	1.370	1.370	1.370
4	Anzahl Fälle GrSt. B (ST)	4.146	4.109	4.120	4.130	4.140	4.140
5	Anzahl Fälle Hundesteuer (ST)	803	871	880	880	880	880



Beschreibung

Die Produktgruppe „Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft“ umfasst im Wesentlichen die Abbildung der Kredite und Zinsen.

Auftragsgrundlage

GO NRW, GemHVO NRW, Runderlasse des Innenministeriums.

Zielgruppen

Verwaltung, Rat und Gremien, BürgerInnen.

Ziele

Optimierung der Finanzierungstätigkeiten der Gemeinde Morsbach.

Maßnahmen

Verringerung der Verschuldung.

Kennzahlen

Schulden je Einwohner.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Neuhoff, Klaus

1.61 Allgemeine Finanzwirtschaft**1.61.02 Sonstige allg. Finanzwirtschaft**

Teilergebnisplan			Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
7	+	Sonstige ordentliche Erträge	-17					
10	=	Ordentliche Erträge	-17					
16	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	14	15	15	15	15	15
17	=	Ordentliche Aufwendungen	14	15	15	15	15	15
18	=	Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	-3	15	15	15	15	15
19	+	Finanzerträge	-32.723	-156.020	-83.020	-79.520	-77.020	-76.520
20	-	Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	194.196	208.100	206.000	209.900	214.325	223.091
21	=	Finanzergebnis (= Zeilen 19 u. 20)	161.473	52.080	122.980	130.380	137.305	146.571
22	=	Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	161.470	52.095	122.995	130.395	137.320	146.586
26	=	Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	161.470	52.095	122.995	130.395	137.320	146.586
29	=	Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	161.470	52.095	122.995	130.395	137.320	146.586

Unter den **Finanzerträgen** werden die Eigenkapitalverzinsungen vom Wasserwerk und Gemeindewerk Abwasserbeseitigung sowie die Zinseinnahmen vom Kapitalmarkt für die Geldanlage aus Pensionsrückstellungen ausgewiesen.
 Geringe Zinssätze und die eigene Liquiditätsausstattung des Abwasserwerkes und die zurückgehende Liquidität der Gemeinde führen zu geringeren Zinserträgen.
 Der Liquidationsgewinn, der aus der Liquidation der MEG mbH resultiert, wurde auf 60 TEUR geschätzt und erhöhte das Gesamtergebnis 2010.
 Infolge zurückgehender Liquidität, werden in den Folgejahren geringere Zinserträge am Kapitalmarkt erwartet.

Zinsen für Kreditmarktdarlehen und für die zu erwartende Aufnahme von Liquiditätskrediten werden als **Zinsen und ähnliche Aufwendungen** gebucht.

Haushaltsplan 2011

verantwortlich:

Neuhoff, Klaus

1.61 Allgemeine Finanzwirtschaft**1.61.02 Sonstige allg. Finanzwirtschaft**

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgest ellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlung en / - auszahlung en
5000045 Finanzanlagen										
3	- Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen								-51.129	-51.129
6	= Summe Einzahlungen								-51.129	-51.129
10	- Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	14.846							1.084.592	1.084.592
13	= Summe Auszahlungen	14.846							1.084.592	1.084.592
14	= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	14.846							1.033.463	1.033.463

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	bisher bereitgest ellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlung en / - auszahlung en
5000077 Liquidation MEG Abgang Anteile										
3	- Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen		-767.411						-767.411	-767.411
6	= Summe Einzahlungen		-767.411						-767.411	-767.411
14	= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)		-767.411						-767.411	-767.411

Statistische Kennzahlen		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
1	Einwohner (PRS)		11.000				

Teil C

Eigenbetriebe / Eigengesellschaft

**Wirtschaftsplan 2011 Abwasserbeseitigung Gemeinde Morsbach
Jahresabschluss 31.12.2009 Abwasserbeseitigung Gemeinde Morsbach**

**Wirtschaftsplan 2011 Wasserwerk Gemeinde Morsbach
Jahresabschluss 31.12.2009 Wasserwerk Gemeinde Morsbach**

**Liquidationseröffnungsbilanz MEG Entwicklungsgesellschaft mbH i. L. der Gemeinde Morsbach
Zwischenabschluss 31.12.2009 MEG Entwicklungsgesellschaft mbH i. L. der Gemeinde Morsbach**

Gemeindewerk Abwasserbeseitigung der Gemeinde Morsbach

Wirtschaftsplan 2011



Abwasser



INHALT

1. ERFOLGSPLAN 2011.....	3
2. ERLÄUTERUNGEN ERFOLGSPLAN 2011	4
2.1 Umsatzerlöse.....	4
2.2 Materialaufwand	6
2.3 Personalaufwand.....	7
2.4 Abschreibungen	8
2.5 Sonstige betriebliche Aufwendungen.....	9
2.6 Finanzergebnis	10
2.7 Sonstige Steuern.....	10
4. INVESTITIONSPROGRAMM 2011	12
4.1 Investitionsprogramm 2011 – Teil 1	12
4.2 Investitionsprogramm 2011 – Teil 2	13
5. FINANZPLAN 2011.....	15
6. STELLENÜBERSICHT 2011.....	16
7. GEBÜHRENKALKULATION 2011.....	17



1. Erfolgsplan 2011

Erfolgsplan 2010	Ergebnis 2009 in €	Plan 2010 in €	Plan 2011 in €
1. Umsatzerlöse	-3.098.434,43	-3.123.601	-3.069.622
Gesamtleistung	-3.098.434,43	-3.123.601	-3.069.622
2. aktivierte Eigenleistungen	-576,98	-10.000	-10.000
3. Sonstige betriebliche Erträge	-545.189,38	-44.200	-98.371
Summe betriebliche Erträge	-3.644.200,79	-3.177.801	-3.177.993
4. Materialaufwand	1.340.302,34	1.347.890	1.361.950
ROHERGEBNIS	-2.303.898,45	-1.829.911	-1.816.043
5. Personalaufwand	185.707,41	216.400	233.000
6. Abschreibungen	647.420,78	614.681	617.013
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	813.670,62	411.130	517.820
Summe betriebliche Aufwendungen	1.646.798,81	1.242.211	1.367.833
Betriebsergebnis	-657.099,64	-587.700	-448.210
8. Sonstige Zinsen u. ähnl. Erträge	-2.447,75	-1.200	-1.600
9. Zinsen u. ähnl. Aufwendungen	493.604,57	588.700	449.600
Finanzergebnis	491.156,82	587.500	448.000
Ergebnis d. gewöhnl. Geschäftstätigkeit	-165.942,82	-200	-210
10. Sonstige Steuern	203,00	200	210
Jahresgewinn (-)/Jahresverlust (+)	-165.739,82	0	0



2. Erläuterungen Erfolgsplan 2011

2.1 Umsatzerlöse

Betriebliche Erträge	Ergebnis 2009 in €	Plan 2010 in €	Plan 2011 in €
a) Umsatzerlöse			
Entgelte Kvasy	-2.603.703	-2.561.731	-2.597.074
Verbrauchsabgrenzung	-21.929,22	0	0
Auflösung Ertragszuschüsse	-472.515,90	-561.870	-472.548
sonstige Umsatzerlöse	-286,81	0	0
Summe	-3.098.434,43	-3.123.601	-3.069.622
b) aktivierte Eigenleistungen			
aktivierte Eigenleistungen	-576,98	-10.000	-10.000
c) sonstige betriebliche Erträge			
Periodenfremde Erträge	-442.515,63	0	0
Erträge aus Veränderung PWB und EWB	-344,99	0	0
Erträge Auflösung von Rückstellungen	-49.996,81	0	0
Sonstige Erträge aus gewöhnlicher Gesch.	-13.625,89	-7.100	-58.971
Personal- und Sachkostenerstattungen	-38.706,06	-37.100	-39.400
Summe	-545.189,38	-44.200	-98.371
Summe betriebliche Erträge	-3.644.200,79	-3.177.801	-3.177.993



Erläuterungen betriebliche Erträge

Für die Berechnung der Abwassergebühren wird der voraussichtliche Wasserverbrauch des Planjahres 2011 zu Grunde gelegt. Hierbei fließen die Erkenntnisse aus den Vorjahren ein.

Für das Wirtschaftsjahr 2011 liegen keine Kenntnisse vor, dass ein deutlicher Anstieg der Frischwasserbezugsmengen zu erwarten ist. Für die Berechnung der Niederschlagswassergebühren wurden die zusätzlichen Flächen infolge der Korrekturen im Rahmen der Jahresverbrauchsabrechnung 2009 berücksichtigt. Zur Kalkulation der Gebühren wird auf Ziffer 7 verwiesen.

Die sonstigen betrieblichen Erträge enthalten im Wesentlichen Personalkostenerstattungen zu Gunsten des Gemeindewerkes Abwasserbeseitigung. Sie werden für Dienstleistungen der technischen Mitarbeiter für das Bauamt und das Wasserwerk verrechnet. Ihnen liegt eine jährliche Stundenaufzeichnung zu Grunde.

Ferner sind darin eine Inanspruchnahme des Sonderpostens für den Gebührenaussgleich in Höhe von 32 T€ enthalten, der die zu erhebenden Niederschlagswassergebühren mindert. Im Ergebnis kann die Niederschlagswassergebühr in Höhe von 0,73 € unverändert beibehalten werden.

Weiterhin ist darin die Verwendung der Landesförderung von überdurchschnittlich hohen Abwassergebühren enthalten. Die Schmutzwassergebühren werden mit 13 T€ begünstigt und die Klärschlammgebühren mit 7 T€, so dass auch hier die Schmutzwassergebühr unverändert bei 4,39 € und die Klärschlammgebühr bei 76,49 € verbleiben kann.
(siehe Gebührenkalkulation 2011, Seite 17 des Wirtschaftsplanes Abwasserbeseitigung)



Erläuterungen Erfolgsplan 2011

2.2 Materialaufwand

Der Materialaufwand wird bestimmt durch die Umlagen an den Aggerverband. Die Umlage für Schmutzwasser ohne Abwasserabgabe (Kosten für Klärschlamm Entsorgung) stellt sich rückläufig dar, weil die Anzahl der zu entleerenden Gruben zurückgegangen ist. Demzufolge steigt die Umlage für Schmutzwasser mit Abwasserabgabe (Kanalisation) um diesen Einwohneranteil an. Zum Wirtschaftsjahr 2010 hat der Aggerverband die Umlage für Schmutzwasser mit Abwasserabgabe (Grundbeitrag) angehoben.

Materialaufwendungen	Ergebnis 2009 in €	Plan 2010 in €	Plan 2011 in €
Telefon	1.220,48	1.650	1.950
Uml. Aggerverb. Schmutzwasser ohne Abwasserabgabe	25.332,00	19.200	17.500
Niederschlagswasserabgabe	22.110,97	22.000	21.480
Umlage Aggerverb. kommunale Regenüberlaufbecken	20.329,00	21.000	20.000
Umlage Aggerverb. Schmutzwasser mit Abwasserabgabe	1.257.518,00	1.270.000	1.280.000
Abwasserabgabe für Kleineinleiter	0,00	0	4.000
Hilfsstoffe	2.740,47	3.500	3.300
Rohstoffe/Fertigungsmaterial	910,81	1.000	1.700
Kleinmaterialien < 60 EUR	85,88	300	600
Sonstige Sachleistungen	77,23	500	200
Wasser	1.678,59	1.260	1.320
Treibstoffe für Sonstiges	125,94	100	200
Strom	8.172,97	7.380	9.700
Summe	1.340.302,34	1.347.890	1.361.950



Erläuterungen Erfolgsplan 2011

2.3 Personalaufwand

Nachstehend ist der Personalaufwand dargestellt. Gegenüber dem Vorjahr hat sich der Stellenplan geändert (siehe Ziffer 6 des Wirtschaftsplanes des Gemeindewerkes Abwasserbeseitigung).

Für das Wirtschaftsjahr 2011 wird eine Stelle wieder besetzt und anteilige Personalkosten der Sachbearbeiterin für das Verbrauchsabrechnungsverfahren eingestellt. Dadurch ist ein etwas gestiegener Personalaufwand auszuweisen.

Personalaufwand	Ergebnis 2009 in €	Plan 2010 in €	Plan 2011 in €
a) Löhne und Gehälter	147.051,94	168.600	181.200
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen	38.655,47	47.800	51.800
Summe	185.707,41	216.400	233.000



Erläuterungen Erfolgsplan 2011

2.4 Abschreibungen

Die nachstehenden Abschreibungen ergeben sich aus dem vorläufigen Anlagenspiegel per 31.12.2011, der alle Investitionen bis zum 31.12.2009 enthält. Für die Investitionen 2010 und 2011 wurden anteilige Abschreibungen in den Wirtschaftsplan 2011 eingerechnet.

Abschreibungen	Ergebnis 2009 in €	Plan 2010 in €	Plan 2011 in €
AfA imm. VermG des AV	1.311,00	1.312	1.509
AfA Geb.,Aufb.,Betr. beb. Gr.	711,00	712	711
AfA Entw., Abwasserbeseitigungsanl.	566.114,49	544.358	544.375
AfA Straßen,Wege,Plätze,Verkehrsl.	760,00	763	760
AfA technische Anlagen	63.311,29	53.742	53.877
AfA Fahrzeuge	3.588,00	3.008	500
AfA BuG	11.625,00	10.786	15.206
AfA GwG	0,00	0	75
Summe	647.420,78	614.681	617.013



Erläuterungen Erfolgsplan 2011

2.5 Sonstige betriebliche Aufwendungen

sonstige betriebliche Aufwendungen	Ergebnis 2009 in €	Plan 2010 in €	Plan 2011 in €
a) Periodenfremde Aufwendungen	237.418,53	0	0
b) Raumkosten	51,11	0	0
c) Mieten und Pachten	10.985,62	10.670	11.400
d) Versicherungen, Beiträge und Abgaben	6.219,10	6.500	8.820
e) Reparaturen und Instandhaltungen	233.647,99	245.160	323.350
f) Personal- und Sachkostenerstattungen	125.008,47	121.300	142.700
g) Fahrzeugkosten	2.415,44	2.900	3.250
h) Werbe - und Reisekosten	148,72	0	200
i) Verluste aus Wertmind. und Abgängen UV	5.312,03	0	0
k) Verluste aus Wertmind. und Abgängen AV	16.037,02	0	0
l) Sonstige betriebliche Aufwendungen	176.426,59	24.600	28.100
Summe	813.670,62	411.130	517.820

Die Mieten und Pachten enthalten die Entgelte an die Gemeinde für die Benutzung der Büroräume des Rathauses.

Im Bereich der Reparaturen und Instandhaltungen sind die Aufwendungen für den laufenden Betrieb und die laufende Unterhaltung des Kanalnetzes und der Sonderbauwerke enthalten. Hierin ist ein Sanierungsaufwand für Regenwasserkanäle in Höhe von T€ 100, eingerechnet. Darüber hinaus ist die Inanspruchnahme von Rückstellungen für Kanalsanierungen in Höhe von T€ 130 im Vermögensplan vorgesehen.

Die Personal- und Sachkostenerstattungen enthalten die Aufwendungen für Querschnittsaufgaben der Kämmerei, Kasse, Bauamt, Personalverwaltung und Verwaltungsführung. Sie werden vom Betrieb an die Gemeinde erstattet.

Im Bereich der Fahrzeugkosten werden Aufwendungen für die Unterhaltung der Fahrzeuge des Gemeindewerkes Abwasserbeseitigung angesetzt.

In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind die Kosten für die Jahresabschlussprüfung, die Nutzung von EDV-Systemen des Rechenzentrums, dem CAD-System, dem Verwaltungsprogramm für die getrennte Regenwassergebühr sowie allgemeine Geschäftsaufwendungen wie Fachliteratur und Bürobedarf enthalten.



Erläuterungen Erfolgsplan 2011

2.6 Finanzergebnis

Finanzergebnis	Ergebnis 2009 in €	Plan 2010 in €	Plan 2011 in €
8. sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	-2.447,75	-1.200	-1.600
9. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	493.604,57	588.700	449.600
Summe	491.156,82	587.500	448.000

Zinsen und ähnliche Erträge werden aus den gewährten Stundungen erwartet.

In die Zinsaufwendungen sind die Darlehenszinsen für die bereits aufgenommenen Darlehen und die Zinsen aus den Verbindlichkeiten des Gemeindewerkes Abwasserbeseitigung gegenüber der Gemeinde aus dem Cash-Pool eingerechnet.

Ferner ist für das Wirtschaftsjahr 2011 der Zinsaufwand für eine Neuaufnahme eines Darlehens ab 30.06.2010 eingerechnet. Es wurde mit einem Zinssatz von 3,5% kalkuliert.

2.7 Sonstige Steuern

Sonstige Steuern	vorl. Ergebnis 2009 in €	Plan 2010 in €	Plan 2011 in €
11. Sonstige Steuern	203,00	200	210

In den sonstigen Steuern werden die Kraftfahrzeugsteuern für die Fahrzeuge des Gemeindewerkes Abwasserbeseitigung ausgewiesen.



3. Vermögensplan 2011

Einnahmen (in 1.000 €)	Plan 2011	Plan 2010	Plan 2009
1. Zuweisungen der Gemeinde	0	0	0
2. Verwendung des Jahresüberschusses			
a) zur Bildung/Erhöhung von Rücklagen	0	0	0
b) zum Ausgleich von Vorjahresverlusten	0	0	0
3. Zuführung zu Sonderposten mit Rücklagenanteil	0	0	0
4. Zuführung zu den empfangenen Ertragszuschüssen	0	0	0
5. Zuführung zu Rückstellungen			
a) Versorgungsverpflichtungen u. ä. Verpflichtungen	0	0	0
b) andere langfristige Rückstellungen	0	0	0
6. Abschreibungen	617	615	647
7. Rückflüsse aus gewährten Darlehen	0	0	0
8. Kreditaufnahme	1.000	1.000	0
9. Sonstige Einnahmen	0	0	0
10. Reduzierung des Umlaufvermögens	0	0	197
Summe Einnahmen	1.617	1.615	844

Ausgaben (in 1.000 €)	Plan 2011	VE *) 2010	Plan 2010	VE *) 2010	Plan 2009
1. Ausgaben für Immaterielle Vermögensgegenstände	3		2		6
2. Ausgaben für Sachanlagen	534		484		0
3. Tilgung von Krediten	341		275		276
4. Verminderung von Rücklagen	0		0		0
5. Auflösung passivierter Ertragszuschüsse	473		562		562
6. Verminderung von langfristigen Rückstellungen	130		130		0
7. Jahresverlust	0		0		0
8. Erhöhung des Umlaufvermögens	136		162		0
Summe Ausgaben	1.617	0	1.615	0	844

*) VE = Verpflichtungsermächtigungen



4. Investitionsprogramm 2011

4.1 Investitionsprogramm 2011 – Teil 1

Maßnahmen	Auftrag	Summe	2009	2010	2011	2012	2013	2014	spätere
		€	€	€	€	€	€	€	€
1. Immaterielle Vermögensgegenstände		10.500	6.000	2.000	2.500	0	0	0	0
1.1 Grunddienstbarkeiten		3.000	0	2.000	1.000				
1.2 Immaterielle Vermögensgegenstände (Ingrada, wg. Einführung getr. Regenwassergebühr)		7.500	6.000	0	1.500	0	0	0	0
2. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte		0	0	0	0	0	0	0	0
2.1 Grundstücke		0	0	0	0	0	0	0	0
3. Sonstige Maschinen und maschinelle Anlagen		1.762.000	0	86.000	395.000	543.000	328.000	20.000	650.000
3.1 Kleinere Kanalbaumaßnahmen	diverse	120.000	0	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000
3.2 MWK Am Eichhölzchen	23000071	375.000	0	0	0				375.000
3.3 MWK Auf der Hütte	23000072	323.000	0	0	0	15.000	308.000	0	0
3.4 MWK Bachstraße	23000069	150.000	0	0	0	0	0	0	150.000
3.5 MWK Bahnhofstraße (nach 2011 geschoben)	23000073	185.000	0		185.000				
3.6 Zulaufsammler zum RÜB, Lichtenberg		153.000	0			153.000			
3.7 Lichtenberg, MWK Erneuerung Eipel		110.000	0			110.000			
3.8 RRB Alzen - Investitionsz. an Aggerverband	23000075	20.000	0	0	20.000	0	0	0	
3.9 RRB Lichtenberg Frankental (Kalibrierung)	23000063	5.000	0	0	5.000	0	0	0	0
3.10 RWK Alzen 2. BA (Lauberbach)	23000076	80.000	0			80.000			
3.11 RWK Appenhagen - neue Trassenführung	23000077	16.000	0	16.000					
3.12 RWK Siedenberg	23000079	50.000	0	50.000					
3.13 RWK Wallerhausen	23000067	175.000	0		10.000	165.000			
3.14 Stauraumkanal Steimelhagen	neu	96.000			96.000				
3.15 Regenrückhaltebecken Appenhagen	neu	59.000			59.000				
3.16 Regenrückhaltebecken Wallerhausen	neu	105.000							105.000
Zwischensumme		1.772.500	6.000	88.000	397.500	543.000	328.000	20.000	650.000



4.2 Investitionsprogramm 2011 – Teil 2

Maßnahmen	Auftrag	Summe	2009	2010	2011	2012	2013	2014	spätere
		€	€	€	€	€	€	€	€
Übertrag		1.772.500	6.000	88.000	397.500	543.000	328.000	20.000	650.000
3. Sonstige Maschinen und maschinelle Anlagen		2.587.000	0	85.000	135.000	75.000	197.000	75.000	2.020.000
3.17 Sanierungen gemäß Sanierungskonzept	diverse	240.000	0	40.000	40.000	40.000	40.000	40.000	40.000
3.18 Sanierungen Regenwasserkanäle	diverse	210.000	0	35.000	35.000	35.000	35.000	35.000	35.000
3.19 SWK Druckrohrbelüftung PW Kirchenhof	23000081	10.000	0	10.000					
3.20 Sanierung Stockshöhe Birkener Straße	neu	122.000					122.000		
3.21 RW Behandlung nach Trennerlass Schlechtingen Einleitung 12.1.01	neu	50.000			50.000				
3.22 RW Behandlung nach Trennerlass Schlechtingen Einleitung 12.1.02	neu	10.000			10.000				
3.23 BP 44 Hemmerholz 2.BA	neu	175.000							175.000
3.24 BP 44 Hemmerholz 3.BA	neu	130.000							130.000
3.25 Baugebiet Heiderberg	neu	900.000							900.000
3.26 Lichtenberg (Sondergebiet)	neu	540.000							540.000
3.27 Ortslage Rom (Wochenendhausgebiet)	neu	200.000							200.000
4. Betriebs- und Geschäftsausstattung		37.500	0	17.500	4.000	4.000	4.000	4.000	4.000
4.1 Betriebs- und Geschäftsausstattung	diverse	24.000	0	4.000	4.000	4.000	4.000	4.000	4.000
4.2 1 Arbeitsplatzcomputer	23000082	2.000	0	2.000					
4.3 1 Gaswarngerät	23000083	2.500	0	2.500					
4.4 Regale	23000084	1.000	0	1.000					
4.5 Kanal-TV Schiebekammer	neu	5.000		5.000					
4.6 Infrarot-Pegelmessgerät für Kanäle	neu	3.000		3.000					
4.7 Div. Büromöbel und Regale	neu				2.000				
Summe Investitionen		4.397.000	6.000	190.500	536.500	622.000	529.000	99.000	2.674.000



Erläuterung des Investitionsprogramms

Das Investitionsprogramm enthält alle investiven Maßnahmen, die innerhalb des ausgewiesenen Planungszeitraumes zum gegenwärtigen Zeitpunkt absehbar sind. Es ist mit dem Abwasserbeseitigungskonzept, dem Gemeindehaushalt und dem Wirtschaftsplan des Gemeindewasserwerkes abgestimmt.



5. Finanzplan 2011

Einnahmen	2010	2011	2012	2013	2014
	1.000 €	1.000 €	1.000 €	1.000 €	1.000 €
1. Überschuss aus laufender Tätigkeit	0	0	0	0	0
2. Abschreibungen	615	617	606	610	613
3. Darlehen	1.000	1.000	700	700	400
4. Zuschüsse Beiträge	0	0	0	0	0
5. Reduzierung des Umlaufvermögens	0	0	148	69	0
Summe Einnahmen	1.615	1.617	1.454	1.379	1.013

Ausgaben	2010	2011	2012	2013	2014
	1.000 €	1.000 €	1.000 €	1.000 €	1.000 €
1. Planmäßige Tilgung	275	341	369	397	404
2. Investitionen im Anlagevermögen	486	537	622	529	99
3. Auflösung von Beiträgen	562	473	463	453	443
4. Inanspruchnahme langfristiger Rückstellungen	130	130	0	0	0
5. Erhöhung des Umlaufvermögens	162	136	0	0	67
Summe Ausgaben	1.615	1.617	1.454	1.379	1.013

Der Finanzplan sieht für die nächsten Jahre weiterhin Neuaufnahmen von Darlehen vor. Hieraus resultiert ein steigender Zinsaufwand, der die Gebühren belasten wird. Das derzeit geringe allgemeine Zinsniveau mildert den gesamten Zinsaufwand zu Gunsten der Gebührenzahler. Steigt das allgemeine Zinsniveau, ist mit einem zusätzlichen Anstieg des Zinsaufwandes aufgrund des hohen Schuldenstandes im Betrieb zu rechnen und damit ein Anstieg der Gebühren zu erwarten.



6. Stellenübersicht 2011

Produkt- bereich	Bezeichnung	Entgeltgruppe							Erläuterungen
		12	11	10	9	8	7	6	
	Abwasserwerk	1		0,5 *	1	1		0,75 **	* Stelleninhaber mit 50% bei Ww ** 1 Stelleninhaber Teilzeit 50 % und 1 St.-inhaber mit 25 % Aw und 75 % Ww
	Insgesamt	1	0	0,5	1	1	0	0,75	



7. Gebührenkalkulation 2011

		Benutzungsgebühren		
		Schmutz- wasser	Nieder- schlags- wasser	Klärschlamm
Kosten	für bezogene Leistungen, im Wesentlichen Mitgliedsbeiträge an den Aggerverband und Entleerung von Kleinklärgruben	1.025.920 €	256.480 €	31.600 €
	Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	9.194 €	2.476 €	0 €
	Abschreibungen	407.826 €	187.791 €	0 €
	Reparaturen und Instandhaltungen	167.796 €	133.354 €	0 €
	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	307.210 €	141.955 €	435 €
	Umlagen Aggerverband (Kostenanteil Mischwassersystem)	13.195 €	8.105 €	0 €
	sonstige bezogene Leistungen	6.065 €	585 €	0 €
	Niederschlagswasserabgabe	0 €	20.580 €	0 €
	Personal- und Sachkosten, Mieten, Prüfungskosten Jahresabschluss, sonst. Geschäftsausgaben	284.232 €	160.583 €	14.212 €
Erlöse	Erlöse aus Personal- und Sachkostenerstattungen	-24.397 €	-13.783 €	-1.220 €
	Auflösung Ertragszuschüsse	-278.023 €	-194.525 €	0 €
	sonstige Erlöse	-11.806 €	-6.557 €	-537 €
verbleibende, durch Gebühren zu deckende Kosten (Saldo aus Kosten und Erlösen)		1.907.212 €	697.043 €	44.490 €
abzüglich Kosten aus Abwasserabgabe für Kleineinleitungen (gesonder für Dreikammergruben)				-4.000 €
Verwendung Landesförderung überdurchschnittlich hohe Abwassergebühren		-13.000 €		-6.756 €
abzüglich Inanspruchnahme Sonderposten für Gebührenaussgleich Niederschlagswasser			-32.000 €	
Mengeneinheit		m³ Frischwasser	m² abflusssw. Fläche	m³ abgefahrener Klärschlamm
Menge		431.000	905.655	441
Gebühr je Einheit		4,39 €	0,73 €	76,49 €
Gebührensatz Einleitung vorgeklärtes Schmutzwasser aus Kleinkläranlagen		2,63 €		



Anlage zur Gebührenkalkulation 2011

Divisor m³-Frischwasserbezug

Schmutz- und Mischwasseranschlüsse 2009
vorgeklärtes Schmutzwasser aus Gruben

Frischwasser m ³	Anteil %	Divisor
430.280	100	430.280
1.200	60	720
431.480		431.000

Divisor m²-abflusswirksame Fläche

vollversiegelte, abflusswirksame Fläche
Begünstigung für teilversiegelte Flächen udgl.

Fläche m ²	Abschläge %	Divisor
902.778	0	902.778
5.755	50	2.878
908.533		905.655

Divisor m³-abgefahrene Menge Klärschlamm

Abfahren 2009
abzüglich abflusslose Gruben (künftig Frischwassermaßstab)
erwartete Menge in 2009

Klärschlamm m ³
488
-47
441



**Gemeindewerk
Abwasserbeseitigung
Morsbach**

JAHRESABSCHLUSS

**für das Geschäftsjahr
vom 01. Januar bis 31. Dezember 2009**

Gemeindewerk Abwasserbeseitigung Morsbach
Bilanz zum 31.12.2009



AKTIVA					PASSIVA				
	31.12.2009	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2008		31.12.2009	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2008
	€	€	€	€		€	€	€	€
A. Anlagevermögen					A. Eigenkapital				
I. Immaterielle Vermögensgegenstände					I. Gezeichnetes Kapital		766.937,82		766.937,82
1. Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	20.975,00		22.286,00		II. Rücklagen		227.364,78		227.364,78
2. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	0,00		0,00						
Summe Immaterielle Vermögensgegenstände		20.975,00		22.286,00	III. Gewinn				
II. Sachanlagen					1. Gewinn-/Verlustvortrag	-39.824,79		30.080,57	
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte mit Geschäfts-, Betriebs- und anderen Bauten	259.926,33		260.197,33		2. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag (-)	165.739,82		-69.905,36	
2. Verteilungs- und Entsorgungsanlagen	25.752.751,00		26.329.820,00		Bilanzgewinn		125.915,03		-39.824,79
3. Fahrzeuge für Personen- und Güterverkehr	3.510,00		7.098,00		Summe Eigenkapital		1.120.217,63		954.477,81
4. Betriebs- und Geschäftsausstattung	83.240,00		94.865,00						
5. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	6.401,03		27.094,40		B. Sonderposten für Ertragszuschüsse				
Summe Sachanlagen		26.105.828,36		26.719.074,73	1. Sonderposten für Ertragszuschüsse	13.231.577,00		13.672.712,00	
Summe Anlagevermögen		26.126.803,36		26.741.360,73	Summe empfangene Ertragszuschüsse		13.231.577,00		13.672.712,00
B. Umlaufvermögen					C. Rückstellungen				
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände					1. Sonstige Rückstellungen	473.676,00		405.736,14	
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	1.667.126,25		505.262,73		Summe Rückstellungen		473.676,00		405.736,14
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	0,00		44.757,02						
- davon aus Lieferungen und Leistungen gegen Gemeinde Morsbach					D. Verbindlichkeiten				
- davon sonstige Vermögensgegenstände	0,00 (0,00)				1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	12.175.736,62		10.102.873,48	
- davon gegenüber der Gemeinde Morsbach	0,00 (0,00)				- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	274.315,22 (188.803,52)			
3. Sonstige Vermögensgegenstände	1.507,79		261,64		2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	95.394,89		150.960,22	
Summe Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		1.668.634,04		550.281,39	- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	95.394,89 (149.829,80)			
Summe Umlaufvermögen		1.668.634,04		550.281,39	3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	421.063,72		1.918.250,07	
					4. Sonstige Verbindlichkeiten	277.771,54		86.632,40	
					- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	277.771,54 (86.632,40)			
Summe Aktiva		27.795.437,40		27.291.642,12	Summe Verbindlichkeiten		12.969.966,77		12.258.716,17
					Summe Passiva		27.795.437,40		27.291.642,12

Gemeindewerk Abwasserbeseitigung der Gemeinde Morsbach

Gewinn- und Verlustrechnung

für die Zeit vom 01. Januar 2009 bis 31. Dezember 2009



	31.12.2009	31.12.2009	31.12.2008
	in €	in €	in €
1. Umsatzerlöse		3.098.434,43	2.857.728,12
2. Andere aktivierte Eigenleistungen		576,98	22.315,02
Gesamtleistung		3.099.011,41	2.880.043,14
3.. Sonstige betriebliche Erträge		545.189,38	79.629,16
Summe betriebliche Erträge		3.644.200,79	2.959.672,30
4. Materialaufwand			
a) Aufwend. f. Roh-, Hilfs-, Betriebsstoffe	-13.791,89		-9.088,04
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-1.326.510,45		-1.326.698,55
Summe Materialaufwand		-1.340.302,34	-1.335.786,59
ROHERGEBNIS		2.303.898,45	1.623.885,71
5. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	-147.051,94		-158.604,25
b) Soziale Abgaben u. Aufw. Altersversorg.	-38.655,47		-41.357,29
Summe Personalaufwand		-185.707,41	-199.961,54
6. Abschreibungen auf immaterielle VG und Sachanlagen	-647.420,78		-652.143,05
Summe Abschreibungen		-647.420,78	-652.143,05
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen		-813.670,62	0,00
a) Periodenfremde Aufwendungen	-237.418,53		-8.858,26
b) Raumkosten	-51,11		0,00
c) Mieten und Pachten	-10.985,62		-5.548,32
d) Versicherungen, Beiträge und Abgaben	-6.219,10		-7.762,58
e) Reparaturen und Instandhaltungen	-233.647,99		-149.121,55
f) Personal- und Sachkostenerstattungen	-125.008,47		-125.816,94
g) Fahrzeugkosten	-2.415,44		-2.355,93
h) Werbe- und Reisekosten	-148,72		-119,88
i) Verluste aus Wertmind. u. Abgängen d. UV	-5.312,03		-10.463,00
j) Verluste Wertmind. u. Abgängen d. AV	-16.037,02		-370,01
k) Sonstige betriebliche Aufwendungen	-176.426,59		-41.027,06
Summe sonstige betriebliche Aufwendungen		-813.670,62	-351.443,53
Summe betriebliche Aufwendungen		-1.646.798,81	-1.203.548,12
BETRIEBSERGEBNIS		657.099,64	420.337,59
8. sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge		2.447,75	8.234,69
9. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen		-493.604,57	-498.274,64
FINANZERGEBNIS		-491.156,82	-490.039,95
10. Ergebnis gewöhnlicher Geschäftstätigkeit		165.942,82	-69.702,36
11. Sonstige Steuern		-203,00	-203,00
12. Jahresergebnis		165.739,82	-69.905,36

Wasserwerk der Gemeinde Morsbach

Wirtschaftsplan 2011



Inhaltsverzeichnis

1. Erfolgsplan 2011	3
2. Erläuterungen Erfolgsplan 2011	4
a. Betriebliche Erträge	4
b. Materialaufwand	5
c. Personalaufwand	7
d. Abschreibungen	8
e. Sonstige betriebliche Aufwendungen	9
f. Finanzergebnis	10
g. Sonstige Steuern	11
3. Vermögensplan 2011	12
4. Finanzplan 2011	13
5. Stellenübersicht 2011	14
6. Gebührenkalkulation 2011	15

1. Erfolgsplan 2011

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2009 in €	Plan 2010 in €	Plan 2011 in €
1. Umsatzerlöse	-1.361.250,87	-1.297.429	-1.299.556
2. Andere aktivierte Eigenleistungen	-3.858,80	-5.000	-6.000
Gesamtleistung	-1.365.109,67	-1.302.429	-1.305.556
3. Sonstige betriebliche Erträge	-37.121,99	-26.500	-27.050
Summe betriebliche Erträge	-1.402.231,66	-1.328.929	-1.332.606
4. Materialaufwand	297.365,67	320.300	353.300
ROHERGEBNIS	-1.104.865,99	-1.008.629	-979.306
5. Personalaufwand	242.095,36	248.100	248.000
6. Abschreibungen	247.348,13	254.100	246.800
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	339.770,04	212.290	210.950
Summe betriebliche Aufwendungen	829.213,53	714.490	705.750
BETRIEBSERGEBNIS	-275.652,46	-294.139	-273.556
8. sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	-2.410,52	0	-50
9. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	228.558,55	224.900	209.900
FINANZERGEBNIS	226.148,03	224.900	209.850
Ergebnis gewöhnl. Geschäftstätigkeit	-49.504,43	-69.239	-63.706
10. Steuern vom Einkommen und Ertrag	16.966,50	30.000	23.100
11. Sonstige Steuern	480,34	510	510
JAHRESERGEBNIS	-32.057,59	-38.729	-40.096

2. Erläuterungen Erfolgsplan 2011

a. Betriebliche Erträge

Betriebliche Erträge	Ergebnis 2009 in €	Plan 2010 in €	Plan 2011 in €
a) Umsatzerlöse			
Entgelte Kvasy	-1.238.800,40	-1.248.800	-1.248.180
Verbrauchsabgrenzung	-9.499,40	0	0
Auflösung Ertragszuschüsse	-100.831,92	-42.229	-45.206
sonstige Umsatzerlöse	-12.119,15	-6.400	-6.170
Summen	-1.361.250,87	-1.297.429	-1.299.556
b) Andere aktivierte Eigenleistungen			
Andere aktivierte Eigenleistungen	-3.858,80	-5.000	-6.000
c) Sonstige betriebliche Erträge			
Periodenfremde Erträge	-638,43	0	0
Sonstige ordentliche Erträge	0,00	0	0
Erträge aus dem Abgang von Gegenständen	-1.199,00	0	0
Erträge aus Veränderung PWB und EWB	-1.120,68	0	0
Erträge Auflösung von Rückstellungen	-2.663,51	0	0
Sonstige Erträge aus gewöhnlicher Gesch.	-5.338,70	-5.000	-5.050
Personal- und Sachkostenerstattungen	-26.161,67	-21.500	-22.000
Summen	-37.121,99	-26.500	-27.050
Summe betriebliche Erträge	-1.402.231,66	-1.328.929	-1.332.606

Die in den Jahren 2004 bis 2006 angenommene Wasserabgabe von 480.000 cbm und in den Jahren 2007 und 2008 i. H. v. 470.000 cbm konnte im Ergebnis nicht erreicht werden. Es ist ein stetiger Rückgang des Wasserverkaufes zu verzeichnen. Im Jahr 2009 lag er nur noch bei rd. 450.000 cbm. Nach dem derzeitigen Stand sind keine Anzeichen dafür erkennbar, dass er im nächsten Jahr ansteigen wird. Deshalb wird bei der Kalkulation für 2011 auch nur ein Wasserverkauf von 450.000cbm zugrunde gelegt.

Durch die Abmeldung von Weideanschlüssen und zusätzlich eingebauten Hauptzählern in Mietshäuser infolge der Änderung der Hausinstallation ist gegenüber dem Jahr 2010 kein Anstieg bei der Anzahl der eingebauten Wassermesser zu verzeichnen, so dass für die Erhebung der Grundgebühr für 2011 weiterhin von 3.770 Zählern ausgegangen werden kann.

Die Verbrauchsgebühr sowie die Grundgebühr für die eingebauten Wassermesser entsprechend der Nennleistung sind der Gebührenkalkulation gem. Anlage 1 zu entnehmen.

b. Materialaufwand

Materialaufwand	Ergebnis 2009 in €	Plan 2010 in €	Plan 2011 in €
Wasserbezugskosten Grundbeitrag	142.313,54	141.900	160.700
Wasserbezugskosten nach Menge	115.491,51	122.760	144.800
Wasserentnahmeentgelt	22.521,38	23.540	18.900
Trinkwasseruntersuchungen	789,00	1.500	1.500
Strom	3.779,47	3.400	3.900
Hausanschlussmaterial-Lager	5.335,53	11.300	7.000
Rohrnetzmaterial-Lager	2.628,20	11.200	12.000
Telefon	2.528,94	2.700	2.800
sonstiger Materialaufwand	1.978,10	2.000	1.700
Summen	297.365,67	320.300	353.300

In dem Materialaufwand sind die Kosten für den Wasserbezug, die Trinkwasseruntersuchungen, die Materialentnahmen vom Lager, Strom- und Telefonkosten etc. enthalten.

Die Wasserbezugskosten, die sich aus dem Grundbeitrag und dem variablen Beitrag zusammensetzen, werden nach einer vorläufigen Mitteilung des Aggerverbandes für das Jahr 2011 erhöht, und zwar soll der Grundbeitrag für 2011 von 12,72 €/E auf 14,60 €/E und Jahr und der variable Beitrag von 0,2505 €/m³ auf 0,2955 €/m³ erhöht werden. Die Zustimmung der Verbandsversammlung steht derzeit noch aus.

Bei einem angenommenen Wasserverkauf von 450.000 cbm, unter Berücksichtigung von 5.700 cbm Spülwasser und eines Wasserverlustes von 7% = 34.300 cbm, ergibt sich ein Wassereinkauf von 490.000 cbm.

1. Grundbeitrag	14,60 €/EW/Jahr	11.004 Einw.	160.658,40 €
		aufgerundet:	160.700,00 €
2. Variabler Beitrag	490.000 cbm á	0,2955 €	144.795,00 €
		aufgerundet:	144.800,00 €
3. Wasserentnahmeentgelt	490.000 cbm á	0,0384 €	18.816,00 €
		aufgerundet:	18.900,00 €

c. Personalaufwand

Personalaufwand	Ergebnis 2009 in €	Plan 2010 in €	Plan 2011 in €
a) Löhne und Gehälter			
Vergütungen der tariflich Beschäftigten	190.072,94	191.900	184.550
Vergütungen der sonstigen Beschäftigten	2.732,32	3.000	3.000
b) Soziale Abgaben u. Aufwend. für Altersvorsorge			
Beiträge Versorgungskasse tarifl. Besch.	12.048,54	14.100	15.400
Sozialversicherungsbeiträge tariflich B.	34.496,02	39.000	45.000
Sozialversicherungsbeiträge sonstige Beschäftigte	2.745,54	100	50
Summen	242.095,36	248.100	248.000

Der Personalaufwand beinhaltet das Entgelt sowie die Aufwendungen für die Sozialversicherung und Altersvorsorge für den Wassermeister, Installateur, Wasserwart, eine Sachbearbeiterin und einen Sachbearbeiter.

d. Abschreibungen

Die aufgeführten Abschreibungen ergeben sich aus dem Anlagespiegel bis 31.12.2009 sowie den Hinzurechnungen für die Jahre 2010 und 2011. Die Abschreibungen für die geplanten Investitionen 2011 wurden für ein halbes Jahr kalkuliert.

Abschreibungen	Ergebnis 2009 in €	Plan 2010 in €	Plan 2011 in €
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens	291,00	300	458
Abschreibungen auf Gebäude, Aufbauten udgl.	373,00	400	373
Abschreibungen auf Wasserversorgungsanlagen	228.606,68	228.700	227.455
Abschreibungen auf Fahrzeuge	1.013,50	5.000	4.054
Abschreibungen auf Betriebs- und Geschäftsausstattungen	16.662,24	15.200	9.969
Abschreibungen auf geringwertige Wirtschaftsgüter	401,71	4.500	4.491
Abschreibungen auf Umlaufvermögen	0,00	0	0
Summen	247.348,13	254.100	246.800

e. Sonstige betriebliche Aufwendungen

Sonstige betriebliche Aufwendungen	Ergebnis 2009 in €	Plan 2010 in €	Plan 2011 in €
a) Periodenfremde Aufwendungen	3.556,49	0	0
b) Raumkosten	422,00	500	500
c) Mieten und Pachten	12.788,28	12.590	14.000
d) Versicherungen, Beiträge und Abgaben	13.980,77	16.300	17.250
e) Reparaturen und Instandhaltungen	68.764,78	60.000	60.000
f) Personal- und Sachkostenerstattungen	74.566,35	73.400	75.500
g) Fahrzeugkosten	8.894,95	8.100	9.000
h) Werbe - und Reisekosten	147,72	100	200
i) Verluste aus Wertmind. und Abgängen UV	12.098,64	0	0
k) Verluste aus Wertmind. und Abgängen AV	56.034,73	0	0
l) Sonstige betriebliche Aufwendungen	88.515,33	41.300	34.500
Summen	339.770,04	212.290	210.950

Erläuterung zu:

- b) die Kosten für die Reinigung der Betriebsräume des Wasserwerkes im Bauhof sind hier angesetzt,
- c) hier sind die Mieten für die Betriebs- und Geschäftsräume sowie die Mietnebenkosten veranschlagt,
- d) hierunter fallen die Aufwendungen für die Haftpflichtversicherung, Eigenschadenversicherung und Gebühren,
- e) hier sind die Kosten für die laufende Pflege und Reparatur des Rohrnetzes, der Hochbehälter und Pumpstationen, der Hausanschlüsse, der Wassermesser sowie der Betriebs- und Geschäftsausstattung enthalten,
- f) hier sind die Personalkosten für die Querschnittsaufgaben der Kämmerei, Gemeindekasse, Personalverwaltung, Ratsbüro und die Betriebsleitung sowie die Sachkostenerstattung an die Gemeinde veranschlagt.
- g) hier sind die Kosten für die Unterhaltung und Reparatur, die Versicherungsbeiträge sowie die Treibstoffkosten für die Fahrzeuge des Wasserwerkes enthalten,
- h) hierunter fallen die Kosten für Dienstreisen,
- l) im Bereich der sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind die Kosten für Büromaterial, Fachliteratur, Nutzung EDV-Systeme, Sicherheitsfachkraft, Jahresabschlussprüfung, Steuererklärungen, Gutachten etc. veranschlagt.

f. Finanzergebnis

Finanzergebnis	Ergebnis 2009	Plan 2010	Plan 2011
	in €	in €	in €
a) Sonstige Zinsen und ähnlichen Entgelten			
Zinsen von verbundenen Unternehmen, Beteiligungen, Sondervermögen	0,00	0	0
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	-2.410,52	0	-50
b) Zinsen und ähnliche Aufwendungen			
Zinsen an sonstige öffentliche Sonderrechnung	158.643,24	155.800	62.600
Zinsen an Kreditinstitute	69.915,31	69.100	147.300
sonstige Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	0	0
Summen	226.148,03	224.900	209.850

g. Sonstige Steuern

Steuern	Ergebnis 2009 in €	Plan 2010 in €	Plan 2011 in €
a) Steuern vom Einkommen und Ertrag			
Erstattung Gewerbesteuer Vorjahre	-3.350,00	0	0
Gewerbeertragsteuer	12.820,50	11.000	13.800
Körperschaftsteuer	7.106,00	14.000	8.800
Kapitalertragsteuer	0,00	4.000	0
Solidaritätszuschlag	390,00	1.000	500
Summen	16.966,50	30.000	23.100
b) Sonstige Steuern			
Grundsteuer	6,34	10	10
Kraftfahrzeugsteuer	480,34	510	510
Summen	486,68	520	520
Summe Steuern	17.453,18	30.520	23.620

3. Vermögensplan 2011

Einnahmen		Plan 2011 in €	Plan 2011 in €	Ausgaben	Plan 2011 in €	Plan 2011 in €
1.	Finanzieller Überschuss aus laufender Tätigkeit		201.600	1. Planmäßige Darlehenstilgung		121.300
-	<u>Zusammensetzung:</u>			2. Investitionen im Anlagevermögen		
	Abschreibungen	246.800		2.1 Versorgungsanlagen		167.000
	Auflösung Rückstellung			Erneuerung der Wasserleitung v. Einmündung "Hahner Straße" bis Einmündung "Auf der Hütte"	130.000	
	Bauzuschüsse ./.	45.200				
2.	Anschlussbeiträge und Kostenersatz		10.000	Druckminderschacht in Niederzielenbach einschl. Armaturen	17.000	
3.	Darlehen		0	Unvorhergesehenes	20.000	
				2.2 Modul z. Einlesen v. ALKIS-Daten		1.500
				2.3 Hausanschlüsse		10.000
				2.4 Wassermesser		3.000
				2.5 Geringwertige Wirtschaftsgüter		2.000
4.	Minderung des Nettoumlaufvermögens		93.200			
Summen			304.800			304.800

4. Finanzplan 2011

Einnahmen		2010	2011	2012	2013	2014
		1.000 €	1.000 €	1.000 €	1.000 €	1.000 €
1. Überschuss aus laufender Tätigkeit		212	202	213	224	233
2. Anschlussbeiträge und Herstellungskosten		10	10	10	10	10
3. Darlehen		0	0	0	0	0
4. Reduzierung des Umlaufvermögens		17	93	7	-11	-18
Summe Einnahmen		239	305	230	223	225

Ausgaben		2010	2011	2012	2013	2014
		1.000 €	1.000 €	1.000 €	1.000 €	1.000 €
1. Planmäßige Tilgung		81	121	123	126	128
2. Investitionen im Anlagevermögen						
2.1 Investitionen lt. Vermögensplan 2010		158				
2.2 Investitionen lt. Vermögensplan 2011			184			
2.3 Umlegung der Wasserleitung in Eugenienthal (Holzlagerplatz)				60		
2.4 Erneuerung der Wasserleitung "Auf der Hütte"					70	0
2.5 Verlegung einer Wasserleitung von der Straße "Im Karschiefen"						
bis zum Druckminderschacht "Obere Kirchstraße"						70
2.7 Werkstattwagen				30		
2.8 Hausanschlüsse				10	20	20
2.9 Wassermesser				5	5	5
2.10 Geringwertige Wirtschaftsgüter				2	2	2
Summe Ausgaben		239	305	230	223	225

5. Stellenübersicht 2011

Produkt- bereich	Bezeichnung	Entgeltgruppe						Erläuterungen
		11	10	9	8	7	6	
	Wasserwerk		0,5 *	1			2,75 **	* Stelleninhaber mit 50% bei Aw ** 1 Stelleninhaber mit 75 % Ww und 25 % Aw
	Insgesamt	0	0,5	1	0	0	2,75	

6. Gebührenkalkulation 2011

Parameter		Durch Gebühren zu deckender Aufwand	Plan 2011 in €	Summe in €
Vorgabe Verbrauchsgebühr	1,90 €	Betriebl. Aufwand	1.292.560,00	
Danach Anteil Grundgebühr	0,00%	Eigenkapitalverzins.	38.400,00	
Gewichtung	4.097	Aufwand	1.330.960,00	
Qn 2,5	1			
Qn 6	2,4			
Qn 10	4	Erlöse außerhalb Gebühren:	84.476,00	
Qn 15	6	über Gebühreneinnahmen		
Qn 40	16	abzudecken:	1.246.484,00	1.246.484,00
Qn 60	24			

Grundgebühr	Bezeichnung	Menge in Stück	berechnete Gebühr in €	monatliche Gebühr gerundet in €	Einnahmen in €
Installierte Zähler	Qn 2,5	3686	7,9624	8,00	353.856,00
	Qn 6	63	19,1098	19,00	14.364,00
	Qn 10	4	31,8497	32,00	1.536,00
	Qn 15	6	47,7746	48,00	3.456,00
	Qn 40	7	127,3989	128,00	10.752,00
	Qn 60	4	191,0983	192,00	9.216,00
		3770			
					393.180,00
Verbrauchsgebühr		Menge in m³	berechnete Gebühr in €	monatliche Gebühr gerundet in €	Einnahmen in €
Wasserverkauf		450.000	1,9000	1,90	855.000,00
Gebührenergebnis					1.696,00



**Gemeinde Morsbach
Wasserwerk**

JAHRESABSCHLUSS

**für das Geschäftsjahr
vom 01. Januar bis 31. Dezember 2009**

Wasserwerk der Gemeinde Morsbach
Bilanz zum 31.12.2009



AKTIVA					PASSIVA				
	31.12.2009	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2008		31.12.2009	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2008
	€	€	€	€		€	€	€	€
A. Anlagevermögen					A. Eigenkapital				
I. Immaterielle Vermögensgegenstände					I. Stammkapital		766.937,82		766.937,82
1. Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	634,00		925,00		II. Rücklagen		193.862,77		193.862,77
Summe Immaterielle Vermögensgegenstände		634,00		925,00	III. Gewinn				
II. Sachanlagen					1. Gewinnvortrag/Verlustvortrag		29.731,91		5.339,40
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte mit Geschäfts-, Betriebs- und anderen Bauten	94.824,11		95.197,11		2. Jahresüberschuss		32.057,59		24.392,51
2. Verteilungs- und Entsorgungsanlagen	6.143.361,00		6.211.510,00		Summe Eigenkapital		1.022.590,09		990.532,50
3. Fahrzeuge für Personen- und Güterverkehr	19.257,00		2,00		B. Sonderposten für Ertragszuschüsse				
4. Betriebs- und Geschäftsausstattung	50.490,00		63.643,00		Sonderposten für Ertragszuschüsse	781.001,07		633.119,42	
5. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	600,76		600,76		Summe empfangene Ertragszuschüsse		781.001,07		633.119,42
Summe Sachanlagen		6.308.532,87		6.370.952,87	C. Rückstellungen				
Summe Anlagevermögen		6.309.166,87		6.371.877,87	Sonstige Rückstellungen	98.145,86		72.746,78	
B. Umlaufvermögen					Summe Rückstellungen		98.145,86		72.746,78
I. Vorräte					D. Verbindlichkeiten				
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	30.345,79		33.174,51		1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	4.845.666,19		4.922.689,75	
Summe Vorräte		30.345,79		33.174,51	davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	80.756,75	(77.023,56)		
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände					2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	82.470,55		59.181,11	
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	259.787,82		245.990,07		davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	82.470,55	(59.181,11)		
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	233.688,44		88.591,23		3. Verbindlichkeiten gegenüber der Gemeinde / anderen Eigenbetrieben	0,00		37.776,61	
Forderungen LuL gegenüber der Gemeinde / anderen Eigenbetrieben	66.032,06	(6.107,78)			davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	0,00	(37.776,61)		
davon sonstige Vermögensgegenstände	167.656,38	(82.483,45)			davon aus Lieferungen und Leistungen	0,00	(7.728,48)		
3. Sonstige Vermögensgegenstände	31.036,62		18.465,69		davon sonstige Verbindlichkeiten	0,00	(30.048,13)		
davon aus Steuern	30.732,62	(18.465,69)			4. Sonstige Verbindlichkeiten	34.405,78		42.260,20	
Summe Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		524.512,88		353.046,99	davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	34.405,78	(42.260,20)		
Summe Umlaufvermögen		554.858,67		386.221,50	davon aus Steuern	12.057,96	(7.344,99)		
C. Rechnungsabgrenzungsposten		254,00		207,00	davon sonstige Verbindlichkeiten	22.347,82	(34.915,21)		
Summe Aktiva		6.864.279,54		6.758.306,37	Summe Verbindlichkeiten		4.962.542,52		5.061.907,67
					Summe Passiva		6.864.279,54		6.758.306,37

Wasserwerk der Gemeinde Morsbach

Gewinn- und Verlustrechnung

für die Zeit vom 01. Januar 2009 bis 31. Dezember 2009



	31.12.2009	31.12.2009	31.12.2008
	in €	in €	in €
1. Umsatzerlöse		1.361.250,87	1.268.419,09
2. Andere aktivierte Eigenleistungen		3.858,80	5.955,66
Gesamtleistung		1.365.109,67	1.274.374,75
3. Sonstige betriebliche Erträge		37.121,99	25.552,44
Summe betriebliche Erträge		1.402.231,66	1.299.927,19
4. Materialaufwand			
a) Aufwend. f. Roh-, Hilfs-, Betriebsstoffe	-293.511,44		-307.954,71
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-3.854,23		-4.367,96
Summe Materialaufwand		-297.365,67	-312.322,67
ROHERGEBNIS		1.104.865,99	987.604,52
5. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	-192.805,26		-186.130,29
b) Soziale Abgaben u. Aufw. Altersversorg.	-49.290,10		-50.462,57
Summe Personalaufwand		-242.095,36	-236.592,86
6. Abschreibungen			
a) auf immaterielle VG und Sachanlagen	-247.348,13		-251.300,58
Summe Abschreibungen		-247.348,13	-251.300,58
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen			
a) Periodenfremde Aufwendungen	-3.556,49		-2.803,70
b) Raumkosten	-422,00		-439,25
c) Mieten und Pachten	-12.788,28		-11.736,63
d) Versicherungen, Beiträge und Abgaben	-13.980,77		-21.225,28
e) Reparaturen und Unterhaltung	-68.764,78		-76.380,99
f) Personal- und Sachkostenerstattungen	-74.566,35		-67.102,91
g) Fahrzeugkosten	-8.894,95		-14.207,11
h) Werbe- und Reisekosten	-147,72		-134,27
i) Verluste aus Wertmind. u. Abgängen d. UV	-12.098,64		-11.096,00
k) Verluste aus Wertmind. U. Abgängen d. AV	-56.034,73		
j) Sonstige betriebliche Aufwendungen	-88.515,33		-27.072,02
Summe betriebliche Aufwendungen		-339.770,04	-232.198,16
BETRIEBSERGEBNIS		275.652,46	267.512,92
8. sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge		2.410,52	6.375,78
9. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen		-228.558,55	-232.135,60
FINANZERGEBNIS		-226.148,03	-225.759,82
10. Ergebnis gewöhnlicher Geschäftstätigkeit		49.504,43	41.753,10
11. Steuern vom Einkommen und Ertrag		-16.966,50	-16.874,25
12. Sonstige Steuern		-480,34	-486,34
13. Jahresüberschuss		32.057,59	24.392,51

MEG Entwicklungsgesellschaft mbH in Liquidation der Gemeinde Morsbach



Eröffnungsbilanz

**zum
01. Januar 2009**

**MEG Entwicklungsgesellschaft mbH i. L.
der Gemeinde Morsbach**

Aktiva

Eröffnungsbilanz Liquidation zum 01. Januar 2009

Passiva

		01.01.2009				01.01.2009	
		Euro	Euro			Euro	Euro
A.	Anlagevermögen			A.	Eigenkapital		
I.	Sachanlagen:			I.	Gezeichnetes Kapital	250.000,00	
1.	Grundstücke, grundstückgleiche Rechte und Bauten einschließlich Bauten auf fremden Grundstücken	715.920,11		II.	Kapitalrücklage	517.411,00	
2.	Andere Anlagen, Betrieb- und Geschäftsausstattung	1.609,00		III.	Gewinnrücklagen		
					Andere Gewinnrücklagen	0,00	
	Summe Sachanlagen	717.529,11		IV.	Verlustvortrag	-46.192,23	
	Summe Anlagevermögen		717.529,11		Summe Eigenkapital		721.218,77
B.	Umlaufvermögen			B.	Rückstellungen:		
I.	Vorräte			1.	Sonstige Rückstellungen	16.148,13	
1.	Erzeugnisse, Waren	726.079,99			Summe Rückstellungen		16.148,13
2.	geleistete Anzahlungen	0,00					
	Summe Vorräte	726.079,99		C.	Verbindlichkeiten:		
II.	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			1.	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	666.343,83	
1.	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände davon gegen Gesellschafterin € 328,55	328,55		2.	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	45.886,20	
	Summe Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	328,55		3.	Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschafter	4.842,60	
III.	Schecks, Kassenbestand, Bundesbank- und Postgiroguthaben Guthaben bei Kreditinstituten			4.	Sonstige Verbindlichkeiten	0,00	
		0,00			Summe Verbindlichkeiten		717.072,63
	Summe Umlaufvermögen		726.408,54	D.	Rechnungsabgrenzungsposten		434,56
C.	Rechnungsabgrenzungsposten		10.936,44				
	Summe Aktiva		1.454.874,09		Summe Passiva		1.454.874,09

MEG Entwicklungsgesellschaft mbH in Liquidation der Gemeinde Morsbach



**Zwischenabschluss
zur Liquidation**

**zum
31. Dezember 2009**

MEG Entwicklungsgesellschaft mbH i. L. der Gemeinde Morsbach

Aktiva

Bilanz zum 31. Dezember 2009

Passiva

		31.12.2009		01.01.2009				31.12.2009		01.01.2009	
		Euro	Euro	Euro	Euro			Euro	Euro	Euro	Euro
A.	Anlagevermögen					A.	Eigenkapital				
I.	Sachanlagen:					I.	Gezeichnetes Kapital	250.000,00		250.000,00	
1.	Grundstücke, grundstückgleiche Rechte und Bauten einschließlich Bauten auf fremden Grundstücken	705.616,11		715.920,11		II.	Kapitalrücklage	517.411,00		517.411,00	
2.	Andere Anlagen, Betrieb- und Geschäftsausstattung	1.113,00		1.609,00		III.	Gewinnrücklagen				
	Summe Sachanlagen	706.729,11		717.529,11			Andere Gewinnrücklagen	0,00		0,00	
	Summe Anlagevermögen		706.729,11		717.529,11	IV.	Verlustvortrag	-46.192,23		-14.556,76	
B.	Umlaufvermögen					V.	Jahresüberschuss (Vorjahr: Jahresfehlbetrag)	6.224,80		-31.635,47	
I.	Vorräte						Summe Eigenkapital	727.443,57		721.218,77	
1.	Erzeugnisse, Waren	676.289,33		726.079,99		B.	Rückstellungen:				
2.	geleistete Anzahlungen	0,00		0,00		1.	Sonstige Rückstellungen	15.009,82		16.148,13	
	Summe Vorräte	676.289,33		726.079,99			Summe Rückstellungen	15.009,82		16.148,13	
II.	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände					C.	Verbindlichkeiten:				
1.	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände davon gegen Gesellschafterin € 1.663,18 (VJ :€ 328,55)	14.521,53		328,55		1.	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0,00		666.343,83	
	Summe Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	14.521,53		328,55		2.	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	27.958,77		45.886,20	
III.	Schecks, Kassenbestand, Bundesbank- und Postgiro Guthaben Guthaben bei Kreditinstituten	14.765,62		0,00		3.	Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschafter € 652.186,55 (VJ: € 4.842,00)	652.186,55		4.842,60	
	Summe Umlaufvermögen		705.576,48		726.408,54	4.	Sonstige Verbindlichkeiten	0,00		0,00	
C.	Rechnungsabgrenzungsposten		10.293,12		10.936,44		Summe Verbindlichkeiten	680.145,32		717.072,63	
	Summe Aktiva		1.422.598,71		1.454.874,09	D.	Rechnungsabgrenzungsposten	0,00		434,56	
							Summe Passiva	1.422.598,71		1.454.874,09	

Gewinn- und Verlustrechnung vom 01.01.2009 bis 31.12.2009

	2009 in €	2009 in €
1. Umsatzerlöse	103.654,96	
2. Bestandsv. fertige Erzeugnisse	-52.350,66	
Gesamtleistung		51.304,30
3. sonstige betriebliche Erträge	3.567,89	
Summe betriebliche Erträge		54.872,19
4. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	-811,69	
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	0,00	
Summe Materialaufwand		-811,69
Rohergebnis		54.060,50
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen sowie auf aktivierte Aufwendungen für die Ingangsetzung und Erweiterung des Geschäftsbetriebes		-10.800,00
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen		-30.471,10
Betriebsergebnis		12.789,40
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		1.024,82
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		-6.609,58
Finanzergebnis		-5.584,76
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		7.204,64
9. Steuern vom Einkommen und Ertrag		0,00
10. Sonstige Steuern		-979,84
Jahresüberschuss		6.224,80